Die Hanse und der dreizehnjährige Krieg

1454–1466

Magisterarbeit

in der Philosophischen Fakultät I
(Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften)

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

1990

vorgelegt von

Vera Wenzel-Teuber

aus

Hannover

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Ursachen und Beginn des Krieges

1.1. Themenstellung und Arbeitsweise 3
1.2. Überblick über die Forschungsliteratur 4
1.3. Zwei Quellen und ihre Intention 8
1.4. Danzig zwischen preußischem Bund und Hanse 16
1.5. Die Vorteile polnischer Herrschaft 22

2. Die Hanse und der dreizehnjährige Krieg

2.1. Der Krieg weitet sich aus 25
2.1.1. Danzig versucht, die Unterstützung der Hanse zu gewinnen; Marquard Knakes Mission in Lübeck 25
2.1.2. Dänemark und Schweden treten ins Geschehen ein 33
2.1.3. Livland gerät in den Konflikt 38

2.2. Das Ende des Seefriedens 41
2.2.1. Lübecks Vertrag mit König Christian von Dänemark in Flensburg 41
2.2.2. Christians Bündnis mit dem Deutschen Orden 44
2.2.3. Dänen in den Häfen Livlands, Konsequenzen Danzigs 46
2.2.4. Politisches Ringen im Kaperkrieg 50
2.2.5. Hilfe für den Orden? 55
2.2.6. Die Bedrohung des Seeverkehrs durch den Kaperkrieg 60

2.3. Drei Könige und der Krieg in den Jahren 1457 und 1458 62
2.3.1. Karl von Schweden in Danzig 62
2.3.2. Kasimir von Polen in Danzig 72
2.3.3. Waffenstillstände; Danzig und König Christian 75

Seite

2.4. 1458-1462; Der Krieg wird für die Hanse untragbar 82
2.4.1. Der Kaperkrieg und seine Gesetze 82
2.4.1. Konflikte zwischen Danzig, Riga und Lübeck 88
2.4.3. Verlängerung des Beifriedens zwischen den Königen Dänemarks und Polens 98
2.4.4. Endlich Hilfe für den Orden? 102
2.4.5. Der Weg zur weiteren Verlängerung des Beifriedens von Danzig 106

2.5. Die Vermittlung der Hanse im dreizehnjährigen Krieg 113
2.5.1. Die Mission des päpstlichen Legaten 113
2.5.2. Brachts Reisen nach Preußen für die Vermittlung 117
2.5.3. Vorbereitungen für die Friedensverhandlung 121
2.5.4. Die Lübecker Gesandten in Preußen, 27. April bis 6. August 1464 123
2.5.4.1. Dänische Gesandte in Danzig 124
2.5.4.2. Der lange Streit um den Verhandlungsort 128
2.5.4.3. Die Friedensverhandlung 137
2.5.4.4. Die Verhandlung der Städte in Danzig 149

2.6. Das Ende der Konflikte, der zweite Thorner Frieden 1466 156

3. Ergebnisse und Bewertung

3.1. Zusammenfassung der Ergebnisse 164
3.2. Bewertung der Ergebnisse 168

Quellenverzeichnis 178

Literaturverzeichnis 179

1. Ursachen und Beginn des Krieges

"...daruth men irkennen mach den groten fliit unde guden grunt den de erscreven rad to Lubeke in desser erscrevenen twistigen zake under nicht klenen moyen, koste unde arbeyde umme des ghemenen besten willen gedaen hefft." [1]

1.1. Themenstellung und Arbeitsweise

Diese Zeilen stammen aus dem Bericht Johann Brachts, einem Lübecker Ratssendeboten, der an der Gesandtschaft seiner Stadt 1464 nach Preußen teilnahm, um im Krieg zwischen dem Deutschen Orden auf der einen und dem polnischen König, der sich mit dem preußischen Bund vereint hatte, auf der anderen Seite zu vermitteln. Die umfangreiche Schilderung der tatsächlich großen Bemühungen der hansischen Schiedsrichter bei den Verhandlungen in Thorn ist eine maßgebliche Grundlage für diese Arbeit. Was veranlaßte die Hanse dazu, sich in diesen Konflikt einzuschalten, welche Interessen verfolgt sie damit? Diese Fragen sollen im Folgenden erörtert werden. Es gilt, die Berührung der Hanse mit dem dreizehnjährigen Krieg darzustellen und den Einfluß, den sie auf ihn nahm und umgekehrt.

Ohne die notwendigen Eingrenzungen wäre dies jedoch ein uferloses Unterfangen, welches zumindest diesen Rahmen sprengen würde. So ist vorauszuschicken, daß hier nur die direkt betroffenen Teile des politischen Lebens der Hanse betrachtet werden. Mögliche Auswirkungen oder Bezugnahmen in Hinsicht auf die Hansekontore im Ausland mußten hierbei genauso unterbleiben, wie die Untersuchung der Konsequenzen für den Handel.[2] Zu letzterem bietet die im Druck verfügbare Quellenlage leider auch nicht all zu viel. Auch eine genauere Betrachtung des Kaperkrieges, d.h. die Erfassung aller überlieferten Vorfälle auf See durch die Auslieger der verschiedenen Beteiligten, kann hier nicht geleistet werden. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Untersuchung der Beziehung der Städte untereinander, ihres Briefwechsels, ihres Verhältnisses zueinander, ihrer Streitigkeiten und Übereinkünfte, ihrer diplomatischen Leistungen bei der Lösung des Haupt- und verschiedener Nebenkonflikte. Brennpunkte meiner Betrachtung sind Lübeck, Riga und v.a. Danzig.

---

[1] HR II,5; 443, §1, S.29.

[2] Viele grundlegende Informationen zur wirtschaftlichen Geschichte Danzigs dieser Zeit bietet nach wie vor Th. Hirsch: Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des Deutschen Ordens, Leipzig 1858.

Für dieses Ansinnen bietet sich auch nach dieser Eingrenzung noch eine Fülle von Quellenmaterial als Grundlage an. Alle mir in dieser Beziehung relevant erscheinenden Dokumente aus den einschlägigen Quelleneditionen für die Hanseforschung sind hier genannt. Verwendet wurden in erster Linie die Bände 4 und 5 der zweiten Abteilung der Hanserezesse und die Bände 8 und 9 des Hansischen Urkundenbuches. Des weiteren haben Eingang gefunden das Liv- Est- und Kurländische Urkundenbuch, Band 11 und 12, das Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Band 9, 10 und 11, und die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen, Band 2. Ergänzend wurden hinzugezogen die Akten der Ständetage Preußens, Band 3, 4 und 5, - sie befassen sich v.a. mit den hier weniger berücksichtigten Vorgängen im preußischen Kriegsgebiet - sowie die Akten und Rezesse der livländischen Ständetage. Die Überlieferung der Ereignisse in Chroniken wurde weniger behandelt, da das direkte Quellenmaterial genügend Information vermittelte und für diese Untersuchung geeigneter schien. Einige interessante Äußerungen aus der Lübecker Ratschronik, herausgegeben von F. Bruns, und aus der Danziger Chronik vom dreizehnjährigen Krieg von Johannes Lindau in den Scriptores Rerum Prussicanorum, Band 4, wurden aber verwendet. Beide haben den Vorteil, von Zeitgenossen verfaßt zu sein.[3]

Überdies wurde natürlich die einschlägige Sekundärliteratur zum Thema behandelt. Dabei stellte sich heraus, daß bislang eine wirklich genaue Betrachtung der Quellen in der hier vorliegenden Art nicht durchgeführt wurde. Neben den ehrwürdigen Historikern Simson und Daenell hat sich in neuerer Zeit nur Walter Stark eingehender mit dieser Thematik beschäftigt, der leider durch das politische System seines Staates in der Freiheit seines Denkens beeinträchtigt war. So konnten hier doch einige ergänzende Ergebnisse herausgearbeitet werden, die bislang aufgestellte Thesen der Forschung zum Teil bestätigen, zum Teil aber auch revidieren.

1.2. Überblick über die Forschungsliteratur

Nur einige Autoren sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden. Die meiste Literatur gibt es im hier behandelten Zeitraum über den Abfall des Preußischen Bundes vom Deutschen Orden und seine Ergebung gegenüber Kasimir von Polen. Es verwundert

---

[3] Die von der älteren Forschung meist verwendete Chronik von Schütz, der einige Jahrhunderte später das Danziger Quellenmaterial verarbeitet, zeichnet sich, laut T. Hirsch, in Scriptores Rerum Prussicarum, Bd.4, Frankfurt 1965, Nachdruck von der Erstausgabe 1870, S.500 durch phantasievolle Ergänzungen aus.
Bibliographische Notizen zu den Quellen, s. Literaturverzeichnis.

nicht, daß sich über dieses zweifellos interessante Thema v.a. die ältere Forschung bemüht hat, weil für sie diese Vorgänge besonders unverständlich war. Für sie war der Herrscherwechsel, der aus den Begebenheiten seit der Schlacht von Tannenberg 1410 resultierte, v.a. ein nationales Problem und betraf damit das Herz ihres Geschichtsbildes. Unter diesen der Zeit entspringenden, politischen Vorbehalten hat die Objektivität ihrer Werke in unterschiedlichem Maße gelitten. Durch nationalistische Vorurteile des öfteren geradezu geschichtsklitternd sind Darstellungen von Recke, Keyser oder Werner zu nennen [4]. Für sie ist der Abfall vom Deutschen Orden Verrat am Deutschtum, eine nationale Katastrophe. Simson hat sich in seinem einschlägigen Aufsatz über Danzig im dreizehnjährigen Krieg zu einer so radikalen Bewertung nicht hinreißen lassen, gleichwohl ist auch seine Betroffenheit über den Bruch mit dem Orden groß, und er versucht, zumindest Danzig von der Schuld reinzuwaschen.[5] An anderer Stelle kommt er zu dem "bedauerlichen" Schluß, daß damals nationale Standpunkte keine Rolle spielten.[6] Auch Daenell ist zu den eher gemäßigten Nationalisten zu zählen.[7] Sowohl ihm als auch dem vorher Genannten kann man leider die Kritik nicht ersparen. Beide legten einen ungeheueren Fleiß an den Tag und beschäftigten sich eingehend mit den Quellen, aber ihre Werke sind doch in Hinblick auf die Auslegung derselben und der Herstellung von Zusammenhängen nicht befriedigend. Sie erzählen die Geschichte eigentlich nur nach und interpretieren wenig. Trotz dieser Einschränkung ist ihr Werk verdiensvoll zu nennen. Von den Vorfahren in der Hanseforschung ist hier noch Carl Sattler zu nennen. Seine Aufsätze über den Handel des Deutschen Ordens sind sehr informativ und seine Argumentation wirkt seriös und für seine Zeit verhältnismäßig wenig deutschtümelnd.[8]

---

[4] W. Recke: Danzig und der Deutsche Ritterorden, Danzig 1925; E. Keyser, in: Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart, Danzig 192.; P. Werner: Stellung und Politik der preußischen Hansestädte... Diss. Königsberg 1915.

[5] P. Simson: Danzig im 13 jährigen Krieg, in ZWG, Bd.29,1891, S.1-...

[6] P. Simson, Geschichte der Stadt Danzig, Danzig 1913, S.234 (zu diesem Werk s.a. die Rezension F. Techens, in: HGBll, Bd.21,1915). Goswin v.d. Ropp, Herausgeber der zweiten Abteilung der Hanserezesse, 1881, hebt wohltuend hervor, daß man bei den Geschehnissen um 1454 "ein Aufwallen des patriotischen Gefühls (der Hanse) gegenüber der von den Preußen vollzogenen Zerreißung des nationalen Bandes, an welches man heute zunächst denken möchte, (...) freilich vergeblich suchen" wird.

[7] E. Daenell, die Blütezeit der Hanse, Bd. 2, Berlin 1906.

[8] C. Sattler, in HGBll., Jahrgänge 1882/83 und 1877, 1884, bzw. 1879. Auch die Anrede "Meine Herren!" zu Beginn des zweiten Vortrags, sollte man nicht als diskriminierend fehlinterpretieren, da damals sicher kaum Frauen zu seinem Publikum zählten; ich habe ihn trotzdem gelesen.
Von den öfters zitierten Autoren der alten Generation seien hier noch die Darstellungen von A. Werminghoff, in: Pfingstbll. des HGV, Bd.8, 1912, Joh. Voigt, Geschichte Preußens, Bd.8, Königsberg 1839 und C. Krollmann, in: Deutsche Staatenbildung, 1931.

In der Zeit vor während und nach dem zweiten Weltkrieg spielte für die Historiker der nationale Aspekt eine noch entscheidendere Rolle. Leinz bringt noch 1965 das starke Interesse an der nationalen Frage deutlich zum Ausdruck: *"Der Abfall Danzigs und des preußischen Bundes vom Deutschen Ritterorden ist für unser heutiges Denken und Fühlen aber vor allem deshalb so aufregend, weil 1454 deutsche Menschen deutsches Land polnischer Oberhoheit unterstellten."*[9]

Renken z.B. ist deutlich von diesem Zeitgeist geprägt, wovon aber die Genauigkeit und der Tiefgang seiner Arbeit kaum beeinträchtigt werden.[10] Eine Fülle von Aufsätzen hat Erich Weise unserem Thema gewidmet.[11] Positiv sei zunächst hervorgehoben seine Ausgabe der Staatsverträge, die auch für den Hanseforscher sehr nützlich ist. Hier beweist der Herausgeber seinen enormen Fleiß und seinen hohen Anspruch von Vollständigkeit. Sonst allerdings muß man ihm schwerwiegende Vorwürfe machen. Die Intention, die hinter seinen Ausführungen steckt, ist zu jeder Zeit diejenige, nachzuweisen, daß Ostpreußen nicht zu Polen gehört. Schlecht verhüllte Abneigung gegen das ganze polnische Volk dominiert in seiner Arbeit. Mit juristischer Spitzfindigkeit, die seinen Argumenten kühle Objektivität und Unumstößlichkeit verleihen soll, zerpflückt er die verschiedenen Verträge, wie die Ergebungsurkunde und den zweiten Thorner Frieden, um deren Unrechtmäßigkeit zu erweisen, die Tatsache der Herrschaft des polnischen Königs über das Gebiet zu leugnen. Es darf aber nicht die Aufgabe des Historikers sein, sich die Geschichte zum Werkzeug zu machen, um seiner Meinung nach ungerechte Entwicklungen der Gegenwart als solche zu beweisen. Vielmehr müssen historische Zusammenhänge aus ihrer Zeit heraus begriffen werden, und mit den Ergebnissen der Geschichte muß man sich, auch wenn dies oft genug schwer fällt, abfinden. Statt die Vergangenheit Preußens deutscher zu machen, als sie war und ihr nachzuweinen, sollte man sich lieber in Zusammenarbeit mit den jetzt dort lebenden Menschen um die Erhaltung des gemeinsamen Kulturgutes kümmern. Bevor ich zu der des öfteren ebenfalls ziemlich chauvinistischen Sichtweise der polnischen Autoren komme, seien hier noch zwei Werke aus der Nachkriegszeit genannt, die diese harte Kritik nicht verdienen. Murawskis Buch von 1953 ist, trotz Trauer über den Untergang des Ordens, ein sehr wertvoller Überblick über das gesamte Umfeld des dreizehjährigen Krieges.[12] Er liefert hier eine große Fülle von Informationen über die politischen Verhältnisse des Hanseraumes und die Beziehung des

---

[9] J. Leinz, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 13/14, 1965, S.43.

[10] F. Renken, Der Handel der Königsberger Großschäfferei, Weimar 1937.

[11] Weises Hauptwerk: Das Widerstandsrechts im Ordenslande Preußen und das mittelalterliche Europa, Göttingen 1955. Besonders ärgerlich: ders., in Zt. f. Ostforsch., Bd. 7, 1958; ders. in Altpreußische Forschungen Bd.18, 1941.

[12] K.E. Murawski: Zwischen Tannenberg und Thorn.... 1441-1449, Göttingen 1953.

Deutschen Ordens dazu. Außerdem möchte ich noch auf den Aufsatz von Joseph Leinz verweisen.[13] Wenn er die Ursachen für den Abfall des Preußischen Bundes *"unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Frage"* untersucht, tut er dies löblicherweise, um diese Frage aus der Welt zu schaffen. Er war einer der ersten, der Danzigs Haltung bei dem Abfall nicht mehr als eine gemäßigte gesehen hat. Leider ist aber sein Ansatz, daß Danzig und der übrige Bund letztlich die gleichen Interessen und Absichten hatten, auch nicht ganz zutreffend, wie in Punkt 1.3. zu sehen sein wird.

Nun zu den polnischen Forschern. Von ihnen war mir vieles aus Sprachgründen nicht zugänglich. Einige maßgebliche Arbeiten sind aber, meist in der DDR, übersetzt worden oder informieren den westlichen Leser durch deutsche, englische oder französische Zusammenfassungen und lassen ihn so daran teilhaben. Zahlreich sind die Werke von Marian Biskup.[14] Sie sind meist durchaus gut zu gebrauchen, auch wenn sich aus ihnen bald mehr, bald weniger der subjektive Blick durch eine polnische Brille verrät. In Hinblick auf die Hanse hat er jedoch zum Teil eigenartige Ansichten. Eine seiner Thesen, daß Lübeck sich bei der Vermittlung 1464 mehr auf die Seite des Ordens stellte, konnte ich m.E. widerlegen. Gorski regt sich dagegen zu Unrecht über die Engstirnigkeit westlicher Wissenschaftler auf, denn die Verteidigung des Abfalls als legitimes Mittel gegen Unterdrückung ist genauso verfänglich wie seine Verurteilung als Verrat.[15] Seine Feststellung, daß nach 1454 das Erwachen einen nationalen, polnischen Bewußtseins einsetzt, beweist, daß auch in Polen der Nationalismus noch keineswegs überwunden ist, was sich allein durch das alljährlich feierlich durch Paraden begangene Andenken an die Schlacht von Tannenberg manifestiert. Aber auch hier gibt es Forscher, die sich davon weitgehend emanzipieren, wie z.B. Malowist.[16] Er äußert sogar manchmal Zweifel an den marxistischen Theorien.

Das ist freilich etwas, was sich die Deutschen jenseits des stählernen Vorhangs so gut wie nie getraut haben. Mir ist bei der Literatur aus der DDR immer Linientreue entgegengekommen. Was Henn in einer Rezension eines Werkes von Wernicke bemerkt, kann auch für die hier behandelten Stark und Schildhauer ins Feld geführt werden.[17] Beide sind leider oft so voreingenommen durch die Scheuklappen der Ideologie und

---

[13] J. Leinz, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Osteuropas, Bd.13/14, 1965.

[14] M. Biskup, z.B. in: Neue Hansische Studien, Berlin-Ost 1970 und in: Jbb. f.d. Gesch. Osteuropas, NF. Bd. 26, Heft 2, 1978.

[15] K. Gorski, Communitas, Princeps, Corona Regni, Aufsatzsammlung, Warschau, 1976.

[16] M. Malowist, z.B. in: Conventus primus historicorum Balticorum. Acta et relata, Riga 1938.

[17] V. Henn, in: HGBll. Bd.102, 1984, S.121.

fortwährend auf der Suche nach dem Klassenkampf, daß auch bei ihnen der Verdacht entsteht, daß ihre Ergebnisse von vorneherein feststehen.[18] Zu ihrer Entschuldigung sei angebracht, daß es in einem von Diktatur und Spitzelei bestimmten Staat schwer ist, frei zu denken. Als einem Aspekt unter vielen kann man außerdem auch dem marxistischen einen kleinen Platz einräumen. Daß schließlich Starks oben genanntes Hauptwerk einige Mängel in der Quellenarbeit aufweist, liegt auch daran, daß er sich ein besonders umfangreiches Thema gestellt hat, bei dem es sicher jedem schwer fallen dürfte, keine Quelle zu vergessen oder sie ungenau zu betrachten. Aber große Überblickswerke haben, gleich Handbüchern wie demjenigen von Ph. Dollinger[19], den Vorteil, einen Gesamteindruck zu verschaffen, was eine atomistisch durchgeführte Analyse niemals fertigbringt.

Letzten Endes kann man also bei jedem der hier aufgeführten Autoren, Abhängigkeiten von ihrer Zeit oder ihrem Weltbild feststellen. M.E. gibt es ohnehin keinen Menschen, der sich von seiner Position in der Welt vollständig emanzipieren und gänzlich vorurteilsfreie wissenschaftliche Arbeiten verfassen kann. Es gilt gleichwohl zu versuchen, ein so hohes Maß an Objektivität wie möglich zu erreichen. Die Subjektivität unserer eigenen Zeit werden erst unsere Nachfahren enthüllen. Die Tatsache, daß sich in der - nunmehr alten - Bundesrepublik praktisch niemand mit dem hier gestellten Thema beschäftigt hat, ist auch Zeichen einer ganz bestimmten Einstellung. Für Ostpreußen wagten sich nur die Alten noch zu interessieren. Die Jüngeren wollten sich dem Vorwurf des Nationalismus, z.B. seitens der Polen, nicht mehr aussetzen - schließlich ist die Diskussion über die polnische Westgrenze erst seit kurzem zu einem Ende gekommen - oder aber für sie war die Welt im Osten an der Elbe zu Ende.

1.3. Zwei Quellen und ihre Intention

Die genaue Betrachtung der Vorgeschichte des dreizehnjährigen Krieges wäre allein schon Thema einer Magisterarbeit. Sie kann hier nicht durchgeführt werden. Im Folgenden sollen aber einige für den Hauptteil interessanten Aspekte angesprochen werden. Dieser Abschnitt erhebt daher bewußt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit in irgendeiner Hinsicht.

---

[18] W. Stark, Lübeck und Danzig, Weimar 1973. Auf die Errungenschaften der marxistischen Hanseforschung besonders stolz zeigt er sich in Hansische Studien Bd.5, 1981. J. Schildhauer, in: Kultur und Politik, Acta Visbyensia 4, 1971.

[19] Ph. Dollinger, Die Hanse, Stuttgart 1981.
Einen Forschungsüberblick bietet außerdem P. Letkemann, in: Danzig in acht Jahrhunderten, Münster 1989.

Geht man die Quellen durch, die auf die Reaktion der Hanse auf den Krieg in Preußen Bezug nehmen, stellt man fest, daß von den am Kriege beteiligten preußischen Städtenfast ausschließlich Danzig diesbezüglich mit anderen Hansestädten kommuniziert. Danzig ist aber auch in der Schlüsselposition, was die Finanzierung des Krieges und die teilweise davon abhängige politische Stellung gegenüber dem neuen Herrscher, dem König von Polen, anbelangt. Daher scheint es nützlich, die Haltung dieser Stadt zu den Ereignissen vor Kriegsbeginn zu beleuchten. Folgende Aspekte erschienen in diesem Zusammenhang interessant:

1. Der Vergleich der Intentionen, die die Danziger einerseits, den übrigen Bund andererseits, zu ihrer Vereinigung im preußischen Bund bewegten;
2. die Abhängigkeit der vielbeachteten zögernden Haltung Danzigs bei Abfall und Unterwerfung von seiner vielschichtigeren Interessenlage, die durch die Hanse stärker bestimmt ist, als dies bei den anderen Städten der Fall ist;
3. die Vorteile polnischer Herrschaft für den preußischen Bund gegenüber derjenigen des Ordens.

Mit der Betrachtung dieser Punkte möchte ich zum Zeitpunkt des Kaiserlichen Prozesses beginnen, bei dem Friedrich III., von Orden wie Bund dazu aufgerufen, über Rechtfertigung und Zukunft des preußischen Bundes entscheiden sollte.[20] In zwei Fassungen wurden von Seiten des Bundes die Ursachen für dessen Gründung dem Kaiser vorgelegt: zum einen in dem Dokument mit der Überschrift "Orsachen des Bundes", welches auf einer Tagfahrt in Graudenz am 10.8.1453 entstanden ist und v.a. die Position Thorns, Kulms, Elbings und der verbündeten Ritter darstellt; zum anderen in den von der Stadt Danzig ihrem Bürgermeister Wilhelm Jordan mitgegebenen Instruktionen.[21] Diese beiden Quellen gilt es nicht unter einen Hut zu bringen - wie Leinz dies tut - sondern nebeneinanderzustellen, denn sie zeigen nicht die Gemeinsamkeiten der Verbündeten, sondern ihre unterschiedlichen Interessen.[22] Es ist bezeichnend, daß Danzig es für nötig

---

[20] Bezüglich der Vorgeschichte verweise ich auf die Darstellungen von M. Biskup, in: Hansische Studien, Bd. 3, Weimar 1975. Edith Lüdicke, in: Altpreußische Forschungen, Bd.12, 1935, in Heft 1,2; sie behandelt ausführlich den Rechtskampf des Deutschen Ordens gegen den preußischen Bund. E. Weise, Widerstandsrecht, Göttingen 1955, v.a. S. 137ff. Zur Vorgeschichte unter hansischem Gesichtspunkt vgl. E. Daenell, Blütezeit, Bd.2, Berlin 1906, S. 146-169.

[21] ASP IV, 17; SS rer Pr. IV, S.485-489.

[22] Die Intention von Leinz' Aufsatz ist eine löbliche, denn er möchte durch die Herstellung von Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Quellen, s. S.18f, Danzig von der Beurteilung befreien, es wäre in die Aktivitäten des Bundes unabsichtlich mit hineingerutscht. M.E. muß diese richtige Annahme aber nicht dadurch bewiesen werden, daß man versucht, den Bund als homogenen Zusammenschluß darzustellen. Interessengleichheit ist nicht nur, aber v.a. für ein mittelalterliches Bündnis eine sehr untypische Eigenschaft.

hielt, seine Vorstellungen gesondert in Wien vorzubringen. Der Grund dafür liegt aber nicht in einer "gemäßigten" Position Danzigs gegenüber einer "radikalen", wie sie von Thorn, Elbing, Kulm und der Ritterschaft vertreten wird.[23] Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern im Preußischen Bund ist Danzigs Haltung durch mehr als einen Interessenkomplex bestimmt. Neben dem innerpreußischen Verhältnis der Stände zu Hochmeister und Deutschem Orden liegt eine der Hauptintentionen der Stadt in der Gewährleistung eines möglichst reibungslosen Ablaufs ihres Fernhandels bzw. ihrer Stellung in der Hanse. Natürlich haben auch die anderen preußischen Hansestädte diesbezüglich ihre Vorstellungen und Wünsche; indem Danzig sich jedoch im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts die wirtschaftliche Vormachtstellung in Preußen erworben hatte, nehmen jetzt seine außerpreußischen Interessen die dominierende Rolle ein, während die anderen Städte sowie die verbündeten Ritter auf die Durchsetzung innerpreußischer Ansprüche deutlich mehr Gewicht legen. In dieser unterschiedlichen Interessenkonstellation ist die unterschiedliche Haltung der verschiedenen Bundesmitglieder begründet, nicht aber in einem unterschiedlichen Loyalitätsgrad zum Orden.[24]

Beginnen wir mit den v.a. innerpreußischen Interessen, wie sie sich uns in den "Orsachen des Bundes" darstellen. Ritter und Stände stellen hier Beschwerden zusammen, die sich in folgende Gruppen einteilen lassen:

1. Entfremdung von Eigentum durch verschiedene Ordensbeamte, wovon v.a. Güter von Rittern und Freien betroffen sind.
2. Mißbrauch von Rechten und Rechtsbrüche, besonders gegen das Erbrecht.
3. Mißachtung und Einschränkung von Privilegien.
4. Bereicherung, u.a. durch Abgabenerhöhung, Münz- und Maßpolitik.
5. Moralische Verbrechen wie Mord, Unzucht und Freiheitsberaubung, Überfälle, usw.
6. Zwietracht im Orden und "Ungleichheit" in Preußen.

Nach der Aufzählung der Beschwerden folgt die Rechtfertigung für die Gründung des Bundes: Der Hochmeister habe entgegen seinen Versprechungen niemals einen allgemeinen Richttag abgehalten. Wegen der unhaltbaren Zustände in Preußen habe man sich dazu entschlossen, dem Orden bei deren Beseitigung zu helfen, nachdem sie vom Hochmeister selbst darum gebeten worden seien. Doch der Orden habe sämtliche Anstrengun-

---

[23] Vgl. J. Leinz, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 13/14, 1965 S.21f. Auch Werner spricht in diesen Termini, Diss 1915, S.155, wo er den "Hochverrat" als "spezielles Werk der Thorner" bezeichnet, vgl. ebd., S158,160.

[24] Vgl. P. Simson, Danzig im dreizehnjährigenjährigen Krieg, in: ZWG, Bd.29, 1891, S.7. Daß es sich in beiden Fällen um die Artikulierung von Interessen der besitzenden Klasse jandelt, wie Biskup meint, dies hervorheben zu müssen, s. S.218, in: Hansische Studien , Bd.3, 1975, ist selbstverständlich. Hier geht es nicht um soziale Fragen, sondern um Machtansprüche.
Zum Verhältnis Danzigs zu den anderen preußischen Städten bis 1410, vgl. M. Pelech, in: Danzig in acht Jahrhunderten, Münster 1989.

gen, die seine Untertanen für ihn leisteten, vergessen, ihnen statt Belohnung nur um so unbilligere Abgaben aufgebürdet. Auch im politischen Bereich habe der Hochmeister ihnen nicht, wie es recht gewesen wäre, ein Mitspracherecht bei Bündnisfragen zugebilligt, die sie aufs neue in einen Krieg gegen Polen stürtzten, in welchem sie wiederum für den Orden kämpfen mußten und großen Schaden erlitten. Darum habe man den Bund "wider gewalt und unrecht" gegründet, mit Wissen und Willen des Hochmeisters. Nun aber seien sie von Ordensleuten verunglimpft und geschmäht worden vor Kaiser und Fürsten.

Soweit zum Inhalt dieses Dokuments. Bezüglich des Charakters der Beschwerden fällt auf, daß Interessen von Städten wie von Rittern aufgenommen sind. Die Anzahl der Klagen, die nicht wirtschaftspolitischer Natur sind, überwiegen jedoch bei weitem. 43§§ lassen sich in die oben bezeichneten Sparten 1., 2., 5., 6., nur 13 §§ in die 3. und 4. Gruppe einreihen. Es wird also deutlich, daß die Kulmer Ritterschaft hier dominiert. Außer der Forderung nach dem allgemeinen Richttag wird hier auch keine weitere formuliert; auch dies ein bedeutender Unterschied zu der Quelle aus Danzig, wie später zu sehen sein wird. Die Annahme, daß von Anfang an die Städte die Triebkraft der ständischen Oppostition waren, die für die spätere Zeit sicherlich zutrifft, wird hierdurch nicht bestätigt.[25] Interessant ist es, in diesem Zusammenhang die Untersuchungen Boockmanns mit einzubeziehen.[26] Er umreißt die politischen Ziele, die der Orden anstrebt, einem überlieferten Programm eines Ordensbeamten folgend. Der Deutsche Orden will demnachdurch eine Neuordnung ein einheitliches Recht im Ordensstaat durchsetzen. Mittel dazu sei eine Neuprivilegierung, die bewirken solle, daß die Erbfolge eingeschränkt und somit Güter öfter in die Verfügungsgewalt der Ordensritter gelangen. So solle einem fortschreitenden Allodisierungsprozeß entgegengewirkt werden.[27] Diese Vorgehensweise würde sich v.a. gegen Ritter und kleine Freiewenden[28], und gegen diese Politik lehnen sich die Verfasser der *Orsachen* auf.

Danzig fühlt sich von diesem Dokument nicht repräsentiert. Sehen wir uns nun die Instruktionen für Wilhelm Jordan an.[29] Sie sind konkret auf die Situation der Stadt ausgerichtet, drücken sich generell viel präziser aus und enden mit einem wohlüberlegten Forderungskatalog. Welche Beschwerden wollen die Danziger dem Kaiser vortragen?

---

[25] Dies behauptet mehrfach Biskup, in: Preußenland, Bd.15, 1977, S.63. Er betont auch, daß der Bund vom Reich immer als Städtebund angesehen wurde; ebd., S.66.

[26] H. Boockmann, Zu den politischen Zielen des Deutschen Ordens..., in: Jb. f. d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd.15, 1966, S.57-104.

[27] S. ebd. S.73f.

[28] S. ebd. S.83f.

[29] Hintergründe und genauere Informationen zu diesem Dokument bietet Leinz, a.a.O., S.1-18.

1. Es werden ausführlich die Umstände der Mühlenabgabe an den Orden dargelegt. Diese werde, trotz häufiger Klagen, höher und länger als vereinbart eingefordert, den Umstand ausnützend, daß Bürger und Bauern auf die Benutzung der Ordensmühle angewiesen sind.
2. Sachlage und Tathergang des Mordes an drei ehrenwerten Ältesten der Stadt durch den Komtur von Danzig im Jahre 1411 werden geschildert; ein Verbrechen, daß noch immer nicht gesühnt sei. Statt den Mörder einem Richter vorzuführen, hätten sich zu allem Überfluß die Bürger der Stadt sich dem Komtur sogar noch demütig erweisen müssen.
3. Der Umgang des Ordens mit dem Pfundzoll wird angeklagt, der den Kaufmann belaste, anstatt zu seiner Beschirmung aufgewendet zu werden.
4. Danzig beschwert sich, ein Darlehen für den Orden sowie verschiedene Aufwendungen, die es im Zusammenhang mit dem Krieg des Ordens gegen Polen geleistet hat, nicht zurückerstattet bekommen zu haben.
5. Die Stadt fühlt sich in der Nutzung ihrer Privilegien eingeschränkt, welche aber nicht explizit genannt werden.
6. Klagen über den Mündemeister folgen, der willkürliche Abgaben in Form von Geld und Gütern beschlagnamt.
7. Wird der Zoll zu Labiau angesprochen, welcher statt vier Jahren - wie vereinbart - nunmehr seit ca. 29 Jahren eingenommen werde.
8. Sei es untragbar, daß der Orden alles Strandgut für sich beanspruche, der Kaufmann von seiner Ware nichts mehr wiedersähe, wiewohl er doch bereit wäre für die Rettung seiner Güter Bergegeld zu zahlen.
9. Schließlich wird betont, wie sehr das *"Kouffslagen"* des Ordens die anderen Kaufleute schädige.

Dieser letzte Punkt, ein Hauptärgernis und -anlaß zum Abfall für die Danziger, wird interessanterweise nicht weiter ausgeführt.

Nach den Klagen folgt zunächst die Erklärung, daß die Stadt Danzig aus diesen Gründen sich mit Land und Städten Preußens verbündet hätte, daß man aber dem Orden die Treue halten wolle und seine Pflichten, wie bisher üblich, mehr als nötig ausüben wolle. Dann schließen sich die Forderungen an, die direkt auf die Klagen Bezug nehmen. Nur einige möchte ich hier herausheben. Der Kaiser solle sich dafür einsetzen, daß Danzig seine Privilegien ohne jede Einschränkungen nutzen darf. Der Mord an den drei Bürgern der Stadt solle verurteilt werden, wofür sich als Gremium der vom Bund gewünschte Richttag anböte, ansonsten wolle man die Sache an einen Unparteiischen übertragen wissen. Danzig schließt sich damit der Forderung seiner Verbündeten nach dem Richttag an, aber es ist kein besonderer Eifer hinter diesen Sätzen zu bemerken. Nun folgen noch zwei interessante Aspekte, die vermuten lassen, daß Danzig sich überhaupt von seinen Bundesgenossen in gewisser Weise distanziert. Wilhelm Jordan solle

den Kaiser gesondert von den speziell Danziger Angelegenheiten unterrichten, *"die nicht methe behoren sulden in die sache als van des bundes wegen"*. Außerdem betonen sie, daß sie nicht den Hochmeister beim Kaiser angeklagt hätten[30], ihr Gesandter solle ihn aber bei dieser Gelegenheit demütig bitten, daß er sich für die Interessen der Stadt einsetzen möge.

So zeigt die Betrachtung dieser beiden Quellen, daß Danzig eigene, andere Interessen hat als seine Verbündeten. Im letzten Dokument überwiegt die Bezugnahme auf wirtschaftliche Fragen eindeutig. Für diese Stadt haben Einhaltung von Privilegien und Feiheiten und die Garantie vernünftiger, einkalkulierbarer Abgaben an den Landesherren eine essentielle Bedeutung für den Fernhandel und hier für die Marktposition im gesamten Ost-Westverkehr. Während sich Ritter und Bürger der anderen Städte v.a. über Willkür und Gewalt des Ordens beklagen, ärgert sich Danzig über den Pfundzoll, der ihnen im Laufe der Zeit immer mehr vom Hochmeister aus der Hand genommen wurde, sich von einer hansischen zu einer Abgabe an den Landesherren gewandelt hatte.[31] Übergriffe auf ihr Strandgut, noch dazu von Seiten ihres Handelskonkurrenten konnten die Danziger nur negativ empfinden. Die Konkurrenz des Eigenhandels des Ordens zu dem der Kaufleute war zwar seit 1410 stark zurückgegangen, trotzdem war sie weiterhin lästig, und die Danziger wurden nach wie vor durch die monopolistische Handelspolitik des Ordens in ihren wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten empfindlich beeinträchtigt. An anderer Stelle werde ich auf diese Problematik noch genauer eingehen. Dieses Vorgehen wurde natürlich vom Deutschen Ordens mit Absicht betrieben. Die Korporation wollte Vorrechte der Städte beseitigen, ihren Einfluß aufdie städtische Verwaltung, Rechtssprechung und Wirtschaft ausweiten, ihre Einnahmen, gerade den Pfundzoll, vermehren.[32] Die finanzielle Lage der Gemeinschaft war dermaßen prekär, daß der Zweck, zu Geld zu kommen, jedes Mittel heiligte.

So ist abschließend festzustellen, daß trotz einigen Interessen, die die Bündner miteinander verband, doch eine besonders große Übereinstimmung zwischen den Anliegen

---

[30] Andere Quellen belegen, daß sich Danzig von diesem Prozeß nicht allzuviel versprach; s. ASP III, 229; ebd. 237 (Herbst 1452). Ein Brief des Danziger Komturs an den Hochmeister berichtet von den Versicherungen der Danziger, eine dem Orden gegenüber versöhnliche Haltung beim Prozeß einnehmen zu wollen; ASP III, 398 (22.5.1453). Recke schließt daraus sofort, daß man in Danzig bereits bedauere, sich so weit mit dem Bund eingelassen zu haben (a.a.O., S.35).

[31] Die Bedeutung der Pfundzollfrage ist nicht zu unterschätzen; sie wird von der Forschung vielfach als eine Hauptursache für den Abfall (so Leinz, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 13/14, 1965, S.16f) oder als Prüfstein für das Verhältnis der Hanse zum deutschen Orden bezeichnet (G. Ketterer, in: HGBll, Bd.90, 1972, S.25; sein Aufsatz ist generell interessant zur Vorgeschichte).

[32] vgl. Boockmann, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands, Bd.15, 1966 S.87ff.

Danzigs und denender anderen Bundesmitglieder nicht bestand.[33] Der Preußische Bund konnte nur entstehen, weil alle seine Mitglieder etwas an ihrem Verhältnis zum Hochmeister und seinem Orden geändert wissen wollten. Diese Tatsache reichte aus, um sich in diesem Zusammenschluß ein gemeinsames und daher bedeutenderes Forum für die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen zu schaffen.

Für die gemeinsamen wie für die unterschiedlichen Interessen der Preußen war natürlich der positive Ausgang des kaiserlichen Prozesses gegen den Orden ausgesprochen wichtig; daher beteiligte sich auch Danzig maßgeblich an den damit verbundenen Kosten.[34] Die Verhandlung lief aber äußerst negativ für den Bund. Für das am 5. Dezember 1453 gefällte Urteil, daß der Bund *"ab und vernicht sei"*, waren aber sicherlich die von diesem vorgelegten Fälschungen in höherem Maße verantwortlich, als dies im Allgemeinen in der Forschung bewertet wird.[35] Sie haben die Meinung des Kaisers m.E. mehr beeinflußt, als die vom Orden vorgebrachten Schmähungen.[36] Bedeutend sind von diesen drei Urkunden. Laut des ersten Dokumentes habe der Kaiser den Bund bestätigt; im zweiten habe er Kulm und Thorn sämtliche Privilegien bestätigt, die von seinen Vorfahren verliehen worden seien, wobei Weise hinzufügt, daß von einer früheren Verleihung nichts überliefert sei; im dritten erteilt er angeblich dem Bund eine Erlaubnis, sich zu versammeln und Steuern zu erheben. Noch vor Prozeßbeginn erklärte Friedrich III., sich an eine Bestätigung des Preußischen Bundes nicht erinnern zu können und verbat sich weitere diesbezügliche Behauptungen.[37] Man fragt sich, was die Urheber der Fälschungen sich einbildeten, indem sie dem Kaiser Bestätigungen eines Bundes unter-

---

[33] Dies möchte Leinz so sehen, a.a.O., S.19f.

[34] Vgl. ASP III, 316; IV, 62; Werner stellt die Kosten in einer Liste zusammen nach ASP III, 198, 285; danach war Danzigs Beteiligung etwa ein Drittel der gesamten Summe, die die Städte zusammenlegten. Zur Geschichte des Prozesses in Wien vgl. E. Weise, Widerstandsrecht, 1955, S.177–189.

[35] Über die Wirkung, die die Fälschungen in dem Prozeß machten, ist offensichtlich wenig überliefert. Weise, Widerstand, 1955, S.176 behauptet, niemand hätte an die Wahrhaftigkeit der Dokumente geglaubt und daher hätte man ihnen auch keine Bedeutung zugemessen. Gorski, in: Communitas, Princeps, Corona Regni, 1976, S.39, betont, daß der Orden die Fälschungen bloßgestellt habe und das voreingenommene Plenum die Klagen der Bündner nicht einmal anhören wollte; dies kann ja gerade die Folge der Bloßstellung gewesen sein.

[36] Die Fälschungen sind veröffentlicht u.a. in E. Weise, Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Bd.II, Marburg 1955, 190, angeblich vom 6.2.1441, entstanden 15.12.1452; 277 und 279, angeblich vom 15. und 22.12.1452, entstanden März/April 1453. Bezüglich der Schmähungen der Ordensgesandten vgl. ASP IV, 52, 72, 73.

[37] Pr. Stv. 282, vom 18.7.1453; auch am 28.6./7.7.1453 erklärt er, nie den Bund bestätigt zu haben, was er auch nie vorgehabt habe, ebd. 281; vgl. ASP III, 425.

schoben, den er dreimal aufgefordert hatte, sich aufzulösen.[38] Der Orden hatte seinerseits duch die Fälschung der sog. "Tilgungsbulle" vorgespiegelt, der Papst hätte den Preußischen Bund für nichtig erklärt.[39] Dieser Betrug konnte aber den Kaiser nicht beleidigen.

Zu Beginn des eigentlichen Prozesses am 22.10. dagegen versuchten die Bündner abzuleugnen, daß es je eine Bestätigung durch den Kaiser gegeben hätte.[40] Damit hatten sie sich derart in Widerspüche verstrickt, daß der Orden gegen sie ein leichtes Spiel hatte. Berichte der Gesandten beider Seiten aus Wien meldeten den für die Preußen unglücklichen Verlauf der Verhandlung, der die Bündner am 29.11. dazu bewog, vom Ort des Prozesses zu fliehen.[41] Dem Orden nutzte sein glücklich gefeierter Triumph, wie er in den erwähnten Briefen zum Ausdruck kommt, wenig; die Überzeugung, durch das Urteil den Preußischen Bund unschädlich gemacht zu haben, sollte sich als falsch und gefährlich erweisen. Auch Weise spricht von einem folgenschweren Irrtum, in dem sich der Orden befand, wenn er glaubte, daß ihm der Bund nach dem kaiserlichen Urteil ausgeliefert sei.[42]

---

[38] und zwar am 14.7.1451, 1.7.1451 und 1.12.1452, ASP III, 118, 187, 269, bzw. Pr. Stv. 274-6.
Biskup glaubt fälschlicherweise, daß die dritte, nämlich die angebliche Erlaubnis Steuern einzunehmen, um den Prozeß zu finanzieren, echt sei (M. Biskup, in: Hansische Studien III, S.223); an anderer Stelle ebenso, wo er sehr schnell über die Angelegenheit hinweghuscht und das Urteil auch nicht in Beziehung zu den Fälschungen setzt (ders. in: Preußenland, a.a.O., S.66). Weises Staatsverträge sind ihm wohl nicht in die Hände gekommen.
Zur Haltung des Kaisers bei dem Prozeß vgl. auch E. Hoffmann, in: ZWG, BD.53, 1911, S.5.

[39] Vgl. Weise, "Widerstand", S.176; s. Pr. Stv., 273.

[40] So im Bericht der Bundesgesandten, ASP IV, 39.

[41] Bericht der Bundesgesandten: ASP IV, 72; ein Brief Wilhelm Jordans an Danzig, ebd., 80; Bericht eines Ordensbruders: ebd., 81; über die Flucht berichtet ebd., 82 dem Hochmeister. Zum Verlauf des Prozesses vgl. Pr. Stv., 284, Urteil s. ebd.

[42] E. Weise, Widerstand, 1955, S.187f. Der Bund sei zu seinen verzweifelten Schritten getrieben worden und "der Krieg, den sie (die Ordensgesandten) freventlich heraufbeschworen hatten, empfing sie an der Schwelle der Heimat." Ebd. S.189.
Wie Werner angesichts dieser Ereignisse behaupten kann, daß es sich beim preußischen Bund um eine "völlig unbedeutende Korporation " handelte, s. Diss. 1915, S.150, ist mir unklar.

1.4. Danzig zwischen preußischem Bund und Hanse

Offensichtlich hatte der Orden die sich seit spätestens Oktober 1452 anbahnende Kontaktaufnahme mit König Kasimir von Polen nicht bemerkt oder nicht ernstgenommen. M.E. glaubte der Orden, sich auf die Treue des reichsten und daher wichtigsten Mitgliedes des Bundes, nämlich Danzig, verlassen zu können. Dafür sind keinesfalls nationale oder andere Loyalitäten verantwortlich, sondern das gemeinsame Interesse an der Hanse.[43] Was passierte im Bereich der Hanse zur Zeit der Verschärfung des Konflikts in Preußen und des Prozesses vor Friedrich III.? Auf dieser Spur finden wir tatsächlich einen Grund für Danzigs "gemäßigtes" Verhalten vor dem Abfall und seine mangelnde Begeisterung für das Vorgehen des Preußischen Bundes. Diese sich doch anbietende Parallele zu ziehen, hat von den mir bekannten Forschern, die über den Abfall schreiben, lediglich Schuhmacher andeutungsweise getan.[44]

Die schon lange bestehenden Spannungen zwischen England und der Hanse, welche von Anfang an einen Interessengegensatz der westfälischen und preußischen Städte auf der einen und Lübeck auf der anderen Seite offenbarten, hatten einen Höhepunkt erreicht mit dem Überfall englischer Schiffe auf die Baienflotte (100 Schiffe) im Jahre 1449. Lübeck, das sich im Gegensatz zu Danzig nicht an in der eigenen Stadt befindlichen Engländern schadlos halten konnte, stellte sich in Verhandlungen mit England für ein friedliches Verhältnis quer, hielt die Sperre des Sundes aufrecht und verhinderte so eine Lösung des Konflikts.[45] Der Hochmeister des Deutschen Ordens war in dieser Frage, auch im Interesse seines Eigenhandels, auf der Seite Danzigs (er hatte in früheren Zeiten, sehr zum Unwillen der Stadt, die Engländer besonders begünstigt, als er ihnen 1408 den Gästehandel in Preußen gestattete und 1428 weitere Vorteile zukommen ließ[46]). Er setzte sich bei den Verhandlungen mit dem englischen König tatkräftig ein.[47]

---

[43] Außerdem war Danzig natürlich klar, daß es als reichstes Bundesmitglied am meisten für den gemeinsamen Krieg werde zahlen müssen, und war sicher auch deswegen mehr darauf bedacht, ihn zu vermeiden.

[44] B. Schuhmacher, in: Altpreußische Beiträge, Königsberg, 1933, S.31. Diesen Aspekt zu thematisieren hätte sich z.B. für Weise, in: Jb. d. Kölner Gesch.vereins, Bd. 31/32, 1957, angeboten.

[45] Zu diesen Ausführungen vgl. M.M. Postan, in: Studies in English Trade, London 1933, S.129ff (Rezension dieses Werkes, G. Neumann, in: HGBll., Bd.60, 1935). Zur diesbezüglichen Vorgeschichte vgl. ebf. K. Murawski, Zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.225-242 und W. Stein, Die Hanse und England, Leipzig 1905.

[46] Vgl. Postan, a.a.O., S.111 und Ruffmann, in: Zt. f. Ostforsch. Bd.7, 1958, S.23.

[47] Vgl. seinen Briefwechsel mit König Heinrich HR II,4; 133, 135, 150; in der gleichen Angelegenheit sein Schreiben an Köln ebd. 136. S.a. Rezeß zu Marienburg ebd., 134.

Der Rezeß aus Marienburg vom 14. Januar 1453 zeigt ihn kooperativ (§1), und seine Städte sind ihm dankbar dafür (§2). Nur einen Monat später, am 25. Februar, beschlossen die preußischen Städte in Marienwerder die Einsetzung eines Geheimen Bundesrates, was Danzig ungern sah und weshalb es sie am 5. März bat, diese Maßnahme aufzuschieben.[48] Es ist durchaus möglich, daß die Ältesten der Stadt Danzig fürchteten, daß dieser Schritt den Hochmeister verärgern könnte, da sich der enge Rat Entscheidungskompetenzen anmaßen wollte, die der Orden für sich beanspruchte; in der Tat war dieser Entschluß Ausdruck des Mitbestimmungswillens des Preußischen Bundes gegenüber seinem Landesherren. Die zögernde Haltung Danzigs könnte daher rühren, daß man gerade jetzt, wo der Briefwechsel mit England so verheißungsvoll in Gang war, keine negative Beeinflussung durch innerpreußische Angelegenheiten wünschte.

Im Juli 1453 bemühte sich der Hochmeister, für die Preußen ein dreijähriges Geleit bei König Heinrich zu erwirken, da am 29. September das Ende des Waffenstillstandes mit England drohte. Deswegen sollte auch rechtzeitig auf einer Hansetagfahrt in Bremen über eine Verlängerung desselben verhandelt werden, wobei man in Danzig dazu bereit war, unter Umständen Lübeck zu übergehen, falls es auf seinem unnachgiebigen Standpunkt beharren würde.[49] Nur wenige Tage vorher wurden dem Hochmeister Gerüchte übermittelt, daß bei der Tagfahrt des Bundes in Graudenz im Juni Pläne über einen möglichen Abfall vom Deutschen Orden geschmiedet worden waren.[50] Die Danziger wußten die Befürchtungen zu zerstreuen, denn einen Monat später konnte der Komtur der Stadt seinen Hochmeister nach Gesprächen mit den Bürgern beruhigen und ihm berichten, es sei in Graudenz nichts Konkretes ins Auge gefaßt worden, und Danzig würde solchen Ansinnen keine Folge leisten.[51]

Auch die Instruktionen für die geplante Bremer Tagfahrt, ausgestellt für zwei Gesandte aus Danzig und Königsberg, betonen ausdrücklich die Absicht, dem Orden treu zu bleiben.[52] Dies solle v.a. Herzog Adolf von Schleswig versichert werden. Beide Komplexe, die preußische wie die englische Frage, sollen auf der Hansetagfahrt zur Sprache kommen. Das Dokument zeigt also die Verflechtung dieser Problemkreise, in denen Danzig beidemale im Mittelpunkt steht. Bei den Verfassern dieser Schrift muß es sich um Personen gehandelt haben, die von den Fälschungen der kaiserlichen Urkunden nichts gewußt haben und außerdem ein gutes Verhältnis mit dem Hochmeister wünschten; es

---

[48] ASP III, 315 und 331.

[49] Zu letzterem s. HR II,4; 168–170.

[50] ASP III, 426.

[51] ASP IV, 30.

[52] ASP IV, 59 vom 28.9.1453.

können eigentlich nur Danziger gewesen sein, obwohl die Schrift mit *"civitatum Prusie et militarium ibidem"* unterschrieben ist (was sollten die Ritter Preußens für Interessen an der Bremer Tagfahrt haben?). Der Hochmeister habe sich ihnen gegenüber geäußert, er hielte sie für seine *"getruwe manne"*, deren Verfolgung ihm leid täte. Beim Prozeß vor dem Kaiser sei auch keine gefährliche Wendung der Dinge zu erwarten, da man ja von ihm ein Privileg habe, welches den Bund erlaube. Man hält dieses also für echt, zumindest für beweiskräftig, und dies läßt die Vermutung zu, daß die Stadt Danzig kaum den Prozeß befürwortet und bezahlt hätte, wenn es von der Fälschung des Dokumentes gewußt hätte. Nur so kann dies mit seiner sonstigen Verhaltensweise in Einklang gebracht werden. Schließlich beteuert man, daß sich der Bund weder gegen Kirche oder Kaiser wende, er aber als Maßnahme der Notwehr gegen Gewalt nach göttlichem Recht gerechtfertigt sei. Damit sollte die preußische Angelegenheit für die Hanse aus der Welt geschafft werden und die Verhandlungen mit England nicht mehr stören.

Die Bemühungen von Hochmeister, Köln und Danzig hatten tatsächlich Erfolg: am 28. August erteilte Heinrich VI. von England drei Jahre sicheres Geleit für sämtliche Kaufleute der Hanse mit Ausnahme derer von Lübeck. Die Tagfahrt in Bremen, wo es vielleicht, wie Köln sich dies wünschte, zu einer Einigung mit Lübeck gekommen wäre, wartete er nicht ab sie wurde außerdem verschoben.[53]

Sogar noch im Dezember 1453 rechnete man noch mit einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Hochmeister England betreffend. Der Rezeß zu Lübeck nennt den Danziger Arnd van Telghete zusammen mit dem Königsberger Johann Dreyer noch als gemeinsame Gesandte von den preußischen Städten und dem Hochmeister.[54] Auf dieser Versammlung ist es den Interessenten an einem friedlichen Verhältnis mit England gelungen, Lübeck zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und zur Anberaumung einer neuen Tagfahrt zu bewegen. Wiederum war es vorgesehen, daß der Hochmeister in dieser Angelegenheit mit dem englischen König korrespondieren sollte. Er sollte Ort und Termin für die *"frundlike dachvart"* vereinbaren; die preußischen Städte wollten Hamburg und den anderen Städten dann durch Boten davon unterrichten.[55] Noch am 29. Januar haben die Hamburger keine Nachricht, bzw. das dringend erwünschte Transsumpt des Geleitbriefes vom englischen König, erhalten und wenden sich deswegen sowohl an Danzig wie an den Hochmeister selber.[56] Für diese Vermittlung stand der

---

[53] S. HR II,4; 177, 176; s. ebd., S.127; und zwar, weil die Gesandten des Herzogs von Burgund von Gerd von Oldenburg auf ihrer Reise überfallen worden waren. S. LIV UB 11, 305, S. 270. Näheres zu diesem freundlichen Herren s. Punkt 2.1.2.

[54] HR II,4; 196.

[55] HR II,4; 198.

[56] HR II,4; 204f; vgl. S.128.

Hochmeister aber offensichtlich nicht mehr zur Verfügung. Der Abfall des preußischen Bundes und der Beginn des dreizehjährigen Krieges verhinderten dann endgültig seine Mitarbeit und in diesem Stadium die ganze Verhandlung der Hanse mit England.[57]

Angesichts dieser Situation war es gerade zu diesem Zeitpunkt für Danzig keine leichte Entscheidung, den Entschluß des übrigen Bundes für den Abfall vom Deutschen Orden mitzutragen. Die daraus resultierende zögernde Haltung dazu, wie zu der Ergebung gegenüber Kasimir von Polen findet in den maßgeblichen Quellen ihren Ausdruck.[58] Diese werden von der Forschung immer wieder herangezogen, um die größere Treue Danzigs dem Hochmeister und seiner deutschen Korporation gegenüber zu erweisen. Dabei betont die Stadt mehrmals ihre Solidarität mit dem Bund, und die Hinwendung zum polnischen König nach dem ersten Abfall vom Deutschen Orden 1410 beweist ebenfalls, daß die Treue zum alten Herren nicht groß gewesen sein kann. [59] Es war eben nicht die größere Loyalität dieser Stadt zum Orden, sondern die oben ausgeführten Interessen und neben diesen das Bewußtsein, daß sie als die Reichste den dem Abfall folgenden Krieg hauptsächlich würde finanzieren müssen.[60] Nur für den Fall, daß sie in der Verbindung mit dem polnischen König ihren Vorteil finden könnten, wollten die Danziger abfallen. Doch bezüglich des Termins des Abfalles hatten sie weniger Einfluß, als man hätte annehmen können. Bereits am 4. Februar 1454 wurde die Absage an den Hochmeister formuliert.[61] Da die Verhandlungen mit Kasimir seit dem 15. 2. in Thorn aber in dieser Hinsicht nicht allzu vielversprechend verliefen, waren die dort anwesenden Danziger Gesandten, Wilhelm Jordan und Johann Meydenburg, in äußerst schlechter Stimmung.[62] Sie befürchten, daß *"uns alle saken nicht na unsem /sin/ gan werden"* und ärgern sich darüber, daß die anderen Bundesmitglieder zu größeren Zugeständnissen

---

[57] Dies bestätigt nach F. Schulz, in: Abhn. z. Verkehrs- und Seegesch., Bd. 5, Berlin 1911, S.99f auch S. Jenks, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.110.

[58] S. z.B. ASP IV, 117, S.243f.; 137, S. 259f., sowie die unten zitierten.

[59] S. z.B. ASP IV, 119, S.245f.; 209,S. 331f.
W. Recke, Danzig und der deutsche Ritterorden, Danzig 1925, bzw. 1979, S.160, wertet das Zögern Danzigs als verzweifelten Versuch, die Unterwerfung zu verhindern; Grund sei die Treue der Stadt dem Orden gegenüber, S.188; aber Danzig sei vom Bund vergewaltigt worden, S.194. Vgl. auch Werner, Dis.. 1915, S.170.

[60] Letztere Ansicht vertreten auch Leinz, a.a.O., S.39, und Biskup, Das Verhältnis Danzigs zu Kasimir, 1952, S.232.

[61] Pr. Stv.II, 288, S.114ff.

[62] Ihre Berichte nach Danzig, ASP IV, 237, S. 358f.; und 239, S.361f. Biskup unterstellt ihnen fälschlicherweise, heimliche Anhänger des Ordens zu sein; s., Verhältnis Danzigs zu Kasimir, 1952, S.225.

bereit sind. Sie weisen ihre Mitbürger daheim an, die Ordensburg, falls noch nicht geschehen, niederzureißen, *"wente deme hern Konyge henget de lunge sere up Danczik"*. Einige Tage später fragen sie sich ernsthaft, *"off wy Pollenz weren worden"*, wenn das Angebot des Hochmeisters, der nach dem Abfall einen Kompromißvorschlag gemacht hatte, früher gekommen wäre.[63] Bezeichnenderweise erwähnt Biskup diese Schwierigkeiten, die Danzig mit der Unterwerfung hatte, mit keinem Wort. Er will offenbar den Eindruck erwecken, die Inkorporation sei reibungslos vonstatten gegangen.[64]

Zusammen mit der Äußerung, daß die beiden des öfteren gerne jenseits der Grenze Polens gewesen sein, werden diese Passagen von vielen Forschern stets so ausgelegt, daß sie eine Abneigung dagegen gehabt hätten, polnisch zu werden.[65] Diese Annahme ist aber geradezu abwegig. König Kasimir hat jedoch wesentlich weniger Entgegenkommen bei den besagten Verhandlungen gezeigt, als sich die Danziger erhofft hatten. Die Inkorporationsurkunde vom 6. März 1454 sieht vor, daß den Einwohnern Preußens ihre bisherigen Rechte und Privilegien bewahrt werden und daß sie die Vorrechte der polnischen Stände beanspruchen können, insbesondere bei der Königswahl; der König verspricht sie zu schützen und zu verteidigen, gewährt Danzig, Elbing und Thorn das Recht, Münzen zu schlagen, solange der Krieg währt, und erlaubt schließlich allen preußischen Kaufleuten den freien Handelsverkehr in seinem Reich.[66] Im Vergleich mit den Privilegien, die Danzig später, v.a. 1457, verliehen wurden, war das nicht allzu viel; es versprach den Danzigern v.a. nicht das Maß an Autonomie, das sie erreichen wollten.[67] Trotzdem entschlossen diese sich, *"dat beste uth twen argen to kesende"*[68], und das war die Entscheidung für den Bund, für den polnischen König und gegen den Deutschen Orden. Die Inkorporationsurkunde wurde Gegenstand für die Untersuchungen zahlreiche Forscher, die Klarheit gewinnen wollten, ob es sich bei diesem Vertrag um die Bildung

---

[63] Angebot des Hochmeisters, ASP IV; 187, S. 315f. Sicher trifft es aber nicht zu, daß die Danziger Gesandten, wie Simson dies behauptet, mit Instruktion in der Tasche nach Thorn gereist seien, daß die Unterwerfung verhindert werden sollte. Bezeichnenderweise fehlt hier in seiner sonst so fußnotenreichen Arbeit der Beleg; s. ZWG, Bd.29, 1891, S. 19. Aus der Tatsache, daß die Gesandten sehr spät von dem Angebot erfuhren, schließt Leinz, a.a.O., S.38, treffend, daß der Danziger Rat wahrscheinlich den Anschluß dadurch nicht verhindern wollte.

[64] M.Biskup, in: Preußenland, Bd.15, 1977, S.66f, in: Hansische Studien III, 1975, S.225.

[65] So z.B. Werner, Diss. 1915, S.164. Leinz, a.a.O., S.33f., spricht sich deutlich dagegen aus.

[66] Pr. Stv.II, 292, S.126-133.

[67] Leinz, a.a.O., S.35,38, bestätigt diese Annahme.

[68] Pr. Stv.II, 295, S.135.

eines Lehensverhältnisses handelt, oder ob der König nur eine Art Schutzherrschaft übernimmt. Diese Thematik hier aufzurollen, würde zu weit führen. Da die Tatsache einer Herrschaft bestand - und das allein ist in diesem Zusammenhang von Belang - ist diese verfassungsrechtliche Diskussion hier weniger wichtig.[69]

Nach diesen Vereinbarungen und der bald folgenden Ergebung am 15. April war der letzte Schritt zum Krieg getan, den Kasimir dem Orden in einem auf den 22. Februar vordatierten Dokument erklärte.[70] Im Juni 1454 hielt sich der König dann in seinem neu gewonnenen Gebiet auf, um sich von seinen Untertanen huldigen zu lassen. Elbing, Thorn und Kulm mit ihren Gebieten taten dies auch, nicht jedoch Danzig, welches nur eine Anerkennung der Herrschaft leistet.[71] Diesen Zeitpunkt als Beginn einer erwachenden *"Notion de patrie"* bei Preußen und Polen zu sehen, erscheint zweifelhaft.[72] Doch bevor wir zu den Geschehnissen im Krieg kommen können, gilt es noch kurz zu bemerken, warum die Unterwerfung Danzig in seiner spezifischen Interessenlage als das kleinere Übel erschien. Welche Vorteile brachte die Herrschaft Kasimirs mit sich, welche Nachteile hatte diejenige des Ordens?

---

[69] Deutsche Forscher sehen in der Inkorporation meist nur ein Schutzbündnis. So z.B. B. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, 1957(2), S.134f., E. Turowski, Diss. Berlin 1937, S. 46f; seiner Meinung nach gab es in Preußen schon während des Krieges eine ständige Opposition gegen Kasimir. Recke, in: Danzigs Handel, 1925, S.22, klagt darüber, daß sich der preußische Bund zum Werkzeug der polnischen Politik machte. E. Weise, in: Altpreuß. Forsch., Bd.18, 1941, S.249ff., 260, zerpflückt hier die Inkorporations- und die Ergebungsurkunde und schließt aus dem Gebrauch der Worte "corona" und "regnum Poloniae" darauf, daß sich die Beteiligten einer rechtlichen Anfechtbarkeit ihrer Verträge bewußt waren, die Urkunden daher eher eine politische denn eine rechtliche Manifestation darstellen würden. Scharf kritisiert wird von K. Gorski, in:Communitas, Princeps, Corona Regni, 1976, S.30, sein *"applying modern ideas to past events"*.

[70] Pr. Stv.II, 289, S.116-120.

[71] Pr. Stv.II, 300, 301, S.145ff., 304, S.150f; Danzig: 302, S.147f. Simson, in: ZWG, Bd. 29, 1891, S.26, bezeichnet diese Urkunde noch fälschlicherweise als Huldigung, aber Weise berichtigt dies in den Stv.n.

[72] So zu lesen bei Gorski, a.a.O., S.40.
Abschließend zu diesem Punkt seien noch einige Werke genannt, die sich mit dem Abfall befassen, sich aber v.a. auf dessen Vorgeschichte konzentrieren und daher hier keinen näheren Eingang gefunden haben, K. Neitmann, in: U. Arnold, Hsg., Ordensherrschaft, Stände und Stadtpolitik, 1985; M. Burleigh, in: European Hist. Quart. 84, Bd. 14, Nr.4, 1984, ders: Prussian Society and the German Order, London 1984.

1.5. Die Vorteile polnischer Herrschaft

Als einen notgedrungenen *"Mißgriff"* bezeichnet Weise die Entscheidung des Bundes, sich Kasimir von Polen zu unterwerfen. Die Städte hätten *"ihn nur deshalb gewählt, weil sie in der Eile einen deutschen Landesherrn nicht finden konnten. Das Emanzipationsstreben der Städte hat gewiß mit den Beziehungen zu Polen gar nichts zu tun."*[73] Er unterstellt ihnen also eine völlig undifferenzierte, unüberlegte Handlungsweise. In Wirklichkeit war aber das Gegenteil der Fall. Von mehreren Autoren wird erwähnt, daß neben dem polnischen König auch andere Herren, wie die von Brandenburg, Österreich, Böhmen oder Dänemark als Haupt des Widerstandes denkbar gewesen seien, die jedoch abgelehnt hätten.[74] Die Entscheidung für den König von Polen war aber diejenige, die sich am ehesten für den preußischen Bund anbot (eine Verbindung mit Dänemark, z.B. wäre nur Danzig zu Gute gekommen). Überdies hatte man sich bereits einmal, 1410, für diesen entschieden, als Danzig zum ersten Mal, allerdings nur für kurze Zeit, vom Deutschen Orden abgefallen war.[75] Zu Recht hebt Biskup hervor, daß bei diesen Vorgängen die nationale Komponente unwichtig ist, die bei Pagel noch so eindringlich formuliert wird, wenn er vom Abfall schreibt: *"Ein Land, das mit dem Blute fast aller deutschen Stämme den Fremden abgewonnen war, fiel damit dem Volksfeind zu."* Er bezeichnet auch den dreizehnjährigen Krieg als *"eines der tragischsten Kapitel der deutschen Volksgeschichte"*.[76]

Die Verbindung mit Kasimir von Polen kam nur zustande, weil sie ökonomisch und politisch vielversprechend erschien. Sie war es in wirtschaftlicher Hinsicht, da so das polnische Hinterland mit seinen Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln - v.a. Holz und Getreide - für den städtischen Zwischenhandel, natürlich v.a. Danzigs, mehr als bisher herangezogen werden konnte. Malowist stellt denn auch als Folge des Anschlusses an

---

[73] E. Weise, in Zt. f. Ostforsch., Bd.7, 1958, S. 15,12.

[74] Vgl. P. Moraw, in: Propyläen, Geschichte Deutschlands 3, Berlin 1985, S. 359. Die Diskussion über die Herrscherwahl ist überliefert in den Chroniken von Schütz und Dlugosz, vgl. Werner, Diss. 1915, S.158.

[75] Schon damals lockten neue Freiheiten und Privilegien, vgl. Ketterer, in: HGBll, Bd.90, 1972, S.18.

[76] S. M. Biskup, in: das Verhältnis der Stadt Gdansk zu Kasimir, 1952, S.227. K. Pagel, Die Hanse, 1943 (unverändert ist diese Aussage auch in der neueren Ausgabe von 1963), S.449.

Polen eine zunehmende Verknüpfung der Wirtschaft Danzigs mit derjenigen Polens fest.[77] Sie öffnete den Weg zu einem effektiveren Handelsverhältnis mit dem Polen durch Union verbundenen Litauen. Die Gleichstellung des preußischen mit dem polnischen Kaufmann im Reich Kasimirs erschloß eine Vielzahl bislang unmöglicher Handelsverbindungen. Durch seine Kriege mit Polen hatte der Orden diese Entwicklung immer negativ beeinflußt und den Warenfluß vom Binnenland an die Küste erschwert.[78] Die Intensivierung des Litauenhandels brachte bald so große Mengen Wachs, Pelz und Leder auf den Zwischenhandelsmarkt, daß in den Herkunftsgebieten Mangel an diesen Waren herrschte.[79]

Es erscheint andererseits übertrieben, in diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten den Ausdruck für ein *"konsequentes Programm der politischen Vereinigung Polens und Preußens"* zu sehen.[80] Neben den ökonomischen Vorzügen der polnischen Herrschaft waren es aber auch politische, die Kasimir für die Städte als neuen König attraktiv erscheinen ließ. Zum einen konnten sie erwarten, daß ihnen für ihre Unterwefung seitens des Herren Polens als Dank Vorrechte und Privilegien zugute kämen, zum anderen begaben sie sich aus dem autoritär und straff organisierten Staatsgebilde des Ordens in eines, das bei weitem nicht diese verfassungsbedingte Macht auf den Untertanen ausüben konnte.[81] Der daraus resultierende Gewinn an Autonomie war natürlich auch für den Handel von großem Vorteil.

Neben diesen besonderen Vorzügen polnischer Herrschaft war aber entscheidend, daß diese nicht die Nachteile mit sich brachte wie die des Deutschen Ordens. Der polnische König hatte nicht die Voraussetzungen zu einer Machtausübung, wie sie der Orden betrieben hatte; auch hatte Danzig in seinen Verhandlungen mit Kasimir versucht, den Einfluß des Königs auf die städtischen Angelegenheiten möglichst gering zu halten.

---

[77] M. Malowist, in: Conventus primus hist. Balticorum, Acta et Relata, 1938, S.313f.; vgl. M. Biskup, in: Hans. Studien, Bd.1, 1970, allg. zur Entwicklung des preußisch-polnischen Handels. Daenell, Blütezeit, S.153, betont das langfristige Streben Danzigs den Binnenhandel zu intensivieren, was tatsächlich den weiteren Aufstieg der Stadt zum Handelszentrum bewirkte.

[78] Über die Entwicklung zwischen 1386–1441 bezüglich Litauen vgl. K. Murawski, zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.352ff., und Daenell, a.a.O., S.152. M. Malowist, in: Jb. f.d. Gesch. d. UdSSR, Bd.7, 1963, S.204f., hebt die Vorteile für den polnischen Kaufmann und seinen Handel in den polnischen Städten und Litauen hervor, die die Verbindung einbrachte und die seitens Kasimir auch beabsichtigt gewesen seien. D. Krannhals, in: Die Weichsel, Hs. R. Winkler, Dtl. und d. Osten, Bd.13, 1939, S.107, spricht daher von einer drohenden Konkurrenz durch die polnischen Kaufleute.

[79] s. Malowist, ebd.

[80] Biskup, a.a.O., S. 6.

[81] R. Wenskus, in: Vorträge und Forschungen, Bd.13, 1970, S.363, spricht von der wachsenden Zetralisierung des Ordensstaates seit Beginn des 14. Jahrhunderts.

Natürlich hatte der Deutsche Orden in den langen Jahren des Aufbaus seines Staates auch für den Kaufmann günstige Bedingungen geschaffen.[82] Dies tat er aber auch im eigenen Interesse. Durch ein Privileg des Papstes 1263 war es ihm erlaubt worden, im Rahmen der Eigenversorgung selbst Handel zu treiben. In späteren Jahren fälschte er eine zweite Urkunde, angeblich aus dem Jahre 1257 stammend, in welcher ihm der Papst beim Handel größeren Spielraum eingeräumt und die Erzielung von Gewinnen bei ihren Geschäften erlaubt haben soll.[83] Der Eigenhandel, den der Orden daraufhin aufbaute, erlangte eine so große Bedeutung, daß er zu einer harten Konkurrenz für den städtischen Handel wurde.[84] Seine Großschäffereien in Marienburg und Königsberg monopolisierten v.a. das Geschäft mit Getreide bzw. Bernstein; auch sonst regulierte der Orden den Handel der Städte durch seine Wirtschaftspolitik.[85] Nach der Niederlage gegen Polen 1410 schwand zwar die Bedeutung des Eigenhandels, aber wegen der desolaten finanziellen Lage griff der Orden in der Folgezeit zu noch restriktiveren Maßnahmen, um vom Handel der Städte mit zu profitieren. Diese bestanden z.B. in der billigen Warenzufuhr für eigene Geschäfte, in der der Verminderung der Lieferquellen der Städte, in der Einräumung verschiedener Vorrechte für den Ordenshandel, in der schrittweisen Aneignung des Pfundzolls, kurz, in der *"unziemlichen Ausnutzung der landesherrlichen Gewalt"*.[86] All das konnte dem Kaufmann nicht gefallen. Er mag den Deutschen Orden so empfunden haben, wie ihn Samsonowicz erbarmungslos beschreibt, nämlich als *"lästigen Schmarotzerorganismus"*.[87]

---

[82] Seine Verdienste in dieser Hinsicht hebt v.a. Krannhals hervor, mit nationalem Unterton, in: Die Weichsel, Hsg. R. Winkler, Deutschland und der Osten, Bd.13, 1939, S.93ff.

[83] Hierzu vgl. C. Sattler, in HGBll., Bd.IV, 1884, S.63f.

[84] Dies bestätigen auch: F. Renken, in: Abhandlungen zur Handels- und Seegeschichte, NF.5, 1937, S.8f.; C. Sattler, a.a.O., S.70, 83ff., und sein Aufsatz in HGBll. Jg.1877, 1879, wo er wiederum von den widersprüchlichen Interessen von Orden und Städten spricht. Vgl. auch K. Murawski, zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.203; E. Maschke, in: Hamburger mittel- und ostdeutsche Forschungen, Bd.2, 1960, S.142; Maas, W., Diss. Berlin 1939, S.69,72,83,95; B. Jähnig, in: Quellen und Studien z. Gesch. d. Deutschen Ordens, Bd.38, 1989, S.127ff. Den Binnenhandel des Ordens um 1400 behandelt W. Böhnke, in: HGBll., Bd. 80, 1962.

[85] Wenskus, a.a.O., S.375, bezeichnet diese als "fast merkantilistisch". Er unterstreicht auch, daß der Orden seine beachtliche Kapitalmacht politisch nutzte und "Kommerzialisierung der Politik" betrieb. Vgl. auch K. Murawski, a.a.O., S.217. Den Getreidehandel des Ordens beleuchtet kritisch: M.P. Lesnikov, in: Wiss. Zt. d. Uni. Leipzig, gesellschafts- und sprachwiss. Rh., Bd.7, Heft 5, Jg. 1957/58. Zur Organisation des Eigenhandels und der Korporation im Allgemeinen s. P.G. Thielen, Die Verwaltung d. Ordensstaates Preußen, Köln/Graz 1965. Zur Struktur des Ordensstaates, s. H. Samsonowicz, in: Quellen und Darstellungen z. Gesch. d. Deutschen Ordens, Bd.38, 1989.

[86] Vgl. F. Renken, a.a.O., S.9; Ketterer, in: HGBll, Bd.90, 1972, S.18ff.

[87] H. Samsonowicz, in: Die Rolle der Ritterorden, Hsg. Z.H. Nowak, 1985, S.22.

2. Die Hanse und der dreizehnjährige Krieg

2.1. Der Krieg weitet sich aus

2.1.1. Danzig versucht, die Unterstützung der Hanse zu gewinnen; Marquard Knakes Mission in Lübeck

Schon lange vor dem Abfall am 4. Februar waren die Aufrüstungen auf beiden Seiten in vollem Gange. Sicherlich durch den schlechten Verlauf und Ausgang des kaiserlichen Prozesses veranlaßt, hatte man in Preußen im Herbst 1453 beschlossen, die Stadt Lübeck um ein Darlehen von 30 000 rhein. Gulden zu bitten.[1] Am 5. Dezember, also am Tag der Urteilsverkündung, rüsteten die in Thorn versammelten preußischen Städte den Danziger Schöffen Johann Zimmermann mit einem Beglaubigungsschreiben aus, damit er in Lübeck etliche Geschäfte tätigen könnte; an Danzig schrieben sie, man hätte sich zur Sendung Zimmermanns entschlossen, da man noch keine Antwort auf das Darlehensgesuch erhalten hätte und solche Sachen wahrscheinlich schlecht auf dem Schriftwege geregelt werden könnten. Wahrscheinlich waren die Hoffnungen auf die Hilfsbereitschaft Lübecks tatsächlich übertrieben.[2] Denn knapp drei Wochen später war noch keine Zahlung erfolgt, und so wiederholten die Preußen ihr Gesuch, wobei sie genauer erläuterten, wie sie sich die Rückzahlung des Darlehens vorgestellt hatten. Die fehlenden Sicherheiten für Lübeck waren ihres Erachtens der Grund für die Weigerung der Stadt, das Geld herauszurücken.[3] Ende Januar berichtete der Komtur von Thorn Ludwig von Erlichshausen von Gerüchten, alle Hansestädte wollten dem Bund zu Hilfe kommen, und einige Tage später wird dem Hochmeister aus Königsberg berichtet, ein Lübecker Bürgermeister habe geschrieben, daß die Stadt bereit wäre, mit Kriegsvolk oder -gerät die Preußen zu unterstützen und daß sie das tun würde, was von Rechts wegen ihre Pflicht sei.[4]

Die Frage, die sich angesichts dieser Quellen stellt, ist: warum halten es die Preußen für möglich, von Lübeck Unterstützung gegen den Orden bekommen zu können? Wie in Punkt 1.4. gezeigt wurde, war das Verhältnis von Danzig zu Lübeck zu dieser Zeit

---

[1] Ersichtlich aus HR II,4; 200, 201, S.141, im folgenden behandelt. Zur Geldnot der Preußen vgl. Toeppen, ASP IV, S.386f. Zu diesem wie zu den nachfolgenden Punkten bin ich bei ASP nicht mehr auf viele für die Hansekomponente wichtige Quellen gestoßen.

[2] Dies meint Daenell, Blütezeit, 1906, S.162.

[3] HR II,4; 202, S.141f.

[4] ASP IV, 154, S.280f; 170, S.299; vgl. Stark, 1973, S.165.

noch durch die unterschiedlichen Interessen in Bezug auf England getrübt. Auf Solidarität unter Gleichgesinnten konnte man unter diesen Umständen eigentlich nicht so große Hoffnung setzen, daß Preußen von der Travestadt Geld erhalten könnte. Eine Stellungnahme Lübecks gegen den Orden war ebenfalls nicht selbstverständlich. Vom hansischen Standpunkt aus war der Kampf gegen den Deutschen Orden u.U. geradezu eine innerhansische Auseinandersetzung. Denn die Handelsstränge von Städten wie Korporation waren eng miteinander verflochten.[5] Wie aber im folgenden zu sehen sein wird, konnte der Bund, bzw. Danzig, von der Parteinahme Lübecks ausgehen. Zwei Grundeinstellungen kristallisieren sich bei der Betrachtung der Quellen heraus. Zum einen ist dies das Verständnis der Hansestädte für das Bestreben gerade Danzigs nach größtmöglicher Autonomie gegenüber dem Landesherren, die ja dem Kaufmann meist in vielerlei Himsicht zugute kommt. Zum anderen ist festzustellen, daß sich das Verhalten dem Orden gegenüber deutlich von demjenigen zu anderen Partnern in der Hanse unterscheidet. Es ist das einem Landesherren gegenüber typische, welches eine distanzierte, höfliche Haltung verrät. So ist in Frage zu stellen, ob der Deutsche Orden als ein *"hervoragenstes Mitglied"* der Hanse bezeichnet werden kann, wie Dollinger dies tut.[6] Die Tatsache, daß er im Ausland die gleichen Privilegien wie die anderen deutschen Kaufleute wahrnimmt, reicht m.E. als Beweis für eine Zugehörigkeit zur Hanse nicht aus. Da die Lieger des Ordens in Flandern und anderswo meist Privatpersonen sind, die aus Hansestädten stammen, können diese auch die Geschäfte, welche sie für die Korporation tätigen, nach den gleichen Bestimmungen wie ihre eigenen abwickeln.[7] Der Hanse kam die Tatsache sehr zupaß, daß der Orden durch seinen Eigenhandel an den Begünstigungen im Ausland genauso interessiert war wie sie selber.[8] Auf diese Art und Weise hatten sie für Könige, geistliche oder weltliche Fürsten einen adäquaten Gesprächspartner, der sie mit ihren eigenen Interessen vertreten konnte und wollte. Dies ist meiner Meinung nach die

---

[5] Vgl. F. Renken, Abhn. z. Handels- und Seegeschichte, 1937, S.VI,139.

[6] Ph. Dollinger, Die Hanse, Stuttgart 1981, S.377.

[7] Lieger gingen neben ihrer Tätigkeit für den Orden stets auch eigenen Geschäften nach und stammen nachweislich aus den preußischen Hansestädten; in Lübeck waren zumeist Einheimische für den Orden beschäftigt; s. E. Maschke, in: Hamburger Mittel- und Ostdeutsche Forschungen, 1960, S.127f, 140f. C. Sattler schrieb, in: HGBll, Jg.1877, 1879, S.66, daß Ordensritter gar nicht Lieger sein dürfen. Johansens Behauptung, der Orden hätte die hansischen Privilegien mißbraucht, in: Die Bedeutung der Hanse in Livland, HGBll, 1941, S. 39, ist aber falsch; er hat sie durch seine Lieger genutzt, was man weder als illegitim, noch als Mißbrauch bezeichnen kann.

[8] Obwohl sich der Orden durch die Mißachtung hansischer Beschlüsse den Vorwurf einhandelte, er wolle nur von den Vorzügen der Hanse im Ausland profitieren, nicht aber die damit verbundenen Pflichten erfüllen. Des öfteren hatte dies Hanse deswegen Streit mit dem Deutschen Orden. Vgl. Renken, a.a.O., S. 12f.,24f.; vgl dazu ebf. Sattler, a.a.O.; S.80ff. Zur Förderung der Hanse aus Eigeninteresse des Hochmeisters, s. ebd. S.22ff.

Beziehung, die zwischen dem Deutschen Orden und der Hanse bestand. Ein Mitglied der Gemeinschaft ist er deswegen noch nicht.[9]

Sieht man sich nun das Schreiben Danzigs an König Christian von Dänemark, den Herzog von Schleswig und die Hansestädte an, erkennt man, mit was für Argumenten die Stadt meinte, u.a. Lübeck auf ihre Seite bringen zu können und dies auch fertigbrachte, wenn auch nicht mit den erwünschten Konsequenzen. Der erste Teil des Dokumentes vom 15. Februar wendet sich v.a. an den dänischen König.[10] Es wird die ungerechte Herrschaft des Ordens angeklagt. Gewalt und Willkür der Brüder habe man lange Zeit mitangesehen. Privilegien, auf welche die Preußen seit alters her Anspruch hätten, seien ihnen eingeschränkt oder gar nicht eingehalten worden; Freunde seien ermordet und beraubt, das Land verwüstet und verbrannt worden. Darum hätten sie ihrem Herren, *"umme (w)olfart gedyen und tonemen des gemeynen copmannes"* willen, notgedrungen den Gehorsam aufgesagt. Der Abfall wird so dargestellt, als ob er im gemeinhansischen und nicht nur im eigenen Interesse stattgefunden habe. Sie berichten weiter über die Einnahme sämtlicher Ordensschlösser mit Ausnahme der Marienburg, die ihnen mit Gottes Hilfe gelungen sei. Der Deutsche Orden wird als so sündig dargestellt, daß Gott nicht mehr auf der Seite der geistlichen Korporation steht. Vom Schicksal derart gebeutelt, bittet man nun, daß König Christian ihnen gut gesonnen sein und weiterhin ihre hansischen Privilegien in seinem Reich gewähren möge. Abschließend bittet man inständig, jeglichen Verleumdungen über sie keinen Glauben zu schenken. Offenbar haben die Preußen bereits Angst vor einer Parteinahme König Christians für den Orden.

Im zweiten Teil der Quelle, der an die Städte gerichtet und in einem wesentlich weniger geschraubten Stil verfaßt ist, wird darum gebeten, daß auch die Hansestädte sich um die Sicherung des freien Verkehrs in Dänemark bemühen. Dann wird auf die Angelegenheit mit England eingegangen, was direkt an die Beschlüsse vom Dezember anknüpft (s. Punkt 2.1.3.). Der Hochmeister habe ja nun wegen der Zwietracht in Preußen nichts mehr in dieser Sache unternommen, obwohl man ihn noch um die Intervention gebeten hätte. Daher müßten sich darum ebenfalls die Städte selber kümmern. Sie sollten eine neuen Termin mit dem englischen König ausmachen, zu welchem die Preußen dann gerne erscheinen wollten. In der Zwischenzeit solle das englische Laken möglichst ungehindert durch die Stadt Lübeck gelangen, weil das für den deutschen Kaufmann sehr wichtig sei. Bedenkt man, daß auch die Gewährleistung des freien Verkehrs durch den Sund gerade

---

[9] Sattler, inHGBll., Bd.4, 1884, S.70, streitet ebenfalls die Mitgliedschaft ab, und aus der Äußerung Murawskis, zwischen Orden und Hanse habe ein ständiges "Miteinander, Nebeneinander und Gegeneinander" geherrscht, in: zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.206f, liegt diese Feststellung ebf. nahe. Auf diese Problematik komme ich im Rahmen der Bewertung der Ergebnisse in Punkt 3. noch einmal zurück.

[10] HR II,4; 218, S.154-156.

den preußischen Handel mit England betrifft, soll mit diesen Maßnahmen die große Geldquelle Danzigs gesichert werden. Danzig will für diesen Zweck die Hanse einspannen und Lübecks Gegenwehr, mit dem Hinweis auf das Wohl des deutschen Kaufmanns, ausschalten. Das Dokument vermittelt geradezu den Eindruck von Anordnungen, wobei sich die Frage stellt, ob dieser Tonfall von den anderen Städten denn akzeptiert wurde, ob man der Stadt Danzig eine solche Entscheidungsgewalt, neben und gegen Lübeck, einräumte. Die Selbstverständlichkeit, mit der hier gesprochen wird, verrät keinerlei Unsicherheit über die Einstellung der Hanse zum Abfall vom Deutschen Orden. Man ist sich der Unterstützung der Gemeinschaft gewiß. Die Auflagen des Ordens auf den Handel in Preußen, die Pfundzollproblematik, die Konkurrenz durch die Brüderschaft und ihre monopolistische Politik haben die anderen Hansen schon ohne die Rechtfertigung der Preußen davon überzeugt, daß für das Gedeihen und Zunehmen des gemeinen Kaufmanns der Abfall nicht von Nachteil sein muß. Ein Krieg allerdings ist von Übel.[11]

Diese Einstellung kommt in der als nächstes zu behandelnden Quelle zum Ausdruck. Am 14. März schickt Lübeck Danzig eine Antwort auf die neuen Nachrichten.[12] Lübeck sei hocherfreut über die Nachrichten, daß die Preußen ohne zuviel Blutvergießen ihren Willen mit Gottes Hilfe hätten durchsetzen können. Jetzt gelte es jedoch, klug und weise zu sein, damit es nicht in naher Zukunft zu Verderben und Schaden im Land komme. Danzig soll also einen längeren Krieg vermeiden. Bezüglich der Angelegenheiten mit König Christian, der den Preußen Güter abgenommen habe, sollten doch Gesandte zum anstehenden Tag in Lübeck kommen, um darüber zu verhandeln. Zwei Leute sollten aus dem ganzen Land wohl kurzfristig zu entbehren sein. Diesen Gesandten solle man aber bitte ausreichende Vollmachten mitgeben, damit auch Entscheidungen, z.B. für ein friedliches Übereinkommen mit Flandern, getroffen werden könnten.

Schließlich berichtet Lübeck von den beunruhigenden Rüstungen des Grafen Gerd von Oldenburg, des Bruders des dänischen Königs, der übrigens auch etliche bewaffnete Schiffe in die See gesandt habe. Lübeck hat jetzt bereits große Bedenken, daß die Lage in Preußen und dann auch in der Ostsee eskalieren könnte. Von der Inkorporation des Preußischen Bundes in das polnische Reich hat die Stadt offensichtlich noch nichts vernommen. Denn dies wäre in ihren Augen sicherlich der letzte Schritt zum Krieg, also zu Schaden und Verderben des Landes, und ihre Warnung davor käme zu spät. Andere wichtige Themen werden nicht angeschnitten. Die Absender sagen kein Wort über die Englandangelegenheit oder über das Darlehen für die Preußen. Man kann aber davon

---

[11] An Lübeck richtet Danzig ein gesondertes Schreiben ähnlichen Inhalts, ebenfalls verfaßt am 15.Februar, HR II,4; 220, S.156; auch der deutsche Kaufmann in Utrecht erhält einen derartigen Brief; ebd. 219. Das Gesuch, die preußischen Schiffer anzuhalten, bei ihrer Heimkehr vorsichtig zu sein, läßt schon erahnen, wie der Krieg vom Land auf die See zu schwappen droht.

[12] HR II,4; 221, S.156-158.

ausgehen, daß die Freude über die Erfolge der Bündner in Lübeck nicht so groß war, daß man voller Begeisterung Geld nach Preußen schicken wollte.

Zwei Wochen später schickt Danzig eine Antwort.[13] Bezüglich der Bedrohung, die von den Brüdern Gerd und Christian ausgehen, erwarten die Preußen, daß die Hansestädte den Kaufmann davor in Schutz nehmen werden. Der Krieg in Preußen werde es ihnen unmöglich machen, die von Lübeck vorgeschlagene Tagfahrt zu besenden. Zu der sicher bald stattfindenden Tagfahrt, die mit England anberaumt werden soll, würden Danziger Gesandte dann aber ganz sicher erscheinen. Für die Entscheidungen, die jetzt gefällt werden sollen, überträgt Danzig Lübeck seine Vollmacht. Dies ist nun freilich eine recht raffinierte Art und Weise, Lübeck dazu zu bringen, sich für das Zustandekommen von Verhandlungen mit England zu bewegen; die Vollmacht verpflichtet es schier dazu.[14] Schließlich war aber doch ein Danziger bei der Versammlung im Juni anwesend. Marquard Knake war allerdings hauptsächlich in einer anderen Mission unterwegs.

Lübeck wollte offenbar der Stadt Danzig nicht gerne finanziell unter die Arme greifen. Am 15. April schickt es ein Schreiben, daß es das Ansuchen, 300 Söldner und 2 Hauptleute für die Preußen anzuwerben, nicht erfüllen kann; es sei momentan mit wichtigen Angelegenheiten der Stadt zu beschäftigt.[15] Man sei aber gewillt, einen Bevollmächtigten aus Danzig zu unterstützen; was für eine Hilfe dies sein soll, läßt sich leider aus dem Regest nicht erschließen. Dieser befindet sich von Anfang Mai bis Juli 1454 in Lübeck, er hat aber mit seinen Bemühungen, finanzielle Hilfe zu erreichen, wenig, praktisch gar keinen Erfolg. Der Briefwechsel Marquard Knakes mit seiner Heimatstadt ist aber für das innerhansische Verhältnis und die Art und Weise, wie man miteinander umgeht, durchaus erhellend. Er zeigt, daß Lübeck an der Erhaltung eines leidlich guten Verhältnisses interessiert ist. Knake wird hingehalten, vertröstet, zurückgewiesen, ermutigt, vieles wird ihm verschwiegen. Auf der anderen Seite ist sichtbar, wie nützlich es im Grunde ist, wenn eine Hansestadt eine Art Botschafter in Lübeck hat. Auf diese Art war ein ständiger Informationsfluß nach Preußen in Gang gesetzt, was natürlich immer von Vorteil ist.

Der Anlaß, wenn auch sicher nicht der einzige Grund für Lübeck, kein Geld für Danzig herauszurücken, war der Erlaß Friedrichs III. vom 6.Mai 1454.[16] Der Kaiser

---

[13] HR II,4; 222, S.158; vgl. ASP IV, 243, S.365f.

[14] Hierzu vgl. außerdem HR II,4; 223, S.158; 225, S.159.

[15] HR II,4; 230, S.160. Die Entschuldigung hat viel Ähnlichkeit mit der Danzigs, daß es nicht zum Hansetag kommen wollte; dies kann durchaus Absicht der Lübecker sein.

[16] HR II,4; 231, S.160. W. Stark, Lübeck und Danzig, 1973, S.167, behauptet, daß Lübeck nach Überlegungen über die möglichen Konsequenz eines Engagements für die Preußen sich zur Neutralität entschlossen hätte; die m.E. notwendige Einbeziehung des

gebietet der Stadt, sich durch Vermittlung dafür einzusetzen, daß zumindest ein Waffenstillstand zwischen Orden und preußischem Bund erreicht werde. Jegliche Hilfe für die ungehorsamen Stände sei zu unterlassen; diese hätten sich mit dem rechtlichen Weg zur Beilegung ihrer Beschwerden zu begnügen.

Von diesem Erlaß erfuhr Knake erst sehr spät. Vom 8. Mai ist sein erstes für uns interessantes Schreiben an Danzig überliefert.[17] Er berichtet, daß er den Lübecker Rat um 100 000 rheinische Gulden gebeten habe. Paternostermacher aus Brügge und Lübeck, bisher nur vom Orden beschäftigt, verweist er nun an Danzig.[18] Der Deutsche Orden sollte nun endgültig von seinem ehemals monopolistisch betriebenen Bernsteinhandel ausgeschlossen werden. Sein einträglichstes Geschäft kam so in die Verfügung Danzigs. In seinen Schreiben vom 23. und 25. Mai erzählt Knake genauer von seinen Bemühungen bei den Ratsmitgliedern und deren Ablehnung.[19] *"Allerlympikest"* habe er um die Unterstützung gebeten, aber die Lübecker hätten ihm geantwortet, sie müßten ihr Geld derzeit zusammenhalten, weil von verschiedensten Seiten Fehden drohten, besonders durch Gerd von Oldenburg; man hoffe aber diese Angelegenheiten bald bereinigen zu können (mit Herzog Adolf war man deswegen schon im Gespräch; s.u.). Es wird Knake also noch nicht die Hoffnung auf Erfolg genommen. Acht Tage nach dieser ersten Absage habe er es wieder versucht. Diesmal habe er für die Rückzahlung günstige Zinsen und ein gut gebautes Schloß versprochen. Außerdem habe er den Bürgermeistern geschildert, daß

---

kaiserlichen Erlasses unterläßt er nicht nur, er erwähnt ihn gar nicht. An dieser Stelle, wie überhaupt des öfteren, stellt er unpräzise und sehr allgemein gefaßte Vermutungen an über mögliche Beweggründe schwer zu erklärender Handlungen, anstatt zu versuchen, ihnen auf die Spur zu kommen.

[17] HR II,4; 270, S.198f.

[18] Schon Ende März war es beschlossene Sache, daß der Bernsteinhandel in die Hände Danzigs gelegt werden solle (HUB 8, 329, S.223f). Der Markt sollte weiterhin geschlossen bleiben und sich nicht öffnen, aller gefundener Bernstein sollte in Danzig gesammelt und verkauft werden. Den Lübecker Paternostermachern dürfte es gleich gewesen sein, in wessen Händen der Bernsteinhandel lag, solange ihr Privileg von 1449 gewahrt wurde, daß aller unbehandelter Berstein an sie oder nach Brügge geliefert wird; vgl. dazu Sattler, a.a.O., S.69. Vgl. hierzu außerdem HUB 8,335, S.226. Königsberg, früher mit der Abwicklung des Bernsteinhandels maßgeblich beschäftigt, erklärt sich mit den Beschlüssen einverstanden, es gibt aber in der Folgezeit noch verschiedene Schwierigkeiten; HUB 8,336,338, S.226f, 341, S.228.
In HR II,4; 278, S.207 kommt die Zunft wieder zur Sprache. Knake hat sie angewiesen, ihre Schulden nicht mehr dem Ordensschäffer, sondern den preußischen Ständen zu bezahlen.
Zum Bersteinhandel und zu diesen Vorgängen vgl. allg. Murawski, Zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.204f, E.Daenell, Blütezeit, Bd.2, 1906, S.176 und W. Maas, Diss., 1939.

[19] HR II,4; 273, S.200f, 274, S.201-204. Die vorangehenden Briefe an Danzig vom 16. und 17. Mai, HR II,4; 271,272, S.199f., sind ähnlichen Inhalts, aber nicht so ausführlich.

doch einer der Hauptgründe für den Abfall die Pfundzollpolitik des Ordens gewesen sei, er somit im Sinne aller Kaufleute gewesen sei, da man vorhabe, die Abgabe abzuschaffen. Und dann sollten die Lübecker doch bedenken, was geschähe, wenn die Söldner des Bundes zum Orden überlaufen und dann das ganze Land verwüsten würden. Er habe sie schließlich angefleht, Danzig um Gottes Willen zu helfen. Doch all seine Emphase hat ihm nichts genützt. Nur mit anderen Mitteln wollten die Lübecker Hilfe leisten. Welcher Art, ging offensichtlich nicht aus ihren Äußerungen hervor. Auch den Domherrn ging er um Geld an, aber dieser wies ihn ebenfalls zurück. Aus den Sätzen am Ende des zweiten Schreibens geht hervor, daß einige der Ratsmitglieder Knake gegenüber äußerten, sie würden sich sehr wundern, daß Danzig nicht genug Geld habe, es stünde doch sicherlich besser da als sie zur Zeit ihres Krieges mit Dänemark.[20] Sie glauben offensichtlich nicht so recht an die finanzielle Misere und gewähren auch deswegen keine Hilfe.

Neben den Neuigkeiten über seine Mission berichtet Knake in diesen Schreiben noch über Nachrichten, die er von Kaufleuten aus Venedig gehört hat. U.a. hätten verschiedene deutsche Fürsten Pläne, gegen Preußen ins Feld ziehen. Danzig solle daher besonders auf die Sicherung der leicht einzunehmenden Altstadt bedacht sein; dieser Besorgnis gibt er nahezu in allen seinen Briefen Ausdruck. Wiederum habe er außerdem 100 Söldner angeworben, für die er nach langen Mühen auch ein Schiff gefunden habe. Anscheinend waren Söldner oft recht zwielichtige, gewalttätige Leute, die deswegen nur sehr ungern von den Schiffern befördert wurden.[21]

Ende des Monats ist Knake mit seinen Forderungen schon wesentlich bescheidener geworden. War früher noch von 100 000 rheinischen Gulden die Rede, so wollte er nun nur noch 20 000, schließlich 15 000.[22] Er bekommt aber überhaupt nichts; auch Salpeterlieferungen zur Herstellung von Pulver werden ihm verweigert. Man könnte dadurch Ärger mit *"den heren"* bekommen. Deutlich ist in diesem Brief wachsende Resignation bei Marquard Knake zu spüren: *"ick en weet nicht, wo ic juwer leve umme geld don sal, dat kenne God, de lude en willen ere geld ut der stat ind land to Prusen nicht up rente doon."*

Der Geldmangel in Danzig scheint inzwischen akut geworden zu sein. Knake bekam einen Brief, in welchem die Stadt ihm mitteilt, er solle keine Söldner mehr anwer-

---

[20] Vgl. Stark, 1973, S.167. Er bezeichnet dies als Seitenhieb auf das damals neutrale Danzig, was ich nicht so eindeutig empfinde, diese Sache aber auch nicht eingehender verfolgen möchte.

[21] Auch HR II,4; 275, S.204, berichtet von diesen Schwierigkeiten.

[22] HR II,4; 276, S.204f.

ben, man könne sie nämlich nicht mehr bezahlen.[23] Erheiternd ist die Äußerung der Danziger, daß Knake verbreiten solle, jeder, der ihnen helfen möchte, könne dies auf eigene Kosten gerne tun.[24] Knake hat inzwischen erfahren, daß Lübeck im Krieg gegen Dänemark 460 000 Gulden aufgenommen hatte, also vermutlich wirklich knapp bei Kasse ist. Dies hält er sicherlich für einen akzeptablen Grund für ihr Verhalten gegenüber seinen Forderungen.

Kurze Zeit später erfährt er dann aber durch einen Nürnberger Kaufmann von dem Erlaß des Kaisers, welcher ihm vorher von den Lübecker sorgfältig verschwiegen worden war.[25] Er geht in der Folgezeit den Rat nicht mehr um Geld an; er weiß nun, warum er nichts bekommen hat. Aus diesem und den folgenden Briefen kann man aber eigentlich keine ernsthafte Verstimmung des Danzigers über die Lübecker entnehmen, wie dies doch verständlich gewesen wäre. Zwar haben es ihm die Nürnberger deswegen angetan, wie seine Äußerung im nächsten Brief dies verrät, wo er sich wünscht, sie wären in der Hanse[26], aber wahrscheinlich versteht er nun die Zurückhaltung seinen Forderungen gegenüber. Lübeck wurde durch seinen Reichstadtstatus eigentlich nie in seiner freien Entfaltung gestört. Ihr Herr verlangte verhältnismäßig wenig von ihnen, warum sollten sie durch Ungehorsam gegenüber einer seiner wenigen Anordnungen ihre Freiheit aufs Spiel setzen? Knake verlangte aber von den Lübeckern noch Aufklärung in dieser Angelegenheit. Sein Brief vom 24. Juni erläutert den kaiserlichen Erlaß, den die Ratsmitglieder ihn haben lesen lassen.[27] Er bat sie um eine Kopie und schrieb Danzig, daß er ihnen, falls er sie bekäme, diese zusenden würde. Das mußte er jedoch nicht mehr tun, denn das erledigte die Stadt selber bereits zwei Tage zuvor.[28] Davon wußte Knake offensichtlich auch nichts. Wahrscheinlich wollte Lübeck, daß Danzig durch sie selber davon erfuhr, damit es nicht so aussah, als hätten sie bewußt etwas verschwiegen. Die Frage bleibt allerdings, warum sie sich so verhalten haben. Darüber lassen sich aber lediglich Spekulationen anstellen. Wollten sie vielleicht den Danziger möglichst lange in der Stadt behalten, damit sie die Tagfahrten, auf denen es um die Verhandlungen mit

---

[23] Ersichtlich aus der Bezugnahme Knakes in seinem Schreiben Ende Mai 1454, HR II,4; 277, S. 205f.

[24] Knake schickt trotzdem noch 100 gute Bremer Knechte. Andere Söldnererhebungen storniert er, z.B. in Hamburg; s. HR II,4; 279, S. 208f. HR II,4; 232, S.160f. zeigt, daß auch andere Leute wegen Söldnerwerbungen unterwegs waren, u.a. sogar in Dänemark.

[25] Brief vom 8.Juni 1454, Hr II,4; 278, S. 206-208.

[26] HR II,4; 279, S.209.

[27] HR II,4; 280, S. 209f.

[28] HR II,4; 233, S.161. Lübeck sendet den Erlaß Kaiser Friedrichs und bietet sich zur Vermittlung an.

England oder Dänemark ging, nicht ohne Danzigs Beteiligung bestreiten und mit der Verantwortung seiner Vollmacht bestreiten mußten? Genausogut könnte es auch sein, daß man sich in Lübeck selber noch nicht darüber im klaren war, wie man mit dem Erlaß des Kaisers umgehen sollte, bzw. ob man ihm umgehen konnte oder wollte. Gerne hätte man aber sicher diese Karte zu einem anderen Zeitpunkt als diesen ausgespielt.

Marquard Knakes Mission in Lübeck hatte inzwischen ein neues Aufgabenfeld erhalten. Geld nach Preußen mitzubringen, war nun nicht mehr das wichtigste.[29] Die Auseinandersetzung mit König Christian und seinem Bruder Gerd von Oldenburg rückte mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses.[30] Dies bot Danzig für einige Zeit die Möglichkeit, doch noch die Hilfe der Hanse für seine Sache im Dienst für die Gemeinschaft zu erlangen; allerdings nicht gegen den eigentlichen, sondern gegen einen weiteren Feind.

2.1.2. Dänemark und Schweden treten ins Geschehen ein

In diesem Rahmen ist natürlich nicht der Platz, über das ungemein wechselhafte, komplizierte Verhältnis Dänemarks zur Hanse oder zum Deutschen Orden einzugehen.[31] Murawski arbeitet heraus, daß die Parteienbildung zu Anfang des dreizehnjährigen Krieges keine zufällige war, sondern eine Konsequenz der Politik der einzelnen beteiligten Gruppen. Ich möchte mich aber in der Betrachtung ihrer Beziehungen auf die Jahre des des Krieges beschränken. Selbstverständlich war Dänemark für die Hanse durch seine Schlüsselposition am Ausgang der Ostsee, schon immer von immenser Bedeutung.[32] Es

---

[29] Waren seine früheren Briefe von dieser Thematik bestimmt, so kommt die Geldfrage nun nur noch in wenigen Anmerkungen zu Wort. Knake hat lediglich noch einige Privatleute um Kredite angegangen. Ihre Zinssätze waren aber unakzeptabel; s. HR II,4; 283f, S. 212ff.

[30] In den Briefen HR II,4; 281f., S. 211f., ist praktisch nur noch davon die Rede. Diesen Aspekt der Briefe behandle ich im folgenden Punkt.

[31] Ich verweise bezüglich der Vorgeschichte ab 1438 auf K. Murawski, Zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.262-304.

[32] Rörig bezeichnet Dänemark einmal als "Schicksalsland der Hanse", zit. von K. Fritze, in Wiss. Zt. der E. M. Arndt Univ. Greifswald, 13/1964, S.79. Zu den gegensätzlichen Interessen v.a. zwischen Lübeck und Danzig, in Hinblick auf die Sunddurchfahrt, vgl. A.v. Brandt, Die Hanse und die nordischen Mächte, Köln, Opladen, 1962, S.47 und Daenell, Blütezeit 1906, S.166f, zu den Dänemark und die Hanse kurz vor Ausbruch des Krieges betreffenden Ereignissen.

war ein Anlaß für einen der größten innerhansischen Interessenkonflikte und eines der Reiche, deren Politik die Hanse immer wieder dazu zwang, diplomatisch tätig zu werden.

In Zusammenarbeit mit seinem Bruder Gerd von Oldenburg und unter Mit- sowie Gegenwirkung seines Onkels, Herzog Adolfs von Schleswig, brachte Christian von Dänemark zur Zeit des dreizehnjährigen Krieges viel Unruhe in die Ostsee. Die Betrachtung der diesbezüglich relevanten Quellen wird zeigen, daß der dänische, später dann auch der schwedische König versuchten, sich den Krieg für ihre eigenen Interessen zunutze zu machen und auf diese Weise ihren Wirkungskreis zu erweitern, ihn über die Grenzen des Ordenslandes hinauszutragen in die Ostsee, wo er zu erheblichen Störungen des mehr oder minder friedlichen Handelsverkehrs führte.

Zunächst stoßen wir in dieser Angelegenheit auf Dokumente vom April 1454.[33] Der Danziger Bartholomäus Schulte befindet sich in Dänemark, hat einen Brief - wahrscheinlich denjenigen vom 15. Februar, zumindest die gleiche Sache betreffend - König Christian übergeben und berichtet seiner Heimatstadt von seiner freundlichen Aufnahme in Kopenhagen. Drei Tage später wendet sich der König an Danzig und verlangt, Schulte zu erlauben, drei oder vier Schiffe mit von ihm gewünschten Gütern zum Sund zu schikken. Leider erfährt man nicht um was für Güter welchen Wertes es sich handelt, und so bleibt unklar, warum Christian freundlich zu dem Danziger ist. Denn dazu hat er eigentlich nur Grund, wenn er sich von dessen Besuch etwas verspricht. Die Vermutung drängt sich auf, daß der König durch gewisse materielle Gegenleistungen bereit sein könnte, sich im Sinne Danzigs zu verhalten.

Anhaltspunkt für meine Annahme, daß sich diese Quellen auf die Erklärungen der Preußen vom Februar zurückführen lassen, ist das Schreiben Adolfs von Schleswig an Danzig, Elbing, Braunsberg und Königsberg, welches eindeutig darauf Bezug nimmt und zur selben Zeit, am 13. April, entstanden ist.[34] Der Herzog verspricht hier, sich bei seinem Neffen für den freien Verkehr in Dänemark einzusetzen, der durch die Kaperungen v.a. Gerds von Oldenburg erheblich gefährdet war[35], und gewährt ihn für sein Hoheitsgebiet (in der Folgezeit wird noch des öfteren zu sehen sein, daß dieser Herzog sich in der Tat fleißig und wirkungsvoll für die Hanse eingesetzt hat, was auch erklärt, warum diese so ärgerlich ist, als nach seinem Tod ausgerechnet Christian von Dänemark zu seinem Nachfolger wird). Adolf hält es also für sinnvoll, sich für die Städte zu verwenden; das kann aber nur bedeuten, daß seine Hilfe auch von Nöten ist. Der dänische König könnte schon den Gedanken ins Auge gefaßt haben, sich auf die Seite des Ordens zu schlagen und, hierdurch legitimiert, den Handelsverkehr nach Preußen aufzuhalten und

---

[33] HR II,4; 226, S.159; 227, S.160.

[34] HR II,4; 228, S. 160.

[35] Vgl. HR II,4; S.147.

gewinnbringend auszunutzen. Man weiß auch nicht, wie früh bereits Ordensgesandte sich um die Hilfe Christians bemühten.

Aus Knakes Brief vom 8. Mai erfährt man nun, daß die lübischen Bürgermeister inzwischen den dänischen König um Verhandlungen mit Karl von Schweden in Kalmar gebeten haben.[36] Hier sollen Differenzen zwischen beiden aus dem Weg geräumt werden, die sich auf den freien Verkehr der Preußen durch ihre gute Beziehung zum schwedischen König negativ auswirken könnten.[37] Knake ersucht um eine Auflistung der durch Dänen entstandenen Verluste Danzigs, um auch darüber bei den Verhandlungen zu befinden, und nachdem er in seinen nächsten Briefen immer wieder zu der Besendung aufforderte, wollte Knake seine Stadt dadurch von dieser Notwendigkeit überzeugen, indem er ihnen am 31. Mai von den Rüstungen König Christians berichtete.[38] Die Tagfahrt in Kalmar, die auf den 24. Juni angesetzt war, fand jedoch nicht statt. Dies erfahren wir aus dem Brief König Karls von Schweden an Danzig vom 29. Juni 1454.[39] Christian sei nicht, wie er, am vereinbarten Ort erschienen. Karl habe von verschiedenen Kaperungen des Dänenkönigs gehört, und daß außerdem von Seiten anderer Fürsten Rüstungen unternommen würden, um an der Weichselmündung Schiffe zu überfallen. Aus der freundlichen Warnung ist zu schließen, daß König Karl auf der Seite Danzigs, in diesem Falle der gesamten Hanse steht, wie auch aus drei weiteren Briefen vom Juli 1454 zu ersehen ist.[40] Seine Versprechungen, den Kaufmann zu schützen und mit den Hansen gegen Gerd von Oldenburg und andere vorzugehen, *"de listigher unde mechtiger sin wan hee"* (293)-es ist wohl eindeutig, wen er damit meint- sind natürlich nicht uneigennützig. Es bietet sich ihm durch die gefährliche Situation in der Ostsee die Möglichkeit, neue Verbündete gegen seinen Hauptfeind zu finden. Er will sich mit den Städten zusammentun, um, wie er sagt, das ihm entrissene Land wiederzuerlangen; wenn sie ihm helfen wollten, unterstützte er sie ebenfalls.

An seinem o.g. Schreiben nach Danzig kommt nun ganz unerwartet zum Vorschein, daß die Schwierigkeiten, die die Hanse mit Gerd von Oldenburg und König Christian hat, mit dem dreizehnjährigen Krieg ~~zu~~ in Verbindung stehen. In einem Zug spricht Karl von den Rüstungen des Dänen und der Fürsten, die sich für den Hoch-

---

[36] HR II,4; 270, S.198; s. HR II,4; 245, S.167f., Brief Lübecks an Danzig in derselben Angelegenheit.

[37] Die Könige führten seit 1452 wieder Krieg; vgl. Murawski, a.a.O., S.304.

[38] HR II,4; 274f,276, S. 201-205. S.o. Hierzu vgl. HR II,4; 246, S.168, auch Lübeck wünscht Danziger Gesandte zur Tagfahrt.

[39] HR II,4; 289, S.216.

[40] HR II,4; 291, S.216 und HR II,4; 293, S218f., Briefwechsel zwischen Karl und Lübeck; außerdem HR II,4; 294, S.219f., ders. noch einmal an Danzig.

meister einsetzen wollen. Seit Juli 1454 muß König Christian eine solche Verbindung angestrebt haben. Das schließe ich aus Andeutungen in folgenden Quellen: 1. dem oben behandelten Schreiben Karls an Danzig; 2. aus dem Brief des livländischen Ordensmeisters vom 1. August 1454 an Ludwig von Erlichshausen, der die Nachricht enthält, daß Christian auf Ansuchen des Hochmeisters den Deutschen Orden gegen Preußen und Polen zu unterstützen bereit wäre und nicht zuletzt 3. aus der Äußerung Knakes vom 1. Juli, daß man im Falle einer Kriegserklärung des dänischen Königs an Preußen versuchen solle, soviele Städte wie möglich auf die Seite Danzigs zu ziehen, und daß es gut wäre, *"dat de oc viand des koniges worden"*.[41]

Bevor auf diese Ereignisse genauer eingegangen wird, ist aber noch von den Bemühungen der Hanse zur Befriedung der See im Jahr 1454 kurz einzugehen. Sie sind erwähnenswert, weil sie eine erstaunlich gemeinsame Aktion der Hanse sind, die nicht allzuviele Parallelen in ihrer Geschichte findet. Mitte Juni veranlaßte der dänische König einen Überfall auf 8 Handelsschiffe, was natürlich zu großer Empörung in den Städten führte. Die Bürger waren wild entschlossen, notfalls mit Gewalt gegen Christian vorzugehen.[42] Dann wurden aber doch erst Pläne für verschiedene Verhandlungen und Vorgehensweisen geschmiedet; z.B. bat man Adolf von Schleswig darum, eine Zusammenkunft mit König Christian zu vereinbaren, wofür sich, von Danzig dazu veranlaßt, auch Kasimir von Polen einsetzte.[43] Schließlich kam ein Beschluß zur gemeinsamen Aktion gegen jegliche Überfälle auf See zustande.

Es ist dies ein genauer zu betrachtendes Dokument, in welchem u.a. folgende Vereinbarungen niedergelegt werden:

1. Der Kaufmann soll in Nord- und Ostsee wirkungsvoll geschützt werden. Um dies zu erreichen ordnet der Hansetag zwei Städtegruppen ab, die in einem der Meere für den Seefrieden zuständig sind. Die Auswahl der Städte richtet sich nach ihrer natürlichen Lage an den Küsten. Zu bemerken ist , daß für die Sicherung der Ostsee nur wendische Städte aufgeführt werden. Marquard Knake, der bei der Versammlung ja anwesend ist, hat von seiner Stadt diesbezüglich keine Bevollmächtigung, er kann auch nicht voraussetzen, daß Danzig mit den Beschlüssen einverstanden ist, wie noch ersichtlich sein wird.

---

[41] LIV UB 11; 354, S.306; Knake an Danzig: HR II,4; 283, S.213.

[42] Der Vorfall wird erwähnt in HR II,4; 280, S.210 und ebd. 232, S.161. S. zur Reaktion darauf Knakes Brief, ebd., 281, S.211. Die Lübecker Ratschronik, Bd.4, S.167f berichtet von der Aussendung von Friedeschiffen u.a. gegen Olav Axelsson, der während des gesamten dreizehnjährigen Krieges einer der rührigsten Auslieger Christian war.

[43] Hierzu HR II,4; 248, S. 175, 182; Kontaktaufnahmen und gegenseitige Information: HR II,4; 282,284,258,259,260,292. Bezgl. der geplanten Verhandlung mit Christian: ebd.261f, S.195f; 290, S.216. Der nun folgende Beschluß: ebd., 251, S.191f.

2. Wenn irgendeine Stadt mit Graf Gerd Schwierigkeiten bekommt, sollen alle genannten und andere Hansestädte zu Hilfe eilen. Das ist als ein Appell an Solidarität und hansischen Gemeinsinn zu werten.

3. Die Finanzierung des Projekts soll durch einen Pfundzoll gewährleistet werden, der in Städten, die zu einer solchen Erhebung geeignet sind, eingenommen werden soll, und welcher den Kaufleuten je nach Umfang ihrer Aufwendungen später zurückerstattet werden soll.

4. Keine Stadt soll einen gesonderten Frieden mit den Angreifern abschließen; nur alle gemeinsam dürfen einen solchen vereinbaren. Ausgerechnet gegen diese Bestimmung verstößt Lübeck unwillentlich im Mai des nächsten Jahres (vgl. Punkt 2.2.1.).

5. Die Ratsendeboten schreiben *"fruntlike breve"* an Reichsrat und König Dänemarks, sie möchten doch der Räuberei ein Ende machen.

6. Notfalls soll der Sund gesperrt werden, damit Räuber und Schädiger des Kaufmanns nicht gestärkt werden. Daß dadurch natürlich auch der Kaufmann nicht ohne weiteres durchreisen kann, ist für Lübeck sicherlich ein erfreulicher Nebeneffekt. Denn...

7. Lübeck ist für die Art und Weise der Durchführung zuständig.

Am 3. September sendet Lübeck Danzig zwei Briefe.[44] Im ersten fragt es an, was die Preußen über die Beschlüsse zur Befriedung der See denken und betont, wie gefährlich die Situation sei und daß man noch arm würde, wenn man nichts dagegen unternähme. Im zweiten Schreiben lädt die Stadt zur Besendung der von Herzog Adolf vereinbarten Tagfahrt mit Christian ein, welche am 29. September stattfinden soll.[45] Diese Versammlung kommt jedoch nicht zustande.

Zu diesem Punkt ist abschließend also festzustellen, daß die Hanse in Hinblick auf gemeinsame Gefahren zum einigen Handeln bereit ist. Einer besonderen Hilfe für das im Krieg befindliche Danzig steht man in Lübeck aber skeptisch gegenüber, denn man will sich nicht in zusätzliche Konflikte begeben. Eine eindeutige Parteinahme für die Preußen ist jedenfalls nicht von Anfang an zu bemerken, wie Stein dies behauptet.[46] Auf Dauer aber war die Beeinträchtigung des hansischen Verkehrs durch den dreizehnjährigen Krieg nicht zu verhindern. Dies war nicht nur die Folge der Erklärung Gerds von Oldenburg Anfang 1455, auf Ansuchen des Kaisers gegen die aufständischen Untertanen des Deutschen Ordens vorzugehen, wodurch er, wie Stark dies treffend bezeichnet, seinem Seeraub

---

[44] HR II,4; 297, 298, S.220ff. Erst im März äußern sich die livländischen Städte zu den Beschlüssen, stimmen unter einigen Bedingungen zu und machen weitere Vorschläge; ebd. 317, S.338f.

[45] Vgl. HR II,4; 296, S.220 und HUB 8, 350, S.232 bezgl. verschiedener Haltungen König Christians zu der Tagfahrt.

[46] W. Stein, die Hanse und England, 1905, S.20.

ein "legales Mäntelchen" umhing.[47] Ein innerhansischer Konflikt war auch vorbestimmt, weil die Hansestädte in Livland, die dem Ordensmeister unterstellt waren, zusammen mit ihren Handelspartnern im Westen unweigerlich bald mit in den Krieg hineingezogen wurden.

2.1.3. Livland gerät in den Konflikt

Früh hatte Danzig sich bei Gubernator von Baysen versichert, daß dem livländischen Zweig des Deutschen Ordens nicht von König Kasimir entsagt worden war.[48] Das wäre auch nicht in ihrem Sinne gewesen, denn auch sie hatten natürlich regen Handelsverkehr mit Riga und Reval. Auf der anderen Seite fürchteten auch die livländischen Städte die Beeinträchtigung ihrer Seefahrt bis hin zur Weichselmündung durch den dreizehnjährigen Krieg.[49] Auf ihre Interessen Rüchsicht zu nehmen, war der Ordensmeister Johann von Mengden nicht unbedingt bereit. Erst seit dem Herbst 1454 war ein langer Streit zwischen Herr und Untertanen endlich beendet.[50] Zeitweise hatte der Orden die Befürchtung, die livländischen Städte könnten mit dem preußischen Bund kooperieren.[51] Aber auch der Zusammenhalt zwischen den beiden Ordenszweigen war von jeher nicht besonders eng. Trotzdem war in diesem Fall die Parteinahme des Ordensmeister für den Hochmeister offensichtlich doch eindeutig.[52] Einer Quelle vom 16. Januar 1455 können wir erstmals entnehmen, daß die Livländer gerne das Ende des Krieges gesehen hätten.

---

[47] HR II,4; 329, s.a. 330, S.248f. Stark, 1973, S.167f.

[48] S. LIV UB 11,338, S.296f.

[49] LIV UB 11,340.

[50] S. HR II,4; S.144, 235f. Quellen hierzu finden sich in LIV UB 11, die ich hier aber nicht näher aufführen möchte, weil sie zu diesem Thema weniger relevant erscheinen; deutlich zeigt LIV UB 11, 347, daß Riga noch im Juli 1454 fürchtet, in einen Krieg mit dem Ordensmeister zu geraten. Näheres zu der Auseinandersetzung vgl. Murawski, zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.153ff. Allg. zum Verhältnis beider zueinander vgl. Sarnowski, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.292.

[51] S. Akten und Rezesse der livländischen Städte, Bd.1, fünfte Lieferung, 1929, Nr.562, S.585ff. vom 12.3.1454. In seinem Streit mit dem Ordensmeister erwog der Erzbischof von Riga die Vermittlung durch den preußischen Bund, s. ebd. 567, S.591f., Juni 1454.

[52] LIV UB 11, 326, S.286f; vgl.M. Hellmann, in: Die Rolle der Ritterorden, 1985, Hsg. Z. Nowak und ders., in: Ostdeutsche Wiss. Bd.3/4,1956/57. Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit des Ordens von den livländischen Städten, sowie ihrer zeitweisen Zusammenarbeit vgl. P. Johansen, HGBll,Bd.65/66, 1941, S.38.

Riga bietet sich Danzig als Vermittler zwischen den streitenden Parteien an.[53] Der Grund für diese Offerte erschließt sich uns aus einem Brief der in Pernau versammelten livländischen Gesandten an den Ordensmeister.[54] Hier bitten sie um Zurücknahme seines Befehls, alle preußischen Schiffe, weil sie ordensfeindlich seien, im Frühjahr am Aufbruch zu hindern. Als Grund legen sie ihm dar, wieviel Güter und Schiffsanteile sie in Preußen hätten, und wieviel Anteile ihnen auch von den zur Zeit anwesenden Schiffen der Preußen gehören. Der Ordensmeister ließ sie daher gleichermaßen unter dieser Maßnahme leiden. Diese Quelle beweist also, wie eng die wirtschaftliche Verflechtung zwischen preußischen und livländischen Hansestädten war, wenn über deren Umfang hier auch nichts in Erfahrung zu bringen ist.

Diese Eingabe, wie andere, die folgten, machte auf den Ordensmeister wenig Eindruck. Seine Hartnäckigkeit brachte die livländische Kaufmannschaft bald ungewollt in Gegensatz zu den Geschäftspartnern in Preußen,[55] obwohl sie lange versucht hatten, den Ausbruch eines solchen Konflikts zu verhindern. Die Quellen zu diesen Vorgängen sind recht interessant in Hinblick auf Verhalten und Stellungnahme der livländischen Städte bei der Vermittlung im Jahre 1464, aber auch, um die speziellen Interessen dieser Gruppe zu beleuchten. Im folgenden werden die Geschehnisse dieser Angelegenheit bis Juli 1455 geschildert.

Zu Beginn sei genauer auf den Bericht der Verhandlungen von Riga, Dorpat und Reval mit dem Ordensmeister eingegangen.[56] In den Monaten März und April versuchten Gesandte der Städte Riga, Dorpat und Reval den Ordenmeister von seiner Absicht, die preußischen Schiffe in den livländischen Häfen festzuhalten, abzubringen. Immer wieder sprachen sie bei ihm persönlich vor, und immer wieder *"is he by dem olden gesange gebleven"*, mit der Zeit verhärtete er sich sogar noch stärker gegen die Bitten seiner Untertanen.[57] Wenn es ihm gefiele, könne er die Schiffer vier oder fünf Jahre festsetzen. Nur zu einigen Punkten wollte er mit anderen Gebietigern noch beraten. Er sagte zu, bezüglich der livländischen Anteile an den preußischen Schiffe sich noch zu beraten, sowie über die wendischen Händler in den preußischen und livländischen Gewässern, für die sich die Livländer gesondert einsetzten und denen man eventuelle Schäden durch Auslieger des Ordens ersparen wolle. Die wendischen Städte wollte er in

---

[53] HR II,4; 315, S.236f.

[54] S. Rezeß HR II,4; 316, §9, S.238; Brief, ebd. 320, S.240.

[55] Dies meint auch Stark, Lübeck und Danzig, 1973, S.168.

[56] HR II,4; 323, S.241-243.

[57] Ein Dokument vom 30.4. 1455, LIV UB 11, 398, S.335f., beweist, wie eindeutig der livländische Ordenszweig gegen Kasimir von Polen eingestellt ist. Einer seiner Vertreter schreibt aus Rom, wo er versucht, Hilfe für den Orden zu erlangen.

jedem Falle eher fördern als behindern. Dringend baten die Gesandten ihn außerdem, jetzt rechtzeitig an alle Seestädte Warnungen zu schicken vor den Ausliegern, welche er bald auf den preußischen Strom ansetzen wollte. Der Ordensmeister wies dies jedoch zurück mit der Behauptung, er hätte genug gewarnt, und sprach eine allgemeine Drohung aus Preußen zu besuchen. Aus all dem ist ein sehr schlechtes Verhältnis zwischen den Beteiligten bemerkbar. Johann von Mengden zeigt keinerlei Bereitschaft, auf die Wünsche der Ratsendeboten einzugehen.

Den Livländern war von solchen Warnungen seitens des Ordensmeisters nichts bekannt. Sie schrieben deshalb am 13. April nach Lübeck, daß man den Johann von Mengden nicht von der Beschlagnahme der preußischen Schiffe abbringen konnte und sie auch dringend vor dem Besuch Preußens warne, da auf den Handelswegen die Ausbeuter des Ordens auf der Lauer lägen.[58] Auch die anderen Städte, besonders die preußischen, sollten vor diesen gewarnt werden und man bittet Lübeck, dies in Angriff zu nehmen. Am gleichen Tage bekam auch Danzig einen solchen Brief von den Livländern.[59] Die Absender betonen, daß sie ihren Ordensmeister nicht umzustimmen imstande waren und sie nun wenigstens noch warnen wollen, da dieser nicht dazu bereit gewesen sei. Man sieht also, wie bemüht die Livländer waren, ihr eigenes gutes Verhältnis zu den anderen Hansestädten zu bewahren. Sie hatten große Angst, daß Reaktionen der Preußen auf die Handlungen des Ordensmeisters ihnen größeren Schaden als diesem bringen könnten. Diese Befürchtungen waren nur zu berechtigt.

Die Auslieger des Ordens waren sicher schon längst in See, als Johann von Mengden nun schließlich Ende Juni Lübeck vor dem Verkehr mit Preußen warnte.[60] Er befleißigt sich dabei eines freundlichen, aber bestimmten Tonfalls. Die livländischen Städte, enttäuscht von ihren vergeblichen Mühen, wandten sich am 5. Juli, ein halbes Jahr nach ihrem Angebot an Danzig, im Krieg zu vermitteln, nun ein weiteres Mal mit dieser Absicht an Lübeck.[61] Sie würden gerne Frieden stiften, was man ihnen sofort glaubt, aber man habe nun beschlossen, Lübeck dazu aufzufordern, weil Lübeck *"villichte in den dingen vele mer gehoret und angeseen mogen sin"*.[62]

Gut, daß sie nicht wußten, wie lange der Krieg noch dauern sollte und wieviel Ärger und Schaden sie noch durch ihn erleiden mußten. Es hatte schon jetzt nicht mehr in ihrer Macht gelegen, zu verhindern, was nun beginnen sollte, und wovor sie sich zu

---

[58] HR II,4; 324, S. 243.

[59] HR II,4; 325, S.243.

[60] HR II,4; 326, S.243f.

[61] HR II ,4; 327, S.245. Erneute Bitte, einen Monat später, ebd.370, S.277.

[62] Fritze, 1964, S.80, formuliert den hierfür passenden Ausdruck "politisches Prestige".

recht gefürchtet hatten. Lübeck, welches sicher nicht traurig war, sich nicht wie die Livländer an einer Front des Krieges zu befinden, hatte während dessen den Versuch unternommen, die Beziehung der Hanse zu Christian I. unbehelligt vom Krieg in Preußen zu lassen. Dies gelang jedoch nicht, weil der dänische König durch sein Bündnis mit dem Orden der Hanse die Möglichkeit zur Neutralität gegenüber dem Krieg benahm, indem er ihn auf die See ausweitete.

2.2. Das Ende des Seefriedens

2.2.1. Lübecks Vertrag mit König Christian von Dänemark in Flensburg

Erinnern wir uns an den Januar 1455. Gerd von Oldenburg hatte verkündet, er wolle den Orden gegen seine abtrünnigen Untertanen unterstützen. Sein Bruder Christian wartete dagegen noch einige Zeit, bis er sich zur eindeutigen Parteinahme äußerte.[63] Im März sah die Sache schon etwas anders aus. Lübeck riet Danzig, die Sunddurchfahrt für eine Zeitlang zu meiden, weil sie gehört hätten, daß der dänische König *"juwe vyant schole szyn"*.[64] Es fällt auf, daß sie sagen "euer Feind" und nicht etwa "unserer", wie man dies nach den Beschlüssen im Sommer letzten Jahres hätte annehmen können. Man warnt sie gleichfalls vor zwei von Christian ausgesendeten Ausliegern und vor möglichen Gefahren für die Weichselschiffer. Wirft man einen Blick in die Lübecker Ratschronik, so stößt man auf die Notiz, daß im März 1455 in Rostock eine Zusammenkunft stattfand, deren Grund geheim geblieben sei.[65] Die hier überlieferte Teilnehmerliste läßt aber keinen Zweifel, was den Grund für das o.g. Schreiben und die Äußerung über die Feinde Danzigs betrifft. Es handelte sich um eine Unterredung zwischen König Christian, Herzog Adolf, den Gesandten der Städte und etlichen Herren des Deutschen Ordens. Das bald beschlossene Bündnis zwischen dem dänischen König und dem Orden hat sich hier vermutlich bereits herauskristallisiert. Überdies könnte auch im Reich zu dieser Zeit

---

[63] Denn am 26.1. meint Kasimir von Polen, mit Briefen an Karl von Schweden und den Dänenkönig noch für seine neuen Untertanen einen friedlichen Handelsverkehr vereinbaren zu können; HR II,4; 331f, S.249.

[64] HR II,4; 333, S.249.

[65] Lübecker Ratschronik, Hsg. F. Bruns, Band 4, S.193.

eine ordensfreundliche Stimmung geherrscht haben, denn Danzig hält es für notwendig, daß die Lübecker Fürsten und anderen Städten ihre Stellungnahme zu dem Abfall übermitteln sollen, wozu diese sich in ihrem Schreiben vom 12. März bereitfinden. Hinweis auf eine solche Haltung im Reich ist auch der Ausspruch der Reichsacht, welche Friedrich III. am 24. März über den preußischen Bund verhängt.[66]

Trotz oder gerade wegen dieser unsicheren politischen Lage schlossen die wendischen Städte in Vertretung aller Hansestädte mit Christian von Dänemark am 16. Mai 1455 einen Vertrag. Sie vereinbarten, bis Johannis des nächsten Jahres die ihnen zugefügten Schäden zusammenzustellen, damit eine Tagfahrt über die Entschädigungen von Seiten des Königs abgehalten werden könne.[67] Christian wird eine Frist eingeräumt, binnen derer er die Zahlungen leisten muß. Nachfolgend bestätigte der dänischen König sämtliche bisherigen Privilegien für o.g. Städte und diejenigen, die in der Hanse sind, und er gewährte ihnen Sicherheit und freien Verkehr in seinem Reich.[68] Am 2. Juli verkündet König Christian dann den Frieden mit den Hansestädten, bekräftigt die Bestätigung ihrer Privilegien und fordert als Gegenleistung dazu auf, ihm gegen Friedensbrecher, v.a. in dänischen Gewässern, zu helfen.[69] Nun waren es natürlich nicht nur die Interessen einiger Hansestädte, die zu diesen Vereinbarungen führten. Vielmehr lag es auch in der Absicht Christians, auf diese Weise eine Stellungnahme der Städte für seinen Feind Karl von Schweden zu verhindern. Dies war insofern dringend, weil Ende Mai der Waffenstillstand zwischen beiden ablaufen sollte.[70] Der Eindruck, daß diese Verträge ausschließlich positiv für die Hansestädte seien, wird getrübt, da sich bald herausstellt, daß die feindliche Gesinnung des Königs nicht nur auf Schweden beschränkt ist.

Skepsis verrät bereits die Mitteilung Lübecks an Danzig vom 3. Juli über den besagten Frieden.[71] Man berichtet von der Warnung des Königs vor dem Verkehr mit

---

[66] Pr. Stv. II, 314, S.162f. Über verschiedene Werbeaktionen des Deutschen Ordens auf Reichstagen in den Jahren 1454 und 1456 vgl. Biskup, in: Neue Hansische Studien, 1970, S.345-348,350.

[67] HR II ,4; 338, S.251f, Rezeß, Vertrag ebd. 340, S.253f.

[68] HR II,4; 339f, S.252ff. S. auch ebd. 341-345, S.254-256, in welchen Christian dasselbe für Norwegen beurkundet, was den Lübeckern sicher sehr entgegen kam. Vgl. auch Privilegienbestätigungen für Bremen (bereits am 23.April) und Rostock, HUB 8; 397, S.269f, 401, S.272; s. außerdem LUB IX, 243.

[69] HUB 8, 405, S.275.

[70] Hinweis von v.d.Ropp, HR II,4; S.245. Daenell, Blütezeit, 1906, S.171, sieht in der möglichen Verbindung der Städte mit Schwedens König den einzigen Grund für den Vertrag. Eine Bezugnahme zum dreizehnjährigen Krieg unterläßt er.

[71] HUB 8, 406.

seinen Feinden und will wegen der dänischen Auslieger, die der König aussenden werde, lieber drei Wochen nicht segeln, bis man genauer weiß, wie diese sich verhalten werden. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts erreicht Riga einige Tage später.[72] Hier ist die Rede lediglich davon, daß Christian ihnen geschrieben habe, man solle seine Kaufleute unterweisen solle, *"dat se mit eren guderen syner gnaden viende nicht en zoken"*. Briefe vom August 1455 beweisen aber, daß der König die preußischen Städte ebenfalls zu seinen Feinden zählt. Die dänischen Auslieger schreiben mehrmals an Reval, daß die Hansestädte gelobt haben sollen, Schweden und Preußen nicht mehr aufzusuchen und zu beliefern. Sie fordern außerdem, daß Reval ihnen freies Geleit erteile und sie die feindlichen Güter in der Stadt verkaufen lasse.[73] Über diese Neuigkeiten erstaunt und verärgert - denn, Ausbeuter im Dienste Christians wollen die erbeuteten Güter gewinnbringend verkaufen, während die livländischen Händler von ihrem Geschäft mit den Preußen Abstand nehmen sollen - wendet sich Reval an die Lübecker, sendet ihnen diese Briefe und betont, daß man durch diese das erste Mal von einem solchen Versprechen erfahren habe. Sicherlich wollen sie von Lübeck die Bestätigung, ob die Behauptungen der dänischen Auslieger zutreffen. Angesichts der zuvor behandelten Quellen drängt sich der Verdacht auf, daß sie Lügen sind.

So nimmt es nicht wunder, daß sich die Städte nicht sklavisch an ihre sog. Bestimmungen halten und sich König Christian am 9. September bei seinem Onkel Adolf über sie deswegen beschwert.[74] Er solle sich diesbezüglich an die Städte wenden und ihnen mitteilen, daß er, Christian, im Falle weiterer Mißachtung der Vereinbarung sich ihnen gegenüber in keiner Weise mehr verpflichtet fühlen werde. Wie so viele andere Verträge der Hanse steht also auch dieser auf einer sehr schwachen Basis gemeinsamen Interesses, ist eigentlich nur eine Art Anhaltspunkt, auf welchen man sich zurückzieht, wenn dies genehm erscheint. Immerhin handelt Christian im Dezember 1455 im Sinne des Flensburger Vertrages, indem er einen Seeräuber festsetzt, und verheißt, dies auch weiterhin zu tun; aber ein Brief Wismars an Lübeck aus derselben Zeit verrät, daß sich die Städte dem dänischen König nicht sehr verpflichtet fühlen und statt dessen wieder Beziehungen mit König Karl anknüpfen wollen.[75]

---

[72] LIV UB 11,422, S.351.

[73] HR II,4; 373-375, S.277f.

[74] HR II,4; 395, S.284f.

[75] HR II,4; 407, 408, S.291.

2.2.2. Christians Bündnis mit dem Deutschen Orden

Wie oben ausgeführt, hatte sich bereits im März der Kontakt zwischen Christian und dem Orden intensiviert. Diese Aufnahmen von Beziehungen hatte Bemühungen zur Folge, die der Ordensmeister von Livland auf Geheiß des Hochmeisters anstrengte, um sowohl seinen als auch den preußischen Ordenszweig vor Gefahren durch die Könige Karl und Kasimir zu retten. Im März hören wir von Finanzierungsplänen mit Beteiligung des Markgrafen von Brandenburg, um die von Christian verheißene Hilfe zu bezahlen. Der Markgraf hatte durchaus Grund, sich dem Orden gewogen zu zeigen, da ihm im Februar 1454 von diesem die Neumark verpfändet worden war.[76] In dieser Angelegenheit schrieb der Ordensmeister Ludwig von Erlichshausen am 14. Mai einen Brief, um ihn von der dringenden Notwendigkeit von Christians Hilfe zu überzeugen, für die man natürlich erhebliche finanzielle Mittel frei machen müsse.[77] Er verspricht sich von Christian Rettung und Hilfe für den Orden zu Wasser sowohl gegen die Preußen wie auch gegen Karl von Schweden, der ihm nicht geheuer sei und eventuell einen Krieg beginnen könnte. Ein von diesem vorgeschlagenes Bündnis solle man lieber vermeiden, weil Karl mit preußischen Städten, v.a. mit Danzig, Kontakte pflege. Die Hilfe des Königs von Dänemark bestünde in der Aussendung von Ausliegern, die auch die Weichselmündung kontrollieren sollten. Der Ordensmeister betont, daß man auf eine solche Hilfe angewiesen sei, wolle man den Krieg erfolgreich durchstehen.

Als Gegenleistung konnte man Christian aber nur Geld und ideelle Unterstützung gegen Karl von Schweden zusagen, ideell insofern, als man seine Untertanen lediglich anweisen konnte, keinen Handelsverkehr mit Schweden zu betreiben. Der Hochmeister wollte dann schließlich auch gerne die Hilfe Christians annehmen und bat diesen im Sommer dringend darum, seiner Zusage zu entsprechen. Es kommen nun die Verhandlungen in Gang über die Konditionen des Bündnisses.[78]

Am 7. Oktober 1455 wurde das Abkommen besiegelt.[79] Was für Vorteile hatte nun der dänische König von seiner Unterstützung für den Orden? Als Gegenleistung für

---

[76] LIV UB 11, 391f, S.328f. Zur Verpfändung der Neumark vgl. Murawski, zwischen Tannenberg und Thorn, 1953, S.153.

[77] LIV UB,11; 398, S.335f. zeigt die Befürchtung des Ordensmeisters, daß Kasimir auch Livland mit Krieg überziehen könnte. Ebd. 402, S.337-339, hier näher behandelte Quelle.

[78] LIV UB,11; 431, S.356; 455, S.369f.

[79] LIV UB,11, 460, S.372ff. Vgl. HR II,4; S.245, Anm.4. Im Juni 1456 bestätigt der Ordensmeister diesen Vertrag und gelobt die restliche Summe in jährlichen Raten noch zu entrichten; LIV UB,11; 599, S.427f.

seine Hilfe soll Christian von Dänemark zweimal 1000 löthige, also reine, Mark Silber und 5000 rheinische Gulden erhalten. Dafür verspricht er, daß er den Orden im Kampf gegen den Preußischen Bund unterstützen und nicht zulassen wolle, daß die Ordensfeinde sein Hoheitsgebiet zu Wasser und zu Land besuchen.[80] Dieses Versprechen bekräftigte er zwei Tage zuvor in seiner Kriegserklärung an Kasimir von Polen.[81]

Es handelt sich bei dieser keinesfalls um die Erneuerung einer Kriegserklärung vom 1. Juni. 1455, gegen den Polnischen König und den preußischen Bund, wodurch sich Danzig mit dem dänischen König in Kriegszustand befunden hätte, mitten zwischen den Vertragsabschlüssen der Hanse vom 16. Mai und 2. Juli![82] Weise glaubt hier unbesehen dem Eintrag der Jahreszahl *"von spät. Hd."*. V.d. Ropp erwähnt dieses Dokument im Zusammenhang mit dem Streit zwischen Danzig und dem schwedischen Reichstag, der entbrannte, weil sich König Karl von Schweden nach Danzig abgesetzt hatte.[83] Ich bin überzeugt, daß die angebliche Kriegserklärung an Kasimir und den preußischen Bund aus dem Jahr 1457 stammen muß, da sie sich hier auch in den Gang der Dinge ohne Schwierigkeiten einfügt. Daher werde ich sie in diesem Zusammenhang behandeln. Im Jahre 1455 dagegen wäre sie Beweis für eine Stellungnahme Lübecks gegen Danzigs. Denn in Hinblick auf die von den wendischen Städten vereinbarten Verträge, wäre diesen bekannt gewesen, daß sie sich nicht auf die preußischen Hansestädte erstrecken. Wie aber hätte in diesem Falle Lübeck an Danzig von dem Abschluß des Friedens im Juli in einer Weise berichten können, als daß Danzig in diesem inbegriffen sei?[84] Und warum ist in der direkten Folgezeit nicht festzustellen, daß besondere Verärgerung Danzigs gegenüber Lübeck herrscht? Es kann sich bei den Verträgen zwischen Hanse und Dänemark nicht um einen Separatfrieden gehandelt haben. Ein solcher hätte das Klima zwischen den Städten spürbar vergiftet. Simsons Behauptung, es sei nach den Ereignissen am 16. Mai und 1. Juni 1455 zu einer deutlichen Erkaltung der Freundschaft gekommen, kann ich nicht nachvollziehen.[85]

---

[80] Zu diesem Vertrag vgl. folgende Quellen, die nicht geanauer betrachtet werden sollen, da sie zu weit vom Thema fortführen: bezüglich Hilefeleistungen Christians LIV UB,11; 461f, S.374ff; bezüglich Gegenleistungen des Ordens und Finanzierung des Projekts: ebd. 462-464, S.375ff, 467-469, S.380f.

[81] S. Pr. Stv. II, 315, S. 164.

[82] So Weise, ebd.

[83] S. HR II,4; S. 392, Anm.1. Er betont, daß das Dokument undatiert ist.

[84] HUB 8, 406, s.o.

[85] Simson, in: ZWG, Bd.29, 1891, S.62. H. Becker, in: Danzigs Handel, Danzig 1925, S.38, bemerkt, daß Danzig 1455 gegen Christian alleine stand; damit beschreibt er das allgemeine Verhältnis Lübecks und Danzigs in Bezug auf Dänemark und nimmt im weiteren keinen Bezug auf die folgende Entwicklung desselben im dreizehnjährigen Krieg. Auf diese

Was allerdings bleibt, ist der Grund, warum dieses Dokument in gewisser Weise in das Jahr 1455 passen würde. Beide zuletzt beschriebenen Komplexe, also die Verträge Christians mit der Hanse wie auch diejenigen des dänischen Königs mit dem Orden, finden zur gleichen Zeit statt. Die Hinwendung zum Deutschen Orden bedeutete ganz unabwendbar, daß sich die Feindseligkeit Christians gegen Danzig richten mußte. Denn er wollte durch Auslieger seinem Bündnispartner zu Hilfe eilen. Diese waren natürlich auf den wichtigsten Hafen angesetzt, der in der Hand Kasimirs war, eben Danzig. Außerdem bedeuteten die neue Bündnisstruktur und die Konsequenzen, die sich aus ihr ergaben, das Ende eines freilich unvollständigen Seefriedens.

2.2.3. Dänen in den Häfen Livlands, Konsequenzen Danzigs

Den livländischen Städten brachte die Zusammenarbeit des dänischen Königs mit dem Orden vielfältige Unannehmlichkeiten. Dänische Auslieger lagen entlang der wichtigen Handelsrouten auf der Lauer und machten die livländischen Häfen unsicher. Kaperungen von ihnen und anderen brachten die Danziger gegen die Livländer auf und veranlaßte sie, selber Ausbeuter in die See zu schicken, v.a. auch, damit der Handel mit Königsberg, das seit Juli 1455 wieder in der Hand des Ordens war, gestört wurde. Schließlich kriselt es deswegen im Verhältnis zwischen Danzig und Lübeck. Diese Entwicklungen sollen in den nun folgenden Punkten abgehandelt werden.

Zunächst bestand die Gefahr, in einen Konflikt mit Karl von Schweden zu geraten. In einem Brief an Reval droht der König, Livland mit Krieg zu überziehen, im Falle daß sich die Gerüchte bestätigen, der Orden wolle verschiedene Festungen und Schlösser König Christian übertragen Antwort zeigt, daß es auch um die dänischen Kaperer geht.[86] Die zahlreichen dänischen Auslieger, die sich nunmehr in den livländischen Häfen aufhielten, waren bei den Kaufleuten nicht eben gern gesehen. Wir erfahren näheres aus Briefen Rigas und Revals an Lübeck vom 20. und 21. Juli 1455.[87] Riga berichtet über

---

Art und Weise trägt der Irrtum bzgl. des Datums der Kriegserklärung dazu bei, daß ein völlig falsches Bild vom Verhältnis der Städte zueinander entsteht.

[86] LIV UB,11, 412, S.345; nur als Regest angegeben. Die Antwort Revals, ebd., 421, S.350f., erscheint nicht ganz passend.

[87] HR II,4; 367, 368, S.273f. Vgl. dazu LIV UB,11; 455, S.369f.

drei dänische Schiffe mit großer Mannschaft in seinem Hafen, *"des wy sere all untovrede sin"* und daß sie *"de kumpane hiir nicht to leydende offte to huszende"* wollen. Der Ordensmeister habe ihnen gesagt, sie würden nur vier bis fünf Tage bleiben und dann ablegen, man wisse aber nicht wohin, vermutlich würden sie aber nach Preußen fahren. Ein gemeiner Überfall habe sich vor ihrer Küste abgespielt, bei welchem ein Schiff aus Stralsund, mit ca. 75 Lasten beladen, versenkt und die Schiffer schwer verwundet worden seien. Ein Hauptmann Vreseke[88] sei dafür verantwortlich. Dieselben hätten nun verkündet, sich im Öselsund auf die Lauer zu legen und *"de en in den wech komende werden zu beschedigende"*. Das kann als Beweis gewertet werden, daß die dänischen Auslieger, welche Christian ausgesendet hat, keineswegs nur die Absicht haben, preußische Schiffe zu kapern. Sie sollen und wollen bei allen Handelsschiffen fette Beute machen, von der ihr König sicher einen nicht geringen Teil erhalten würde. Auch Reval meldet loses Volk in seinen Gewässern und hat den Vorsatz, seine Handelsschiffe nach Lübeck stark zu bemannen.

Es stoßen hier also nun die zwei Handlungskomplexe aufeinander: Derjenige, der König Christian und den Orden, und derjenige, der denselben und die Hansestädte betrifft. Beide nehmen den livländischen Städten jede Handhabe gegen ungerechtfertigte Angriffe auf ihre Schiffe. Der erste holte die Dänen in das Land, der zweite isolierte die livländischen Städte zusätzlich von ihren Handelspartnern in Preußen. Auch die Seeräuber wußten, daß Preußen und Livländer gemeinsam Anteile auf den Handelsschiffen des anderen hatten. Man hatte auf diese Weise immer Grund, das Schiff, welches einem gerade begegnete, zu kapern. Die Forderung der dänischen Hauptleute an Reval (vgl. Punkt 2.2.1.), ihre erbeuteten Waren frei verkaufen zu dürfen, könnte also sogar livländisches Eigentum betreffen; die bestohlenen Kaufleute müßten ihre selbst angeforderten Güter von den Räubern noch einmal kaufen. Die Tatsache, daß auch ein Schiff aus Stralsund überfallen wurde, zeigt, daß auch die wendischen Städte vor den Ausbeutern nicht sicher waren; der Schutz des Dänenkönigs für sie war auf seine Gewässer und auf sein Land beschränkt.[89] Es wird daher offenbar, wie von der Anwesenheit der Dänen in Livland alle Ostseekaufleute betroffen sind. Auch Schweden und andere "gute Gesellen" werden in Mitleidenschaft gezogen.[90] Nur der dreizehnjährige Krieg hatte dem dänischen

---

[88] Laut LIV UB 11,422 ein dänischer Auslieger.

[89] Vgl. hierzu nocheinmal HR II,4; 376, S.278.

[90] S. HR II,4; 369, §10, S.275. Bezeichnenderweise antwortet hier der Ordensmeister auf die Forderung, wegen des Seeraubes der dänischen Hauptleute etwas zu unternehmen, seinen Städten, er könne da nicht viel machen, werde ihnen aber gerne behilflich sein.

König dieses Einschreiten im Osten ermöglicht und durch diese Komplikation wurde die Hanse endgültig in den Krieg hineingezogen.

Danzig geriet, wie zu sehen ist, zu dieser Zeit immer mehr unter Druck; einerseits durch die dänischen Auslieger auf seinen Routen, andererseits durch das vorübergehende Pech bei der Kriegsführung in Preußen. Besonders ungünstig war aber die Einnahme der dritten Stadt Königsbergs, Kneiphof, am 15. Juli 1455. Mit ihr war ganz Königsberg wieder in Ordenshand. Danzigs Feind hatte infolgedessen einen großen, wichtigen Hafen zurückerlangt, den er nun zur Versorgung aus dem Westen - v.a. mit Waffen, Pulver u.ä.- nutzen konnte, der noch dazu als Zentrale des Bernsteinhandels dem Orden eine seiner dringend notwendigen Finanzquellen wieder erschloß.[91] Wegen seines Hafens war Königsberg für den Orden auch noch wesentlich wertvoller als Marienburg. Danzig wurde durch die Wiedereroberung Königsbergs, der wichtigen Zwischenstation für den Handel nach Litauen, außerdem der Nachschub aus Kauen abgeschnitten.[92] Die Belieferung ihres Feindes über Königsberg wollten die Danziger verständlicherweise unbedingt verhindern. In diesem Sinne schrieben sie am 24. Juli Lübeck einen Brief, in welchem sie ersuchen, den Kaufmann zu warnen, Königsberg zu besuchen, da man seine Auslieger veranlaßt habe, nach Schiffen Ausschau zu halten, die Kriegswaren, wie Kanonen oder Salpeter, geladen hätten.[93] Diese würden sie erbeuten, und für irgendwelche Verluste, die ein Kaufmann dadurch hätte, werde man nicht aufkommen. Tatsächlich wurden noch in diesem Monat sechs Schiffe aus Amsterdam, die allerdings mit Lebensmitteln unterwegs waren, überfallen.[94]

Sieht man diese Angelegenheit in ihrem zeitlichen Rahmen, also mit der Kriegserklärung Christians an Polen und Preußen im Juni, dem Versprechen Lübecks für den König und v.a. seiner Nachricht darüber aus den ersten Julitagen und der Ankunft der dänischen Auslieger in den preußischen und livländischen Gewässern (welche auch im Juli gewesen sein muß, nach den Berichten Rigas an Lübeck, s.o.), bestätigt sich der Ein-

---

[91] S. hierzu Simson, 1891, S.50f. Löbenicht und Altstadt waren bereits Ende März wieder unter Ordenskontrolle. Der Orden setzte große Hoffnung auf die Wiedererlangung der Kleinen Städte im Anschluß an diejenige Königsbergs; s. LIV UB,11; 417, S.348. Königsberg war offensichtlich für die Wiedereroberung anfällig gewesen, da sich die Kommunikation mit den anderen großen Städten schwierig gestaltete, vgl. LIV UB 11,366, S.312, Königsberg an Danzig: weil *"wir hyr hindene sitczen"*, entbehrt die Stadt Nachrichten von Kasimir und seinen Feinden.
Zur Bedeutung Königsbergs und des Bernsteinmonopols, vgl. W. Maas, Diss. 1939, S.96f, L. Dralle, in: HGBll,Bd. 99, 1981, S.65.

[92] Vgl. Daenell, Blütezeit, 1906, S.165.

[93] HR II,4; 393, S.284. Vgl. HUB 8, 447; LIV UB,11; 456, S.370.

[94] Simson, 1891, S.62; er gibt als Beleg Miss.V 267 an.

druck, daß sich der Druck auf Danzig verstärkte. Es reagierte aggressiv darauf, mit seiner ersten Warnung vor Danziger Ausliegern, der noch viele folgen sollten, und einige Zeit später mit einer immer entschiedeneren Feindseligkeit gegenüber den Städten Livlands.

Der Anlaß für das Ende der noch leidlich freundlichen Beziehungen zwischen Preußen und Livländern war die Nachricht aus Reval, daß der Ordensmeister alles aus Preußen kommende Handelsgut als feindlich betrachten und einziehen sowie die Kaufleute gefangennehmen werde und damit auch schon begonnen habe.[95] Die Revaler verpackten diese Ankündigung in eine gut gemeinte Warnung an alle Kaufleute, die nach Livland fahren wollen. Obwohl die Bürger aus Reval vermutlich nicht viel gegen diese Anordnung machen konnten, schrieb ihnen Danzig eine große Mitschuld zu und antwortete ihnen mit einem bitterbösen Brief am 1. Oktober.[96] Die Bürger seien sehr zornig, weil Reval offensichtlich, ihrer Meinung nach, genügend Macht habe, eine solche Anordnung nicht zu gestatten. Immer habe man ein freundliches Verhältnis zu ihnen gehabt, sie gefördert und geehrt. Dies werde man ab jetzt nur noch tun, wenn die Revaler zumindest erreichen könnten, daß die Schiffe, die vor Ausspruch des Ordensmeisters bereits in ihren Städten gewesen seien, noch frei und unbeschädigt blieben. Anderenfalls sind sich die Danziger sicher, daß sich ihre Mitbürger nicht mehr zurückhalten ließen, wenn sie in Zukunft alle livländische Schiffe überfallen würden, auf die sie stießen, wann und wo immer sich ihnen Gelegenheit dazu böte.

Wie ernst es Danzig mit seiner Drohung ist, offenbart sich vollends aus einer kurz danach enstandenen Quelle.[97] Es warnt die Seestädte ein weiteres Mal vor Ausliegern, die es diesmal im Frühjahr aussenden will. Die Städte werden ersucht, den Kaufmann vom Besuch der Danzig feindlichen Häfen abzuraten. Als Feinde Danzigs werden nun genannt: der König von Dänemark, die Livländer und die livländischen Städte. Wieder ist auch auf die Gleichzeitigkeit, diesmal mit dem Vertrag Christians mit dem Orden vom 7. Oktober, zu verweisen, der auch ein Grund für die nunmehr offene Feindschaft Danzigs den Livländern gegenüber sein könnte. Die jedoch gerieten, darin bin ich mit Stark und Simson einer Meinung[98], gegen ihren Willen in den Streit mit Danzig. Ganz im Gegensatz zu der mächtigen Stadt an der Weichselmündung, die ihre Vorstellungen trotz verschiedener Schwierigkeiten gegenüber ihrem neuen Herren gut durchsetzen konnte, waren die livländischen Städte eindeutig abhängiger von Entscheidungen ihres Ordens-

---

[95] Reval an Danzig, vom 1. September 1455, HR II,4; 377, S.278.

[96] LIV UB,11; 457, S.371.

[97] LIV UB,11; 458, S. 271f.

[98] Stark, 1973, S. 168; Simson, 1891, S.62f.

meisters, der, wie wir gesehen haben, nicht mit sich reden ließ und stets bei seinem *alten Gesang* blieb. Auch hier sei noch einmal an die Bitte Rigas an Lübeck erinnert, seinen größeren Einfluß bei den Herren geltend zu machen. Der übermäßige Ärger Danzigs über Reval läßt die Vermutung zu, daß sich die Stadt wohl gar nicht vorstellen konnte, daß sich die Livländer gegen den Ordensmeister überhaupt nicht durchsetzen könnten.

Lange Zeit später, am 18. April 1456, antworten die Revaler auf die Vorwürfe Danzigs, die sie inzwischen noch einmal von Lübeck übermittelt bekommen haben.[99] Angeblich hätten sie Preußen gefangengenommen und beraubt; diese Gerüchte seien aber nicht wahr. Vielmehr hätten sie sich lange Zeit sehr um und für Danzig beim Ordensmeister verwendet, der ihnen dann aber selber so zugesetzt habe, daß man ihn an Beschlagnahmen nicht mehr habe hindern können. Das klingt schon recht mitleiderregend. So schlimm seien die Folgen der Arrestierungen aber nicht, denn sie seien nicht verteilt worden und befänden sich gesammelt an einem Ort. Danziger, die zur Zeit in Livland seien, wären auch nicht gefangen, sondern könnten sich frei bewegen. Reval hofft inständig, daß Danzig ihm wie auch den anderen livländischen Städten nicht weiter Schuld beimessen wolle. Mit ganz ähnlichen Worten wendet sich auch Riga an die Danziger und beteuert seine Unschuld und Machtlosigkeit.[100] Wir sehen also, daß die Städten des Ordensmeisters in arger Bedrängnis waren und sie nur zu gern wieder ein friedliches Verhältnis zu den Preußen hergestellt hätten.

2.2.4. Politisches Ringen im Kaperkrieg

Offenbar war aber auch Danzig spätestens seit dem Oktober 1455 nicht mehr besonders wohl in seiner Haut. Seine Gegner wurden immer zahlreicher, und auf der anderen Seite waren kaum Verbündete in Sicht, die Danzig unterstützen wollten. Die Hansestädte an der Ostseeküste, von denen Danzig sich Hilfe versprochen hatte und die seine natürlichen Partner gewesen wären, enttäuschten. Die wendischen Städte verhielten sich weiterhin eher neutral und die livländischen Städte gehorchten ihrem Ordensmeister, anstatt sich gegen dessen Befehle aufzulehnen. Die Danziger hielten es daher für nötig, ihren König um Intervention bei Lübeck anzugehen. Man fürchtete sich sichtlich, daß Lübeck, mit der kaiserlichen Acht über die Preußen im Hintergrund, Maßnahmen gegen

---

[99] HR II,4; 427, S.301. Danzig hatte am 11.2. an Lübeck geschrieben, HR II,4; 419, S.296; auch in diesem Dokument kommt die Empörung über die Livländer drastisch zum Ausdruck.

[100] HUB 8,459, S.297, am 28. April.

sie ergreifen könnte. Am 8. Januar warnten sie die Lübecker zum einen nochmals vor den Ausliegern, die sie im Frühjahr gegen Livland auszusenden gedenken und teilten zum anderen mit, daß sie ihrem König von der Acht des Kaisers berichtet hätten und Kasimir ihnen, wie auch dem Kaiser selber einen Brief schreiben werde, in welchem er ihnen auseinandersetzen werde, daß er und seine Untertanen durch Privilegien und Freiheiten von der Oberhoheit des Papstes wie des Kaisers enthoben seien.[101] Kasimir schickte besagtes Schreiben ebenfalls am 8. Januar ab. Er ersucht Lübeck, den Bann des Kaisers nicht zu beachten, sondern dagegen seine Untertanen zu beschützen. Der Kaufmann solle sich auch vorsehen, die Feinde Polens zu unterstützen, denn auch er werde Auslieger in die See aussenden.[102]

Am 2. Februar erließ Danzig die offizielle Warnung, u.a. an die wendischen Städte und Amsterdam, vor seinen Kaperschiffen, die sich vor die Küste bei Königsberg postieren würden, um Stärkung seiner Feinde zu verhindern.[103] Es wolle nicht, daß irgendjemand dadurch zu Schaden käme. Auffällig ist die Äußerung, daß der Kaufmann aber nach wie vor in Danzig willkommen sei. Den Danzigern wäre es natürlich recht, wenn keiner mehr nach Königsberg und dafür alle mit ihren Waren zu ihnen kommen würden. Dann hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die Feinde würden nicht nur nicht unterstützt, sondern dafür die Preußen selber. Etwas anderes kann kaum hinter diesen Worten stecken.[104]

Lübeck wollte diese kompromißlose Anordnung, Königsberg nicht zu besuchen, gar nicht glauben. Das erfahren wir aus dem Schreiben Danzigs an die Stadt vom 11. Februar.[105] Den Lübeckern wird auf ihre Frage, wer denn verfolgt würde, wenn er nach Königsberg segelte, geantwortet, jedermann könne davon betroffen sein. Außerdem könnten sich auch die Livländer auf ähnliches gefaßt machen, denn sie hätten auf Befehl ihres Meisters nach ganzem Vermögen Danziger gefangen und Güter beschlagnamt, *"worumbe wii sulkeyn im geliken an en to doende nicht werden vorgeten, wor uns God helpet zee to bekamen"*. Die Livländer und ihr Erzbischof reagierten auf die Drohung Danzigs mit einer Flut von Briefen, sowohl an die Stadt und ihre Verbündeten wie auch

---

[101] HR II,4; 410, S.292

[102] HR II,4; 409, S.291f. Aus HUB 8, 445; kann man annehmen, daß zu dieser Zeit der Hochmeister mit dem Bannbrief Friedrichs hausieren ging, wie z.B. bei Philipp von Burgund, und die Danziger deswegen den polnischen König darum angehen, Aufklärung zu schaffen.

[103] HR II,4; 418, S.296.

[104] Vgl. hierzu HUB 8, 450, S.295, ein von Danzig ausgestellter Kaperbrief, welcher die Fahrt nach Balga und Memel betrifft. Alle Beute soll nach Danzig gebracht werden. In anderem Zusammenhang ist hier interessant, daß Schweden als Freund bezeichnet wird.

[105] HR II,4; 419, S.296.

an den Hochmeister, um Schaden abzuwenden und ihre Vermittlung im Krieg zwischen Orden und Polen anzubieten.[106]

Zu bemerken ist bei der Warnung vom 2. Februar, daß auch Seefahrer aus Amsterdam mit angesprochen sind. Dies ist natürlich im Prinzip nicht verwunderlich, denn die Holländer haben viele Schiffe und Kaufleute in der Ostsee. Interessanterweise hatte sich aber gerade zu dieser Zeit ein Bündnis zwischen dem Herzog von Burgund und dem Deutschen Orden angebahnt. Danzig bekam einen weiteren Feind. Auf den 23. Januar datiert ist ein Brief Herzog Philipps an Thorn und alle anderen Städte Preußens.[107] Er sei vom Hochmeister gebeten worden, auf Grund der kaiserlichen Acht ihnen das Land zu verbieten, preußische Güter in seinem Land zu beschlagnahmen und ihm außerdem "Repressalien- oder Arrestbriefe" zukommen zu lassen. Dieses Angehen ist ihm lästig. Er ersucht die Preußen, Frieden mit dem Orden zu schließen, damit er nicht weiter vom Hochmeister gedrängt werde. Als Antwort erhielt er ein Schreiben ähnlichen Inhalts wie dasjenige Kasimirs an Lübeck vom 8.1.[108] Klingt das auch nicht nach großer Bereitschaft, dem Orden zu helfen, wird der Herzog dennoch einen Boten ins Ordensland senden.[109]

Doch zunächst zurück zu anderen Ereignissen. Der Orden, zufrieden mit den letzten Erfolgen im preußischen Binnenlandkrieg, war sehr besorgt, daß ihm alle Eroberungen seiner Söldner nichts nutzen würden, wenn er diese nicht entsprechend bezahlen konnte. Denn in diesem Fall war die Gefahr groß, und es ist auch öfters im dreizehnjährigen Krieg vorgekommen, daß die Söldner zur anderen Seite überliefen, wo sie sich bessere Bezahlung versprachen und die von ihnen besetzten Schlösser und Ländereien quasi mit in die neue Ehe brachten. Von diesen Befürchtungen veranlaßt, wandt sich der Hochmeister am 4.Januar 1456 an den livländischen Ordensmeister, um ihn um finanzielle Unterstützung zu bitten.[110] Ausführlich schildert er ihm die kriegerischen Erfolge des vergangenen Jahres, die es zu erhalten gelte. Vor zwei Jahren habe er seinem Hochmeister Unterstützung und Hilfe zugesagt, diese möge er jetzt bitte leisten. Nur vier Tage später sandte ihm der Ordensmeister seine prompte Antwort, die einigen

---

[106] Akten und Rezesse der livländischen Ständetage, Bd.i, 6. Lieferung, 1930, Nrn. 609-618, S.679ff.

[107] HUB 8, 445, S.293.

[108] HUB 8, 452, S.296 vom 31.3.1456.

[109] Nämlich Mitte April, HUB 8; 454, S.296. Fehlende Informationen betreffs der Sendung des Boten werden durch die Tatsache ersetzt, daß das Dokument aus dem Ordensbriefarchiv stammt.

[110] LIV UB,11; 483, S.388-390. Zu früheren Gesuchen um Hilfe und der Reaktion darauf vgl. ebd. 321, S.280f, 246, S. 211-213.

Eifer verrät, dem Hochmeister helfen zu wollen.[111] Er habe nach langen, fleißigen Beratungen beschloßen, mit Hilfe der livländischen Prälaten die geforderten 100 000 (!) Gulden zu beschaffen, was aber verständlicherweise einige Zeit dauern werde; er fordert aber nicht nur Ludwig v. Erlichshausen auf, die Söldner um Geduld zu bitten, sondern tut dies selber ebenfalls, was einen guten Eindruck machen und den Söldnern beweisen soll, daß man sich um ihre Bezahlung bemühte.[112]

Sicher auf Grund der Geldnot, aber auch, weil er mit dem *status quo* einigermaßen zufrieden war und sich in einer dem Bund überlegenen Position befand, wollte der Orden den Krieg zu Ende bringen. Auch Engpässe bei der Belieferung mit Westwaren durch die Belagerung des Königsberger Hafens, deren Ausmaß leider nicht festzustellen ist, können das Motiv gewesen sein für die Bitte verschiedener Ordensleute an Lübeck, in der Sache zu vermitteln. Die Wahl Lübecks als Vermittler lag natürlich nahe. So hatte es sich erstens, durch seine relativ neutrale Haltung im preußischen Konflikt und König Christian gegenüber, als für den Orden unvoreingenommen genug erwiesen, zweitens hatte Lübeck bei aller Zurückhaltung, den Krieg betreffend, durch die verschiedenen Kaperer selber Schaden genommen, sodaß ihm auch aus eigenem Interesse an der Beendigung des Krieges gelegen sein mußte.[113] Der Ordensmeister konnte also der Zustimmung der Lübecker gewiß sein, als er am 31. Mai 1456 betonte, daß der Krieg ja nicht nur Orden und Land abträglich sei, sondern auch dem Kaufmann, der sich vorher frei und sicher habe bewegen können.[114] Er bat sie deshalb, diese Sache bei der Tagfahrt in Lübeck Ende Juni zu behandeln. So versuchte Johann von Mengden die Lübecker Kaufleute bei dem einzigen zu packen, was ihnen wirklich wichtig war: ihrem Geschäft. In einem geradezu rührenden Schreiben unternahm es der Komtur von Elbing Mitte Juni ein weiteres Mal, Lübeck von der Notwendigkeit seiner Vermittlung zu überzeugen.[115] Auch Auch Heinrich Reuß von Plauen spricht sie auf ihr Eigeninteresse an. Er gibt tiefes Mitgefühl für den Kaufmann vor, weil dieser nun durch Preußen in Verderbnis gerate, anstatt, wie früher, friedlich übers Meer zu ziehen. Er möchte gerne die *"olde lovelike ordnunge"* wieder herstellen, wenn nur jemand da wäre, der sich dafür einsetzte, der verhandelte und redete und sich ob des Vergießens christlichen Blutes erbarmte. Auch hätten die Lübecker eine Tradition zu wahren. Sie seien schließlich Mitbegründer des

---

[111] LIV UB 11; 484, S.390f.

[112] LIV UB 11; 485, S.391f; zur Geldnot vgl.auch ebd. 586, S.460; die Bemühungen des Ordensmeisters haben nur mäßigen Erfolg. Vgl. außerdem ebd. 595, S.470; 603, S. 474f; 604,S.475f.

[113] Vgl. HR II,4; 422f, S.298ff; HUB 8; 461, S.299.

[114] HR II,4; 456, S.320.

[115] HR II,4; 457, S.320f.

Ordensstaates gewesen, und um die Rettung desselben bitte er sie daher *"gans demodichlich unde myt alleme vleyte"*. Um der lieben Jungfrau Maria und des Kaufmanns willen mögen sie sich doch unbedingt dafür einsetzen, daß Frieden in das Land einkehre und dasselbe bei deutscher Zunge bliebe; denn es wäre für Lübeck doch schlecht, wenn dort polnisch gesprochen würde und noch dazu die Ordnung des Ordens dahin wäre. Der Ordensmeister versucht also, Lübeck davon zu überzeugen, daß der mögliche Untergang des Ordens in seinem Staat auch Lübeck ins Unglück bringen würde. Ob dies irgendwie den Tatsachen entsprach, wird in Punkt 3. zu erörtern sein.

Beide Dokumente werden im Rezeß des Hansetages in Lübeck vom 24. Juni erörtert.[116] Man ordnet folgende Städte ab, sich mit der Sache zu befassen: Lübeck, Bremen, Hamburg, Rostock und Wismar. Die Lübecker erklären, sie wollten gerne tun, was in ihrer Macht läge, um in Preußen Frieden zu stiften, die anderen Städte jedoch ziehen sich auf ihre Vollmachten zurück, die eine solche Belastung nicht vorgesehen hatten; sie wollten aber zu Hause davon berichten und bald Antwort senden. Bis es soweit wäre, solle man mit diesbezüglichen Schreiben an Preußen noch warten.

Es ist daher festzustellen, daß zumindest die Lübecker jetzt schon, im Jahre 1456, bereit gewesen wären, dem später dreizehnjährigen Krieg durch Vermittlung ein Ende zu bereiten. Wohl kann man durch Handel mit Kriegswaren Geschäfte machen; die Verluste und Gefahren beim herkömmlichen Verkehr sind aber doch so groß, daß man zur Befriedung der Ostsee gerne Unterstützung leisten will. Auch ist es nicht gesagt, daß die Hansen an der Wiederherstellung der *guten alten Ordnung* völlig uninteressiert waren. Mit ihr hatte man sich zu arrangieren gewußt, und die Nachteile, die z.B. Danzig durch den Orden hatte, betrafen solche wie die wendischen Städte nicht.[117] Der Umbruch in der Machtkonstellation barg in jedem Falle mannigfache Schwierigkeiten, die keiner abzusehen imstande war. Die polnische Sprache mag eine davon, sicher nicht eine besonders wichtige gewesen sein. Einerseits blieben die einflußreichen Leute in der Stadt dieselben Deutschen, andererseits mußten auch die polnischen Kaufleute, wollten sie mit Niederländern oder Engländern selber kommunizieren, auf ihre Muttersprache verzichten.

---

[116] HR II,4; 458, hier S.326, § 19.

[117] Die Belastung der Hansestädte durch den Pfundzoll hatte sich bislang auch nicht geändert. Danzig schreibt am 14.3. 1456 (HR II,4; 421, S.296f), daß es zwar entgegen verschiedener Gerüchte keine neuen Abgaben eingeführt oder den Pfundzoll erhöht habe, aber daß man bis zum Ende des Krieges auf die Einnahme des letzteren nicht verzichten könne. Danach werde man ihn aber völlig abschaffen.

2.2.5. Hilfe für den Orden?

Die zweite Hälfte des Jahres 1456 brachte für die Sache des Ordens eine positivere Bilanz als für den Preußischen Bund bzw. Danzig, sowohl im Kaper- wie im Landkrieg. Christian von Dänemark und die Holländer kamen dem Hochmeister zu Hilfe, wenn auch Danzig den Sommer über einige erfolgreiche Kaperungen gelungen waren.

Zunächst sei auf die Aktivitäten der Holländer eingegangen, die sich an die Sendung eines Boten Herzog Philipps nach Preußen im April anschloß. Dieser war ein Bürgermeister von Amsterdam, der seine Mission dem Komtur von Elbing eröffnete. Heinrich Reuß von Plauen übermittelte Ludwig von Erlichshausen dann die Botschaft, daß Amsterdam dem Orden seine wirkungsvolle Hilfe anböte, wenn gewisse Forderungen seitens der Holländer dafür erfüllt würden.[118] Diese beträfen z.B. die Befreiung vom Pfundgeld, welches man Danzig nicht mehr bezahlen solle, da es dem Orden feindlich gesinnt sei. Offensichtlich waren sich die Amsterdamer nicht klar darüber, daß der Hochmeister solches gar nicht mehr leisten konnte, weil er die Herrschaft über Danzig verloren hatte und dieses das Pfundgeld nun nicht mehr im Namen des Ordens, sondern für sich selber einzog. Ich bin aber auch nicht sicher, ob Stein, der Herausgeber des HUB 8, nicht einen Fehler begeht, wenn er *"eyn qweitbriff - ken den von Danczke"* auf den Pfundzoll bezieht. Die nächste Quelle, ebenfalls auf den 17. Juni datiert, welche die Forderung der Holländer spezifiziert, spricht nämlich in keiner Weise von besagtem Pfundgeld, sondern von den Schadegeldzahlungen, die sie dem Kopenhagener Abkommen von 1441 gemäß zu leisten haben.[119] Dieses Geld hätten sie stets pflichtgemäß gezahlt, aber obwohl es Königsberg und den livländischen Städten ebenso zukommen sollte wie den Danzigern, hätten letztere alles zum eigenen Nutzen aufgewendet. Darauf werden drei Überfälle der Danziger auf holländische Schiffe aufgezählt, bei denen die Schiffer gefangengenommen und die Güter geraubt worden seien. Man bitte nun darum, von den Schadegeldzahlungen befreit zu werden, die man in größerem Ausmaße, als dies verlangt gewesen sei, geleistet habe. Wenn dies geschähe, würden sie sich um den Orden in Zukunft verdient machen *"noch alle unserm vormogen unde noch meh, den euer herlichkeit uns zugetrauuet"*.

Seit langem war das Verhältnis zwischen Holländern und Danzigern schwer getrübt. Weil überdies, wie Spading darlegt, der Ordenshandel von Marienburg aus für

---

[118] HUB 8, 473, S.309.

[119] HUB 8, 474, S.309f. Unsicher macht lediglich, daß Stein ja beide Quellen direkt nebeneinander stellt, also eigentlich kaum übersehen kann, daß es sich nicht um das Pfundgeld handelt.

die Holländer wichtiger war als derjenige mit Danzig, war ihre Stellungnahme für die Korporation vorhersehbar.[120] Mit den obenausgeführten Interessen im Hintergrund begannen die Holländer nun eine Fehde mit Danzig, die aber von Anfang an mit einer expliziten Parteinahme für den Orden wenig zu tun hatte, vielmehr aus eigenem Antrieb geführt wurde.[121]

Tatsächlich hatten die Anschläge der Danziger auf holländische Schiffer deren Landsleute schon ohne Zusicherungen seitens des Ordens auf den Plan gerufen. Ein Dokument vom 29. Mai berichtet von einem allerdings fehlgeschlagenen Versuch der Holländer, Sperrvorrichtungen vor Balga zu zerstören und Danzigs Feinde zu verstärken.[122] Auf diesen Vorfall nehmen die Danziger auch Bezug, als sie einigen Holländern freies Geleit verwehren, welches diese von den preußischen Ständen vorher zu erlangen verstanden hatten.[123] Sie erläutern die Gefährlichkeit der Schiffer aus Amsterdam, gegen die man, wie gegen andere Feinde, bereits Auslieger ausgesendet habe, die außerdem Briefe befördern wollten, die König Kasimir und den Ständen zum Verhängnis werden könnten und weil zum dritten auch von diesen großer Schaden für Danziger Schiffe, Leute und Waren entstanden sei. Sie bezeichnen die Holländer also als ihre Feinde. Noch ein weiteres Mal, in einem Schreiben Danzigs an den Statthalter von Holland, Seeland und Friesland vom 14. September, hört man von der Angelegenheit.[124] Es ist die Antwort auf einen Brief, in welchem sich dieser offensichtlich am 28. Juni über die Behandlung seiner Leute vor Königsberg beschwert hatte mit der Begründung, hier läge ein Verstoß gegen den Vertrag von Kopenhagen vor. Danzig betont, daß es zweimal - im Jahre 1455 und im Februar 1456 [125]- vor Schwierigkeiten für den Handel wegen des Krieges bzw. vor dem Verkehr mit dem inzwischen feindlichen Hafen Königsberg gewarnt habe. Trotzdem hätten die Holländer die Stadt angelaufen und außerdem mutwillig Sperranlagen zerstört, und das, obwohl ihr eigener Hafen nicht einmal 14 Meilen entfernt gelegen wäre. Es gebe also keinen Grund zu Beanstandungen, vielmehr hätten sie mit Recht die Güter der Kaufleute eingezogen, wobei diese dann ein angemessenes Rück-

---

[120] Vgl. K. Spading, Holland und die Hanse, 1973, S.37-46 (zur Vorgeschichte), S.48. Interessant ist auch seine Vermutung, daß eine Hinwendung zu Danzig für die Holländer auch Schwierigkeiten mit König Christian hätte mit sich bringen können, z.B. eine Sperrung des Sundes; s.S.46. Vgl. außerdem Daenell, Blütezeit, 1906, S. 177f, wo er betont, daß der Hochmeister die Holländer mehrfach gegenüber dem Danziger Gästerecht in Schutz genommen hat.

[121] Wider Erwarten erwähnt K. Stahr in seiner Diss., Marburg 1907, diese Fehde nicht.

[122] S. HUB 8,469, S.307; 487, S.317, dazu vgl. auch ebd. 483, S.316.

[123] August 1456, HUB 8,488, S.317.

[124] HUB 8,498, S.322.

[125] HUB 8, 381, S. 257 und HR II,4; 418, S.296, s.o..

kaufangebot ausgeschlagen hätten. Im umgekehrten Falle hätten die Holländer sicher genauso gehandelt. Es schließt sich die Bitte an, den preußischen Kaufmann frei verkehren zu lassen. Falls dies nicht gewährleistet würde, sei damit zu rechnen, daß sich Preußen ihrerseits an den holländischen Schiffen Ausgleich verschaffen. Wenn die Holländer allerdings freundlich wären, würde man dem Frieden von Kopenhagen gemäß auch ihnen wohlgesonnen sein, wobei man über die Bedingungen der Schadegeldzahlungen bald neu verhandeln möchte. Des öfteren hört man in der Folgezeit noch von verschiedenen Bezugnahmen auf diese Angelegenheit. Wirklich große Auseinandersetzungen, die für den Orden hätten günstig sein können, folgten jedoch nicht. Nur vereinzelt hört man immer wieder von verschiedenen Aktivitäten, die aber keinen spürbaren Eindruck auf den dreizehnjährigen Krieg machen.[126]

Ebenso wie für die Holländer war es bei König Christian von Dänemark nur das eigene Interesse, was ihn zu seiner Stellungnahme für den Orden veranlaßte. Seine Intention war nach wie vor, seinen Erzfeind Karl von Schweden zu bekämpfen und nebenbei vom Ausbeutertum in der See zu profitieren.[127] Von weitergehenden Interessen hören wir im Herbst 1456. Der Bericht eines Gesandten des Ordensmeisters über Vertragsverhandlungen mit den Räten Christians von Dänemark in Kopenhagen verdeutlicht, welche Vorstellungen der König von den Gegenleistungen für seine Hilfe hat.[128] Er weiß, und die Livländer beteuern noch zusätzlich, wie dringend nötig die Hilfe für den Orden sei. Man erwartet, daß, wenn sich *"des ordens sake de herre koningk annemmet, brenget groten trost den frunden unde angest de vyanden"*. Diese Abhängigkeit versucht er auszunutzen und hat seinen Räten eindeutige Instruktionen gegeben. Seine Räte fordern für ihn, daß der Orden und sein Gebiet in Livland *"in siene underda-*

---

[126] Deswegen seien an dieser Stelle die diesbezüglich relevanten Dokumente genannt, bis zum Jahre 1464, in welchem ein Beifriede zustande kam.HUB 8, 478; HR II,4; 472; HUB 8, 513. Im Jahre 1457 soll der interne Streit zwischen Amsterdam und Danzig auf einer Tagfahrt geschlichtet werden: HUB 8,528, 530f., 539 – auch Kasimir und der Herzog von Burgund setzen sich diesbezüglich für Danzig ein–, 541, 554. Für das Jahr 1458 vgl. ebd. 739, 599, 608, 631, 638, 658, 663, 755. Der nächste Anlauf zur Schlichtung nimmt im Frühjahr 1459 Formen an: HUB 8, 788, 833, 977f, 984; die Holländer gehörten offensichtlich auch zu den Ordensversorgern: HR II,5; 101, §10; HUB 8, 1060, 1062, 1075, 1082; Friedensbemühungen ab 1462: HUB 8; 1112, 1114; LIV UB 12, 129; HUB 8, 1204, 1243; 1464 soll der Waffenstillstand verlängert werden: HUB 9; 76, 142, schließlich ebd. 154, 455. P. Simson, in: ZWG, Bd. 29, 1891, S.102, steuert verschiedene diesbezügliche Quellen aus den Missivbüchern der Stadt Danzig bei.

[127] Daran konnte auch eine in seinem Namen nach Schweden beorderte Gesandtschaft der Hansestädte nichts ändern. Als sie im Mai 1456 bei König Karl eintreffen und vermitteln wollen, werden sie unfreundlich empfangen und erreichen von diesem auch keine Bestätigung ihrer Privilegien in Schweden; s. Lübecker Ratschronik, Hsg. F. Bruns, Bd.4, 1968 (2.), S. 198f.

[128] LIV UB,11; 630, S.494–501.

nicheit und bescherm" gehören solle.[129] Das paßt den livländischen Gesandten natürlich überhaupt nicht, und ohne Rücksprache könnten sie schon gar nichts versprechen. Die Dänen versuchen zu erklären, daß mit Untertänigkeit ja nicht gemeint sei, daß der Orden dann nichts mehr in seinem Land zu sagen hätte; er behielte alle seine Handlungsfreiheit und Autorität. Aber die Livländer lassen sich nicht darauf ein, sondern bieten nur an, daß der Orden sich bis auf weiteres keine anderen Bündnispartner suchen werde, oder daß der Orden von auszurichtenden Söldnertruppen die Hälfte der Finanzierung übernähme.

Nach einer Besprechung wie lange der Beistandspakt bestehen soll - nämlich auf die gesamte Dauer des Krieges, wenn es sein muß über die Regierungszeit seiner *"erff-kynder"* hinaus - wird über die finanziellen Aufwendungen des Ordens verhandelt. Die Gesandten aus Livland können die Dänen von 10 000 auf 3000 Gulden herunterhandeln, wobei sie auch hoffen, daß ihnen der Deutschmeister unter die Arme greifen werde.

Auf die Vereinbarungen, wie die Zahlungen geleistet werden sollen, folgt eine weitere überhöhte Forderung, die die livländischen Ordensgesandten nicht sehr freudig aufnehmen. Christian möchte, zumindest bis zum Ende des Krieges, die Festung Memel zur Verfügung haben, um einen festen Stützpunkt zu haben. Bis zu Kriegsende solle der Orden die Ausrüstung der Burg übernehmen. Auch hier findet sich ein Kompromiß, der dem dänischen König zugesagt haben dürfte. Prinzipiell werde es möglich sein, daß er die Festung erhält, die Kosten werden aufgeteilt und Bedingungen unterworfen. Diese Verabredung soll dem Ordensmeister vorgelegt werden. Insgesamt sind sich die Livländer einig, daß man im Falle einer Niederlage gegen Kasimir dem König der Dänen das Schloß mehr gönnt als dem Polen.

Christian von Dänemark verlangt für seine Hilfe, wie man sieht, einen nicht geringen Preis. Er will sein Macht- und Einflußgebiet erweitern, sicher auch Karl von Schweden immer mehr einkesseln und ihm jegliche Zufuhr abschneiden. Unter seiner Oberhoheit dürfte sicher kein livländischer Kaufmann unbehelligt nach Schweden fahren. Der Ordenstaat, der von Christian offenbar als ein vom Reich unabhängiger gesehen wurde, sollte ihm sein livländisches Territorium überlassen. Was man in Anbetracht dieser Geschehnisse nicht sagen kann, ist, daß der livländische Ordensmeister für den Deutschen Orden *"keine Hand"* gerührt habe.[130] Biskups Äußerungen über die Unterstützung seitens des Ordensmeisters und König Christians beweisen, daß er den entscheidenden Zusammenhang der Problemkreise nicht erfaßt: *"Die Unterstützung des Ordens durch*

---

[129] Man muß hinzufügen, daß dieses Verlangen nicht aus der Luft gegriffen ist; Teile des Landes waren zeitweise schon früher unter dänischer Oberhoheit gewesen; vgl. Murawski, S.178. Auf ältere Ansprüche des Königs deuten auch hin: LIV UB 11; 598, S. 471f; 601,602, S.473f.

[130] So B. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, 1957 (2.), S.135.

den livländischen Zweig des Deutschen Ordens konnte wegen der inneren Zersplitterung Livlands und wegen seiner äußeren Bedrohung durch Dänemark und Schweden nicht realisiert werden. Ein langjähriger Konflikt zwischen diesen beiden Staaten (...) verhinderte eine Einmischung seitens des energischen Dänenkönigs Christians I."[131]
Indem er diese innere Zersplitterung ausnützte und durch seine strenge Politik den Städten gegenüber, hatte der Ordensmeister eine entscheidenden Einfluß negativer Art für die Ordensache im Krieg verhindern können. Eine äußere Bedrohung seitens Schwedens mag bis zu einem gewissen Grade bestanden haben, diejenige "Bedrohung" aber, die von Dänemark aus drohte, hatte sich der Ordensmeister selber ins Land geholt, um dem Orden damit behilflich zu sein. Christian von Dänemark schließlich war, wie seine Forderungen zeigen, an der Ausweitung seiner Macht v.a. gegenüber Schweden interessiert. Nur weil sich in dieser Beziehung Möglichkeiten boten, so meine ich, hat sich der dänische König zu einer Hilfe für den Orden bereitgefunden. Wäre also der Konflikt zwischen Schweden und Dänemark nicht gewesen, hätte Christian für keine der beiden Parteien Stellung genommen. *"Fürstliches Solidaritätsgefühl"*, welches Daenell bei dem Dänen festgestellt haben will, hat er jedenfalls bei seiner Verhandlung mit den Ordensgesandten nicht bewiesen.[132]

Nur ganz kurz sei in diesem Punkt noch auf den Aufstand in Danzig eingegangen; dieser, wie auch ein gerade noch unterdrückter in Thorn, war als Hilfe für den Orden gedacht und von diesem selbstverständlich sehr begrüßt und mit vorbereitet.[133] Die in den großen Städten vorhandene Opposition gegen den Preußischen Bund wurde vom Deutschen Orden insgeheim unterstützt und nach Absprachen mit ihm führte Merten Kogge den Putsch in Danzig am 27. September durch. Die Basis der Opposition war aber offensichtlich nicht stark genug, um das Ziel, den Rat der Stadt zu stürzen, durchzusetzen. Der alte Rat trat zwar zurück, doch der neu gewählte schwor in der Mehrzahl einen Tag vor der geplanten Übergabe Danzigs an den Orden am 1. Oktober Kasimir von Polen die Treue. Auch war die Zusammenstellung des neuen Rates keine prinzipielle Umbesetzung. Weil aber Kogge noch nicht aufgab, sondern im Januar 1457 einen Entwurf für eine neue Stadtverfassung vorlegte, was ihm als Hochverrat angelastet wurde, wurde er schließlich am 17. Februar öffentlich hingerichtet. Am 7. März wurden Lübeck

---

[131] M. Biskup in: Jbb. f. Gesch. Osteuropas, NF Bd. 26, Heft 2 1978, S.164.

[132] Daenell, Blütezeit, Bd.2, 1906, S.169.

[133] Da sie mit der hansischen Komponente des dreizehnjährigen Krieges weniger zu tun haben, verweise ich im wesentlichen auf Simson, S. 56-59. Zur ordensfreundlichen Stimmung in den Städten zu dieser Zeit, vgl. ebd., S.53. Genaueres über den Aufstand erfährt man durch Lidaus Chronik vom dreizehnjährigen Krieg, in: SS. rer Pr., Bd. 4, S.531ff; s.auch die Beilagen hierzu, ebd. S.642-649.

und anderen Hansestädten von Danzig in diesem Zusammenhang Namen von Geächteten übermittelt, denen man keine Freiheiten oder Geleit zugestehen solle.[134]

2.2.6. Die Bedrohung des Seeverkehrs durch den Kaperkrieg

In diesem Punkt gilt es noch zu bemerken, daß die Schädigungen verschiedener Schiffe diverse Städte betrafen, die zwar prinzipiell wenig mit dem Krieg zu tun hatten, die aber oft genug als Brecher der einen oder anderen Blockade von beiden Seiten darauf verwiesen wurden, daß sie sich an die Warnungen eben hätten halten müssen, die man gegen die jeweiligen Feindeshäfen ausgesprochen habe. Auf diese Art und Weise war man eigentlich nie vor Kaperschiffen sicher. Denn alle Häfen in der östlichen See waren von irgendeiner der beiden Kriegsparteien auf ihre Belagerungsliste gesetzt.

Neben den besprochenen Angriffen von Danziger Schiffen auf holländische Seefahrer oder einmal auf Stettin[135], machten zunächst die dänischen Auslieger viel Gebrauch von ihren Kaperbriefen; sie überfielen nicht nur preußische Handelsschiffe, sie kaperten auch einige livländische und wendische Koggen. Als Rechtfertigung brachten sie vor, es sei auch feindliches Gut aufgeladen, oder die Schiffe seien aus feindlichen Häfen aufgebrochen.[136] Zwei Überfälle von dänischen Hauptleuten zogen interessante Briefwechsel nach sich.

Vor Kolberg wurde im Juni ein Schiff überfallen, auf welchem sich Güter von Lübeckern wie von Revalern befanden. Bei Verhandlungen vor Ort erklärten sich die Dänen bereit, die lübischen Waren zurückzuerstatten.[137] Dagegen sollten die Revaler Kaufleute ihre Güter nicht wiederbekommen, sondern, da sie Feinde seien, sollten diese aufgeteilt werden. Es muß sich hier um Zwistigkeiten zwischen den dänischen Hauptleuten und den Revalern handeln, vielleicht wegen der o.g. Beschwerden der Bürger über die unwillkommenen Gäste in ihren Häfen; an andrerer Stelle betonen die Revaler, nichts von Streitigkeiten mit dem dänischen König zu wissen.[138]

---

[134] HR II,4; 510, S.372f; 589, S.434 ist eine Beschwerde Danzigs vom Dezember 1457, daß das Verbot nicht befolgt werde.

[135] S. HUB 8; 481, S.315.

[136] Zu diesem Absatz vgl. allgemein LIV UB,11; 575, S.454, ebd. 618, S.482, über dänische Auslieger.

[137] HUB 8, 477, S.314

[138] HR II,4; 468, S.335; zu diesm Vorfall s. auch HUB 8,492, S.320.

Ein anderes Mal ließ der König im Sund mehrere Schiffe arretieren, die zur Baieschen Flotte gehörten und auch mit Gütern für Reval und Lübeck beladen waren. Hierüber beschwerten sich die Lübecker bei Christian, der ihnen eine recht fadenscheinige Antwort übermittelte.[139] Hier wird besonders deutlich, wie sich der Dänenkönig den Krieg, sein Bündnis mit dem Orden und dasjenige mit den Hansestädten zunutze machte und seine Kaperungen legitimierte. Um die See zu befrieden, sei ihm seit alters her und durch den Vertrag in Flensburg gestattet, Schiffe auszurüsten, um den Seeverkehr zu überwachen. Alle Schiffe, die angegriffen worden seien, seien ihm fehdepflichtig gewesen. Gegen andere Räubereien oder Überfälle, von denen er bislang nichts vernommen habe, wollte er natürlich gemäß der Vereinbarungen vorgehen.[140] Auch bei einem weiteren Fall gibt der König an, daß er Stralsunder Schiffe berechtigterweise habe nehmen lassen, weil sie aus Danzig gekommen seien.[141]

Auch im Jahr 1457 ging es mit den Kaperungen auf beiden Seiten weiter. Warnungen wurden ausgesprochen, die verschiedensten Kaufleute geschädigt. Man überlegte sich in den Hansestädten, z.B. in Riga und Lübeck, die Frühlingsfahrer mit Begleittrupps auszurüsten, um die Verluste in Grenzen zu halten.[142] Diese Vorgänge weiter auszuführen lohnt sich m.E. aber nicht, denn Argumente, Tatbestände, Beschuldigungen oder Rechtfertigungen wiederholen sich immer wieder. Statt dessen möchte ich mich nun einer neuen Phase des dreizehnjährigen Krieges zuwenden, die einerseits Danzig wieder in eine günstigere Position brachte, weil König Kasimir ihm ein umfangreiches Privilegienpaket gewährte, in welcher sich andererseits die Verflechtung des innerpreußischen Konflikts mit demjenigen zwischen König Christian und Karl von Schweden noch weiter intensivierte, weil sich letzterer nach Danzig flüchtete.

---

[139] HR II,4; 467, S.334.

[140] Auch ein Kampener Schiff im Sund sei ihm fehdepflichtig, da es englische Güter heimlich in deutsche Städte bringen wollte. In der gleichen Angelegeheit beschwert sich Reval über Christian bei Lübeck und ersucht es, ihn um Rückgabe der Güter anzugehen; HR II,4; 468, S.335.

[141] HUB 8, 495, S.320f, wie die anderen Beispiele ebenfalls im Sommer 1456.

[142] S. hierzu LIV UB,11; 638; HUB 8, 533; LIV UB 11; 661, 690, 694; HR II 4; 559;

2.3. Drei Könige und der Krieg in den Jahren 1457 und 1458

2.3.1. Karl von Schweden in Danzig

Von der König Christian treuen Opposition im schwedischen Reichstag vertrieben, flüchtete sich Karl Knutson, der schwedische König, nach Danzig ins Asyl.[1] Wie schon früher ersichtlich war, hatte sich bald nach Ausbruch des dreizehnjährigen Krieges durch die naheliegende Verbündung Christians mit dem Deutschen Orden auch eine ebenso natürliche Annäherung Karls zu den preußischen Ständen, insbesondere Danzig, ergeben. Was die Stadt von der Flucht des schwedischen Königs zu ihr für Vorteile haben konnte, wurde sehr bald offenbar: Karl war reich. Leider saß allerdings sein Vermögen zum größten Teil in Schweden fest. Es dauerte aber eine ganze Weile, bis dies eindeutig feststand, und so lange waren die Danziger sehr freundlich zu ihrem Gast und machten ihm allerlei Angebote als Gegenleistung für seine finanzielle Unterstützung im Kriege. Auch Lübeck blieb schließlich nicht unberührt von der Anwesenheit des Königs in Westpreußen. Ebenso wie vielen anderen Städten wurde ihm die Ankunft Karls in Danzig sehr bald gemeldet, und einige Monate später hatten die Schweden direkten Briefkontakt mit den lübischen Ratsherren, verschiedene Angelegenheiten betreffend. Allein daraus ist schon zu ersehen, daß auch diese Episode ihren Platz sowohl in der Geschichte des dreizehnjährigen Krieges wie auch in derjenigen der Hanse hat und beide miteinander verbindet.[2] Dies soll im Folgenden etwas eingehender betrachtet werden.

Am 1. März 1457 hält Karl von Schweden den Danzigern einen Vortrag über die Vertreibung aus seinem Reich.[3] Der Bischof von Uppsala habe seine bis dahin treuen Leute gegen ihn aufgehetzt und sie dazu gebracht, entgegen Ehre und Recht, das Schloß in Stockholm zu belagern. Er sei bereit gewesen, auf ihre Wünsche einzugehen; sie jedoch wollten ihn nicht mehr als König haben. So sei er durch Gewalt und Unrecht vertrieben worden. Der arme König bittet nun die Stadt, seine Untertanen zur Einkehr zu bewegen, und hofft auch auf die Hilfe seines *"allerleveste broder"* Kasimir. Alles, was ein guter Herr seinen Untertanen schuldig sei, wolle er ihnen gerne geben und zukommen lassen. So unschuldig, wie er sich hier gibt, ist er an der Sache natürlich nicht.

---

[1] Die Lübecker Ratschronik, Hsg. F. Bruns, Bd.4, S.215ff., wertet dies als Untreue des Reichstages, nimmt also gewissermaßen für Karl Partei.

[2] Sehr ungenau behandelt H. Hübner, in: Danzigs Handel, 1925, S.32, diese Ereignisse.

[3] HR II,4; 512, S.373ff; frühere Kontakte Danzigs mit König Karl, s. HUB 8, 456, 465, im Jahr 1456.

Die Danziger aber sind bereit, ihm zu glauben und erteilen ihm und einem Gefolge bis zu 200 Leuten freies Geleit, obgleich dies auf Grund ihrer guten Freundschaft eigentlich unnötig sei, und sie betonen, wie willkommen ihnen die Ankunft des Königs sei.[4] Gleich nach dem Eintreffen des Königs senden sie ein Schreiben an Hamburg, wendische Städte sowie Riga und Reval, in welchem sie von der Neuigkeit berichten.[5] Sie ersuchen die Städte, sich zusammen mit ihnen und dem polnischen König für die Rückkehr Karls nach Schweden einzusetzen. Folgenden Grund geben sie an, warum diese auch für den Kaufmann notwendig sei: der Ordensmeister habe nämlich König Christian dazu bewogen, sich Schweden untertan zu machen und die Beschirmung Livlands zu übernehmen. Dies werde v.a. die Reise des Kaufmanns nach Nowgorod beschwerlich machen. Daher solle man *"sulkeynen groten tokomstigen arge int begynne myt bequemheit vorkamen"*, denn Karl habe seinerseits gelobt, alle Privilegien und Freiheiten des Hansekaufmanns zu erhalten, zu verbessern und zu vermehren.[6] An Lübeck geht noch eine zusätzliche Nachschrift, in welcher die Danziger vorschlagen, man solle eine geplante Tagfahrt in Kalmar doch lieber in Danzig abhalten, zu der man auch den schwedischen Reichsrat einladen solle. Noch einmal betonen sie, was alles passieren könne, wenn Schweden wieder zur dänischen Krone gehören würde, und merken an, was für Unglück durch die Könige Christoph oder Erich über die Schweden hereinbrach, woran man diese erinnern solle.

Mehrere Feststellungen kann man anhand dieser Quelle machen. Zum einen hatten die Verhandlungen der Ordensgesandten im Herbst vergangenen Jahres mit den dänischen Reichsräten offenbar mehr Erfolg, als dies zunächst den Anschein gehabt hatte. Dem Orden war die Unterstützung des dänischen Königs doch zu wichtig, als daß man ihm seinen Wunsch nach Schirmherrschaft über das livländische Ordensland kurzerhand ausschlagen wollte. Zum anderen glaubt Danzig, durch die neue Entwicklung die anderen Hansestädte erst recht auf seiner Seite zu wissen. Für die Hanse waren zu große Macht-

---

[4] HR II,4; 511, S.373.

[5] HR II,4; 513, S.375ff. Sehr ähnliches Schreiben an den Kaufmann in Utrecht, LIV UB 11, 654, S.524.

[6] Danzig hatte wirtschaftlich gesehen guten Grund, sich für den schwedischen König einzusetzen. Aus Schweden kamen für den Krieg wertvolle Güter, wie Metalle und Pferde; vgl. V. Lauffer, in: ZWG, Bd.33, 1894, S.16ff,26f. Samsonowicz, in: Quellen und Darstellungen z. hans. Gesch., Bd.32, 1987, S.9 betont, daß Schweden im dreizehnjährigen Krieg bei der Versorgung mit Lebensmitteln für Danzig eine dominierende Rolle gespielt habe. J. Schildhauer, in: Jb. f. Wirt.gesch., Bd.4, 1968, S.205, weist gemäß der Danziger Pfahlkammerbücher 97 Schiffe aus Schweden im Jahre 1460 nach, was 34,35% der gesamten Bewegungen entspräche; nur die wendischen Städte übertreffen in diesem Jahr mit 38,65% diesen Wert.

komplexe eher von Übel.[7] Bezüglich der Erhaltung neuer und alter Privilegien war es günstiger, wenn nicht alle in einem großen Gebiet von der Gnade eines einzigen Königs oder Landesherren abhängig waren, dem man sich dann immer gewogen zeigen mußte. König Christian hatte sich bereits als recht wankelmütig in der Auslegung der bilateralen Verträge erwiesen und war generell ein schwieriger Verhandlungspartner; dies könnte ein Grund dafür sein, daß die Preußen glaubten, die Hanse wäre insofern mit ihnen einer Meinung. Die Tatsache, daß keine Antworten der Städte an Danzig überliefert sind, könnte aber darauf hindeuten, daß man anderenorts eher mit Zurückhaltung auf die Vorschläge Danzigs reagierte. Allerdings ist auch klar, daß Danzig besonders daran interessiert war, die schwedischen Häfen nicht unter Christians Regierung zu sehen, da von diesen aus die für den Krieg so wichtigen Rohstoffe wie Kupfer und Eisen verschifft wurden, an die Danzig dann nicht mehr herankäme. Des weiteren ist bemerkenswert, daß die Danziger auch von den livländischen Städten wie Riga und Reval, an die sich das Schreiben ja auch richtet, erwarten, daß sie, die in der Tat viel Ärger mit den dänischen Ausliegern hatten, dagegen wären, wenn Christian die Schirmherrschaft über ihr Land übernähme. Ist dies auch nicht auszuschließen, so verwundert dennoch die freundliche Vereinnahmung Danzigs angesichts des meines Wissens zu diesem Zeitpunkt keinesfalls bereinigten Verhältnisses der Städte untereinander.

Auch Karl selber suchte nach Verbündeten. Er schrieb einen Brief an König Heinrich von England, der bekanntlich auch mit Christian von Dänemark verfeindet war, in welchem er ihm ebenfalls die möglichen negativen Konsequenzen der Machterweiterung des dänischen Königs, diesmal für den englischen Handel, auseinandersetzt.[8] Ihn fordert er zum Einschreiten gegen Dänemark direkt auf und verheißt die Mitarbeit König Kasimirs bei der Bekämpfung Christians.

Doch bald nach dieser Umstimmungskampagne meldete sich der schwedische Reichstag zu Wort und sandte Danzig eine Gegendarstellung der Vorgänge vor Karls Abreise.[9] Wie meist wird die Wahrheit über die Begebenheitenin der Mitte zu finden sein. Die Schweden berichten über Ursachen und Verlauf der Vertreibung Karls und bitten, dem König jede Unterstützung zu versagen. Der König habe sich den Thron nämlich erschlichen; immer hätten sie ihn wegen seiner Unbarmherzigkeit und seiner Gier abgelehnt. Er habe sich, wo er es habe bekommen können, die Güter seiner Untertanen und seiner Stände angeeignet, er habe die Ritter fortgejagt und statt ihrer Gauner zur

---

[7] Ich berufe mich hierbei auf E. Hoffmann – im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.98 – der meint, daß eine zu große Machtausweitung Christians ein *"Angsttraum"* der Städte sei, da sie das nötige Kräftegleichgewicht beeinträchtige, was allerdings etwas unpräzise ausgedrückt ist.

[8] HR II,4; 514, S.377.

[9] HR II,4; 516, S.377–380.

Überwachung des Volkes eingesetzt. Viele seien verhungert, und der Kaufmann sei durch ungerechte Zölle beschwert worden; auch Lübecker und Danziger seien davon betroffen gewesen, und viele seien deswegen nicht mehr nach Schweden gekommen. Karl habe sich davon nicht beeindrucken lassen. Darum hätte man gar nicht anders handeln können und ihm nach reifem Beschluß den Gehorsam aufgekündigt. Bei nachtschlafender Zeit sei er ihnen dann entkommen, obwohl er ihnen mit listigen und behenden Worten geschworen hätte, nicht zu fliehen. Ihr Handeln sei stets in Bedacht auf den gemeinen Nutzen ausgerichtet gewesen, da sonst das Volk verhungert wäre. Dies wollten sie nunmehr überall bei Fürsten und Städte bekannt machen und bäten daher, um der alten Freundschaft willen, dem König nicht zu helfen, sei es mit Leuten oder Schiffen; auch solle man dem Danziger Bürger Tydeman Monnik nicht die von Karl anvertrauten Güter - die dem schwedischen Reich gehörten - abnehmen und sie so dem Land entfremden.

Nun wird nicht zu ergründen sein, welche Darstellung von beiden mehr den Tatsachen entspricht. In einer solchen Situation stellen die Beteiligten sich selbst immer in ein besseres Licht als den Gegner. König Karl ist sicher nicht der herzensgute Mensch und Herrscher, als den er sich ausgibt. Auf der anderen Seite hat die Opposition gegen ihn noch andere Beweggründe als denjenigen, einen ungerechten, gierigen König loszuwerden. Maßgebliche Personen wie der Bischof von Upsala versprechen sich mit Sicherheit alle möglichen Vorteile von der Förderung eines neuen Königs Christian auf dem schwedischen Thron.[10] Den Danzigern ist aber die Unterstützung seines Kontrahenten im Sinne ihrer eigenen Interessen wichtiger, daher wollen sie der Darstellung des schwedischen Reichsrates keinen Glauben schenken.

Dies ist ersichtlich aus der Antwort Danzigs an die Schweden vom April 1457.[11] In nicht besonders freundlichem Ton bemerken sie, daß Karl ihnen ganz anders von den Begebenheiten berichtet hätte und sie nunmehr auch gehört hätten, daß die Schweden Christian zum neuen Herren gemacht hätten oder dies zumindest vorhätten.[12] Sie zögen daraus die Konsequenz, daß man den Schweden deswegen solange nicht mit der alten Freundschaft umgehen wolle, bis Christian den Danzig zugefügten Schaden erstattet habe. Tydeman Monnik habe man von dem Begehr des Reichsrat berichtet, dieser habe aber angegeben, er sei weder König Karl noch dem Reich Schweden irgendetwas schuldig.

---

[10] HUB 8,512, berichtet schon von Erfolgen Christians in Schweden im November 1456. Einfluß auf die Meinung der Schweden von Karl könnte auch die Auseinandersetzung um den Vertrag von Wadstena gehabt haben; HR II,4; 428, S.302ff, HUB 8, 468, S. 306f, HR II,4; 435, S.306f. Hier befindet sich Karl bereits eindeutig in der schwächeren Position.

[11] HR II,4; 518, S.380. Am 14. März, drei Tage, nachdem der Brief des Reichsrates verfaßt worden war, schrieben die Danziger noch einmal an Reval mit der Bitte, sich bei letzterem für die Wiedereinsetzung Karls zu verwenden; ebd. 517, S. 380.

[12] Vgl. hierzu auch die Lübecker Ratschronik, Hsg. F. Bruns, Bd.4, S.218ff.

Eine Antwort auf dieses Schreiben läßt drei Monate auf sich warten. Zu dieser aber später.

Vorher sind zwei Briefe Karls an wendische Städte bzw. Lübeck zu betrachten. Mit ihnen versucht der König, die Adressaten auf seine Seite zu bringen, damit sie für ihn wirksam werden. Hier offenbart sich außerdem, daß es wieder einmal v.a. um Geld geht.

Am 13. April wendet sich Karl an Lübeck, Wismar, Rostock und Stralsund, um ihnen eine Gegendarstellung zu den Vorwürfen des schwedischen Reichsrates zu übermitteln. Dieses Dokument wurde danach in einem Rundschreiben vom 23. April transsumiert, sicherlich um jeden, der sich anschickte, feindlich gegen den König vorzugehen, davon abzuhalten.[13] Die insgesamt sehr interessanten Quellen an dieser Stelle ausführlich zu behandeln, würde allerdings zu weit führen. Recht- oder Unrechtmäßigkeit König Karls zu erörtern ist nicht meine Aufgabe. Darum sei hier lediglich auf die den Kaufmann oder die Hanse betreffenden Passagen eingegangen, aus welchen sich erschließen läßt, was sich der König von den Bürgern verspricht und wie er mit ihnen umgeht.

Karl von Schweden bedankt sich zu Anfang seines Schreibens für den freundlichen bzw. wohlgesonnenen Brief, die ihm die Städte zugesandt haben. Er beginnt Punkt für Punkt, die Darstellung des Reichsrates zu widerlegen, wobei er hervorhebt, daß über die wahren Geschehnisse um die Thronbesetzung zu den Zeiten Erichs oder Christophs alle an der Ostsee ohnehin Bescheid wüßten, daß sämtliche Lügen des Rates von vorneherein widerlegt seien. Nie habe er seine Untertanen hungern lassen oder ungerecht behandelt. Auch der Kaufmann sei niemals über die althergebrachten Einnahmen hinaus belastet worden. Er hoffe, daß er, der die Handeltreibenden immer beschützt und ihre verbrieften Rechte gehalten habe, mit diesen zusammen werde beweisen können, *"dat se unse ryke umme unsir unredelicheit willen nee vormeden hebben"*. Über diese Unredlichkeit oder irgendwelche Uneinigkeiten hätten sich seine Untertanen außerdem nie bei ihm beschwert, sie könnten sich also jetzt nicht darauf berufen, er habe ihre Bitten nicht erhört. In einer langwierigen Beschreibung der Ereignisse in Stockholm, streitet er jeden Vorwurf des schwedischen Reichsrateas ab. Nachdem er seine Leute so lange gebeten habe, bei ihm zu bleiben, bis er heiser geworden sei, sei er nach Danzig gefahren, von wo er sich bei Herren, Fürsten und Städten habe Recht verschaffen und die Untreuen verklagen wollen. Einen freundlichen Brief habe er dann nach Stockholm gesandt, aber der Bote sei *"strax"* in den Kerker geworfen worden.

Darauf äußert er sich über den Vorwurf der Bereicherung. Er sei nun einmal immer einer der reichsten Ritter des Landes gewesen und was er besitze, habe er ehrlich erworben. Deshalb bittet er nun Herren und Freunde, daß sie diejenigen - er nennt den

---

[13] Brief vom 13.4. HR II,4; 520, S.381-386, über das Rundschreiben s. ebd. S.381f, Anm.1. Dem Brief liegt außerdem ein Bericht Karls über seine Wahl und Krönung 1448 bei; ebd. 521, S.386-389.

Erzbischof von Uppsala und verschiedene andere –, welche ihn so übel verleumdet hätten, zu veranlaßen, sich mit ihm zu treffen und zu verhandeln. Unter dem Vorsitz des Königs von Polen sollten Kenner des schwedischen Rechts und Sendeboten der Städte sowie Danzigs anwesend sein und Recht gesprochen werden. Er hoffe, daß seine Unschuld bewiesen werde, und sich erweisen werde, daß seine Gegner versuchen wollten, seinen Besitz unter sich aufzuteilen. Vor dem Besuch Danzigs müßten sie auch keine Furcht haben, denn er hätte mit Kasimir, den Preußen und dem Rat von Danzig freies Geleit für An- und Abreise beschlossen.

Noch zu bemerken ist, daß in dem Rundschreiben vom 23. April die Verbindung der Opposition gegen Karl in Schweden mit dänischen Hauptleuten wie Olaf Axelsson erwähnt wird. Der Sturz des Königs ist also höchstwahrscheinlich wirklich ein von Christian gesteuerter gewesen.

Aus dieser Quelle kann man folgendes entnehmen. Erstens wird klar, warum Karl von Schweden in Danzig so willkommen war. Er war einer der reichsten Ritter seines Landes und man hoffte, er habe eine beträchtliche Summe zur Verfügung, von der er den freundlichen Gastgebern sicher aus Dankbarkeit für seine Aufnahme etwas geben würde. Und dankbar mußte er in der Tat sein. Denn wo hätte er sich sonst hinflüchten sollen? Deutscher Orden, livländische und wendische Städte waren alle mit Christian verbündet, bzw. in einem relaitv friedlichen Verhältnis. Danzig war der einzige Punkt an der Ostseeküste, wo er hinfahren konnte, ohne sich in die Hände seines Feindes zu begeben. Hätte er kein Geld gehabt, hätte Danzig ihm vielleicht noch Unterschlupf gewährt, sich aber bestimmt nicht so über seine Ankunft gefreut und seine Bemühungen, wieder auf den Thron zu gelangen, unterstützt.

Zweitens ist festzustellen, daß Karl als Konsequenz seines Sturzes unweigerlich die Übernahme des schwedischen Reiches durch Christian von Dänemark voraussieht. Wenn er sich nun an Fürsten und v.a. Städte wendet, die mit diesem verbündet sind, um dieses zu verhindern, muß er den Eindruck haben, daß auch diesen eine Machtübernahme des dänischen Königs nicht recht wäre – z.B. wegen der wesentlich größeren Machtposition, die Christian dann in der Ostsee einnehmen würde –; denn warum sollten sie ihm sonst helfen? Sicher nicht aus Nächstenliebe und Mitleid für den ungerecht behandelten König.

Drittens muß noch angemerkt werden, was für ein Ansinnen es doch eigentlich ist, wenn der gestürzte König seine untreuen Untertanen zu sich bittet, anstatt sich mit ihnen an einem anderen Ort zu treffen, und wenn die Zusammenkunft auch noch in Danzig stattfinden soll, welches sich inmitten eines Kriegsgebiets befindet und vor dessen Hafen Kaperschiffe lauern, die jeden überfallen, der ihn anlaufen will. Das freie Geleit des Polenkönigs oder Danzigs würde in diesem Falle überhaupt nichts nützen. Es wäre außerdem auch ein Zugeständnis der anderen Städte an Danzig, wenn sie während des Krieges in die Stadt zu Verhandlungen kämen. Den Danzigern wäre es sicher auch recht

gewesen, wenn die Gesandten gekommen wären, damit man mit ihnen auch noch über ihre eigene Angelegenheit hätte reden und mit ihrer Anwesenheit dem Orden hätte zeigen können, daß die Freundschaft zwischen den Städten beständig sei und der Hochmeister nicht fähig wäre, einen Keil in sie zu treiben.

Angesichts dieser Sachlage ist es daher auch kein Wunder, daß diese Zusammenkunft nicht stattfand. Verfolgen wir nun die weiteren Ereignisse bezüglich Karls Aufenthalt in Danzig und kommen zum zweiten interessanten Brief Karls an Lübeck. Er ist auf den 13. Juli 1457 datiert.[14] Durch verschiedene Transaktionen befindet sich offenbar Geld aus dem Besitz Karls in Lübeck unter der Obhut eines gewissen Heinrich Greverade. Karl bedankt sich zunächst höflich, daß die Lübecker es möglich gemacht hätten, dieses in ihre Stadt zu geleiten. Nun aber habe er von Greverade eine gewisse Summe gefordert, die dieser nur gegen eine Quittung herausrücken wolle.[15] Obwohl man ihm darauf eine solche zugesandt habe, sei er nicht bereit gewesen, die Zahlung zu leisten, die Karl dem König von Polen und der Stadt Danzig bereits zugesagt habe und die bereits aufgenommen worden sei. Das ist natürlich eine sehr peinliche, in gewisser Weise auch komische Situation. Karl kommt an mit dem Selbstbewußtsein des reichen Mannes, der für den Schutz seiner Person auch etwas bieten will, nimmt einen Kredit auf, der sofort an seinen Bestimmungsort weitergeht und dann stellt sich heraus, daß der König gar nicht flüssig ist und über sein Geld nicht genügend Verfügungsgewalt hat. Statt dessen hängt er nun in der Luft, und die Danziger haben einen weiteren Kredit am Hals, den sie, wie sicher mehrere, nicht zurückzahlen können. In dieser Zwickmühle bittet Karl die Lübecker, Gerverade anzuweisen, daß er das Geld, das ihm solange als Kapital nützlich gewesen sei, nun aber herausrücke, sonst würde großer Schaden entstehen. *"Ersamen leven vrunde, helpet uns unde den guden Luden, de dat gelt van unser wegen entfangen sollen, dar wi unde se recht ane sin".*

Auch an Greverade selber schreibt er einen Brief, in dem er die Angelegenheit noch einmal aufrollt und in dem auch wieder der Name Tydeman Monnik auftaucht.[16] Er räumt seinem *Privatkämmerer* sogar ein, daß es ja nicht so schlimm gewesen wäre, wenn er rechtzeitig seine Einwände gegen die Zahlung vorgebracht hätte; aber nun sei das Geld, ohne es zu haben, schon wieder ausgegeben. Der König bittet ihn in einem

---

[14] HR II,4; 524, S. 390f. Am 26.April schrieb er ebenfalls an Lübeck, wie zu Ergänzung bemerkt werden muß. Hier sendet er der Stadt nochmal das Schreiben vom 13.4. und spricht eine Warnung vor Ausliegern aus, die er auf die schwedischen Häfen anzusetzen gedenke; ebd. 522, S.389. Damit sind auch die letzten Häfen im Osten des Meeres vom Kaperkrieg bedroht.

[15] Dies verlangt Greverade am 6. Mai 1457 von Karl, HUB 8,560, S.367ff. Am 27. Juni verweigert ihm derselbe trotz Erhalt einer Quittung das geforderte Geld; HUB 8, 592, S.388f.

[16] HR II,4; 525, S.391f.

Tonfall, der seine peinliche Situation wiederspiegelt, darum, daß er auch aus Rücksicht auf seine eigene Ehre das Geld hergeben solle. Greverade geht es aber nicht um seine Ehre, er hat schlicht und einfach Angst vor dem schwedischen Reichstag, der ihm gedroht habe, und ihm seine Güter in Stockholm abnehmen könnte. Dies äußert er in seinen Briefen an Karl.[17] Deswegen will er weder von Karls eigenem Geld in seiner Verwaltung noch von dem Reichsschatz, der durch ihn aus dem Land entführt worden war, etwas nach Preußen schicken, ja nicht einmal Salpeter und Rosinen will er davon kaufen. Greverade wäre das Geld eindeutig lieber wieder losgewesen.

Einmal mehr erweist sich, wie sehr Macht, Einfluß und Möglichkeiten vom Geld abhängig sind. Der ganze dreizehnjährige Krieg, so stellt es sich immer wieder dar, war häufig mehr ein Ringen um finanzielle Mittel denn ein militärischer Kampf. Söldner mußten bezahlt werden, um die von ihnen erkämpften Positionen für die eigene Seite zu erhalten. Das kostete im Laufe der dreizehn Jahre große Summen. So hing die Geldspritze König Karls direkt mit Erfolg oder Mißerfolg der Danziger im Kriege zusammen. Darum war auch der Kaperkrieg ausgebrochen, der sich ja auf diejenigen auswirkte, die v.a. mit Geld zu tun haben, die Kaufleute.

Kehren wir nun zurück zu dem Briefwechsel zwischen Danzig und dem schwedischen Reichsrat. Es hatte sich inzwischen einiges ereignet, als die Schweden am 25. Juli den Danzigern auf ihren Brief vom April 1457 aufgebracht und feindselig antworteten.[18] Seit dem 23. Juni war Christian I. der von ihnen gewählte König. Als Reaktion auf die freundliche Aufnahme Karls in Danzig, die er als Affront gegen sich ansehen mußte, erklärte er im selben Monat, am 12. Juni 1457, erneut Kasimir von Polen und jetzt auch den preußischen Städten, bzw. Danzig, den Krieg. Mit diesem Vorgehen muß er sich die Zustimmung des schwedischen Reichsrates endgültig erworben haben, denn dieser schickt den Absagebrief in besagtem Brief vom 25. Juli nach Danzig.[19] Zu diesem Zeitpunkt ist die Aufsage gegen den preußischen Bund eine logische Folge der Ereignisse, was sie im Jahre 1455, wohin Weise sie einordnet, nicht gewesen wäre. Den wahren Grund für die Kriegserklärung verschweigt das Dokument jedoch. Christian I. verurteilt auf das Schärfste den Frevel des *"prophani et sacrilegi populi"*, am meisten aber sei er erschüttert über die Hilfeleistung eines christlichen Königs für die Abtrünnigen; gerade Kasimir, der seine

---

[17] HUB 8; 560, S.367-369, vom 6.5.1457; ebd. 592, S.388f., vom 27.6.1457.

[18] HR II,4; 526, S.392.

[19] S. HR II;4; S.392, Anm.1. Absage, Pr. Stv. II, 315, S. 163ff. Vgl. meine Ausführungen in Punkt 2.2.1. Die Urkunde ist an Trinitatis ausgestellt; im Jahr 1455 fiehl dieser Tag auf den 1.Juni, (s. Weise); 1457 ist es der 12.6.; s. Grotefend, 1971, S.174, 196

Krone dem Kaiser verdanke, hätte dessen Urteil über den preußischen Bund anerkennen müssen und nicht aus Machtgier sich mit ihm zusammenschließen dürfen. Dagegen hebt er die besonderen Verdienste des Deutschen Ordens für die Christenheit hervor. Daß ausgerechnet Christian einem anderen Herrscher Machtgier vorwirft, ist an und für sich eine Unverschämtheit.

Der schwedische Reichsrat ist durch seinen neuen König jetzt natürlich in einer wesentlich besseren Lage als zuvor und kann sich um so selbstbewußter gegen die Vorwürfe aus Danzig zur Wehr setzen. Im oben bereits angekündigten Brief beschuldigt er den alten König des schwedischen Reiches nach wie vor der schlimmsten Ungerechtigkeiten gegenüber seinen Untertanen, weswegen man auch nicht mit ihm verhandeln wolle, nicht einmal in Stockholm, wie ihnen dies offensichtlich auch noch angeboten worden war.[20] Inzwischen sei Christian gemäß schwedischem Recht zum König erwählt und gekrönt worden. Die Beschuldigungen Danzigs über diesen habe er zurückgewiesen, da er im Recht sei, Kasimir von Polen entsagt zu haben. Der Reichsrat fordert außerdem von Danzig, daß es den Reichsschatz, den Karl aus Schweden entführt habe und den es zu eigenem Nutzen schon teilweise verwandt habe, wieder ihnen ausliefere und von Karls Ausliegern geschädigten Schweden ihre Schäden erstatten solle. Anderenfalls würde man "sich an Danzig halten". Freundlicherweise bieten sie an, zwischen Danzig und Christian vermitteln zu wollen.

Hier ist wieder die Verknüpfung von allen Konflikten besonders deutlich. Die Auseinandersetzung Christians mit Karl, des Dänenkönigs mit Kasimir und der Kaperkrieg, derart miteinander verbunden, haben es nun dazu gebracht, daß Danzig auch mit den Schweden im Streit ist. Danzig hat sich jedenfalls durch seine willkommene Anleihe bei Karl in eine sehr risikoreiche Situation begeben. Es ist nicht auszuschließen, daß die Stadt Geld aus dem Reichsschatz lieber nicht angenommen hätte und von dessen Verbleib wirklich nichts gewußt hat. Für Danzig ging es wohl immer um risikoloses Geld aus dem eigenen Besitz des gestürzten Königs. Dies läßt sich auch aus den Antworten an den Reichsrat schließen.

Am 23. August hat Danzig das zuletzt behandelte Schreiben offensichtlich noch nicht bekommen. Denn an diesem Tag wiederholt es seine Forderungen unverändert und betont, wie ungern es mit Schweden Streit haben wolle.[21] Erst am 20. Oktober nimmt es

---

[20] Im Juni hatte der Bischof von Uppsala Lübeck noch signalisiert, man würde sich mit Karl gleichen Richtern stellen; HR II,4; 523, S.389f.

[21] HR II,4; 527, S.303.

zu den Vorwürfen vom Juli Stellung.[22] Es habe König Karl aus alter Verbundenheit zu Schweden bei sich aufgenommen und könne nun auch nichts mehr daran ändern, weil Kasimir diesem das Geleit bestätigt habe. Von dem Reichsschatz sei ihnen nichts bekannt, auch hätten sie von Karl wohl eine kleine Summe Geldes erhalten, die aber dem *"rykes schatt gar ungelyk is"*. Sie hielten sich ausschließlich Karl gegenüber für dieses Geld verantwortlich. Sehr erstaunlich ist ihre Bemerkung, daß sie, wie auch König Kasimir, nichts von der Kriegserklärung Christians gewußt hätten. Wenn denn eine solche existiere, sei dies aber schändlich und beschämend christlichen Leuten gegenüber. Man sei ja schließlich zum Abfall vom Orden gezwungen worden und dazu weit mehr berechtigt gewesen als jetzt die Schweden. Sie wollten aber Verhandlungen mit Christian, um die Sache zu bereinigen, und bitten, dies in die Wege zu leiten; anderenfalls werde man Krieg mit Krieg vergelten.[23]

Wirft man einen Blick in das Jahr 1458, ist eindeutig festzustellen, daß das Verhältnis zwischen Karl von Schweden und Danzig sich erheblich abgekühlt hat.[24] Karl hält sich nach wie vor in Putzig auf, welches ihm als Gegenleistung für sein Geld überlassen worden war, und beschwert sich, daß die Danziger ihn nicht mit dänischen Gesandten, die gerade im Lande waren, haben reden lassen, und er bittet bescheiden, ob er Kontakt mit seinen Freunden in Schweden halten dürfe, wobei er nicht glaube, daß dies Danzig in Schwierigkeiten bringen könnte. Er wolle auch nicht mit Christian Krieg führen, solange er in Preußen sei, damit sie nicht in Schwierigkeiten kämen. Zu diesem Zeitpunkt hat er aber schon jede Hoffnung auf die Wiedererlangung des Thrones aufgegeben.

Die Tatsache, daß nach diesem Herbst 1457 überhaupt nur noch sehr wenig von Karls Aufenthalt in Danzig zu hören ist, deutet darauf hin, daß der alte König der Schweden von nun an eher geduldet als erwünscht war. Man setzt sich nicht mehr für seine Belange ein. Karl sitzt im einsamen Exil. Seine Flucht, die den Danzigern so gut in ihr Konzept zu passen schien, erwies sich als recht negativ für sie. Immerhin wußten sie nun, daß sie sich mit Christian von Dänemark im Krieg befanden, wobei mir unklar ist, wie ihnen das hatte verborgen bleiben können. Vielleicht entsprachen aber ihre Äußerungen vom Oktober auch nicht der Wahrheit. Dies wird man nicht vollständig ergründen können.

---

[22] HR II,4; 529, S.394f.

[23] Auch Lübeck baten die Danziger, sich für das Zustandekommen einer Tagfahrt einzusetzten, im September 1457; HR II,4; 528, S.393f, worauf ich an anderer Stelle noch eingehen werde.

[24] HR II,4; 614, S.447f.

2.3.2. Kasimir von Polen in Danzig

Danzig hatte in diesem Jahr 1457 noch einen wesentlich bedeutenderen Besuch als den Karls von Schweden. Ihr neuer König Kasimir von Polen kam im Mai in ihre Stadt und verlieh ihnen großzügige Freiheiten und Privilegien, deren Wert man gar nicht überschätzen kann. Der polnische Herrscher war während des gesamten Krieges in ungeheueren Geldnöten.[25] Die einzigen zuverlässigen Geldquellen waren seine neuen Städte in Preußen. Unter ihnen war Danzig eindeutig die reichste, die deswegen während des gesamten Krieges am meisten finanzielle Unterstützung geleistet hat.[26] Für diese Bemühungen waren der Stadt schon in früheren Jahren beträchtliche Gegenleistungen des Königs gewährt worden.[27] Das erste bedeutende Privileg vom Juni 1454, welches der Stadt auch als Gegenleistung für die Anerkennung Kasimirs als neuen Herren verliehen wurde, brachte Danzig v.a. beachtlichen Zuwachs seines Stadtterritoriums und die alleinige Nutzung und Aufsicht über die Mühlen der Stadt.[28] Seit 1455 durfte Danzig offiziell nach Gutdünken *hulffegelth* auf Güter und Waren legen und wieder abschaffen und ebenso wie Ritter und andere Städte Geld zur Finanzierung des Krieges eintreiben; bereits vor der Verleihung dieses Privilegs hat Danzig in Eigenverantwortung Steuern eingeführt, die 1455 nachträglich von Kasimir legitimiert wurden.[29] Für eine Anleihe Kasimirs zur Bezahlung von Söldnern erhielt es als Pfand das Fischamt Putzig sowie das Dorf Leba, welches ein guter Startplatz für Auslieger war.

Am 1. Mai traf Kasimir von Polen in Danzig ein, und am 9. desselben Monats huldigten die Danziger dem polnischen König, also drei Jahre später als die übrigen Städte.[30] Als Belohnung dafür und als Gegenleistung für seine Hilfe bei der "Widerer-

---

[25] Zur Ankunft des Königs in Danzig vgl. ASP 4, 298; zur Geldnot Kasimirs vgl. Töppen, in ASP IV, S.629.

[26] Vgl. P. Simson, ZWG, Bd. 29, 1891, S. 108f.

[27] Privileg von 1454, Pr. Stv. II, 303, S.149f, weitere 1455 und 1456: 347-349, S.207-208; vgl. dazu ASP 4, 310,325.

[28] Mit der Landgebietspolitik Danzig beschäftigt sich eingehend E.M. Wermter, in: Ordensherrschaft, Stände und Stadtpolitik, Hsg. U. Arnold, 1985, S. 81-124; zum Privileg von 1454 s. ebd. 94f.

[29] Danzigs Erhebung von zusätzlichem Pfahlgeld auf Wein, Met und Bier, 29.9. 1454, s. ASP 4, 298, S.241.

[30] S. Lindaus Chronik, in SS rer. Pr., S.545; zur Huldigung s. ebd., S.366.

werbung Preußens" verlieh der König das umfangreiche Privileg am 15. Mai.[31] Neben der Bestätigung sämtlicher alten Bestimmungen und Vorrechte kommen folgende hinzu:

1. Die Verleihung der Gerichtsbarkeit in Handels- und Strandangelegenheiten an der preußischen Küste sowie die Aufsicht über die Schiffahrt, bzw. die Sicherung des Strandes vor Seeräubern. Dies war natürlich in Hinblick auf den Kaperkrieg ein großer Vorteil für Danzig. Die Stadt konnte nach eigenen Vorstellungen die Küste sichern oder Auslieger aussenden, ohne durch langwierige Genehmigungsverfahren Zeit zu verlieren.[32]

2. Güter wie Pech, Teer, Holz und Asche aus dem Binnenland, die auf der Weichsel nach Danzig kommen, werden vom Stapelzwang befreit; nur Waren, die auf dem Landweg in die Stadt gelangen, müssen verzollt werden. Eine solche Bestimmung war eine deutliche Bevorzugung Thorn gegenüber, das sich von Kasimir seinen Stapelplatz hatte bestätigen lassen. Für Güter dieser Art war die Bestimmung deshalb sehr wertvoll, weil sie zu den bedeutenden Exportgütern Danzigs gehörten.[33]

3. Ohne Genehmigung des Rates darf sich in Zukunft kein fremder Kaufmann mehr in Danzig niederlassen. Auf diese Bestimmung, deren Bedeutung außer Frage steht, legten die Danziger sicher besonderen Wert, da ihnen gerade der Deutsche Orden in der Vergangenheit oft fremde Kaufleute aufgezwungen hatte. Nun konnten sie jeden unwillkommenen Gast und Konkurrenten den Aufenthalt in der Stadt verwehren.[34]

4. Danzig erhält das Recht, alle weltlichen und geistlichen Ämter und Lehen innerhalb seines Gebietes eigenverantwortlich zu verleihen. Der Rat der Stadt hat damit sämtliche wichtigen Positionen unter Kontrolle.

5. Die Stadt darf goldene und silberne Münzen mit dem Bildnis Kasimirs prägen. Dieses wichtige Hoheitsrecht hatte sich der Orden immer vorbehalten.[35]

6. Jährlich sollen acht Ratsleute vorgeschlagen werden, aus denen der König den Stadthauptmann erwählen wird. Auf diese Weise wird, wie bei Punkt 4., die Gefahr beseitigt, daß Danzig eine ihm unangenehme Autoritätsperson über sich hat.

7. Danzig ist unmittelbar dem König unterstellt.

8. Das Gebiet der Stadt wird vom Neubau von Städten und Burgen im Umkreis von fünf Meilen freigehalten; nur was bereits vorhanden ist, soll bestehen bleiben. Letzteres

---

[31] ASP IV,367, S.557-562, bzw. Pr. Stv. II,352, S.209f.

[32] Hierzu vgl. Wermter, a.a.O., S.108ff.

[33] Hierzu vgl. M. Pelczar, in: Deutsch-Polnisches Jb., 1981/82, S.42, der betont, daß die Privilegien von 1454 und 1457 den Ausbau der Vormachtsstellung Danzigs gegenüber Thorn eminent beförderten und ein eigenes Stapelrecht für Danzig überflüssig machen.

[34] Biskup bemerkt in diesem Zusammenhang, in: Hansische Studien, Bd.1, 1961, S.4f., daß dies auch die Polen vom direkten Handel mit dem Ausland ausschloß, die an diesem durchaus interessiert gewesen seien.

[35] Vgl. H. Lingenberg, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.270.

bedeutet nicht nur, daß keine Konkurrenzstadt an ähnlich guter Lage wie Danzig entstehen kann, sondern v.a., daß Kasimir darauf verzichtet, das Ordensschloß in Danzig wiederaufzubauen, mit dem er eine direkte Kontrolle über die Stadt hätte ausüben können.[36]

Dieses Privileg bedeutet für Danzig die nahezu größtmögliche Autonomie, die es überhaupt erreichen kann. Alle wirklich wichtigen Positionen liegen in der Verfügungsgewalt der Stadt. Unter der Herrschaft des Deutschen Ordens hätte Danzig solche Freiheit niemals erreicht. Im Vergleich mit dem Orden gesteht Danzig dem polnischen König nur einen eng begrenzten Machtbereich zu.[37] Die Danziger gewinnen aber nicht nur an Freiheit, es wird ihnen auch die wirkungsvolle Repräsentation ihrer Macht nach außen zugestanden.[38] Sie haben von nun an das Recht, mit rotem Wachs zu siegeln und dürfen ihrem Wappen eine goldene Krone hinzufügen. Außerdem sind ihre Ratsherren berchtigt, ihre Kleidung mit goldenen Verzierungen zu schmücken. Derartige Befugnisse sollte man nicht als Eitelkeiten fehlinterpretieren. Hat man die Gelegenheit, das Original einer bedeutenden Urkunde zu betrachten, so fällt einem auf, daß das Siegel der Stadt Danzig ohnehin schon doppelt so groß ist wie das der anderen Städte. Mit diesem prächtigen Siegel streicht die Stadt ihre Sonderrolle durch ihre politische Überlegenheit und ihren Reichtum heraus. Es hat sicher auch den damaligen Betrachter beeindruckt. Indem Kasimir von Polen der Stadt ausdrücklich erlaubt, ihr Siegel noch prächtiger auszustatten, bestätigt er ihren Anspruch auf Vorrangstellung zusätzlich. In der Zeit von Kleiderordnungen, in denen sich sozialer Status am äußeren ablesen ließ und es nicht an persönlichen Geldmitteln, sondern an der Standeszugehörigkeit hing, ob man sich mit schönen Dingen oder Farben schmücken durfte, erfüllte die diesbezügliche Bestimmung den gleichen Zweck wie die das Siegel betreffende. Der Danziger Ratsmann konnte sein bestimmt vorher schon selbstbewußtes Auftreten nun durch wertvolle Kleidung noch unterstreichen. Er wurde zu einem sozial Höherstehenden als ein Bürgermeister aus Thorn oder Elbing und erhöhte seine Position gegenüber dem Adel.[39]

Einige Verträge zwischen Danzig und dem König, die bei dem Besuch Kasimirs geschlossen werden, befassen sich mit Geldangelegenheiten. Das Gebiet Putzig, welches

---

[36] Hierzu vgl. Wermter a.a.O., S. 106f.

[37] Vgl. M. Malowist: Riga und Danzig, in: Convent. hist. Balt. I, 1938, S.314. Daenell, Blütezeit, 1906, S.165, sieht das Privileg von 1457 auch in Bezug auf die Beschränkung des Gästehandels als für die gesamte Hanse positiv an.

[38] Pr. Stv. II,353, S.210f, zweites Privileg des Jahres 1457 vom 25.5..

[39] Pr. Stv. II, 357-362, sind Privilegien Kasimirs zum Dank für die Hilfe von Elbing und Thorn. Sie sind durchaus vorteilhaft, aber bei weitem nicht so bedeutend wie dasjenige für Danzig.

Danzig Karl von Schweden verpfändet hat, soll nach Rückzahlung eines Kredits an die Stadt wieder eingelöst werden; bis dies geschehen ist, erhält Danzig die Vogtei und das Gebiet Dirschau zum Pfand.[40] König Kasimir darf durch die finanzielle Unterstützung Danzigs einen seiner größten Erfolge feiern. Mit 21 500 ungarischen Gulden kann er Marienburg von den Söldnern auslösen, und am 8. Juni hält er feierlichen Einzug auf dem früheren Hauptsitz des Deutschen Ordens.[41] Simson meint zutreffend, daß es das Geld war, welches den Orden besiegt habe, der in der militärischen Auseinandersetzung meist Oberwasser sogar gehabt habe. Er sieht in diesem Zeitraum den Wendepunkt des gesamten Krieges, da sich in den folgenden neun Jahren am status quo letztlich nur noch wenig geändert habe. Seit 1457 sei Danzig eindeutig die erste Macht in Preußen gewesen und habe diesen Platz nie wieder geräumt.[42]

2.3.3. Waffenstillstände; Danzig und König Christian

So war für die Danziger der Besuch ihres Königs wesentlich erfolgreicher als der Besuch des fremden. Karl Knutson von Schweden sollte einem friedlichen Verhältnis mit Schweden und Dänemark nicht mehr im Wege stehen. Danzig wünschte sich deswegen Verhandlungen mit Christian, um einen Waffenstillstand zu erwirken. Mit dieser Absicht wandte es sich, wie bereits oben geschildert, an den schwedischen Reichsrat, und es ersuchte Lübeck, eine Tagfahrt in Stockholm zu ermöglichen, auf der man sich mit Christian einigen wollte.[43] Wie üblich wird die Angelegenheit dargestellt, als hätte Danzig dasselbe Interesse wie Lübeck, den Kriegszustand zwischen Dänemark und Polen aufzuheben. Die Danziger heischen Glückwünsche für ein erfolgreiches Seegefecht, bei welchem sie 16 dänische und livländische Schiffe überwältigt haben.[44] Sie stellen fest, daß man sich etwas überlegen sollte, um die Bedrohung des Kaufmanns durch dänische Kaperschiffe zu beseitigen. Bislang habe man Krieg mit Krieg beantworten müssen, nun aber schlage man Lübeck vor, König Christian zu bearbeiten und zu vermögen, daß er

---

[40] Vgl. Pr. Stv. II, 354, 356.

[41] Biskups Behauptung dagegen, in: Jb. f.d. Gesch. Osteuropas, S.165, daß die Aufgabe der Marienburg durch den Orden eine Leistung polnischer Diplomatie gewesen sei, ist gänzlich unzutreffend.

[42] P. Simson, in: ZWG, Bd. 29, 1891, S.67f.

[43] HR II,4; 528, S.393f.

[44] Vgl. HR II,4; S.393, Anm.5; SS rer Pr., IV, S.547.

sich zu einer Tagfahrt bereit erkläre. In Danzig wolle man sich gleichzeitig darum bemühen, König Kasimir zur Besendung einer solchen zu bewegen. Sei dies nicht zu erreichen, wolle man zumindest wissen, wie darüber gedacht würde, um sich danach richten zu können. Aus einem etwa gleichzeitig entstandenen Dokument ist aber ersichtlich, daß auch die livländischen Städte sicher gerne das Ende des Kaperkrieges sähen.[45] In Karkus vesammelt, senden sie einen Brief an Lübeck, in welchem sie sich über die ständig ansteigende Zahl der dänischen und schwedischen Auslieger beklagen, die auch die von Christian zugesicherten Privilegien verletzten. Auch sie wünschen sich Hilfe aus Lübeck, welches den König dazu auffordern soll, diesem Treiben ein Ende zu setzen.[46]

Zunächst wird aber aus solchen Waffenstillstands- und Seebefriedungsplänen nichts. Denn am 18. Oktober 1457 kommt zunächst der Vertrag Christians mit dem Orden zustande, der einen Waffenstillstand mit Kasimir vorerst ausschließt.[47] Ein Jahr nach den Verhandlungen in Kopenhagen, bei denen die dänischen Abgeordneten noch sehr hohe Forderungen gemacht hatten, wie diejenige nach der Untertänigkeit Livlands und der Übergabe Memels anKönig Christian, wird nun die Gegenleistung für seine Hilfe durch rein finanzielle Aufwendungen gewährt. 15 000 rheinische Gulden will der Orden in Raten zahlen. Dafür will der Dänenkönig und seine Nachkommen Hochmeister und Orden für die nächsten 15 Jahre lang beschirmen und beschützen vor Fehden und Überfällen. Es folgen Vereinbarungen über Aufteilung von gewonnenen Gütern, die Handhabung bezüglich Gefangener und die Zahlungsweise. Auch wird auf den alten Vertrag bezüglich des Krieges in Preußen Bezug genommen, der über den neuen hinaus auch noch erfüllt werden solle. Für dieses Geld wolle Christian, immer wenn der Orden es wünsche, drei bis fünfhundert Leute - für vier Wochen mit Unterhalt ausgestattet - nach Livland schicken, damit sie dem Orden hülfen. Erst im April 1458 urkundet der Ordensmeister über das Bündnis.[48]

Christian hat also von seinen übertriebenen Forderungen Abstand genommen, was den Orden zufrieden stimmt, wie dies aus dem Brief des Ordensmeisters an den Komtur von Elbing zu sehen ist.[49] Er merkt an, *"dat de dinge gansz unde gar gewandelt synt gewurden"*. Keine Untertänigkeit Livlands habe man ihm zugesagt, und auch *"den handel van der Memell hebben wy gensliken mit eme affgeslagen"*. Die Festung Memel

---

[45] HR II,4; 562, S.416.

[46] Hilfe Christians erwarten sie auch in anderer Hinsicht; vgl. HUB 8,634.

[47] LIV UB 11; 701, S.556f.

[48] LIV UB 11, 725, S. 573f.

[49] LIV UB 11,702, S.557f.

gönnte man ja dem Komtur viel eher als dem Dänenkönig. Er solle es nunmehr übernehmen.

Danzigs eindringliche Warnung vor dem Besuch der Häfen Christians und des Ordens am 22. Dezember und die Drohung, im Frühjahr verstärkt gegen seine Feinde zu rüsten, kann gut eine Konsequenz des Bündnisabschlusses vom Oktober sein. Seine Vorstellungen von einer Tagfahrt in Stockholm waren dadurch unrealistisch geworden. Die Danziger wollten aber Lübeck gegenüber nicht kompromißlos erscheinen, wie dies aus dem Brief vom 24.Dezember erkennbar ist.[50] Zwar bedanken sie sich schon einmal für die Bemühungen, die die Lübecker sich gemacht hätten, um einen Kontakt zwischen den feindlichen Fronten herzustellen; sie hätten sich aber gewundert, daß sie von Lübeck direkt keine Antwort erhalten hätten, was es von der Angelegenheit hielte und statt dessen zwei Kopien in Danzig ankamen von Briefen, die der Bischof von Uppsala und der Mündemeister von Stockholm nach Lübeck geschickt hatten. In diesen Schreiben beschweren sich die Schweden über Schäden, die die Danziger ihnen zugefügt hätten und über die Tatsache, daß sie von Karl Knutson Geld aus dem schwedischen Reichsschatz erhalten hätten. Daher sei ihre Fehde gegen Danzig gerechtfertigt und auch deswegen zulässig, da man den Deutschen Orden in seine Beschirmung genommen hätte. Würden Schäden und Geld zurückerstattet werden, könne die Fehde zu einem friedlichen Ende gelangen. Danzig ist mit solchen Angeboten natürlich nicht einverstanden. Die Lübecker wüßten ja, welchen Schaden die Dänen ihnen angetan hätten und was das Geld anbelange, welches Karl ihnen gegeben habe, so sei die Summe sehr klein. Wenn nun auch der dänische König ein Bündnis mit dem Orden gemacht habe, könne man nicht weniger tun, als sich mit dem Feind wo es ginge, auseinanderzusetzen, wobei Hilfe anderer hierbei sehr willkommen sei. Der Brief endet aber dennoch leicht versöhnlich; wenn die Lübecker eine Idee hätten, wie der Streit beendet werden könnte, würde man dem nicht im Wege stehen.

Am gleichen Tag ging auch noch eine Mitteilung ab, diesmal direkt an Kalmar und Stockholm, in der die Danziger wünschen, man möge Christian doch zu einer Tagfahrt vermögen, da man sich leider weiter befehden müsse, wenn dieser den Frieden nach wie vor ablehne.[51] Trotz des Bündnisses Christians mit dem Orden hofft Danzig auf einen möglichen Waffenstillstand, der dann schließlich im Juli 1458 zustande kam. Bis dahin mußten noch einige Stationen absolviert werden.

Scheinen zu diesem Zeitpunkt jedoch die Friedensbestrebungen noch recht chancenlos sieht dies am 20. Februar schon anders aus. An diesem Tag hatte Danzig die

---

[50] HR II,4; 591, S.435f.

[51] HR II,4; 592, S.436.

Hoffnungen auf Verhandlungen mit König Christian offenbar endgültig aufgegeben, während dieser seinerseits zu der Verhandlung bereit war, da er für eine Danziger Gesandtschaft zu Pfingsten freies Geleit für 100 Personen gewährte.[52] Danzig dagegen schrieb Lübeck wie anderen Seestädten Briefe, daß es nicht glaube, daß eine Tagfahrt zustande kommen werde, daß Lübeck sich aber weiter darum bemühen solle. Da nunmehr alle Friedensbemühung gescheitert seien, fordere Danzig jedermann auf, ihm zu helfen; an Wisby schrieb es versöhnlicher, es möge auch versuchen, eine Vermittlung zu ermöglichen.[53] Im gleichen Moment, in dem Danzig in die Offensive ging, lenkte Christian ein. Leider habe ich keinen direkten Anlaß für diese Verhaltensweisen feststellen können. Wenn Danzig in Quelle HR II,4; 593 ausführt, daß seine wiederholten Bitten an den Bischof von Uppsala und andere Reichsräte alle unbeantwortet geblieben seien, kann ganz einfach die Geduld der Danziger zu Ende gewesen sein, was sie dann zum Handeln bewog.

Wie die Zuschriften des Erzbischofs und schwedischer Reichsräte und Stockholms an Danzig vom 12.März beweisen, hatten die o.g. Eingaben der Stadt aber doch Wirkung gehabt.[54] Sie berichten, Christian dazu bewegt zu haben, eine Tagfahrt zu Pfingsten abzuhalten. Beim Ordensmeister habe Christian um Respektierung des Geleites gebeten. Der Bischof verspricht, nach Kräften zwischen den Kontrahenden zu vermitteln. Vom Orden scheint es ziemlich viel verlangt, die Verhandlungen zwischen Bündnispartner und Feind zu dulden. Das Bündnis war doch wegen des Krieges in Preußen geschlossen worden und würde durch einen Frieden zwischen Polen und Dänemark gegenstandslos werden.

Auch Lübeck trug seinen Teil dazu bei, daß die Verhandlung zustande kam. Es hatte sich in dieser Angelegenheit an den alten Gesprächspartner Herzog Adolf gewandt, der sich bereitfand, auf Christian von Dänemark einzuwirken, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Im April 1458 dankt Danzig Lübeck für diese Bemühungen.[55] Aber erst, wenn es Zusagen bezüglich des Stillstandes und Abzug der Kaperschiffe habe und das Verbot seiner Feinde Häfen zu besuchen weiterhin befolgt werde, sei Danzig bereit, seine Auslieger ebenfalls aus der See zu rufen. Darum hatte Lübeck eindringlich gebeten.[56]

---

[52] HR II,4; 597, S.437.

[53] HR II,4; 593-596, S.436f.

[54] HR II,4; 600-602, S.440f.

[55] HR II,4; 606, S.442. S.auch 607, S.442f., ein Schreiben vom 16.4. ähnlichen Inhalts ebenfalls von Danzig an Lübeck. Zum Verhältnis Danzigs zu Herzog Adolf vgl. HUB 8,551, S.365.

[56] HR II,4; 603, S.441, s. 604, S.442. In diesem Brief ist nicht die Rede von Gesprächen mit Herzog Adolf; gemäß der Äußerung, daß sich die Danziger in dem vorher genannten Schreiben auf eines von Lübeck vom 24.3. beziehen, müssen zwei Briefe an diesem

Allzu bereitwillig zeigten sich die Danziger gegenüber dieser Bitte nicht. Am 18. April legten dann Adolf von Schleswig und Lübeck Vereinbarungen nieder betreffs der Anbahnung des Friedens.[57] U.a. enthält dieses Dokument folgende Punkte: erstens ist beschlossen, daß Lübeck weiter Danzig bearbeiten soll, seine Auslieger schon in Vorbereitung des Stillstandes aus den Gewässern abzuziehen. Zweitens will der Herzog desgleichen auf Christian einwirken. Es soll also verhindert werden, daß jeder darauf wartet, bis der andere seine Leute abzieht, und deswegen keiner damit beginnt. Drittens soll nach der Verhandlung König Christian sich an den Orden wenden, wie die Lübecker ihrerseits an die preußischen Städte, um zuzusehen, ob man nicht *"gantszen sake mit sulker vorsokinge erst in eyn bestand und szo vort to degedingen bringen mochte"*. Die Gelegenheit, den Kriegszustand zwischen Orden und Polen zu beenden, soll nicht verpaßt werden, wenn sie sich ergibt. Viertens wird vereinbart, daß die Preußen in Christians Landen frei verkehren können, bis man weiß, wie sich die Sache entwickelt.

Nun fand die Tagfahrt in Schweden zwar statt, aber die Fronten waren doch so verhärtet, daß hier keine Einigung zustande kam; wohl aber erreichte Lübeck, daß Christian Gesandte nach Danzig schickte, wo dann der Vertrag geschlossen wurde.[58] Vorher hören wir aber noch zum einen von Christians Bestätigung aller Privilegien in Schweden für die wendischen Städte und alle anderen, die zur Zeit in der Hanse sind.[59] Zum anderen ist ein Dokument überliefert, welches verrät, daß inzwischen auch der Orden von den Friedensbemühungen gehört hat. Am 17.Juni 1458 berichtet ein Ordensmann aus Lübeck dem Hochmeister.[60] Er habe die ihm mitgegebene Botschaft dem Rat der Stadt übergeben; die Lübecker hätten dann im Sinne des Hochmeisters an ihre Gesandten in Schweden geschrieben, nämlich daß sie darauf hinarbeiten sollten, *"off man eynichen weche vynden kunde zcu vreden"*. Der Orden wünscht sich infolgedessen, daß der Krieg zu einem Ende kommt, noch dazu, wenn sich bewahrheiten sollte, was der Kirchenvogt auf Samland schreibt: *"das die stat Danscke dese stat Luppyge uff den dach bracht hait und synt in meynongen den konynck zcu scheyden von unszerm orden"*. Zu den Verhandlungen sei bislang noch keine Nachricht übermittelt worden. Die Dinge stehen ziemlich schlecht für den Orden, wie man sieht.

Tag nach Danzig gesendet worden sein, von denen nur einer überliefert ist.

[57] HR II,4; 608, S.443.

[58] Vgl. SS rer Pr. IV, S.553ff.; laut Lindaus Chronik endeten die Verhandlungen in Schweden mit einer erneuten gegenseitigen Absage. S. auch HR II,4; S.433. Vgl. Simson, 1891, S.71. Bevollmächtigung Christians für Gesandte nach Danzig: LUB, 9; 624, S.622.

[59] 5.6.1458, HUB 8,692, S.441f. Laut HR II,4, S.434, geht diese Urkunde, was wahrscheinlich ist, auf das Flensburger Abkommen zurück.

[60] HR II,4; 611, S.447.

Am 28. Juli war es dann schließlich so weit. Durch *"todaet unde vlitige medebeweringe"* lübischer Gesandter schließen Bevollmächtigte Christians und Kasimirs in Danzig einen Waffenstillstand bis zum 28. August 1459.[61] Vereinbart wird erstens, daß während dieser Zeit keiner die Feinde des anderen unterstützen dürfe; zweitens hat man sich entschlossen, im Mai nächsten Jahres eine Verhandlung in Lübeck zu führen, auf der mittels verschiedener Schiedsrichter über Schadensersatzansprüche geurteilt und über eine Verlängerung des Stillstandes, bzw. Abschluß eines Friedens geredet werden solle. Schließlich sollen drittens die betroffenen Untertanen der Reiche in den Ländern frei verkehren dürfen, die Preußen gemäß der hansischen Privilegien. In dieser Urkunde ist noch bemerkenswert, daß Christian als König der Reiche Dänemark, Schweden und Norwegen bezeichnet wird. Die Danziger, bzw. ihr König Kasimir, haben ihn also als schwedischen König anerkannt und stehen nicht mehr auf der Seite Karls, der sich nun endgültig auf verlorenem Posten befindet und zur Nebenfigur des Geschehens wird.

Dem Orden hatte, wie zu sehen war, die Zusammenarbeit und die finanziellen Angebote, die er Christian von Dänemark offeriert hatte, wenig genützt. Der König war m.E. stets mehr von Macht- als von Geldhunger angetrieben. Sicher hatte er immer durch seine Auslieger sich zu bereichern versucht, aber festzustellen ist, daß er sich vom Orden neben Geld v.a. die Erweiterung seines Machtbereichs erwartet hatte. Ich bin außerdem der Überzeugung, daß ihm sein Waffenstillstand mit Kasimir von Polen und den Preußischen Ständen nur durch ein interessantes Angebot so schmackhaft gemacht werden konnte, daß er darüber seine Abmachung mit dem Deutschen Orden in den Hintergrund stellte. Und das war die Aussicht, als König von Schweden anerkannt zu werden und seinen Rivalen Karl Knutson aus dem Rennen zu werfen. Dies hat er erreicht. Der große Erfolg, den die Preußen dadurch hatten, war derjenige, einen ganz besonders lästigen Feind weniger zu haben, und die Möglichkeit, wieder unbehinderten Handel mit Dänemark und Schweden unterhalten zu können, sich den Warennachschub zu sichern und Lieferungen an Ordenshäfen noch besser verhindern zu können. Gerade zwischen Schweden und den Ordenshäfen war das besonders wichtig.

---

[61] HR II,4; 612, S.445f. Offenbar waren aber auch diese Verhandlungen äußerst schwierig, weil die dänischen Gesandten gleichzeitig mit dem Orden Gespräche führten. S. Lindaus Chronik, SS. rer. Pr., Bd.4, S.555; trotzdem kam es zu dem vom Hochmeister gefürchteten Frieden; s.ebd. Anm.1 und S.556.
Auch diese Leistung will Biskup der polnischen Diplomatie zusprechen; in: Jbb. f.d. Gesch. Osteuropas, Nf Bd.26, Heft 2, 1978, S.165. Dabei wäre ohne die Intervention der Hanse sicher kein Waffenstillstand zu stande gekommen. Etwas zu entscheidend bewertet K. Pagel, die Hanse, 19**, S.451, die Rolle Lübecks, wenn er behauptet, daß Danzig den Ordenskrieg nur bestand, weil Lübeck den Angriff Christians verhindert hat. Wie wir gesehen haben, war die Hilfe Christians für den Orden nicht von besonders großer Wirksamkeit.

Noch eine weitere Hiobsbotschaft erreichte den Orden von potentiellen Helfern gegen seine Feinde. Am 22. September schreibt Amsterdam an Ludwig von Erlichshausen, daß es trotz seines Streites mit Danzig keine Unterstützung für den Orden leisten will.[62] Sie führen an, daß ihnen die Auseinandersetzung mit Danzig doch so viel Schaden einbringt, daß sie zwar nach wie vor dem Orden wohlgesonnen seien und auf seiner Seite stünden, daß sie aber nicht mehr für ihn tun können, weil Danzig gesagt habe, man sei automatisch sein Feind, wenn man den Orden begünstige. Trotzdem bitten sie den Hochmeister, ihre Kaufleute doch weiterhin zu fördern, sie ihrerseits würden ihm mit *"enyghe saken"*, die sie zu tun vermögen, zur Seite stehen. Das ist weiß Gott keine Aussicht auf große Unterstützung für den Orden. Die Holländer wollen demgemäß nicht noch weiter in den Krieg hineingezogen werden, sondern sich im Gegenteil noch mehr heraushalten; der Streit mit Danzig soll ein interner bleiben. Auch hier bröckelt die Front gegen Kasimir und die Preußen ab. Ein weiterer möglicher Partner des Ordens verabschiedet sich vom Krieg.

Zusammenfassend bezüglich der zuletzt behandelten Geschehnisse ist festzustellen: der Orden hat seine gute Position im Krieg verloren. Kasimir von Polen ist auf der Marienburg eingezogen, von Christian von Dänemark ist vorerst keine echte Hilfe zu erwarten, die Isolierung des Gegners ist mißlungen. Nur in den livländischen Häfen und in den Ordenshäfen an der preußischen Küste kann man den Danzigern noch Schwierigkeiten bereiten, wobei auf volle Unterstützung der Bürger der livländischen Städte davon nach wie vor kaum zu zählen ist, wie noch zu sehen sein wird. So ist es denn auch überhaupt nicht verwunderlich, daß der Orden sich eine Verschnaufpause wünschte und seit Juni, angesichts des drohenden Waffenstillstandes, ebenfalls anfing, einen Beifrieden mit Kasimir in die Wege zu leiten. Das Danzig sich diesen Ausgleich nicht wünschte, wie Simson dies aus Dlugosz' Chronik schließt, braucht nicht zu verwundern.[63] Gerade jetzt, wo der Orden in die Enge getrieben war, wollte man ihm keine Erholung gönnen, sondern endgültig besiegen.

Trotzdem wurde am 8. bzw. am 12. und 14. Oktober ein Waffenstillstand zwischen Kasimir und dem Orden bis zum 13. Juli nächsten Jahres geschlossen.[64] Folgende

---

[62] HUB 8, 739, S.460f.

[63] Simson, in: ZWG, Bd.29, 1891, S.73.

[64] Ausführlich niedergelegt in: Pr. Stv. II, 365, S.218f., vorläufiger Vertrag der Unterhändler, von den Bestimmungen her mit den Hauptverträgen in Übereinstimmung; 366-368, S.220-227, Hauptverträge der beiden Parteien; 369, S.227f, Zusatzvertrag. Vgl. Lindaus Chronik, SS rer Pr., S.558ff. Ich werde im Folgenden nur die mir in diesem Zusammenhang wichtigen Vereinbarungen eingehen.

Bestimmungen werden u.a. vereinbart:

1. Freier Verkehr für die Untertanen beider Seiten, auch für die Kaufleute. Keine Stadt ist verpflichtet, mehr Leute bei sich aufzunehmen, als das Gebot der Sicherheit dies zuläßt. Auch auf den Wasserwegen soll sich der Kaufmann unbehindert bewegen können.
2. Die derzeitigen Herrschaftsverhältnisse sollen unverändert bleiben.
3. Über den Besitz Marienburgs soll ein Schiedsgericht befinden; kommt kein Schiedsspruch zustande, wird es dem Hochmeister wiedergegeben.
4. Im März 1459 soll über den möglichen Abschluß eines Friedens von Schiedsrichtern befunden werden, Obmann soll Herzog Albrecht von Österreich sein. An den von diesen Personen vereinbarten Spruch sollen sich beide Patreien halten, wobei besonders der Hochmeister angehalten ist, dem polnischen König das ihm zuerkannte Gebiet widerstandslos zuzuerkennen.
5. Eventuelle Beifriedensbrüche sollen den Verhandlungen der Schiedsrichter nicht abträglich sein.

Wie die Zukunft erweisen wird, war dieser hoffnungsvolle Versuch, dem Krieg ein Ende zu bereiten, zum Scheitern verurteilt. Die vorgesehene Tagfahrt im März scheiterte bereits an Geleitfragen.[65] Nicht zuletzt waren wiederholte Beifriedensbrüche dafür verantwortlich, und diese fanden gerade auf See statt und betrafen die Kaufleute. Die Zeit war für einen Frieden noch nicht reif, die Fronten zu verhärtet und keine der beiden Seiten so heruntergewirtschaftet, daß sie zu Zugeständnissen bereit gewesen wäre.

2.4. 1458–1462 Der Krieg wird für die Hanse untragbar

2.4.1. Der Kaperkrieg und seine Gesetze

Die Schwierigkeiten bei einem Kaperkrieg lagen v.a. an den damaligen Gegebenheiten des Schiffsverkehrs. Auf dem Meer selber war nicht zu erkennen, wer sich auf einem Schiff befand; die Ladung konnte teilweise dem Freund, wie auch dem Feind gehören; die Auslieger waren zu gierig, um diszipliniert ihre Vorschriften einzuhalten. Überdies segelte man immer auf denselben Routen, meist entlang der Küste, da die

---

[65] Diesbezügliche Quellen: LIV UB 11, 794–796, 801, 838, vgl. Simson, 1891, S.75.

Schiffe nicht allzu gut manövrieren konnten.[66] Den Ausliegern war es daher ein leichtes, sich an den maßgeblichen Strecken auf die Lauer zu legen. Es wird in jedem Falle deutlich, daß, wie in jedem Krieg, alle möglichen an sich unbeteiligten Personen hineingezogen werden, wobei man Städte wie Lübeck oder Stralsund nicht von eigener Schuld freisprechen kann. So ungünstig der dreizehnjährige Krieg und die damit verbundene Auseinandersetzung Danzigs mit König Christian auch war, so haben die Kaufleute doch auch von ihm profitiert. Kriegs- und Versorgungswaren mußten nach Preußen geschafft werden; wer nach Königsberg gelangte - und unmöglich war dies auch zu Zeiten des Krieges nicht - konnte seine Waren zu besseren Preisen als im Frieden verkaufen.[67] Diese Tatsache, die auch zur heutigen Zeit in Kriegsgebieten besteht, die für die Wirtschaft unserer Gegenwart unverzichtbar scheint und die immer dazu beitragen wird, daß Waffenexporte auch den ungerechtesten Krieg am Leben erhalten werden, bestand auch schon zu dieser wie zu noch früheren Zeiten. Krieg war auch damals ein Wirtschaftsfaktor. Über Sieg oder Niederlage entschieden nicht zuletzt ökonomische Gegebenheiten und Interessen.[68]

Aber für die hansischen Kaufleute war, trotz des möglichen Geschäftes mit dem Krieg, der Frieden wichtiger. Ihr Risiko auf der See war ohnehin schon groß genug; weitere Ausfälle durch Kaperungen konnte/wollte man sich nicht leisten. Wäre der Krieg nicht auf das Meer geschwappt, hätte er vielleicht, beliefert aus dem Westen, noch viel länger gedauert. Ein Krieg, in welchem Danzig eine so zentrale Rolle spielte, konnte allerdings nicht auf das Land beschränkt bleiben.

---

[66] Vgl. J. Goetze, Hansische Schiffahrtswege, in: HGBll, 93/1975, S.72f. O. Linau, Danziger Schiffahrt, in: ZWG, 70/1930, S. 75,77, stellt für die Mitte des 15. Jahrhunderts einen plötzlichen Übergang zu größeren Schiffen (wie dem dreimastigen "Peter von Danzig", der sich durch seine schwerfällige Segeleigenschaften auszeichnete) fest. Laut Biskup, Flota Kaperska, 1953, S.74, verwendeten die Kaperer dagegen kleine Schnicken, die wendiger als die größeren, mehrmastigen Kraweele waren.
Allgemeine Überlegungen über Kaperei und Piraterie hat M. Mollat angestellt in: HGBll, Bd.90, 1972, S.1-14 und in: MEFRM, Bd.87, Heft 1, 1975, S.7-25.

[67] Zu diesem Ergebnis gelangt auch W. Stein, Handelsbriefe aus Riga und Königsberg, in: HGBll, 1898, S.70f. In seinen den Kaperkrieg erhellenden Ausführungen betont er, daß es Danzig nicht gelang, den Ordenshafen erfolgreich abzusperren, weil sich Kaufleute u.a. aus Lübeck und Riga nicht das durch das erhöhte Risiko gewinnbringende Geschäft mit dem Orden entgehen lassen wollten.

[68] Nicht unzutreffend, wenn auch im Zusammenhang mit seiner grundsätzlichen Kapitalismuskritik zu sehen, ist Engels Bemerkung, daß das Schießpulver letzten Endes nur der *"Gerichtsvollzieher im Dienste des Geldes"* war; dies zitiert G. Krause in seiner Diss. über die hansische Seekriegsgeschichte, 1985, S.132, die man zu diesem Schwerpunkt heranziehen kann, die aber sehr überblickshaft und allgemein gefaßt ist. Inzwischen ist ein weiteres Werk Krauses in Zusammenarbeit mit K. Fritze entstanden: Seekriege der Hanse, Berlin (Ost) 1989, welches D. Ellmers, in: HGBll, Bd.108, 1990, S.114, trotz einiger Mängel als lesenswert bezeichnet. Dieses war mir leider nicht zugänglich.

Hatte sich zwar die politische Lage 1458 bis zu einem gewissen Grade entspannt, so konnte der Kaperkrieg nicht von heute auf morgen abgestellt werden. Zuviele verschiedene Auslieger lauerten in der See auf Beute. V.a. im Jahr 1458 war die Ostseeschiffahrt empfindlich beeinträchtigt. Auf die einzelnen Fälle hier näher einzugehen, würde zu weit führen; dies wäre ein spezielles Thema für eine Fortsetzung dieser Arbeit, die sich an dieser Stelle zu weit von dem gesetzten Schwerpunkt der diplomatischen Tätigkeiten von 1454-1466 entfernen würde. Eine genaue Rekonstruktion aller geschehenen Kapervorfälle scheint mir nach dem Überblick der Überlieferung allerdings auch nicht möglich zu sein.[69] An dieser Stelle soll daher lediglich eine kurze Bilanz der Vorfälle, die in den angegebenen Quelleneditionen zur Sprache kommen, gegeben werden, sowie die Eindrücke, die diese Belege beim Leser hinterlassen.

Lübecks Einsatz bei den Friedensverhandlungen mit Dänemark z. B. wundert nicht mehr, wenn man bedenkt, wie oft seine Kaufleute auf verschiedenen Routen von Überfällen betroffen waren, und das, obwohl sie flottenweise mit ihren Schiffen die Ostsee überquerten.[70] Deswegen reagierten sie auf Danzigs erneute Warnung vor Verkehr mit seinen Feinden und die Aussicht auf einen offenen Krieg gegen Christian so heftig, daß Danzig beschwichtigend zurückschrieb, sie hätten seine Warnung zu Unrecht als Absage verstanden.[71] Beachtlich ist, daß gerade gegen Danziger Auslieger, wie dies auch bei den anderen Gruppen von Geschädigten der Fall ist, die meisten Beschwerden überliefert sind. Haben die Städte natürlich auch ohnehin einen regen Schriftverkehr und äußern Danzig gegenüber eher Entschädigungsansprüche als anderen, ist dennoch festzustellen, daß die Danziger offensichtlich mehr Überfälle als die anderen Beteiligten am Kaperkrieg auf ihrem Konto verbuchen. Besonders trifft dies bei den wendischen Städte zu. Sie sind, so kristallisiert sich heraus, die meistbetroffenen von allen.[72] Auch Riga beschwert sich über

---

[69] Auf diesen interessanten Aspekt geht leider auch Stein in seinem Aufsatz nicht ein, vgl. S.61. Aufschlußreicher wäre diesbezüglich sicherlich M. Biskups Werk über die Danziger Kaperflotte im dreizehnjährigen Krieg, 1953, was mir bis auf die deutsche Zusammenfassung leider verschlossen blieb.

[70] Vgl. Stein, Handelsbriefe, 1898, S.67.

[71] Lübeck: Verwicklungen beim Seeverkehr a) durch Dänen s. HUB 8,549, 614; 1457; b) durch den Deutschen Orden, s. HUB 8, 533, 570, 573; LUB 9; 483; 1457; c) durch Danziger Auslieger, s. HUB 8, 684, 695, 698, 704, 722, 743, 752; LUB 9; 591 1458. Brief Danzigs, HR II,4; 599, S.438; Lübecks energische Reaktion - nur aus diesem Dokument zu erschließen, da da uns ein Schreiben Lübecks vom 6.2.1458, auf das die Danziger Bezug nehmen, nicht erhalten ist- geht vermutlich auf die Vorgänge im November 1457 zurück, als es bei einer Kaperung von 14 Schiffen durch die Danziger vor Memel selber betroffen war und Danzig sich bald darauf beschwerte, daß seine Warnungen nicht befolgt würden; ebd. 590, S.434, s.auch Anm.2.

[72] Wendische Städte: a) Verwicklungen mit Dänen: HUB 8,582, 700; 1457/8; b) Komplikationen mit Schweden: ebd. 546, 555, 561, 678; 1457/8; c) Ärger mit Danzigern: Stralsund betreffend: HUB 8, 693f, 697, 701, 707, 714-718, 721; Rostock

Danziger Auslieger.[73] Von den anderen Aktiven im Kaperkrieg hören wir bis zum Jahr 1458 nur wenig, wobei m.E. nicht davon ausgegangen werden kann, daß die diesbezüglichen Überlieferungen alle Begebenheiten in der Ostsee erwähnen.[74]

In diesem Zusammenhang ist es interessant auf die Instruktionen zu schauen, die Danzig seinen Ausliegern mitgegeben hat. Es erweist sich durch die oben genannten Belege, wie nicht anders zu erwarten, daß diese natürlich nicht immer befolgt werden (können).[75] Diesen Vorschriften gemäß, sollen alle Schiffe, die Häfen des Ordens oder seiner Helfer besuchen, von den Kaperungen betroffen sein. Es wird aber unterschieden zwischen Schiffen:

a) der Feinde - sie sollen grundsätzlich überfallen werden;

b) der Amsterdamer - sie sollen nur im Fall des Besuches feindlicher Häfen betroffen sein;

c) der Freunde - welchen man abgenommene Güter zurückerstatten solle, damit man sie sich nicht zu Feinden mache.

Beutegut von Feinden dagegen soll nach Danzig gebracht werden, wo es vier Tage lang zum Verkauf angeboten wird.

Weil diese Instruktionen einerseits nicht streng befolgt wurden und weil andererseits die Städte ihren Verkehr mit den Danzig feindlichen Häfen auch nicht einstellten, zumindest nicht vollständig, waren Kaufleute aus verschiedensten Ländern und Städten, wie wir gesehen haben, vom Kaperkrieg betroffen. Selbstverständlich blieb infolgedessen das Verhältnis der Städte zueinander nicht unberührt. Die Bindungen durch die Hanse, worin immer diese bestanden haben mögen, und das Geld hielt sie aber doch zu weit zusammen, als daß ein ernsthafter Konflikt oder gar Krieg zwischen ihnen ausgebrochen wäre. Aber ein wirklich freundschaftliches Verhältnis bestand verständlicherweise nicht.

---

betreffend: ebd. 702, 713, 719, 724; LUB 9; 602; Greifswald betreffend: 709, 712; andere durch Danzig geschädigte Städte: ebd. 687, 699, 711; alle 1458.

[73] HUB 8, 727. Befürchtungen der Livländer wegen der dänischen Auslieger: LIV UB 11; 694, 691, 764. Hierzu s. die von Stein edierten Handelsbriefe, 1898, S.72ff. Er zählt im Zeitraum des dreizehnjährigen Krieges 21 Danziger Auslieger, s. S.61. Biskup, Flota Kaperska, 1953, spricht von insgesamt 120 Schiffen während des Krieges und 800 Freibeutern, S.74, die die Mannschaften im Jahr 1461 stellten. Diese Zahlen zu prüfen und zu einem weniger widersprüchlichen Ergebnis zu gelangen, kann hier nicht geleistet werden.

[74] Dänen schaden Danzigern: HUB 8, 643; Zusammenstellung der Danziger: 1160. Lindaus Chronik, SS. rer. Pr., S.556f., berichtet über die Hinrichtung von 49 dänischen Ausliegern im September 1458, die ein Unglück in den Danziger Hafen verschlagen hat; ihr Schiff gehörte früher einem Danziger. Auch Lübecker haben Auslieger in der See: ebd. 604, 646, 652, 752, HR II,4; 674; LUB 9; 338. Meist sind Schweden und Dänen betroffen.

[75] Instruktionen: HUB 8, 675, S.435f; ein Kaperbrief, ebd. 674.

Eine Veränderung dieser Zustände brachten auch die Jahre 1458-1462 in Bezug auf den Kaperkrieg nicht. In Hinblick auf die beiden Waffenstillstände könnte man erwarten, daß die Übergriffe der Auslieger zahlenmäßig zurückgehen. Dies ist jedoch weniger der Fall; allerdings ist es bemerkbar, daß die Hansestädte jetzt weniger, dafür Dänenschiffe öfter betroffen sind. Nach wie vor die erfolgreichsten Kaperschiffe unterhält Danzig. Von ihnen sind in jedem Falle die meisten Nachrichten überliefert.[76] Zwei Briefe Danzigs an Lübeck, beide vom April 1461, die sich mit den Ausliegern befassen, sollten hierbei hervorgehoben werden, denn sie sind interessant in Bezug auf Verhaltensweisen im Kaperkrieg.[77] Der erste ist die Antwort auf ein Entschädigungsgesuch Lübecks, eines seiner Schiffe betreffend, das angeblich nach Danzig unterwegs war. Danzig lehnt dies ab, denn es ist durch Nachforschung auf den wahren Sachverhalt gestoßen. In der Tat war in dem Begleitbrief des Schiffes von Danzig als Zielhafen die Rede, aber mitten auf See wechselte man den Bestimmungsort, erhöhte die Heuer und fuhr weiter nach Königsberg. Dies haben einige Kaufleute und Schiffskinder den Danzigern bekannt, man sei deshalb zur Rückgabe der Güter nicht verpflichtet.[78] Aus diesem Schreiben können wir schließen, wie des öfteren sicher durch falsche Angabe der Zielhäfen die Konsequenzen eines Kapervorfalls abgewendet wurden, und daß es für eine Fahrt nach Königsberg offensichtlich eine Art Gefahrenzulage gab und eine höhere Heuer gezahlt wurde.

In dem zweiten Brief fragt Danzig an, ob es aus der Geleitsverweigerung für einen seiner Auslieger in Lübeck schließen müsse, daß seine Kaperer und Bürger generell vor Lübeckern nicht sicher seien. Nun ist es durchaus möglich, daß dieser spezielle Danziger Bürger sich durch irgendetwas den Zorn der Lübecker zugezogen hatte und deswegen von Stadtdienern verfolgt wurde; interessant an diesem Schreiben ist jedoch, daß Danzig sich offenbar vorstellen kann, daß es sich bei den Kaufleuten in Lübeck nicht gerade beliebt gemacht hat. Außerdem wird ihnen auch klar gewesen sein, daß Leute, die sich dazu bereitfinden, auf Kaperzug zu gehen, neben Abenteuerlust auch andere, sagen wir unehrenhafte, Absichten verfolgen.

---

[76] Ein eindrucksvolles Dokument ist beispielsweise HUB 8;989, S. 592-601, die Aufstellung der von Danzigern genommenen Schiffe und Waren. Eine Liste der Danziger Auslieger von 1462: ebd. 1150, hier ist die Rede von 18 Ausliegern.
Quellen, Danziger Übergriffe auf See betreffend, geordnet nach Geschädigten:
Lübeck: HUB 8, 1016, 1061, 1139, LUB 9; 912. Wendische und andere Städte: ebd. 866, 870, 949, 1057, 1148, 1130. Dänen: HUB 8; 766, 853, 899, 929, 970, 1056, LIV UB 11; 862, LUB 10; 259. Holländer: HUB 8, 926, 949, 988. Deutscher Orden: ebd. 900, LIV UB 11; 728. Danziger Auslieger ebf. betreffend: ebd. 765, LUB 10; 173.

[77] HUB 8, 1016, S. 616; 1023, S.621. Ähnliches im Mai 1461, LUB 10; 42.

[78] Dazu muß angemerkt werden, daß seit Ende 1461, die Instruktion für Danziger Auslieger vorsah, daß genommenes Freundesgut zwar nicht aufgeteilt wird, das es aber in Danzig aufbewahrt, also nicht sofort zurückgegeben wird; vgl. HUB 8, 1100, S.659f.

Doch zurück zu den Gruppen, die Kaperschiffe aussenden, und den Belegen, die diesbezüglich zu nennen sind. Auch die Dänen, insbesondere Olav Axelson auf Gotland, waren alles andere als erfolglos im Kaperkrieg. Auch sie hielten sich nicht allzu ernsthaft an den Beifrieden. Außerdem hatte auch der Orden seine Schiffe in der See, und als Reaktion auf alle die verschiedenen Kaperschiffe unterhielt sich auch Lübeck seine Auslieger.[79]

Die Ostsee war also alles andere als befriedet durch die Waffenstillstände, und sie sollte es auch bis 1466 nicht wirklich sein. Der dreizehnjährige Krieg mit seiner negativen Auswirkung auf den Seefrieden belastete die Kaufleute und Bürger ungemein. Mißtrauen, Unfreundlichkeit und Distanz häuften sich zwischen den Städten, die aber trotzdem immer wieder versuchten, die Streitpunkte zu klären, was manchmal gelang, des öfteren auch schief ging. Die großen Differenzen, auf die es in diesem Zusammenhang einzugehen gilt, sind diejenigen zwischen Danzig und Riga, Riga und Lübeck und nicht zuletzt Danzig und Lübeck.

---

[79] Weitere Quellen, die den Kaperkrieg in verschiedener Weise betreffen; Dänen als Schädiger: von Lübeck: HUB 8, 781, 1194; LUB 9; 694; von anderen Städten: ebd. 994, 1012, 1140; von Danzig: ebd. 850, 898, 916, 1072, 1076. Der Orden als Schädiger: von Lübeck: ebd. 806, 808, 810; von anderen Städten: ebd. 869, LIV UB, 12, 12,134; von Danzig: HUB 8, 1013, 1028, LIV UB 12, 99. Lübecker Auslieger betreffend, meist in Bezug auf Dänen: HUB 8, 915, 1071, HR II,4; 674,676; in Bezug auf Danziger LUB 10; 20. Ungeklärt sind HUB 8, 1134, 1150.

2.4.2. Konflikte zwischen Danzig, Riga und Lübeck

Welcher Art war also das Klima zwischen den Hansestädten? Dieser Frage möchte ich im folgenden nachgehen und werde die Beziehung Danzigs zu Lübeck, Danzigs zu Riga und Rigas zu Lübeck parallel (da alle drei Komplexe eng miteinander verknüpft sind, ist hier eine Einteilung in einzelne Abschnitte nicht möglich) zunächst in der Zeit von 1459 - 1460 beleuchten. Dieser Zeitraum bereitet zugleich eine weitere Phase des dreizehnjährigen Krieges vor, nämlich diejenige, in welcher Kasimir und Christian langsam einem endgültigen Frieden entgegengehen und damit der Weg frei wird, den dreizehnjährigen Krieg zu einem Ende zu bringen. Die Bemühungen der Hanse für die Vermittlung des Jahres 1464, die dann ab 1462 beginnen, liegen in dieser Zeit begründet, und so sollte sie einige Aufschlüsse über die Einstellungen und Absichten geben, die später zum Tragen kommen

Zunächst sei der Übersicht halber zusammengefaßt, was sich in diesen Jahren an wichtigen Begebenheiten bezüglich des Verhältnisses der Städte zueinander zugetragen hat. Im Gegensatz zum Waffenstillstand Christians mit Kasimir, der bis zu einem gewissen Grade auch wirksam wurde, war derjenige zwischen dem Orden und dem König von Polen nicht erfolgreich. V.a. aber änderte letzterer nichts an den Maßnahmen Danzigs bezüglich der Blockaden von Balga, Memel und Königsberg. Davon waren Livländer wie Wenden betroffen, die immer wieder versuchten, Danzig dazu zu bringen, die Behinderungen des Verkehrs zu beenden. Da aber die livländischen Häfen die wichtigsten Anlaufpunkte zur Reise zu den Ordenshäfen darstellten, stellte sich Danzig diesen Bemühungen entgegen. Dies war ein Grund für ein eher unfreundliches Verhältnis der Danziger zu Lübeck in den angesprochenen Jahren; ein anderer waren die Begebenheiten bezüglich der Privilegienbestätigung seitens des neuen englischen Königs Eduard IV., was aber nicht in diesen Rahmen gehört.

Die Annäherungsversuche der Livländer zu den Danzigern, um endlich dem leidigen Krieg ein Ende zu bereiten, wurden von Danzig zurückgewiesen. Hatten Riga und seine Nachbarn schon zu den Preußen ein zwiespältiges Verhältnis, so wurde auch ihr Einvernehmen mit Lübeck und den wendischen Städten getrübt, weil die Livländer ein Verbot des Gästehandels in Riga beschlossen hatten.[80] Damit zogen sie sich bei ihren wichtigen Handelspartnern im Westen großen Unwillen zu. Vorher schon hatte es Mißstimmung seitens der Rigaer gegeben, die unzufrieden waren über einen in Danzig geschlossenen Vertrag der Lübecker Gesandten, die sich wie gesagt im Juli 1458 wegen

---

[80] Vgl. M. Malowist, Danzig und Riga, in: Conv. hist. Balt. I., S.318. Ebenso G. Hollihn, Stapel- und Gästepolitik Rigas, HGBll 60/1935, S.109,126.

der Verhandlungen mit den Dänen in der Stadt befanden. Die lübischen Ratsendeboten hatten mit Danziger Ausliegern den Rückkauf Rigaer Waren betreffend in einer Weise beschlossen, die den Livländern nicht recht war.[81] Diese Begebenheiten sollen im Folgenden durch Quellen belegt werden.

Nichts anderes denn Liebe und Freundschaft hätten die Rigaer Danzig entgegengebracht, wie auch diese ihnen mündlich immer dergleichen bestätigt hätten: so heißt es im Rezeß von Wolmar vom September 1458.[82] Trotzdem hätten die Danziger ihnen mit ihren Ausliegern geschadet, *"ungewarnet unde unentsecht"*. Nun erweist sich hier wieder einmal, wie wenig die blumigen Floskeln über Freundschaft und guten Willen bedeuten. Sie finden sich in nahezu allen Quellen, auch in denen, welche eindeutig Ärger und Drohungen enthalten. Auch muß man sich fragen, wieso die Livländer sich ungewarnt und nicht mit Danzig im Kriegszustand befindlich fühlen konnten, denn die Einstellung der Westpreußen war bereits zu Beginn des Krieges eindeutig feindselig gewesen, als man die Livländer als Feinde bezeichnete. Davon, daß man nichts außer Liebe und Freundschaft voneinander wußte, kann also nicht die Rede sein. Nun waren auf jeden Fall in diesem Sommer drei Rigaer Schiffe von Danzigern aufgebracht und nach Danzig gebracht worden. Die Lübecker Gesandten, die sich anläßlich der Waffenstillstandsverhandlungen hier befanden, trugen dazu bei, daß die Danziger und der Rigaer Bürger Hinrich Mey die Güter der Schiffe von den Ausliegern zurückkauften.[83] Um den Rückkauf sei man nicht herum gekommen, *"nachdeme gii alse vyende van den van Dantzick geachtet werden"*. Es wurde also nach den oben genannten Bestimmungen für Danziger Auslieger mit dem Feindesgut vorgegangen, und die Lübecker betonen, daß dies zum Besten der Rigaer Bürger geschehen sei. Die genaueren Bestimmungen des Vertrages erfahren wir aus seiner Beurkundung durch Danzig vom 14.April 1459. Er wurde am 12.Juli 1458 abgeschlossen und hat folgende Bestimmungen:

1. Die Güter, die sich auf den zwei (!) Schiffen befanden und dem Deutschen Orden gehören, sollen aufgeteilt werden.
2. Lebensmittel, die bereits verbraucht seien, sollen *"gegeten und gedruncken blyven"*, alle anderen sollen zurückerstattet werden.
3. Güter von Freunden sollen freigestellt werden.
4. Die restlichen Güter, bei welchen Zweifel über ihre Herkunft herrschen, sollen den

---

[81] Vgl. hierzu Stein, Handelsbriefe, 1898, S.63f.

[82] HR II,4; 643, § 8, S.463.

[83] So berichtet von den Lübecker Gesandten an Riga, 21.7.1458, HR II,4; 613, S.446f.

Ausliegern mit 3200 postulatischen Gulden abgekauft werden.[84]

5. Falls Waren auf den Schiffen unterschlagen worden seien, solle man dies anzeigen, damit man die Auslieger diesbezüglich zur Rede stellt.

Es handelte sich bei dem Überfall auf die Schiffe, wie man gesehen hat, durchaus um Transporte, an denen der Orden beteiligt war. Wegen der Versorgung des Ordenslandes von ihren Häfen aus, waren die Danziger den livländischen Städten feindlich gesonnen waren. Aus diesem Grund gab es in der Folgezeit die unerquicklichen Briefwechsel zwischen Lübeck und Danzig über die Freigabe des Verkehrs nach und aus Livland.

Nun waren die rigischen Bürger mit diesen Abmachungen offensichtlich nicht einverstanden, wie sich dies im Schreiben an Lübeck vom 16. Januar 1459 offenbart.[85] Sie sind nach wie vor empört über den Überfall im Sommer, der sie als Unschuldige und friedliche Freunde Danzigs getroffen hätte. Auch hätten die dortigen Bürgermeister ihrem Gesandten Mey versichert, daß man einander in Liebe und Feundschaft verbunden sei. Daher habe dieser die geraubten Waren zurückgefordert, worauf man ihm mitteilte, man müsse nun aber den Ausliegern einen *"dringkpenningh"* dafür geben, damit sie sich ruhig verhalten. Aus diesen Äußerungen, so meinen die Rigaer, könne man doch wirklich schließen, daß die Danziger nicht ihre offenbaren Feinde sein können. Insofern sei ihnen durch den Rückkauf der Schiffe Unrecht geschehen, welches die Lübecker nun auch noch unterstützt hätten. Nun hört sich eine Summe von 3200 postulatischen Gulden nicht gerade wie ein Trinkgeld an, doch nicht nur die Tatsache der Abmachung über den Rückkauf erbost die Bürger aus Riga. Nicht einmal dieses Abkommen, was Mey in ihrem Namen trotz ihrer Unschuld eingegangen sei, werde von den Lübeckern eingehalten. Statt deren Beteiligung an der Summe würden nun von ihnen die gesamten 3200 Gulden gefordert. So hätten die Lübecker alles noch schlimmer gemacht, als es schon war, und darüber sei man in Riga sehr enttäuscht. Nun seien die geschädigten Schiffer zu ihnen gekommen und forderten, durch Lübecker Güter entschädigt zu werden, bis die Sache geregelt sei. Aus diesem Grund bitte man sie, sich um Klärung der Dinge zu bemühen, damit die Schiffer aus Riga wieder zu ihren Besitz kommen. Anderenfalls könne man ihnen das Recht auf Entschädigung nicht vorenthalten, *"dat wii, kennet God, unghern don"*.

Auf diesen Brief reagierten die lübischen Ratsherren ärgerlich. Danzig nimmt in seinem Schreiben an Lübeck vom 12. März Bezug auf die Äußerung der Lübecker, daß die Rigaer das Abkommen *"nicht dangnamich sunder gancz undangksam"* aufgenommen

---

[84] Laut HR II,4; 613, s.o., haben die Lübecker davon 1200 vorgestreckt, der Rigaer Mey die restlichen 2000 gezahlt; das dritte Schiff, welches in Urkunde 687 nicht erwähnt wird, wurde von ihnen mit 500 Postulatgulden ausgelöst.

[85] HR II,4; 684, S.482f.

hätten.[86] Diese Undankbarkeit ist aber eigentlich verständlich. Die Lübecker hätten ja schließlich sich auch dafür einsetzen können, daß man mit den livländischen Schiffen und Waren nach Art der befreundeten Güter umgeht und daß Danzig seine Einstellung zu Riga überdenkt. Wie zu sehen sein wird, hatte Lübeck seinen Vorteil davon, durch die Reise nach Livland den Orden zu beliefern. Insofern hätten sie den Rigaern gegenüber Solidarität zeigen können. Man kann ihnen aber auch unterstellen, daß sie Nutzen daraus zogen, wenn Danzig den Livländern feindlich gesinnt war. Denn so konnten sie an den Orden liefern, zwar mit dem Risiko, überfallen zu werden, aber mit der Gewißheit, die Waren wiederzubekommen, während die Gefahr bei demselben Verkehr für die Livländer ungleich größer war, weil sie ihre Güter zurückkaufen mußten. Die Lübecker hätten dadurch einen Konkurrenten beim einträglichen, wenn auch riskanten Kriegsgeschäft weniger. Trifft dies zu, entbehrt diese Handlungsweise nicht der Schäbigkeit. Diese Annahme erfährt aber noch eine Unterstützung, wenn man einen Blick in das Jahr 1460 wirft. Das Gästehandelsverbot, über welches sich Lübeck laut dem Rezeß zu Walk vom 4.März 1460 beschwert hat, das die Livländer aber nicht aufzugeben gedenken, behinderte die Kaufleute aus Lübeck bei ihrem Handel natürlich ganz allgemein, aber auch im besonderen bei Geschäften mit dem Orden. Gerade zwischen ihnen und Riga kommt es zu einer längeren Debatte darüber, in der Lübecker eine Abschaffung desselben erreichen wollen.[87] Auch diesbezüglich interessant ist die Tatsache, daß erst die Zusage der Lübecker, Friedeschiffe auch zum Schutz der Livländer in die See zu schicken, diese dazu bewegt, das Verbot auszusetzen. Denn dadurch wird ein Handel der Livländer mit dem Orden wieder sicherer, eine Beteiligung am Gewinn wieder gewährleistet.

Der Vorfall im Sommer 1459 mit seinen Konsequenzen hatte den Livländern nun spätestens bewiesen, daß sie sich nicht in einer Beziehung von *fruntschopp unde leve* mit Danzig befanden. Sie standen mit der Stadt in einem Briefwechsel, um herauszufinden, ob sie sich mit den Preußen in einer Fehde befänden und wie man diese beenden könnte. Am 10. März nehmen sie in einem Schreiben an Danzig auf eine Nachricht von diesem Bezug.[88] Die Danziger hatten behauptet, es läge nicht an ihnen, sondern v.a. auch bei König Kasimir, ob man sich mit Riga in Fehde befände. Nun kann man dies wohl eine

---

[86] HR II,4; 685, S.484. Auf dieselbe Angelegenheit nehmen auch noch Bezug: HUB 8,770, 783, LIV UB 11,841. Sie enthalten Stellungnahme und Freundschaftsbekundung Revals an Danzig, deren eher gereizte Antwort, und den Hinweis, daß selbst im Juni 1459 die Sache noch nicht ganz aus der Welt geschafft ist.

[87] S. hierzu HR II,4; 757, s: 527f; auf das Gästehandelsverbot nehmen außerdem Bezug: ebd. 758, 764, 766, 767, 770; bezgl. der lübischen Friedeschiffe s. ebd.770, HR II,5; 27. Die Quellen werden je nach Bedarf noch im Folgenden genauer behandelt.

[88] HUB 8, 774, S.482f.

Ausrede nennen, denn es vermittelt sich sonst nirgends die Tatsache, daß Danzig durch den polnischen König in irgendeiner Weise in seiner Handlungsfreiheit beeinträchtigt wäre. Wenn es keine Fehde mit Livländern wollte, würde es seine Auslieger auch nicht gegen sie senden. Die Rigaer wenden außerdem ein, daß ja inzwischen Waffenstillstand sei, eine Fehde mit ihnen also unterbrochen sein müsse. Man will überdies noch einmal wissen, ob man sich denn immer noch in Feindschaft befände und beteuert seine feundschaftliche Einstellung zu Danzig. Dieses kommt Riga in seiner Antwort unendlich gnädig entgegen.[89] Es erklärt, sich an den Waffenstillstand mit dem Orden zu halten, wenn dieser ihn befolgen würde. Die Livländern dürften von nun an die Freundeshäfen der Danziger wieder anlaufen. Von besonderem Wert waren diese Zusagen nicht, denn der ohnehin häufig verletzte Waffenstillstand endete wie vereinbart am 13. Juli.

Bereits einen Monat vorher, am 15. Juni 1459, kündigt Danzig Lübeck die Fortführung des Krieges mit dem Orden an.[90] *"Unter weitläufigen Schmähungen"* beschwert es sich über den Bruch des Waffenstillstandes und die Verhinderung einen Friedensschlusses seitens des Ordens und warnt vor dem Verkehr mit Feindeshäfen, v.a. Balga und Memel. Die Tatsache, daß es diese Warnung in der Folgezeit immer wieder erneuert zeigt schon, wie wenig sich die Kaufleute daran gehalten haben.[91] Wieder ist v.a. Riga von Danzigs Schritten zur Durchführung der Blockaden betroffen. Dazu ist der Brief der Westpreußen an Lübeck vom September 1459 zu betrachten.[92] Sie versichern, daß der Verkehr mit Reval nicht gestört werde, derjenige mit Riga aber nicht erlaubt sei. Reval ist natürlich durch seine Lage für die Versorgung der Feinde uninteressant. Lübeck hatte anläßlich der Warnung vom Juni angefragt, ob der Kaufmann denn unbeschadet nach Livland reisen könne. Danzig antwortet darauf, daß Riga im Gegensatz zu Reval von Beginn des Krieges an die seinen *"mit allem arge uth erer havene hebben laten vorfolgen"*; weil es außerdem unter der Herrschaft des Ordens sei, sei es ebenfalls als Feind zu betrachten. Erst wenn ein Beifriede zwischen Kasimir von Polen und Riga geschlossen sei, könne man seine Versorgung und Stärkung befürworten. Reval dagegen, welches ja auch unter Ordensherrschaft ist, habe sich ihnen gegenüber immer freundlich verhalten; wer seinen Hafen anlaufen wolle, könne dies unbeschadet tun.

---

[89] Antwort Danzigs vom 1. April, HR II,4; 686, S.484.

[90] HR II,4; 697, S.495.

[91] Z.B.: HR II,4; 703, 704, 701, 756, HR II,5; 2. Auch Stein Handelsbriefe, 1898, S.70ff hebt auf Grund seiner Untersuchung hervor, daß es um die Versorgung Königsbergs, v.a. mit Lebensmitteln, von Livland aus "nicht schlecht bestellt" war, die Beschwerden Danzigs also gerechtfertigt waren.

[92] HR II,4; 703, S.498.

Lübeck läßt diese Angelegenheit aber nicht auf diesem Stand beruhen. Am 1. September ersucht es Danzig, bis zum Herbst die Reise nach Riga zu gestatten. Dahinter steckt sicher die Überlegung, daß man den Winter über, wo sowieso wenige fahren, die Zeit hätte, in der Angelegenheit weiter zu verhandeln. Auf dieses Gesuch antwortend, willigt Danzig auf diesen Vorschlag ein, betont aber nochmal sein Verbot, Balga und Memel anzulaufen.[93] Damit ist aber nicht einmal für den Rest des Jahres 1459 die Sache geregelt. Noch im Dezember hält Danzig es für notwendig, erneut Lübeck um die Einhaltung der Blockade von Balga und Memel anzugehen.[94] Es habe Überschreitungen des Verbots gegeben. Man könne eine gewisse Solidarität von Seiten Lübecks erwarten, da man mit ihnen zu den Zeiten ihrer jüngst vergangenen Kriege auch Geduld bewiesen habe. Eine wirklich effektive Kontrolle der Absperrung von Ordenshäfen hat Danzig durch seine Auslieger nicht, wie man sieht. Die Trefferquote ist offensichtlich doch ziemlich gering. Ein Dokument vom 29.Dezember berichtet jedoch von einem gelungenen Angriff auf ein lübisches Schiff, welches einen Ordenshafen anlaufen wollte.[95] Hierin bittet Danzig die Lübecker, acht seiner Auslieger nicht ihren Übergriff auf eines ihrer Schiffe büßen zu lassen; alle Waren seien nach Danzig gebracht und dem Eigentümer zurückerstattet worden.

Nach Ablauf des Beifriedens im Juli und veranlaßt durch die fortwährende Feindseligkeit seitens der Danziger, machte Riga am 2. September den Versuch, für seine Kaufleute einen sicheren Verkehr zu erreichen und bot an, sich um die Anberaumung von Friedensverhandlungen zu bemühen. Dies ist aus der Antwort Danzigs auf dieses Gesuch vom 12. Oktober 1459 zu erfahren.[96] Stößt ihr erstes Anliegen noch auf Gegenliebe - man will den Livländern den Verkehr gestatten, wenn die Danziger sich ihrerseits unbehelligt an der Düna und in Riga frei bewegen dürften - lehnen sie das zweite Angebot für Friedensverhandlungen ab. Sie bedanken sich aber für Rigas Erklärung, daß es sie immer gefördert habe. Ist es auch unwahrscheinlich, daß diese Versicherung der Livländer Danzig von seiner feindseligen Haltung abgebracht hat, so ist es aber doch eine Tatsache, daß sich das Verhältnis beider zueinander langsam aber sicher bessert.

An dieses Schreiben, in dem Danzig die Bereitschaft signalisiert, den livländischen Kaufmann nicht durch Auslieger zu stören, knüpft ein weiterer Brief an Riga und Reval an, der im Januar 1460 das Versprechen niederlegt, daß die Livländer nur durch Auslieger gestört werden sollen, wenn die Städte Rüstungen gegen Danzig unternehmen oder

---

[93] HR II,4; 703, S.498.

[94] HR II,4; 701, S.497.

[95] HUB 8, 861, S.530.

[96] HR II,4; 704, S.498f.

Feindeshäfen anlaufen.[97] Damit haben die Livländer nicht mehr den Status von Feinden. Auch die Äußerung, daß jedwelche Schädigung von Livländern den Danzigern leid täte, deutet ein freundlicheres Verhältnis zueinander an. Die Frage ist allerdings, wie sich die Kaufleute aus Riga oder Reval dem Verkehr mit dem Orden hätten entziehen können, wenn ihr Ordensmeister die Versorgung desselben unterstützen wollte und von seinen Untertanen die Reise nach Balga und Memel verlangte. So mutet das Verhalten der Danziger fast verschwörerisch an. Die Rigaer mußten sich jetzt überlegen, ob ihnen ein gutes Verhältnis zu ihrem Herren wichtiger war als eines mit Danzig. Konspirativ wirkt auch eine Warnung, die Riga und Reval im März erreicht.[98] Man solle vorsichtig sein, Boten oder Briefe nach Preußen zu senden, denn der Feind habe überall seine Späher; immer wieder würden Briefe und Boten abgefangen, was der Sache des polnischen Königs schaden würde. In jedem Fall bedankt sich Riga bei Danzig für das Entgegenkommen und die Verheißung eines friedlichen Verkehrs für seine Leute; man werde versuchen, daß kein Schiff zu Danzigs Schaden den Hafen verlasse; auch wolle man sich auf dem baldigen Landtag für sie verwenden.[99] In Walk hatte man diesbezüglich auch beschlossen, freundliche Bitten an den Ordensmeister zu richten.[100] So kann man also feststellen, daß es zu einem gewissen Einvernehmen der beiden gekommen war und die Livländer wieder eine Chance für ihren Seeverkehr sahen.

Aber neben den Livländern selbst war natürlich nach wie vor auch Lübeck an der sicheren Reise nach Livland interessiert. Sie schrieben deswegen Danzig im Februar 1460.[101] Auch hier drängt sich wieder der Gedanke auf, daß den Lübeckern Schädigungen der Livländer nicht nur egal, sondern sie an der Ausschaltung von Konkurrenten sogar interessiert waren. Sie schreiben hier nämlich, daß sie ja nichts dagegen hätten, wenn Danzig Auslieger in der See hat; diese sollten aber auf keinen Fall ihren Verkehr mit Livland stören, weil man schließlich nicht wegen des Krieges der Preußen mit dem Orden auf den essentiellen Seehandel verzichten könne. Von Danziger Ausliegern hauptsächlich bedroht waren aber die Livländer (und des öfteren Holländer, über deren Schädigung Lübeck auch nicht allzu traurig wäre).[102] Andererseits zeigt sich durch ein Schreiben Danzigs an Lübeck Anfang April, daß sich letzteres - als Reaktion auf die neuerliche

---

[97] HR II,4; 756, S.527.

[98] LIV UB 12, 9, S.5f.

[99] HR II,4; 765, S.533f.

[100] HR II,4; 757, S.528, §5.

[101] HUB 8,773, S.537.

[102] Die schwerpunktmäßige Schädigung Rigas betont auch Hollihn, Stapel- und Gästepolitik Rigas, 1935, S.166, 168.

Warnung vor Danziger Ausliegern im Februar - auch für die Sicherheit des Kaufmanns aus Schweden und Livland eingesetzt hat.[103] Danzig antwortet darauf mit der Nachricht, man habe seine Auslieger angewiesen, die Besucher der livländischen und schwedischen Häfen nicht anzugreifen, es sei denn, sie hätten Ordensgüter an Bord. So darf man also bei der Unterstellung, daß Lübeck sich durch die Bedrängung von Livländern eigene Vorteile erhofft, nicht zu weit gehen, dennoch meine ich, daß sich im Interesse ihres Eigennutzes eine solche Einstellung bemerkbar macht.

Gerade diesbezüglich ist es interessant, daß zu dieser Zeit die Diskussion Lübecks und Rigas über das Gästehandelsverbot einsetzt, welches ja ebenfalls dem livländischen Kaufmann zugute kommen soll.[104] Die Zeit von März bis Juli 1460 verbrachten Lübeck und Riga damit, darüber zu verhandeln, beschlossen wurde u.a. die Aussendung von lübischen Friedeschiffen. Im März 1460 war Riga, wie wir gesehen haben, noch nicht dazu bereit gewesen, das Verbot aufzuheben. Nachdem man am 5.3. von Walk aus noch eine aufschiebende Antwort auf die Petition Lübecks gesandt hatte, schrieb am 11. Riga den Grund für den Erlaß des Gästehandelsverbotes.[105] Dieser Brief ist wahrhaftig alles andere als freundlich. Schon die Anfangsfloskeln fallen dürftiger aus als üblich. Die Bürger Rigas hätten sich bei ihrem Rat beklagt, über erlittene Nachteile durch die Gäste beschwert und um Abhilfe gebeten. Deshalb fühlten sie sich verpflichtet, zum Gedeihen und Nutzen ihrer Bürger dem *"gruntlike vorderff"*, der durch Lübecker wie durch andere Gäste entstanden sei, ein Ende zu bereiten. Dies sei legitim und auch von Lübeck zum Wohl seiner Kaufleute schon ähnlich gehandhabt worden. Sie hofften deshalb auf Verständis und darauf, daß es dadurch nicht zu einem Ende der Freundschaft käme. Auch die von Lübeck vorgebrachte Klage gegen die Gewichte in Livland weisen sie zurück. Sie seien mehrmals durch Vergleich geprüft worden, und außerdem hätte es gerade über die lübischen Gewichte oft Bedenken gegeben. Sich über letzteres zu beklagen, stehe den Lübeckern also nicht zu. Wieder einmal kommt zum Ausdruck, daß das Eigeninteresse der Hauptansporn für das Verhalten der Städte ist. Aber offensichtlich haben sich gerade die Lübecker in Livland besonders unangenehm verhalten, sodaß man sich zu derartigen Maßnahmen gezwungen sah. Auch hier kann man wieder auf den oben entwickelten Gedanken verweisen. Wenn die Lübecker mit dem Orden Handel trieben und die Waren dafür in Livland vertrieben wurden, wollte man es nicht zulassen, daß der Gewinn dieses

---

[103] HR II,5; 4, S.3, Warnung: ebd. 2, S.2.

[104] Ph. Dollinger, Die Hanse, 1981, S.378f, betont, daß das Gästehandelsverbot v.a. für Lübeck ärgerlich sei und erwähnt dessen Protest gegen die Maßnahme der Rigaer, stellt aber nicht die Verbindung zum dreizehnjährigen Krieg her.

[105] HR II,4; 758, S.530, 764, S.532f. Vgl. Hollihn, Stapel- und Gästepolitik Rigas, 1935, S.172.

Geschäfts allein den lübischen Kaufleuten in die Hände fiel. Durch das Gästehandelsverbot schaltete man den livländischen Bürger als Vermittler in diesen Handel wieder ein. Das war v.a. notwendig, solange man sich nicht klar war, wie sich das Verhältnis zu Danzig entwickeln würde.

In den darauffolgenden Monaten wandten sich Dorpat und Reval an Lübeck.[106] Sie haben sich bei Riga für die Abschaffung des Verbots eingesetzt. Daraus kann man wiederum schließen, daß die Angelegenheit eine war, die allein Riga und Lübeck und den Verkehr betraf, der von Riga auslief. Dies war neben demjenigen mit Nowgorod aber eben auch derjenige mit dem Orden. Die Lage zwischen den beiden Städten entspannte sich von März bis Mai dann deutlich, und außerdem war in seiner Beziehung zu Danzig Riga darauf angewiesen, daß Lübeck mit auf eine Beendigung des Fehdezustandes hinwirkte. Um einiges freundlicher und höflicher schreibt Riga daher am 17. Mai 1460 in dieser Angelegenheit an dem lübischen Rat.[107] Die Bitten, welche man an den Ordensmeister gerichtet habe, hätten keinen Erfolg gehabt. Wieder einmal sei es nicht in ihrer Macht gewesen, freies Geleit für Danziger zu Verhandlungen zu erwirken. Um so wichtiger sei es für die Rigaer deshalb, zu wissen, ob sie denn noch immer von Danzig als Feinde angesehen würden. Sie bitten Lübeck darum, dies zu erfragen. Die diesbezügliche Lage wurde dann noch kritischer, weil der Ordensmeister bald darauf ein Danziger Schiff in Riga beschlagnahmte, obwohl die Stadt dagegen Einwände erhob.[108] Auch hier richten sie an Lübeck ihre Bitte, dies in ihrem Namen bei Danzig zu entschuldigen. Sie selber wagten es außerdem nicht, Danzig vor dem Verkehr mit Riga zu warnen und es gleichzeitig dazu zu bringen, ihnen den ungehinderten Verkehr zu gestatten. Doch die Erwartungen, die Riga in die Lübecker setzte, um ihre Beziehung zu Danzig zu bessern, waren zu hoch. Denn Lübeck bekam selber Ärger mit den Westpreußen.

Das Verhältnis zwischen Lübeck und Riga besserte sich im Folgenden noch weiter, weil sich Lübeck dazu entschloß, Friedeschiffe auszusenden. Riga bedankt sich am 12. Juli 1460 dafür und ist damit einverstanden, daß sich der Kaufmann an den damit verbundenen Kosten beteiligt.[109] Bezüglich des Gästehandelsverbotes bleiben sie jedoch bei ihren früheren Ausführungen, hoffen aber, daß sie deswegen nicht bei Lübeck oder anderen Städten der Hanse Unwillen erregen. Ansonsten könne sich der Kaufmann auf

---

[106] HR II,4; 766f, S.534.

[107] HR II,4; 768, S.534f.

[108] HR II,4; 769, S.535f.

[109] HR II,4; 770, S.536f. Ein weiteres Gesuch Rigas um Begleitung seiner Güter aus Lübeck: HR II;5,27. Von einem "Geleitzugsystem" zu sprechen, welches "eingerichtet" wurde, geht m.E. bei Betrachtung dieser Quelle zu weit. Dies will Stark, 1973, S.171 hiermit belegen und führt Quelle 770 als an sich sogar besseren Hinweis dafür noch nicht einmal an.

die alte Freundschaft mit ihnen verlassen. Dies ist allerdings das letzte was über das Gästehandelsverbot auf längere Zeit zu hören ist.

Kommen wir nun abschließend auf die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Danziger Auslieger Matthias Schulte zu sprechen, die ihren Teil dazu beitrugen, daß das Verhältnis Danzigs zu Lübeck sich abkühlte. Aus verschiedenen Überlieferungen kann man feststellen, daß Lübeck weiterhin seinen Verkehr mit Memel aufrechterhielt.[110] Aber die Kaperschiffe lagen auch in lübischen Gewässern auf der Lauer und rechtfertigten dies mit sehr zweifelhaften Argumenten;[111] den Amsterdamern habe man hier den Weg abschneiden wollen. Auch besagter *Matz Schulten* hatte sich offensichtlich in Gewässern aufgehalten, in denen er nichts zu suchen hatte. Er wurde eine Zeitlang in Lübeck gefangen gehalten, weil er ein aus Riga kommendes Schiff überfallen hatte. Danzig rechtfertigte den Angriff damit, daß es sich schließlich um ein Schiff des Erzbischofs von Riga, eines Feindes der Danziger, gehandelt habe.[112] Es forderte daher von Lübeck die Freigabe Schultes zusammen mit Schiff und Ladung. Immer wieder in den folgenden zwei Monaten sprachen die Danziger in dieser Angelegeheit vor.[113] Sie appellierten an Lübeck, daß sie doch auf Snicke und Volk Schultes nur schwer verzichten könnten. Am 23. August schließlich schreiben sie einen erbosten Brief an beck.[114] Nie hätten sie auf ihre Bitten für Matthias Schulte eine Antwort erhalten, auch mündliche Eingaben eines Danziger Ratsmannes hätten keinen Erfolg gehabt. Statt dessen hätten die Lübecker jetzt Schulte gefoltert und hingerichtet. Das hätte man von ihnen nicht erwartet, und man werde jetzt die Sache an Kasimir weiterleiten. Nicht genug damit, hätten die Lübecker auch noch Königsberger gefördert und geehrt, während man die Danziger *"jämmerlich ums Leben"* brachte. Daß die Verstimmung Danzigs gründlich war, kann man daraus schließen, daß für den Rest den Jahres die Überlieferung des Schriftverkehrs mit Lübeck abbricht und daß erst Dokumente vom Februar 1461 wieder einen Kontakt zwischen den beiden Städten nachweisen.

---

[110] LIV UB 12, 46; HUB 8, 952.

[111] HR II,5; 23, S.9. Kaperbrief für M. Schulte, LUB 9; 838, S.873.

[112] HR II,5; ebd. und 24, S.9.

[113] HR II,5; 31,34.

[114] HR II,5; 29, S.11.

2.4.3. Die Verlängerung des Beifriedens zwischen den Königen Dänemarks und Polens

Bevor das Verhältnis der Städte zueinander bis 1462 zu Ende verfolgt werden kann, ist es sinnvoll, die anderen Geschehnisse in der Ostsee im Zusammenhang mit dem dreizehnjährigen Krieg zu betrachten. Ein weiterer bestimmender Komplex ist dabei die Entwicklung der Angelegenheiten um Christian von Dänemark, wie sie seit dem Waffenstillstand von 1458 ihren Fortgang nahm.

Wie im Juli 1458 vereinbart, sollte eine Verhandlung in Lübeck im Mai 1459 über Verlängerung des Waffenstillstandes oder den Abschluß eines vollständigen Friedens zwischen Christian und Kasimir entscheiden. Bezüglich der Vorbereitung dieses Tages stoßen wir auf Quellen, die Danzigs Wunsch Ausdruck verleihen, die Städte Lübeck, Wismar und Stralsund als Schiedsrichter bei den Verhandlungen zur Seite zu haben.[115] Bei einer offensichtlich vorausgehenden Verhandlung der Lübecker mit Christian in Heiligenhafen hatten die lübischen Gesandten den Auftrag, den König dazu zu bewegen, ein Vertragskonzept zu unterschreiben zum Schutz des unschuldigen Kaufmannes für *"etliken"* Jahre; diese wollte man dann dem Herzog von Schleswig, den preußischen und anderen Städten vorlegen.[116] Man plante infolgedessen einmal wieder weitreichende Bündnisse zur Befriedung der See. Die Zusammenkunft im Mai in Lübeck war natürlich ein passender Anlaß, über so einen Vorschlag zu beraten, weil auch viele maßgeblich Betroffene anwesend sein würden.

Durch den Bericht der Danziger Gesandten aus Lübeck sind wir über die Verhandlungen ab dem 1. Mai ausführlich unterrichtet.[117] Weite Teile der Zusammenkunft sind einem angeblichen Überfall des ehemaligen Königs Karl auf die schwedische Festung Wiborg gewidmet, welchen die Gesandten Christians als Beifriedensbruch anklagen (§§ 2, 5, 6, 12, 13). Anfang Februar 1459 hatte sich nämlich der dänische König bei Danzig über die Entfremdung Wiborgs bei Danzig beschwert.[118] Die Danziger hatten ihm geantwortet, seine Klage sei unbegründet, denn Karl habe gar keinen Kontakt zu Schweden

---

[115] HR II,4; 677f, S.480, 685, S.484. Stralsund sagt zu: 681, S.481. Vollmachten Kasimirs und Christians, s. LUB 9; 684,689.

[116] HR II,4; 675, §1, S.479.

[117] HR II,4; 692, S.486-491.

[118] HUB 8, 765, S.478f.

unterhalten, und man sei nach wie vor entschlossen, den Beifrieden zu halten.[119] Karl selber hatte sich diesbezüglich an Lübeck gewandt.[120] Er zeigt sich in diesem Schreiben schwer beleidigt von *"Kerstern van Delmenhorst, de sik nomet konigh in Denmarken"*, der ihn zuvor seinerseits ebenfalls mit seinem bürgerlichen Namen angeredet hatte. Lauter Lügen verbreite dieser über ihn. Er habe den Frieden nicht gebrochen, und das, obwohl die Feste von Rechts wegen wie alles andere ihm gehöre und nicht dem Dänen. Nicht genug, daß ihm diese unwahre Sache angedichtet werde, sei doch auch noch eines seiner Schiffe von Christians Leuten überfallen worden. Die Lübecker sollten also bei der baldigen Tagfahrt den Boten Christians keinen Glauben schenken, wenn diese gegenteiliges berichteten.

Auf diese Angelegenheit nimmt der Däne Claus Ronnouw zu Beginn der Verhandlungen Bezug. Man habe von einem gewissen Auslieger, dessen man habhaft geworden sei, erfahren, daß Karl vorhabe, wichtige schwedische Städte wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Mit Ausnahme von Wiborg habe man den Verrat aber abwenden und die Komplizen Karls verhaften können. Durch große Kosten und Mühen habe man das Schloß Wiborg auch wieder in seine Gewalt bringen können. Diesen Schaden von mehr als 100 000 Gulden meldet Ronnouw nun den Schiedsrichtern an. Als wenige Tage später schließlich alle Parteien und die Schiedsrichter anwesend sind, wird nochmals über die Sache geredet. Die Gesandten Kasimirs bringen die Gegenargumente vor, wie sie in den oben genannten Briefen zum Ausdruck kommen und der Brief Karls an Lübeck wird verlesen, *"de ludde eczwas schendlick up den hern koningk van Dennemarken"*, was man zweifellos behaupten kann. Die Klage wird nach kurzer Beratung widerlegt und Herzog Adolf fordert nun dazu auf, die entgegen dem Beifrieden entstandenen Schäden aufzuführen. Ronnouw bringt aufs Neue die Forderung nach den 100 000 Gulden für Wiborg und klagt Schäden durch Danziger an; sie hätten Überfälle auf die Landbevölkerung am Sund und auf dänische Schiffe, sowie einen Angriff auf Dänen in den Finnischen Schären unternommen. Hier hätten sie allerdings, wie die Danziger dagegen vorbringen nichts zu suchen gehabt, da besagte Schären Karl gehörten.

Dann kommt die Gegenseite zu Wort: Die Schäden bei Wiborg gedenke man nicht zu zahlen, da man mit der Sache nichts zu tun habe;[121] die Angelegenheiten im Belt seien bereits vor dem Beifrieden geschehen, daher auch nicht zurückzuerstatten. Man selber habe durch mehrere Überfälle der Dänen u.a. bei Gotland etlichen Schaden

---

[119] HR II,4; 679, S.480.

[120] HR II,4; 683, S.481f.

[121] Immerhin schrieben die Danziger Gesandten aber nach Hause, daß man sich bei Karl vergewissern solle, daß Karl in Zukunft während des Friedens nichts gegen Schweden unternähme: HUB 8,795, S.499.

erlitten. Tags drauf werden schließlich Beschlüsse vorgefertigt und verabschiedet. Die Danziger sehen u.a. folgende Vereinbarungen vor:

1. Sie fordern für sich den freien Verkehr im Sund, wie er für die Hanse üblich sei.
2. Keinem Feind Kasimirs soll Beistand geleistet werden.
3. Sie wünschen, daß ihnen ab jetzt keine Schuldzuweisungen über Machenschaften Karls mehr entgegengebracht werden.

Diese Forderungen fanden aber kaum Eingang in das Vertragswerk:

1. Die Fortdauer des Friedens wird auf vier Jahre verlängert; eine Beendigung desselben muß mindestens ein Jahr im voraus angekündigt werden.
2. Die Danziger sollen in Zukunft darauf aufpassen, daß Karl König Christian und seinen Untertanen keinen Schaden zufüge. - Von Feinden Kasimirs ist hier nicht die Rede.
3. Gegenseitige Gefangene sollen freigelassen werden.
4. Ansonsten gelten weiterhin die im Danziger Vertrag festgelegten Bestimmungen.

Der Vertrag selber wurde am 5. Mai in einer Urkunde niedergelegt.[122] Hier wurden aber nur die Passagen bezüglich der Dauer des Friedens und der Bestätigung der Gültigkeit des Danziger Vertrages aufgenommen. In drei Jahren wolle man wieder in Lübeck zusammenkommen und einen endgültigen Frieden vorbereiten.

Stark behauptet nun, daß seit diesem Zeitpunkt "Dänemark faktisch aus dem Kriegsgeschehen um Preußen ausschied".[123] Wirft man aber einen Blick auf die zukünftigen Auseinandersetzungen, so ist offensichtlich, daß Danzig durch die verschiedenen Machenschaften des Königs im Sund und die fortdauernden Übergriffe bei Gotland durch Olaf Axelsson weiterhin durch die Dänen behindert und in seinem Kampf gegen den Deutschen Orden geschwächt wurde. Überdies bekam Christian vom Orden gemäß der früheren Verträge tatsächlich noch Geld.[124] Wie hätte er die Erfüllung der Zahlungsverträge fordern können, wenn er keinerlei Gegenleistung dafür geboten hätte? Trotzdem ist für den dreizehnjährigen Krieg in direkter Hinsicht die weitere Betrachtung der Begebenheiten zwischen Danzig und König Christian als Schwerpunkt tatsächlich nicht mehr so wichtig; denn es ist eine echte Zusammenarbeit des Königs mit dem Orden nicht mehr feststellbar. Aber indirekt blieb Christian auch danach noch eine Schlüsselfigur in der preußischen Auseinandersetzung; denn erstens waren seine Auslieger weiterhin in der See, zweitens störte er durch seine Sundpolitik den Handel und die Versorgung Danzigs - auch mit Kriegswaren und drittens trug er, weil er dem Orden nicht mehr in maßgebli-

---

[122] HR II,4; 693, S.491f.

[123] Stark, Lübeck und Danzig, 1973, S.169.

[124] S. LIV UB 12, 82 (Mai 1461), vgl. ebd. 61 (Dez. 1460), 211 (Juli 1463). Erst 1466 weigert sich der Orden weiter zu zahlen, weil Christian keine Gegenleistung erbringe; s. ebd. 422,436.

cher Weise half, zu dessen Niederlage beim gesamten Krieg entscheidend bei. In jedem Falle war die Verlängerung des Waffenstillstandes vom Juli 1458 für Danzig und seine Verbündeten ein ebenso großer Vorteil, wie er für den Orden andererseits ein Nachteil war. Sein Beifrieden mit Kasimir und den preußischen Ständen hielt dagegen nicht und wurde nicht verlängert.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis die ersten Klagen gegen Beifriedensbrüche zu hören waren. Schon im Juni beschwerte sich Danzig bei Lübeck über einen Überfall seiner Kaufleute im Sund, den Christian damit rechtfertigte, daß englische Güter an Bord gewesen seien.[125] Lübeck sollte zusammen mit Herzog Adolf den dänischen König zurechtweisen und an die Abmachungen vom Mai erinnern. Zwei Monate später scheint sich in der Angelegenheit aber noch nichts getan zu haben. Jetzt wendet sich Danzig an Christian selber und mehrfach erneut an Lübeck und klagt darüber, daß es einen ungerechtfertigten Zoll bei der Sunddurchfahrt zu zahlen hätte.[126] Dieser wie auch folgende ähnliche Vorfälle zogen einen langen Streit Danzigs mit Christian nach sich, weil letzterer nicht auf den Sundzoll verzichten wollte und die Danziger versuchten, diesen zu umgehen, indem sie durch den Belt fuhren. Außerdem kam es immer wieder zu Überfällen seitens dänischer und Danziger Auslieger, wobei des öfteren Lübeck angerufen wurde zu vermitteln. Da aber diese Geschehnisse mit dem dreizehnjährigen Krieg und seiner Auswirkung auf den Ostseeverkehr nur bedingt zu tun haben, seien an dieser Stelle die diesbezüglichen Quellen nur angemerkt.[127]

Herzog Adolf allerdings konnte in der Angelegenheit nicht mehr viel ausrichten; er starb am 4. Dezember 1459, und seinen Platz nahm im März des folgenden Jahres ausgerechnet Christian von Dänemark ein. Bedenkt man, wie oft Adolf von Schleswig sich für hansische Belange und für Friedensverhandlungen eingesetzt hatte, muß sein Tod ein herber Verlust für Lübecker wie Danziger gewesen sein. Nach Verhandlungen im April 1460 gelang es allerdings den Lübeckern, von Christian die Bestätigung der alten Privilegien im Herzogtum zu gewinnen.[128]

---

[125] HR II,4; 698, S.495f.

[126] HR II,4; 700, 699, S.497; LUB 9; 743. Sie berufen sich dabei auf die von Christian erworbene Sundzollfreiheit für die gesamte Hanse im August 1441; vgl. Pr. Stv. II,196, S.14f.

[127] HR II,5; 30–37 (1460), 111 (1461), 249 (1462). Sogar Wismar gerät in Gefahr, deswegen Ärger mit Christian zu bekommen, ebd. 104. S.a. zu der Sundzollproblematik Verhandlungen über Beifriedeverlängerung 1462 hier in Punkt 2.4.5.; selbst zur Zeit der Vermittlung in Preußen 1464 ist die Sache noch nicht vergessen.

[128] HR II,4; 774, HUB 8, 919.

2.4.4. Endlich Hilfe für den Orden?

Die Tatsache, daß man in den Jahren 1459-1462 nur sehr wenig von Einflußnahmen seitens des Ordens hört, weist schon darauf hin, daß er nicht mehr fähig war, sich um Belange des Krieges außerhalb Preußens zu kümmern. Mit wem hätte er allerdings auch noch kooperieren sollen? Für eine weitere Zusammenarbeit mit dem dänischen König fehlte ihm nicht nur das Geld, sie war ihm auch aus den Händen geglitten durch den Beifrieden seiner Gegner. Die verhältnismäßig wenigen Quellen, die in dieser Zeit mit den Belangen des Ordens in Bezug auf Hanse und die Ostseereiche überliefert sind, sollen im folgenden behandelt werden. Sie verdeutlichen, daß sich auf dem diplomatischen Sektor äußerst wenig tat, daß aber andererseits von verschiedenen Seiten der Orden weiter beliefert wurde, er also eine gewisse Unterstützung erfuhr, die er auch fördern wollte.

Zunächst stößt man diesbezüglich auf ein Dokument vom Januar 1460. Es beweist, daß auch der Orden es noch nicht aufgegeben hat, von Lübeck Unterstützung zu erfahren. Etwas peinlich ist es, daß er als Anlaß für sein Schreiben an die Stadt einen Vorfall nahm, der bereits ein halbes Jahr zurücklag. Er wollte Auslieger in die See schicken und suchte hierfür anscheinend eine Legitimation, einen Grund, Danzig bei Lübeck anzuschwärzen.[129] Der Hochmeister wirft nämlich den Danzigern vor, ihn fälschlicherweise im Juni eines Beifriedensbruches bezichtigt zu haben. Er lege Beweise bei, daß sich die Sache genau andersherum zugetragen habe. Sind diese Beweise auch nicht überliefert, ist doch ein solcher Vorwurf, angesichts der Tatsache, daß besagter Beifriede bereits seit fünf Monaten abgelaufen war, eher lächerlich. Der Brief kann nur als ungeschickter Versuch gewertet werden, Lübeck unter Druck zu setzen; denn er fährt fort, daß der Kaufmann vor dem Besuch der dem Orden feindlichen Häfen gewarnt werden solle, da er "die Seinen in die See zu schicken" gedenke, um dem Feind die Zufuhr abzuschneiden.[130] Für eventuelle Schäden wolle er nicht aufkommen. Dann bittet er darum, daß seine Auslieger in Lübeck frei verkehren dürfen und gewährt für diesen Fall auch den Lübekkern in den Ordenshäfen das Gleiche. Spät entschloß sich der Hochmeister zu der seit langem von Danzig praktizierten Handlungsweise, und auf der Suche nach möglichen Erfolgen der Maßnahme findet sich wenig.

---

[129] HR II,5; 1, S.2, vom 6.1.1460; in LUB 9; 801, S.830f. auf den 2.1. datiert.

[130] Vgl. dazu LUB 9; 852, 857.

Auf Lübeck hat dieser Brief anscheinend nicht viel Eindruck gemacht. Offenbar schreiben sie deswegen an Danzig, das ihnen als Antwort ein Dementi aller vom Hochmeister erhobenen Vorwürfe schickt.[131] Ansonsten führt es wieder die altbekannten Geschichten an, warum es vom Orden abgefallen sei, und daß der Kaiser den preußischen Bund angeblich bestätigt habe. Neues erfuhren die Lübecker durch ein beigelegtes Schriftstück, welches die Danziger auf der Marienburg in *"eneme schappe"* gefunden hätten.[132] Dieses legt die politischen Absichten des Ordens dar und wurde, wie Boockmann hervorhebt, von der Forschung lange Zeit als Fälschung der preußischen Stände angesehen, da man dem Orden ein so tyrannisches Programm nicht zugetraut habe. Laut diesem Dokument sieht der Orden vor, daß Erbrecht einzuschränken, ein neues Abgabesystem einzurichten, dem Orden weitere Vorrechte für seinen Handel einzuräumen und die der Städte dagegen zu vermindern; einmal jährlich sollen die städtischen Amtsträger im Büßergewand vor dem Hochmeister eine Unterwerfungsgeste leisten.

Nur weniges hören wir noch aus dem Jahr 1460. Der Erzbischof von Riga und der Bischof von Kurland hatten offensichtlich seit dem Herbst vergangenen Jahres eine Vermittlung zwischen Kasimir und dem Orden vorbereitet. Hatte Kasimir das Angebot auch angenommen, so hören die Nachrichten über einen solchen Versuch danach auf.[133]

Interessanter erscheinen einige Hinweise auf dänische Kaufleute, die die Häfen des Ordens anzulaufen versuchten. Auf das Gesuch Christians an Danzig, daß es seine Auslieger abziehen solle, antworteten sie im Juni 1460, daß es ihm zwar leid tue, wenn Dänen durch ihre Auslieger Verluste hätten, daß es aber auf diese nicht verzichten könnte.[134] Der Grund dafür sei, daß "so *vele hemelicher durchstekinge* zugunsten des Ordens statt(fände), dass es *grot uppzeen darupp hebben* müsse"; daher müsse man auch in dänischen Gewässern dies zu verhindern suchen. Eine gute Woche später schreibt Danzig an Kopenhagen über einen Vorfall vom vergangenen Oktober, bei welchem ein Däne zu Recht von Ausliegern genommen worden sei, da er nach Königsberg und Memel habe fahren wollen, was auch gegen den Beifrieden verstieße.[135]

---

[131] HR II,5; 3, S.2.

[132] S. HR II,5; S.2, Anm.6. Auf diese Aufzeichnung geht H. Boockmann, in: Jb f.d. Gesch, Bd.15, 1966, S.84ff.,91 ein.

[133] Vgl. HR II,4; 704; LIV UB 12, 15.

[134] HR II,5; 30, S.12.

[135] HUB 8, 937. Leider hört man nichts von einer Reaktion Danzigs auf das Gesuch eines Dänen, der im Sommer 1459 gerne Geleit für eine Reise aus Königsberg haben wollte; ebd. 831. Übrigens wurde der Orden auch von Litauen und Masowien aus mit Gütern versorgt; vgl. LIV UB 12; 5, HUB 8; 651.

Auch im Jahr 1461 stößt man auf einige Quellen, die darauf hinweisen, daß der Orden weiter beliefert wurde. Auf ein Gesuch Lübecks an Danzig, den nach Livland und den drei Reichen fahrenden Kaufmann nicht zu behelligen, antwortet dieses am 9. Februar.[136] Von Livland aus werde nach wie vor der Deutsche Orden *"gesterkt unnde gespiset"*; man werde weiterhin darauf achten, ob aus Stockholm oder aus Lübeck und Gotland Schiffe nach Livland und dann weiter nach Königsberg fahren und warnt zum wiederholten Male vor dem Verkehr mit Feindeshäfen. Danzig macht den Vorschlag, jedes Schiff mit Zertifikaten auszustatten, daß nachgewiesen werden könne, woher es komme und wohin es fahre; damit solle weiteren Klagen gegen angeblich ungerechtfertigte Angriffe der Danziger Auslieger der Boden entzogen werden. Man finde es allerdings auch ungerecht, sich nur über die Danziger Auslieger zu beschweren, wo doch die der Feinde erst recht alles nähmen, was ihnen nur unter die Finger komme.

Ein weiterer Brief der Danziger an Lübeck, nur einen Tag später verfaßt, läßt erkennen, wie recht die Absender mit ihren Vermutungen über die Belieferung des Ordens hatten.[137] Einem Diener des Hochmeisters habe man Briefe abgenommen, die bewiesen, daß Lübeck seine Waren über Stockholm, Gotland und Riga an den Orden weiterleite, den Orden mit Waffen und Lebensmitteln versorge und dadurch den Krieg in die Länge ziehe. Darüberhinaus habe besagter Ordensmann ein Schreiben des Hochmeisters bei sich gehabt, welches die Bitte beinhaltet habe, den hierbenannten bei seiner geschäftlichen Mission in verschiedenen Städten, u.a. Lübeck, zu fördern. Deshalb werde man ab jetzt noch *"vlitiger denne tovoren"* dagegen vorgehen. Das war natürlich für die *besunderen guden frunde* eine peinliche Angelegenheit. Bezog sich der erste Brief noch eher allgemein auf die Seestädte, wurde im zweiten der eindeutige Beweis geliefert, sodaß sich Lübeck nicht herausreden konnte und sich ertappt fühlen mußte.

Die allgemeine Lage muß in diesem Februar 1461 überhaupt prekär gewesen sein, gerade auch für die Livländer. Denn sie beschlossen auf der Versammlung in Pernau, mit der Zustimmung ihres Ordensmeisters einen Boten nach Danzig zu schicken, der herausfinden sollte, ob die Stadt bereit war, Sendeboten aus Livland Geleit zu gewähren, damit man in Bezug auf den Krieg *"na werkinghe des hilgen geistes wes gudes darinne verramen"* könnte.[138]

Ein weiteres Angebot, im dreizehnjährigen Krieg zu vermitteln, erreichte Danzig von Seiten Christians, ganz abgesehen von aller Streiterei, die man wegen der Übergriffe

---

[136] HR II,5; 105, S.56. Wiederholung der Forderung nach Zertifikaten, 134, S.74 (August 1461).

[137] HR II,5; 106, S.56f.

[138] HR II,5; 60, S.24, § 7. Vgl. S.22; die Angelegenheit zog sich, offenbar wenig erfolgreich bis 1462 hin.

am Sund miteinander hat. Danzig antwortete darauf ausweichend, der König solle sich damit an ihren Herren, Kasimir von Polen wenden, sie selber könnten ohne dessen Zustimmung diesbezüglich nichts tun.[139] Diese Äußerung beweist allerdings keine besondere Begeisterung für den Vorschlag Christians; wenn man einer Vermittlung durch ihn aufgeschlossen gewesen wäre, hätte man sich sicher bereitwilliger dazu geäußert. Sehr viel kann man aus dem sehr knappen Regest allerdings auch nicht schließen.

In dem Verhältnis Christians zum Orden bzw. zum Ordensmeister finden sich im Jahr 1461 auf der anderen Seite sehr eigenartige Dokumente, die eine schwierige Beziehung vemuten lassen. Zunächst erfahren wir, daß der dänische König offenbar doch noch dem Orden Hilfe leistete, die dieser zu entlohnen bereit war. Am 2. Mai bestätigte König Christian den Erhalt von 2000 Mark löthigen Silbers und 5000 rheinischen Gulden.[140] Diese Zahlung stürzte den Ordensmeister in enorme finanzielle Schwierigkeiten. Dazu kam noch eine Auseinandersetzung über die Besetzung des Bistums Ösel, bezüglich derer Christian und der Ordensmeister verschiedene Kandidaten hatten. Christian räumt sich hier ein Mitspracherecht ein, und aus einem Schreiben Johann von Mengdens an den Hochmeister in Preußen sehen wir, warum dies der Fall ist.[141] Es ist dies ein sehr niedergeschlagener Bericht von der Situation, in der sich der Orden in Livland derzeit befand. Durch die Zahlung an den dänischen König habe man sich *"gancz unde gar geblotet unde darvor ock unses ordens ampte unde gebede vorpandet"*. Deswegen könne man jetzt keine Hilfe mehr nach Preußen senden. Sie seien hier wegen Christian in großer Bedrängnis und Not, denn er wolle sie wegen des Streites um das Bistum Ösel bedrängen und überfallen. Statt selber Hilfe zu leisten, bittet er den Hochmeister, ihm doch einge bewaffnete Leute zu schicken, die er derzeit in Preußen wohl entbehren könne.[142]

Keinesfalls kann also die Rede davon sein, daß König Christian mit dem Krieg in Preußen nichts mehr zu tun hatte. Er schwächte den Deutschen Orden sogar erheblich, in dem er ihn finanziell und machtpolitisch unter Druck setzte, selbst wenn er ihm andererseits mit seinen Ausliegern eine gewissen Unterstützung geleistet haben muß. Sieht man in diesem Zusammenhang das Vermittlungsangebot an Danzig, vom Sommer

---

[139] HR II,5; 136, S.74.

[140] LIV UB 12, 82, S.39.

[141] LIV UB 12, 126, S. 63f.

[142] König Christian hatte seit Mai 1458 die Schutzherrschaft über das Bistum Ösel inne, vgl. LIV UB 11; 729, S.576f. und 730-732. Die Auseinandersetzung über den Bischof von Ösel bestand bereits seit besagtem Tag in Pernau, vgl. ebd. 111, S.57; auch dies ist ein Schreiben an Ludwig von Erlichshausen, in welchem der Ordensmeister angibt, keine Hilfe mehr gegen Preußen leisten zu können, und von dem vergeblichen Versuch berichtet, Christian von der Rechtmäßigkeit des Ordenskandidaten zu überzeugen, vgl. ebd. 102.

1461, erkennt man eine mögliche Intention für diesen Schritt. Ein Frieden im dreizehnjährigen Krieg zu diesem Zeitpunkt hätte den *status quo* auf einen für Christian angenehmen Zustand eingefroren. In Pernau, Februar 1461, hoffte der Ordensmeister, der seinen Städten, wie oben geschildert, Erlaubnis zu Vermittlungsversuchen gegeben hatte, noch, daß es nicht so weit kommen würde, daß ein baldiger Friede ihn von den finanziellen Verpflichtungen gegenüber Christian, die er nicht mehr leisten konnte, erlösen würde.

Letztenendes kommt man immer wieder zu dem Schluß, daß es Christian von Dänemark war, der, äußerst geschickt, den meisten Nutzen aus dem dreizehnjährigen Krieg zog, und zwar auf Kosten aller Beteiligten. Er saß an allen Schlüsselpositionen und sagte, wenn seine Kontrahenten heranhechelten: "ich bin schon hier". Er sahnte am Sund ab, er hatte seine Leute in Stockholm und auf Gotland (hier den besonders beschlagenen Olaf Axelson), seine Auslieger schadeten nicht nur Danzig, sondern auch den anderen Seestädten[143], er brachte Livland mehr und mehr unter seine Kontrolle und bekam auch noch Geld dafür.

2.4.5. Der Weg zur weiteren Verlängerung des Beifriedens von Danzig

Entschieden am meisten hatte Danzig mit dem anstrengenden König zu tun. Die Überlieferung des Jahres 1461 bis Anfang 1462 enthält eine Fülle von Dokumenten, die in verschiedener Hinsicht das komplizierte Verhältnis beider zueinander schildern. Die Problematik bezüglich des von Christian geforderten Sundzolls, gegenseitige Klagen über Auslieger des anderen und deren Beifriedensbrüche erschwerten die Vorbereitungen für die neuen Friedensverhandlungen, die für Sommer 1462 geplant waren.[144]

An dieser Stelle sollen nun die Ereignisse des Jahres 1462 geschildert werden. Sie wurden bestimmt durch erneute Störungen des Verkehrs nach Livland und den drei Reichen Christians und durch die Anbahnung der Verhandlung in Lübeck, die im August 1462 zur Verlängerung des Friedens zwischen Kasimir, Christian und Danzig auf unbestimmte Zeit führten. Welche Bedeutung diese Vorgänge für den Fortgang des dreizehn-

---

[143] Vgl. z.B. LUB 10; 52, S.50f, vom Mai 1461, wo sich Reval bei Lübeck einmal mehr über die dänischen Auslieger beschwert.

[144] Auch diese sollen ihrer Relevanz halber nur summarisch aufgeführt sein: vgl. hierzu also HR II,5; 105, 111, 112, 135. Lübeck wird diesbezüglich häufig von Danzig gebeten, sich bei Christian für seine Interessen zu verwenden, was unterschiedlichen, nie aber großen Erfolg hat: ebd. 107-110, 137, 139, 246.

jährigen Krieges hatten, ist daran zu erkennen, daß bereits im darauf folgenden Monat Lübeck begann, sich für eine Vermittlung zwischen den Kriegsteilnehmern einzusetzen.

Betrachtet man zunächst die Situation im Ostseeverkehr, stellt man fest, daß diese sich weiter zuspitzte, weil Danzig mit immer rigoroseren Verboten versuchte, dem Orden die Versorgung mit Gütern abzuschneiden. Am 28. Februar beklagt sich Danzig bei Lübeck über das feindselige Verhalten, welches Riga und Pernau ihnen und besonders einem ihrer Bürger entgegenbrächten.[145] Cleis Bartolds sei von Rigaern gefoltert und gefangengesetzt worden, allein weil er ein Danziger sei, so behaupten sie. Sie bitten darum, aus diesem Grund den Kaufmann vor dem Besuch Rigas und Pernaus zu warnen. Nun fragt man sich, warum Pernau sich den Zorn der Danziger zugezogen hat, wenn es Leute aus Riga waren, die ihren Bürger quälten. Wahrscheinlich suchten Danzigs Ratsherren eher nach einem geeigneten Anlaß, um eine neue Verkehrssperre zu legitimieren. Lediglich zwei Tage später teilen sie 20 Städten - neben den wendischen sind auch holländische Städte und Brügge angesprochen - mit, daß die Kaufleute gewarnt werden sollten, neben Balga und Memel auch Riga und Pernau anzulaufen.[146] Diese Städte würden nämlich permanent den Orden tatkräftig unterstützen. Man hoffe, daß dies Danzig niemand übelnähme.

Man nahm dies Danzig aber natürlich schon übel. Die Kaufleute aus Brügge unternahmen noch einen Versuch, zumindest die bereits angeheuerten Schiffe an ihren Bestimmungsort gelangen zu lassen und baten Danzig, die Frühjahrsfahrt mit Baiensalz nach Lübeck, Danzig und eben Riga nicht zu behindern.[147] Das Geschäft mit dem Salz wird selbstverständlich bei Eintreffen der Schiffe im Herbst abgeschlossen, deswegen wäre es durchaus eine Katastrophe, wenn es nun platzen würde, weil es seine Bestimmungshäfen nicht erreicht. Danzig ließ sich aber nicht erweichen.

Auf einen empörten Brief Lübecks und anderer Städte antwortet es am 23.4.[148] Hier zieht es sämtliche Register und versucht, die Städte in ihre Pflicht zu nehmen. Auf die Warnung vor dem Besuch Rigas und Pernaus, die Danzig auszusprechen gezwungen gewesen sei, hätten die Städte geantwortet, daß sie dies nicht erwartet hätten, bei all der Liebe und Freundschaft, die zwischen ihnen gewesen sei. Sie hätten die Frage ange-

---

[145] HR II,5; 222, S.133f. Schon am 10.2.1462 schreibt der Gubernator des preußischen Bundes den holländischen Räten, daß man den Verkehr mit Riga und Pernau nicht mehr gestatten könne; LIV UB 12, 129, S.65f.

[146] HR II,5; 223, S.134. Eine Art Zusammenfassung der beiden letzten Quellen stellt LIV UB 12; 137, S.71 vom 4.April dar. Dies ist die erneute Warnung an Lübeck und Ankündigung, Auslieger auszusenden.

[147] HR II,5; 224, S.134.

[148] HR II,5; 227, S.136-138.

schlossen, wie denn der gemeine Kaufmann in Zukunft heil die drei Reiche und die livländischen Städte aufsuchen könne. Nicht wenig, bemerken die Danziger, befremde sie diese Reaktion der Städte, die *"in so gestrenger wiisze vornemet, uns to grundlicker vornichtiginge unde vorderve"*. Wieder erinnert man Lübeck an seine eigene Handlungsweise zur Zeit des Krieges gegen Dänemark. Viele Danziger Bürger hätten damals darunter zu leiden gehabt oder ihr Leben lassen müssen. Um des gemeinen Besten Willen hätten sie dies ertragen. Dies müßten ziemlicherweise die Lübecker jetzt auch tun, da man sie doch, so sehr man dazu fähig gewesen sei, vor dem Orden beschirmt und beschützt habe. Aus diesem Grund müsse man nun von Hochmeister und Orden *"swaren unmoed kregen unde verfolch leden"*. Als Unrecht und Frevel bezeichne man daher die jetzige Verhaltensweise der *"guden frunde"*. Daß die See in Unfrieden sei, sei nämlich nicht ihre Schuld, sondern auf das *"gedrange"* der Städte zurückzuführen; manch einer, der sich jetzt sehr beklage, wäre normalerweise nicht zu Schaden gekommen. Wenn der Seefrieden gestört sei, müsse man doch darüber nachdenken, wie er wieder hergestellt werden könne. Sie bitten darum, dies zu bedenken, ihre Einwände nicht übel aufzunehmen und sie fürderhin in ihren Kriegsnöten nicht zusätzlich zu behindern. Die vielen Schiffe, die trotz der Warnung Balga und Memel aufgesucht hätten, hätten den Krieg durch die Zufuhr für den Feind verlängert. Dies sei für das gemeine Beste schlecht gewesen und Danzig habe dadurch großes Leid erfahren, und das, obwohl es Lübeck und die anderen Städte *"doch mit kleynen saken wol geweddert hedden mogen unde noch keren mochten"*. Seinen Ausliegern habe man trotz allem befohlen, die Freunde und den Kaufmann aus den drei Reichen nicht zu beschädigen, sondern zu fördern, mit Ausnahme derjenigen von Riga und Pernau. Der Brief schließt mit der Bitte, doch Mitleid mit Danzig zu haben.

Diese Quelle, in einer schwierigen Sprache verfaßt, weil es um eine in der Tat heikle Angelegenheit geht, gibt einigen Aufschluß über die Trübung des Verhältnisses zwischen den Städten, die durch den dreizehnjährigen Krieg ausgelöst worden war. Man hat eigentlich für alle Beteiligten Verständnis. Den Hansestädten war im Grunde nicht an einem Konflikt miteinander gelegen. Zwar sind die fortwährenden Beteuerungen der gegenseitigen Freundschaft zu größten Teil nur Floskeln, Versatzstücke, die den Briefen den offiziellen Rahmen geben; im Prinzip aber wollten die Städte wirklich am liebsten ein freundliches Verhältnis zueinander haben. Der dreizehnjährige Krieg zwang sie dazu, auf Konfrontationskurs gegeneinander zu gehen. Die gesamte Hansegeschichte ist von diesem Widerspruch zwischen Gemeinsinn und Eigennutz geprägt. Genauso muß aber auch festgestellt werden, daß bei jedem innerhansischen Konflikt irgendwann die Bereitschaft wächst, sich wieder zusammenzuraufen - was allerdings im Laufe der Zeit immer schwieriger wird. Der Krieg in Preußen mochte vielen Kaufleuten gute Gewinne bringen, mehr Vorteile hatten sie aber von dem in Ruhe und Frieden abgewickelten Handel, bei

dem das Risiko, was immer damals mit einer Schiffsreise verbunden war, einigermaßen einkalkulierbar war.

Immer haben sich die Städte nach Warnungen seitens Danzigs vergewissert, ob sie wirklich ernst gemeint, ob auch ihre Kaufleute davon betroffen seien. Solange nur der Verkehr mit den Ordenshäfen bedroht war, konnte man mit dem Risiko leben, wenn Danzig seinen Freunden die Rückgabe der genommenen Güter versprach. Jetzt, wo Hansestädte selber immer rigoroser von den Maßnahmen gegen den Orden betroffen sein sollten, konnte man sie im Interesse des Handels nicht mehr länger hinnehmen.

Auf der anderen Seite ist auch Danzig Verständnis entgegenzubringen. Die Blockade der Ordenshäfen in Preußen hatte sich als nicht wirkungsvoll erwiesen, also mußte man sie ausbauen auf die Städte, von denen aus der Deutsche Orden versorgt wurde. Der Vorwurf, daß der Krieg durch die Lieferungen der Kaufleute verlängert wurde, erscheint zutreffend. Die Aufforderung, mit ihnen, den Danzigern, Mitleid zu haben, deutet m.E. darauf hin, daß sich in der Stadt an der Weichsel Kriegsmüdigkeit breitmacht. Sicherlich hatte man vor dem Krieg um die finanzielle Not des Ordens gewußt; daß man trotzdem so lange Zeit brauchte, ihn zu besiegen, mußte man auf den Handel der Ordenstädte und die Lieferungen der holländischen, schwedischen und Hansestädte zurückführen.

In jedem Fall war diese neue Verschärfung der Lage im Ostseeverkehr unerträglich, und es wurden bald Maßnahmen ergriffen, Verhandlungen zwischen Danzig und den Livländern zustande zu bringen, damit der innerhansische Konflikt aus der Welt geschafft werden und wieder Einvernehmen zwischen den *besunderen guden frunden* herrschen konnte. Es stellte sich allerdings heraus, daß dies nicht leicht werden würde. Noch auf Jahre hinaus war das Verhältnis Danzigs zu den livländischen Städten getrübt. Lübeck hatte nun neben der Verlängerung des Friedens mit Christian noch in dieser Angelegenheit mit Danzig zu tun. Nicht zufällig wurde es daher als Kompetenz Danzig betreffend angesehen. Holländer, die im Juni nach Reval, Riga und Pernau fahren wollten, fragten bei den Lübeckern nach, ob sie unbeschadet dorthin gelangen könnten;[149] sie möchten nicht anders vorgehen, als Lübeck dies gut dünke. In der Tat mußten sich gerade die Holländer vor den Danziger Ausliegern vorsehen; die Fehde zwischen Amsterdam und Danzig war noch lange nicht beendet.

Erste Schritte zur Bereinigung des livländischen Konflikts waren offensichtlich getan, als Danzig am 5. Juni Geleitsbriefe für Gesandte aus Riga und Pernau nach Lübeck sandte.[150] Hier sollte eine Tagfahrt den Streit beenden. Danzig macht aber die

---

[149] HR II,5; 251, S.173.

[150] HR II,5; 252f, S.173.

Einschränkung, daß es zu der Schlichtung nur mit König Kasimirs Erlaubnis kommen kann. Man habe diesen aber um seine Zustimmung gebeten. Auch hier wird man wieder seine Schwierigkeiten haben zu beurteilen, wie groß die Macht des Königs über die Handlungsweise Danzigs eigentlich war, das oft genug selbständig schwerwiegende Entscheidungen traf. Die Mitteilung über die Warnung vor den beiden livländischen Häfen hatte es schließlich auch ohne Berufung auf Kasimir ausgesprochen.[151]

Im Herbst des Jahres 1462 ist es dann immerhin noch zum Abschluß eines Beifriedens zwischen Riga, Pernau und Danzig gekommen. Da aber Belege dazu erst in Dokumenten aus dem Jahr 1463 auftauchen, werde ich später darauf eingehen.

Um den zeitlichen Rahmen nicht aus dem Auge zu verlieren, werde ich zu den Ereignissen, die den Dänisch-Polnischen Waffenstillstand betreffen, zurückkehren. Obwohl beide Parteien der anderen gegenüber sehr mißtrauisch waren, wurde die Vorbereitung der Tagfahrt in Angriff genommen. Lübeck, Wismar und Stralsund übernahmen das Schiedsrichteramt für Danzig, welches ihnen Listen mit der Aufstellung der ihm von König Christian zugefügten Schäden vornehmlich aus den Jahren seit 1458 übermittelte.[152] Im Juli bevollmächtigen die Beteiligten ihre Gesandten für die Tagfahrt.[153]

Die Beschwerdelisten, die bei dieser Tagfahrt vorgelegt wurden, sind sehr umfangreich.[154] Sie im einzelnen an dieser Stelle zu behandeln, würde aber zu weit führen. Sicherlich ergäben sich durch ihre Betrachtung einige Aufschlüsse über die Warenströme, die eventuell durch den Krieg bestimmt sind; z.B. befinden sich des öfteren Waffen unter den gekaperten Gütern. Da aber nicht ohne weiteres feststellbar ist, welche Waren dem Orden zugedacht waren, oder welche Einfuhren Danzig mit direktem Bezug auf den Krieg tätigte, ist für diese Arbeit, in Anbetracht des hier gesetzten Schwerpunktes, nicht der Raum. Aber auch in diesen Quellen befinden sich neben der reinen Aufstellung von Schädigungen, Stellungnahmen beider Parteien, die es anzumerken gilt.

Die Danziger beschweren sich nicht nur über die Beifriedensbrüche der Dänen; sie wiederholen auch hier ihre Vorwürfe gegen die Versorgung des Ordens und gegen die

---

[151] Kasimir selber war aber auffallend unfreundlich zu Lübeck zu dieser Zeit, was uns ein Dokument von Ende August verrät (HUB 8, 1180). Von Danzig allerdings dazu angehalten, läßt er die Drohung los, in Preußen und Polen die Erlaubnis zu erteilen, Lübecker Waren zu beschlagnahmen, wenn es nicht Danziger Güter herausgibt, die in der Stadt arrestiert sind.

[152] Zum Mißtrauen Danzigs Christian gegenüber und umgekehrt vgl. HR II,5; 246, 249, S.171f. Bzgl. des Schiedsrichteramtes s. ebd. 247f. Zu den Vorbereitungen ist auch die Versicherung Danzigs an Lübeck zu zählen, daß Kasimir erklärt habe, den beschlossenen Frieden zu halten; LUB 10; 147, S.150f.

[153] HR II,5; 255-258, S.174.

[154] HUB 8, 1160-1167, 1168 sind Klagen Stralsunds gegen Danzig.

ungerechtfertigte Einnahme des Sundzolles.[155] Die Quelle hinterläßt durchaus den Eindruck, daß die Verluste der Stadt beträchtlich waren; es werden aber auch Vorfälle miteinbegriffen, die lange Zeit zurückliegen.

Auch die Dänen erlitten größere Schäden. Im einem weiteren Dokument werden aber zunächst sehr ungenaue Forderungen auf Entschädigung gestellt.[156] Beispielsweise geben die Dänen Einbußen von "über" 600 000 Rhein. Gulden an, die ihnen an Sundzoll entgangenen seien, weil die Danziger widerrechtlich durch den Belt gefahren seien. Fehdepflichtige Güter - es handelte sich um Waffen, Pulver und Salpeter-, die aus England gekommen seien, seien ebenfalls nicht entsprechend ausgelöst worden, was sich auf über 500 000 Gulden beliefe. Als Entschädigung fordern sie in Christians Namen 52 mit Waren und Männern voll ausgerüstete Schiffe. In einer zweiten Beschwerdeliste der Dänen ist gleich eine Antwort Danzigs angeschlossen.[157] Sie äußern sich darin über die Aufstellung verschiedener Übergriffe, die man nicht mehr ersetzen wolle, da sie ausnahmslos vor dem Friedensschluß geschehen seien. Noch kompromißloser geben sich die Danziger gegenüber weiteren Beschwerden.[158] Alles, was die Dänen vorbringen, wird abgeschmettert; einmal seien es nicht Danziger Auslieger gewesen, die gekapert hätten, ein anderes Mal will man von einem Vorfall überhaupt nichts wissen, und Vorwürfe gegen den ehemaligen König Karl, der angeblich in Stockholm geraubt haben soll, weist man zurück, indem man angibt, dieser habe Pommerellen nie verlassen.

Auf die Klagen der Danziger antworten die Dänen ihrerseits ebenso ablehnend.[159] Ja, man habe sie zwar im Sund einmal aufgehalten, dies sei aber geschehen, weil englische Güter an Bord der Schiffe gewesen seien. Auch habe man tatsächlich eine Gruppe von Schiffen im Belt aufgehalten, aber auch dazu habe man das Recht gehabt, weil der König schließlich ein Recht auf den Sundzoll habe. Egal durch welchen der beiden Durchlässe sich Danziger begeben, die Dänen finden immer einen Grund, sie zu *toven* oder *uppzuholden.* Den Vorwurf, den Orden durch Zufuhr gestärkt zu haben, weisen sie ebenfalls von sich, Danzig solle dafür erst einmal Beweise liefern.

Schließlich folgt noch ein weiteres Streitgespräch, welches sich aber im großen

---

[155] HUB 8, 1160, S.695-711, hier §§ 87,89.

[156] HUB 8,1163, S.715f.

[157] HUB 8,1164, S.716f.

[158] HUB 8, 1165, S.718-720.

[159] HUB 8, 1166, S.720-722.

und ganzen um die gleichen Dinge dreht.[160] Neu taucht die Entschuldigung Danzigs für den Transport englischer Waren auf. Man habe nicht gewußt, daß sich Dänemark mit dem englischen König im Krieg befinde, zu ihnen nach Danzig seien immer nur friedliche Kaufleute aus England gekommen. Dies klingt schon ziemlich unglaubwürdig in Anbetracht der Tatsache, daß der betreffende Schiffer vor seiner Fahrt nach England mit den Dänen spezifische Vereinbarungen getroffen hatte, wie mit den Waren aus England umzugehen sei.

Angesichts dieser Ausführungen ist es eigentlich erstaunlich, daß es bei all der offenkundigen Ignoranz und mäßigen Bereitschaft zur Einigung doch noch zu einer solchen kam. Am 6. August erklären die Schiedsrichter beider Seiten, daß man zwar wegen einiger Schwierigkeiten den Streit in so kurzer Zeit nicht habe entscheiden können, aber deswegen der Beifriede zunächst verlängert wird.[161] Die Schwierigkeiten, um die es hier geht, passen gut zu dem oben behandelten unerquicklichen Verhältnis zwischen den Parteien. Klagen wie Antworten gingen nicht rechtzeitig ein oder wurden gar nicht abgeliefert. Außerdem sind die Danziger Gesandten - sicher nicht versehentlich - nur mit unzureichenden Vollmachten ausgestattet nach Lübeck gekommen. Die Dauer des Vertrages gilt bis zum August nächsten Jahres, ist aber eigentlich unbegrenzt, denn nur nach einer erneuten Absage sollen sechs Wochen nach dieser die Kämpfe wieder ausbrechen.

Trotz der unbefriedigenden und mangelhaften Verhandlungen hatten es die Schiedsrichter fertiggebracht, den weiteren Frieden Christians mit Danzig zu gewährleisten. Dies verhinderte zwar nicht, daß auch weiterhin Kapervorfälle zu beklagen waren, aber es konnte abgewendet werden, daß der Wiederausbruch dieses Krieges auch den in Preußen wieder anheizte. Bei einer erneuten Konfrontation zwischen Polen und Dänemark wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit wieder zu einem Bündnis des Dänen mit dem Orden gekommen. Weil aber die Hansestädte nicht nur diesem Konflikt, sondern auch demjenigen Danzigs mit Livland und dem Krieg in Preußen ein Ende setzen wollten, war auch ein solcher lauwarmer, unvollständiger Vertrag akzeptabel.[162] Mit diesem Friedenswerk im Hintergrund machte man sich nun an die Arbeit und versuchte, Vermittlungen zwischen Preußen, Polen und dem Orden zu ermöglichen.

---

[160] HUB 8, 1167, S.722-725.

[161] HR II,5; 261, S.176ff.

[162] Keysers Ansicht, in: Deutsche Staatenbildung, 1931, S.102, daß Lübecks Interesse an einem Frieden seltsam anmute, kann ich nicht teilen.

2.5. Die Vermittlung der Hanse im dreizehnjährigen Krieg

2.5.1. Die Mission des päpstlichen Legaten

Lübeck schrieb am 4. September 1462, es wolle Danzig anbieten, einige Gesandte zu schicken, die, mit König Kasimirs Erlaubnis, einen Vermittlungsversuch in Preußen unternehmen sollten.[1] Man sei von Kaiser, Fürsten und anderen Städten dazu aufgefordert worden. Die lübischen Bürgermeister fühlten sich also jetzt erst, acht Jahre nach dem Erlaß Friedrich III., verpflichtet, dem Gesuch des Kaisers nachzukommen. So lange hatte es gedauert, bis es seine eigenen Interessen so sehr in Gefahr sah, daß es die großen Kosten und Mühen einer solchen Vermittlung nicht mehr scheute; denn eine spätere neue Aufforderung des Kaisers ist nicht überliefert. Ihr Angebot richtete die Stadt zunächst nur an Danzig und Kasimir von Polen. Eine Benachrichtigung an den Hochmeister über das Lübecker Vorhaben zu dieser Zeit ist nicht überliefert. Dagegen existieren Quellen, die beweisen, daß das Verhältnis zwischen Lübeck und dem Deutschen Orden zu dieser Zeit kein gutes gewesen ist. Ende August 1462 antwortet der Hauptmann von Lauenburg auf Lübecks Beschwerde über die Gefangennahme eines städtischen Boten, in der es an die gegenseitige Freundschaft appelliert hatte.[2] Der Ordensmann äußert sich beleidigt: *"aber dyselbige fruntschafft wirt unserm herren und uns gar ubil von euch beweyst in sulcher weyse, das keyne stath an der zee den Danczkern grossern rath und hulff thut denne ir, das unse herren und wir wol zeter obir euch schreyen mochten".* Aus Sicht des Ordens war Lübeck in diesem Sommer 1462 keineswegs neutral. Die folgende Vorbereitung der Friedensvermittlung, die schwerpunktmäßig mit den Hansestädten und König Kasimir getroffen wurde, ist auch ein Hinweis, daß Lübeck in jedem Falle eher auf der Seite Danzigs stand.

Doch zunächst einmal wurde das Angebot Lübecks zurückgewiesen. Kasimir von Polen, von Danzig auf Wunsch der Lübecker darüber informiert, antwortete ablehnend auf den Vorschlag.[3] Die Abweisung ist aber alles andere als unfreundlich. Grund war die derzeitige Anwesenheit des päpstlichen Legaten Erzbischof Hieronymus von Kreta im Reich, der beauftragt sei, im Krieg zu vermitteln. Kasimir werde aber gerne auf das Angebot zurückkommen, falls der Legat nicht kommen würde. Eindeutig glaubt der

---

[1] HR II;5; 397, S. 275f.

[2] LUB 10; 216, S.224-226; vgl. dazu auch ebd. 242, S.254f, vom Oktober 1462.

[3] HR II,5; 398, S.277, vom 28. 9..

König Lübeck auf seiner Seite, weil er betont, er habe fortwährend seinen Anspruch auf Preußen jedermann klargemacht, und hätte dies auch dem Orden gegenüber getan, wenn dieser wie vereinbart zu einer Tagfahrt erschienen wäre. Inwiefern er meinte, daß dies im Zusammenhang mit Friedensverhandlungen ein Zeichen von gutem Willen und Friedensbereitschaft sei, bleibt im Verborgenen. Auch Danzig schrieb in dieser Sache an Lübeck. Die Stadt scheint ebenfalls angetan von dem Vorschlag und bittet darum, daß die Lübekker sich mit geeigneten Leuten für die Gesandtschaft bereithalten.[4] Danzig glaubte einerseits noch nicht an die wirkliche Ankunft des Legaten in Preußen, andererseits kann man davon ausgehen, daß sich weder Kasimir noch Danzig allzuviel von einer geistlichen Vermittlung versprachen; denn dessen Parteilichkeit war vorauszusetzen.[5] Tatsächlich kam Hieronymus von Kreta in den Osten, aber seine Mission scheiterte kläglich.

Nicht einmal der Ordensmeister von Livland glaubte an ein Gelingen der päpstlichen Schlichtungsversuche. Am 1. Oktober schreibt er ebenfalls einen Brief an Lübeck und meint, er würde die Lübecker jedem anderen Vermittler vorziehen, aber er glaube sowieso, daß ein Beifriede zur Zeit nicht ratsam wäre.[6] Der Legat kam zwar in Preußen an, aber lange Zeit hörten die Betroffenen wenig von seinen Unternehmungen. Dabei hatte es Lübeck, wie dies aus seinen wiederholten Schreiben hervorgeht, sichtlich eilig, vor dem Ende des Waffenstillstandes zwischen Riga und Danzig noch Verhandlungen in Gang zu bringen.[7] Wie aus diesen Quellen erkennbar, wandte sich Lübeck am 27. Oktober sowie Anfang Dezember 1462 an Danzig, mit der Bitte, falls ihre Vermittlung erlaubt werde, wenn die Mission des Legaten scheitern solle, ihnen doch schnell Zeit und Ort einer solchen Verhandlung zu schreiben, damit man alles Notwendige in die Wege leiten könne. Danzig antwortete auf die Anfragen, daß es von dem Erzbischof noch nichts gehört habe. Die Ungeduld Lübecks läßt vermuten, daß es nur darauf wartete, nun endlich mit der Anbahnung der Vermittlung beginnen zu können, wo doch die päpstliche Mission sowieso mißlingen würde.

Aus Dokumenten vom Anfang Januar 1463 erkennen wir, daß Lübeck bereits begonnen hatte, seine Fäden zu ziehen. Riga sagt Lübeck seine Mitarbeit bei der Vermittlung zu.[8] Auch Reval und Dorpat seien über die Aussicht einer Friedenstagfahrt hoch erfreut, die wohl für dieses Frühjahr schon vorgesehen war. Denn Riga habe sich

---

[4] HR II, 5; 400, S. 276f.

[5] Wenn Weise, in: Zt. f. Ostforsch., Bd.3, 1954, S.2, von einer *"angeblich"* zu starken Parteinahme des Legaten spricht, meldet er an dieser Tatsache überflüssige Zweifel an.

[6] HR II,5; 399. S.276.

[7] HR II,5; 401, S.277, ebd. Anm.1.

[8] HR II,5; 374, S.261.

beim Ordensmeister dafür verwendet, daß über die Dauer des Beifriedens hinaus, der im Herbst 1462 bis zum nächsten Pfingstfest geschlossen worden sei, die Danziger sicheren Verkehr mit Livland zugesichert bekämen. Lübeck solle sich deswegen, falls die Tagfahrt erst nach Pfingsten stattfinden sollte, bei Danzig für die Verlängerung des Waffenstillstandes verwenden. Keine der Städte ahnte, daß es noch ein Jahr länger dauern würde, bis die Vermittlungsverhandlungen endlich begonnen werden konnten. Auch an Danzig sandte Riga einen Brief, der nur wenige Tage später verfaßt ist, aber die Zusage des Ordensmeisters für sicheren Verkehr bis zum geplanten Tage in Preußen bereits enthält.[9] Es bittet in diesem Sinne, den bestehenden Waffenstillstand zu verlängern und Auslieger von Livland fernzuhalten.

Danzig ließ sich mit der Antwort auf dieses Schreiben fast zwei Monate Zeit.[10] Es hatte sich inzwischen bezüglich der päpstlichen Vermittlung immer noch nicht viel getan. Der Erzbischof sei bei König Kasimir gewesen und sei nun zum Hochmeister weitergezogen. Über Ergebnisse der Verhandlungen wird nichts bekannt. Danzig äußert sich ansonsten in gleicher Weise wie gegenüber Lübeck im Dezember des letzten Jahres: bis man nicht wisse, was die jetzige Friedensmission bringe, könne man keine Tagfahrt mit den Städten vereinbaren oder den Waffenstillstand bis dahin verlängern. Immerhin sind die Danziger aber bereit, den Beifrieden bis Johannis zu wahren -was allerdings gegenüber Pfingsten keine besonders großzügige Verlängerung ist-, und sichern den Rigaern freien Verkehr in Danzig zu, wenn diese desgleichen in Livland garantieren könnten. Man sei sogar mit einer Zusage der Stadt allein zufrieden, wenn sie Ersatz für eventuelle Schäden übernehmen würden. Die Danziger legen eine diesbezügliche Urkunde bei, in der sie die Verlängerung des Beifriedens erklären, zu welcher die Stadt Riga, ihr Erzbischof und der Ordensmeister eine Gegenurkunde senden sollen.[11]

Auf einer Tagfahrt in Elbing hatten die Preußen und ihr König dann etwa im März beschlossen, mit dem Legaten des Papstes noch einmal in Brest zu verhandeln.[12] Diese Gespäche hatten jedoch keinen Erfolg, und dadurch war nunmehr die Aktion des Legaten nahezu endgültig gescheitert.[13] Er wollte anscheinend von Anfang an nur Zwie-

---

[9] HR II,5; 375, S.261.

[10] HR II,5; 376f., S.261f. vom 28. Februar 1463.

[11] Wie HR II,5; 378, S.262, vom 30. April 1463, zeigt haben die Rigaer es tatsächlich geschafft, den Ordensmeister dazu zu bringen, Danzig bis Johannis freien Verkehr in ihrer Stadt zu gewähren.

[12] s. HR II 5; S. 279, Anm.1. Tagfahrt in Brest, Mai 1463, s. ASP 5; 32, S.67-74.

[13] Vgl. Lindaus Chronik, in: SS. rer. Pr. Bd.4, S. 598f und P. Simson, in: ZWG, Bd.29,1891, S.94.

tracht säen und war außerdem mit Kasimir von Polen auch wegen anderer Angelegenheiten zerstritten.[14] Von der ergebnislosen Tagfahrt in Brest berichtet Danzig Lübeck am 16. Mai 1463.[15] Nachdem die Sache zwar noch nicht ganz *"affgeslagen"* sei, vermute man aber nicht mehr, daß der Legat noch viel Gutes werde bewegen können; man habe auch inzwischen ein Schreiben Kasimirs erhalten, in welchem er erneut einer Vermittlung Lübecks im Falle des Scheiterns des päpstlichen Legaten zustimme.

Danzig wünschte sich im Laufe der Zeit die Vermittlung Lübecks immer mehr und bat deswegen im Juli ausgesprochen freundlich darum, dem Orden nochmal ein Angebot für Verhandlungen zu machen.[16] Dieser Aufforderung folgend, wenden sich die Lübecker im August 1463 mit höflichen Worten an den Hochmeister.[17] Der lange Krieg habe ihre Teilnahme nicht zuletzt deswegen so erregt, weil man sich mit dem Deutschen Orden so verbunden fühle, seien doch die eigenen Vorfahren *"juwes werdighen ordens medestifftter"* gewesen. Mehrmals habe man ihnen die Bitte angetragen, doch zur Beendigung des Krieges Bemühungen anzustrengen, aber man habe sich bislang zurückgehalten, weil man gedacht habe, der Legat des Papstes werde mit seiner Vermittlung Erfolg haben. Nun aber, wo dieser erfolglos aus Preußen abgereist sei, sei man bereit, seine Gesandten für Vermittlungsverhandlungen gen Osten zu schicken, falls der Hochmeister damit einverstanden wäre. In diesem Sinne bitte man um eine klare Antwort, damit man sich unnötige Kosten und Mühe sparen könne. Auch Kasimir und den Preußen habe man deswegen geschrieben und glaube an eine positive Antwort von diesen. Schließlich weisen sie auf die bereits zugesagte Unterstützung seitens der Livländer hin, bitten um die Wahl eines Ortes in Preußen zur Abhaltung der Tagfahrt und empfehlen ihren Gesandten Johannes Bracht dem Hochmeister.

Die Lübecker hielten es offensichtlich für notwendig, den Hochmeister mit süßen Worten um den Bart zu gehen, um ihn von ihren Plänen zu überzeugen. Sie mußten der Mission des Erzbischofs von Kreta die gebührende Achtung zollen und behaupten, sie hätten geduldig abgewartet, wie sie ausgehen würde, bevor sie es wagen dürften, ihre eigenen niedrigen Dienste anzubieten. Dabei hatten sie längst alles vorbereitet und sich von den Handlungen des Legaten von Anfang an nichts versprochen. Auch durfte der Hochmeister wohl nichts davon merken, daß man sich mit Kasimir und den Preußen bereits verständigt hatte; er mußte denken, man habe sich selbstverständlich zuerst an ihn

---

[14] Vgl. HR II,5; S.280, Anm.1.

[15] HR II,5; 405, S.279f. Vgl. dazu auch ebd. 417, S.285.

[16] HR II,5; 406, S. 280f., genaueres zum Inhalt s. Punkt 2.5.2.

[17] HR II,5; 410, S. 218f.

gewendet, daß man aber an Zustimmung von der Gegenseite glaube. Nicht zu Unrecht schätzten die Lübecker den Hochmeister als schwierigen, auch arroganten Verhandlungspartner ein, dem man schon schmeicheln mußte, um aus ihm eine positive Antwort zu lokken. Diese sollte aber dann bitteschön eindeutig sein; als ökonomische denkende Stadt hatte man keine Lust, durch endlosen Schrift- und Gesandtenverkehr unnötig Geld auszugeben. Johann Bracht wurde nun also auch zum Hochmeister geschickt, um die Vermittlung der Städte zu realisieren. Er war schon lange mit dieser Angelegenheit beschäftigt und hatte schon viele Gespräche geführt.

2.5.2. Brachts Reisen nach Preußen für die Vermittlung

Bereits im März 1463 stellte Lübeck die Instruktionen für seinen Gesandten zusammen, der im darauffolgenden Monat in Preußen anlangte.[18] Bracht sollte die Beteiligten davon überzeugen, daß es doch am nützlichsten wäre, auf einer kurzen Tagfahrt in Preußen eine Hauptversammlung zur Beilegung des Krieges zu planen. Wichtig für die erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen waren in diesem Falle besonders die gegenseitigen Geleitbriefe, die zur Sicherheit in doppelter Ausfertigung in verschiedenen Schiffen verschickt werden sollten. Beachtlich ist die voraussichtliche Anzahl von zu geleitenden Personen, die zur Tagfahrt zugelassen werden sollten. Der Erzbischof von Riga und die Livländischen Städte sollten mit 200, die Lübecker ebenfalls mit 200 oder 350 Personen anreisen dürfen. Angesichts dieser großen Personenzahl, die offensichtlich nicht allzu ungewöhnlich war, wird deutlich, daß die Vermittlung für Lübeck in der Tat mit großen Kosten verbunden war. Bracht sollte darum betonen, daß es ein *"lachegelick werck unde beschimplick"* wäre, wenn die Mühen der Freunde erfolglos blieben. Um die Verhandlungen, bei denen auch die Livländer anwesend sein wollten, nicht zu belasten, sollte außerdem der Streit zwischen Danzigern und Rigaern ruhen, auch wenn die Tagfahrt nach Ablauf des Beifriedens stattfinden sollte. Danzig sollte diesbezüglich auch seine Auslieger anweisen, Livland bei ihren Angriffen auszusparen.

Diese wohlüberlegten Organisationsvorschläge fanden in Danzig durchaus Anklang; Bracht schreibt am 6. bzw. 11. April an seine Heimatstadt, daß in Danzig, Lauenburg und Putzig alle zum Frieden geneigt seien und er, nachdem er nunmehr hier über seine Aufträge verhandelt habe, zum Hochmeister weiterziehen wolle.[19] In Königsberg scheiterte seine Mission vorerst, und er kehrte wieder nach Hause zurück. Über seine Gesprä-

---

[18] HR II,5; 402, S.277f.

[19] HR II,5; 403, S.279; LUB 10; 311, S.325f.

che in Königsberg hören wir durch einen Brief Danzigs an Lübeck vom 25. April.[20] Hier bedanken sich die Absender für die Sendung Brachts nach Preußen, der inzwischen mit dem päpstlichen Legaten verhandelt habe, welcher sich aber noch überlegen wolle, ob er die Mitarbeit Lübecks neben sich dulden oder ablehnen solle. Dagegen sei aber Kasimir von Polen inzwischen bereit, die Vermittlung der Lübecker anzunehmen. Aus all diesen Dokumenten wird die Bereitschaft Danzigs zum Frieden offenbar. Verfolgt man die Begebenheiten weiter, stellt man aber fest, daß es letztlich nur die Städte waren, die jetzt den Frieden wollten. An ihnen lag es sicher nicht, daß noch ein weiteres Jahr bis zum Beginn der Verhandlungen verging.

Aktueller Anlaß, warum Brachts Reise im Frühjahr 1463 nicht von Erfolg gekrönt war, so meinten die Danziger, war ein Aufstand in ihrer Stadt, der vom Orden mitbetrieben worden sei und dessen Ausgang erst habe abgewartet werden sollen.[21] Ein Gelingen desselben hätten sie *"nicht twe stunden bevoren eer solk grot arich over uns vollentagen solde syn"* verhindern können. Es kann durchaus sein, daß der Putschversuch bereits seit April geplant war. Jedenfalls sei deshalb das freundliche lübische Angebot durch den Orden zurückgewiesen worden. Jetzt, im Juli, so meinen die Bürger Danzigs, seien die Feinde gegenüber einer neuen Anfrage des lübischen Gesandten sicher aufgeschlossener; sie sollten daher einen neuen Versuch diesbezüglich unternehmen. Schließlich werde der Kaufmann, woher er auch komme, von Königsberg aus geschädigt, was Danzig dazu zwänge, mit großen Ausgaben seine Auslieger in der See zu unterhalten. Geschickt schließen sie an ihr Schreiben so noch eine Rechtfertigung für ihre Kaperschiffe, deren Unternehmungen Lübeck eventuell davon abhalten könnten, *"des besten hirynne to ramen"*.

Die Lübecker säumten nach Erhalt diese Briefes nicht lange und leiteten die zweite Reise Brachts in die Wege. Auf den 22. und 23. August 1463 sind die diesbezüglichen Schreiben datiert.[22] Diesmal hatte der Gesandte mit seiner Mission mehr Erfolg. Ende September beurkundet Hochmeister Ludwig von Erlichshausen, daß er das Angebot Lübecks angenommen habe.[23] Er hatte sich mit Bracht auf Termin und Ort der verhandlungen verständigt. Vorgesehen ist der 1. Mai 1464. Die Gesandten des Polenkönigs sollen in Elbing, diejenigen des Deutschen Ordens in Braunsberg oder Heiligenbeil ihre

---

[20] HR II,5; 404, S.279.

[21] HR II,5; 406, S.280f, Brief an Lübeck vom 23.7.1463. Vgl. Lindau, in: SS. rer. Pr., Bd.4, S.601f.

[22] HR II, 5; 407–409, S.281; 1. Bevollmächtigung für Johann Bracht für Verhandlungen zwischen Polen und dem Orden; 2. Bitte an Kasimir um erneute Zusage zur Vermittlung und um Geleit auch für die Livländer; 3. Brief an Danzig mit der Bitte, 2. dem König zu übermitteln.

[23] HR II,5; 412, S.282f.

Stützpunkte haben, in Tolkemit soll verhandelt werden. Die Ortsfrage, die mit diesem Dokument das erste Mal zur Sprache kommt, sollte eine ungemein problematische werden, die das Zustandekommen der Friedenskonferenz im nächsten Jahr fast verhinderte. Die Kompromißlosigkeit, die beide Seiten auf diesem oder jenem Verhandlungsort bestehen ließ, zeigte den Mangel an echtem Friedenswillen auf beiden Seiten. Überhaupt ist festzustellen, daß zwar die Städte den Zeitpunkt zur Beendigung des Krieges gekommen sahen, nicht aber die Polen und die Ordensleute.

Zunächst aber gab der Hochmeister Bracht einen Geleitsbrief für die Lübecker Gesandten mit und ein Schreiben an die Stadt, in welchem er für den Einsatz der Lübekker dankt und versichert, daß er ihnen die Ehre gerne gönne, diesen Krieg mit zu einem Ende zu führen.[24] Bracht hatte nach seinen Gesprächen mit dem Hochmeister dann noch die Ehre, mit Kasimir über die Sache zu reden. Danzig hielt dies nicht zu Unrecht für notwendig und entschuldigte Bracht für sein längeres Ausbleiben bei Lübeck.[25] Er hielt sich damals, Anfang Oktober 1463, in Peterkau auf und hielt Kasimir von Polen einen Vortrag auf der dort stattfindenden Tagfahrt.[26] Er und seine lübischen Mitbürger, als *"leeffhebbere des vredes"*, hätten sich um des gemeinen Besten Willen dazu entschlossen, weder Kosten noch Mühe zu sparen und als Unparteiische zumindest einen Beifrieden in dem schrecklichen Krieg zu vermitteln. An eine Schilderung seiner bisherigen Tätigkeit beim Hochmeister anschließend, bittet er Kasimir darum, ihm nicht übel zu nehmen, daß er sich diesmal zuerst an Ludwig von Erlichshausen gewendet habe. Der König hätte es vemutlich als echten Affront angesehen, wäre Bracht gar nicht vor ihm erschienen.

Auch auf der Tagfahrt in Peterkau wurde über den Ort für Friedensverhandlungen diskutiert.[27] Anlaß für die Zusammenkunft waren neben der Anwesenheit des Lübeckers auch neue Nachrichten über den päpstlichen Legaten, der offensichtlich einen weiteren Versuch plante, seinerseits zu vermitteln. Auf ein Angebot, welches dieser an Kasimir gerichtet hatte, wollte der König nicht ohne Beisein und Rat aus Preußen beschließen. Man sieht also wieder, wie abhängig Kasimir von seinen Untertanen war, daß es nicht in seinem alleinigen Ermessen stand, ob er die Vermittlung des Legaten wünschte oder nicht. Die Vertreter Preußens waren dem neuen Angebot gegenüber eher mißtrauisch, sie glau-

---

[24] HR II,5; 413, 414, S.283. Die zweite Quelle weist außerdem darauf hin, daß die Lübecker die Sendung Brachts gleich noch für andere Zwecke nutzten; der Gesandte verhandelte mit dem Hochmeister auch über Kaperangelegenheiten und beschwerte sich über Auslieger des Ordens.

[25] HR II,5; 415, S.283.

[26] HR II,5; 416, S.284f.

[27] HR II,5; 417, S.285-287, Auszug des Rezesses der Tagfahrt.

bten, daß *"dy unsern doheime (...) uff en keinen getrawen werden setczen"*. Deswegen wollen sie auch nicht, daß die Lübecker zurückgewiesen werden. Der Bischof von Gneisenau schlug daraufhin vor, zu ergründen, ob sich der Legat diesmal anders zu verhalten gedenke als zuletzt. Könne er dies glaubhaft machen, solle man ihm die Vermittlung erlauben, anderenfalls ihn gar nicht nach Polen einreisen lassen. Danach nahm derselbe Bischof Stellung zu den Vorschlägen, die Bracht übermittelte. Die Wahl der Orte, die der Hochmeister getroffen habe, sei für die Polen nicht genehm. Kasimir werde nämlich nicht geringe, sondern *"treffliche lewthe"* zu einer solchen Tagfahrt senden, die auf Grund des weiten Weges oder durch Feindesvolk zu große Gefahren in Kauf nehmen müßten; auch wäre die lange Reise zu teuer. Kasimir habe daher einen Gegenvorschlag gemacht, nämlich, daß die Polen sich in Bromberg, die Leute des Ordens in Kulm aufhalten sollten; ein Ort für die Zusammenkunft wird hier nicht genannt.[28] Schon aus Prinzip wollte sich der polnische König nicht einfach mit der Ortswahl des Hochmeisters zufrieden geben. Der Orden war in der Kriegssituation eindeutig in der schwächeren Position. Das Einverständnis Kasimirs für den ersten Vorschlag wäre schon ein Zugeständnis gewesen, und zu Zugeständnissen für seinen Feind war der König nicht bereit. Die Städte antworteten auf den Gegenvorschlag, daß sie die o.g. Bedenken verstünden, aber auch etwas Gutes bei der Empfehlung des Hochmeisters gefunden hätten; Kasimir hätte sich nämlich auf der Marienburg aufhalten können, sodaß seine Gesandten in Elbing in direkter Verbindung mit ihm hätten bleiben können. Aber man räumt ein, daß es dem König natürlich auch zustände, einen Vorschlag bezüglich der Ortswahl zu machen, der ihm genehm sei, da die Ordensleute einen gemacht hätten, der ihnen zupaß käme. Sie seien zuversichtlich, daß die Gesandten Lübecks vor der Verhandlung in Danzig wohl ein *"gutt mittel vynden, das beyden teilen beqweme seyn wirt"*. Dies war allerdings ein verhängnisvoller Irrtum; im nachhinein betrachtet, hätten sich die Lübecker große Kosten und Mühen ersparen können, wäre es zu dieser Zeit noch zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Doch auch Bracht meinte diese Angelegenheit verschieben zu können. Er fragte lediglich noch an, ob die livländischen Städte auch bei den Verhandlungen erscheinen dürften, worauf ihm der König persönlich antwortete, Lübeck wüßte selber am besten, wen es neben sich haben wolle.

Am Ende dieses Jahres 1463 sah es trotz der Uneinigkeiten über den Verhandlungsort doch so aus, als wären beide Seiten zu ernsthaften Friedensgesprächen bereit. Johann Bracht hatte somit seine Pflicht erfüllt und reiste wieder nach Hause. Insgesamt 20 Wochen war er für seine Aufgaben unterwegs gewesen.[29]

---

[28] Urkundliche Niederlegung des Ortsvorschlag Kasimirs, HR II,5; 418, S.287f.

[29] HR II,5; 443, §1, S.299.

2.5.3. Vorbereitungen für die Friedensverhandlung

Von Dezember 1463 bis März 1464 bemühte sich Lübeck dann eifrig um die Besendung der Tagfahrt im Mai und warb bei vielen Städten mehrfach um Unterstützung. Seine Anfragen an Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Hamburg, Wismar, Rostock und Stralsund hatten unterschiedlichen Erfolg.[30] Während Bremen und Hamburg Absagen schickten, ließen sich Lüneburg, Wismar und Rostock nach längerer Bearbeitung durch Lübeck überzeugen, u.a. mit dem Argument, die Verhandlungen würden sicher an einem für die Städte geeigneten Ort stattfinden, etwa in der Nähe von Marienburg. Solche Versprechungen konnten sie eigentlich nicht machen, aber es war ihnen offenbar sehr wichtig, daß mehrere Städte die Position des Kaufmanns in Preußen verträten.

Andere Dokumente von der Zeit direkt vor der Tagfahrt weisen darauf hin, daß Lübeck alles andere als sicher sein konnte, daß man schnell zu einer Einigung über die Ortsfrage kommen würde. Der Hochmeister zeigte sich in seinem Brief an die Stadt vom 3. Februar 1464 nicht erfreut über den Gang der Dinge.[31] Hier dankt er Lübeck nochmals für den Einsatz für den Frieden und bedauert, daß es dies nicht bereits vor Jahren getan habe - dabei hatte er sich am längsten gegen das Angebot Lübecks gesträubt. Er sei zur Besendung des Tages bereit, obwohl Kasimir seine Ortswahl *"vorruckt"* hat. Auch verschiedene Briefe von Lübeck an Danzig und umgekehrt zeigen, daß man sich weiterhin darum bemüht, eine diesbezügliche Entscheidung vor dem Mai in die Wege zu leiten, damit man Zeit und Geld sparen könne.[32]

Die in dem Rezeß von Peterkau angesprochene zweite Reise des päpstlichen Legaten nach Preußen ist offensichtlich überhaupt nicht erwünscht. Sowohl Gubernator Stibor von Baysen als auch Danzig ersuchen Lübeck, diesen unbedingt an der Mitreise zu hindern.[33] Er würde nur, so die einhellige Meinung, schwere Kosten und Mühen verursachen; Baysen glaubt auch, er würde nichts anderes im Sinne haben, als die Preußen zu verunglimpfen. Nichts läßt darauf schließen, daß Lübeck diesbezüglich etwa anderer Meinung gewesen sein könnte.

---

[30] HR II,5; 421, S.288; vgl. diesbezüglich 422-424, 426, 428f, 432, 434-437; LUB 10; 449, 457.

[31] HR II,5; 425, S.289; dies ist vermutlich das Schreiben, welches Danzig zur Weiterbeförderung übertragen worden war, s. ebd. 427.

[32] HR II,5; 431, S.291, Lübeck ersucht Danzig, König und Hochmeister zu einer Einigung zu bewegen, was Danzig einen Monat später, am 3.4., zusagt, ebd. 439, S.292. Lübeck wendet sich außerdem direkt an den Hochmeister und bittet ihn, sich mit Kasimir zu einigen, ebd. 440, S.293.

[33] HR II,5; 433, S.291 und nochmal 439.

Was sich die Lübecker von ihrer Reise nach Preußen versprachen, welche Ziele sie mit ihrer Vermittlung erreichen wollten, offenbart sich uns in ihren Instruktionen für die lübischen Gesandten.[34] Das ordentlich gegliederte Dokument verrät, daß man sich zwar auf eine lange Verhandlung einstellte; sicherlich meinten sie aber, daß die Dauer derselben mehr von den Schwierigkeiten der Friedensvermittlung herrühren würde, und weniger, daß man erst einmal Monate lang brauchen würde, um die streitenden Parteien endlich zusammenzubringen.

Ziel sei die Herstellung eines vollständigen Friedens, und wenn dies nicht zu erreichen sei, solle man einen Waffenstillstand zustandebringen, der auf mindestens fünf Jahre abgeschlossen werden solle. Der Kompromiß, der dem Frieden zu Grunde liegen soll, dürfe von niemandem den Schiedsrichtern zur Last gelegt werden. Die Erhaltung des Beifriedens soll durch Festsetzung einer Strafe und Vereidigung der Beteiligten gewährleistet werden. Für wertvoll würden die Lübecker die Reise ihres Bischofs nach Preußen halten, der sich aber weigerte, wie man vermutet, der hohen Kosten wegen; deswegen sollen die Gesandten in Danzig nachfragen, ob dieses bereit sei, einen Anteil derselben zu übernehmen. In jedem Falle sollen alle, die zur Vermittlung fahren, den Verhandlungen bis zum Schluß beiwohnen, selbst wenn dies lange Zeit in Anspruch nimmt. Nicht zuletzt ist man neben dem Frieden auch v.a. daran interessiert, von allen Beteiligten die Bestätigung alter Privilegien und die Zusicherung freien Verkehrs und Gästehandels zu erlangen.

Letzteres behandeln eingehender die folgenden Teile der Instruktionen. Nach dem ersten allgemeinen Abschnitt folgen spezielle Aufgaben, mit denen sich die Gesandten bei den einzelnen Parteien befassen sollen. Zum Teil wird hier manches wiederholt, anderes ist neu oder genauer ausgeführt. Mit Danzig will man speziell, neben der Behandlung privater Angelegenheiten und Kaperungen, über den Streit zwischen der Stadt und Riga verhandeln. Die Lübecker wollen außerdem in Danzig freien Gasthandel betreiben können und erreichen, daß der Pfundzoll und andere *"beswaringe"*, unter denen sie zu leiden haben, abgeschafft werden. Bezüglich der Verbindung Danzigs zu den lübischen Paternostermachern soll eine bestmögliche Einigung erreicht werden. Auch ein endgültiger Frieden mit Christian von Dänemark soll wenn möglich besprochen werden. Eindeutig dominieren hier wirtschaftliche Interessen.

Die Tatsache, daß dies bei den speziellen Verhandlungspunkten mit dem Hochmeister ebenso war, zeigt, daß es nicht nur in Bezug auf die andere Stadt um ökonomische Intentionen ging, sondern ganz allgemein der Ansporn für die Vermittlung in Preußen in diesen begründet war. Mit den Gesandten Ludwigs von Erlichshausen soll ebenfalls über die Paternostermacher verhandelt werden. Natürlich konnte man genaueres zu diesem Zeitpunkt noch nicht darüber sagen, weil ja noch nicht ersichtlich war, wie die

---

[34] HR II,5; genannt werden die Gesandten in der Bevollmächtigung, 441, S.293, ihre Instruktionen: 442, S.293-297.

Gebietsverteilung nach dem Frieden aussehen würde, wer den Bernstein in seiner Verfügungsgewalt haben würde und mit wem man sich demnach v.a. würde arrangieren müssen. Darüberhinaus wünscht man sich auch vom Orden freie Reise in seinem Gebiet und Befreiung von Zöllen und anderen Abgaben. Auch hier geht es außerdem um verschiedene Angelegenheiten, Privatpersonen und Auslieger betreffend.

Lübeck wollte, wie man sieht, umfassende Verbesserungen für seine eigenen Leute erreichen. Nicht nur der Frieden, sondern v.a. Vorteile für den Kaufmann wurden angestrebt. Von Danzig erwartete man einiges an Gegenleistungen für die Kosten und Mühen, die man in die Vermittlung hineinsteckte. Die lübischen Ratsendeboten reisten also mit hohen Erwartungen nach Preußen, und sie blieben hier hartnäckig so lange, bis ihre eigentlichen, wirtschaftliche Ziele wenigstens zum Teil verwirklicht waren; daß der Frieden zwischen Polen und dem Orden dabei nicht zustande kam, war für sie durchaus zweitrangig.

2.5.4. Die Lübecker Gesandten in Preußen, 27. April bis 6. August 1464

Über den Aufenthalt der lübischen Vermittler in Preußen sind wir *trefflich* informiert durch einen ausführlichen Bericht derselben.[35] Von der Ropp bezeichnet ihn nicht zu Unrecht als "tagebuchartig und umständlich".[36] Aber diese wirklich exakte Schilderung der Vorgänge rund um die Verhandlungen sind in mehrerlei Hinsicht sehr wertvoll, und außerdem muß man Johann Bracht, dem Verfasser, zu Gute halten, daß er umständliche Diskussionen und Interventionen natürlich auch nur umständlich wiedergeben kann. Die beachtliche Länge des Dokumentes hat offensichtlich viele Forscher von dessen eingehender Lektüre abgehalten, was schade ist und sich nachzuholen lohnt; schließlich vermittelt es eine weitgehend, wenn auch sicher nicht absolut objektive Darstellung der Standpunkte. Auch Simson, Daenell und Stark räumen dem Dokument in ihren einschlägigen Untersuchungen keinen großen Stellenwert ein und erläutern nur die Ergebnisse. An dieser Stelle soll aber trotzdem nicht jeder einzelne Paragraph erwähnt und behandelt werden. Die Quelle soll hier thematisch sinnvoll gegliedert und die relevanten Passagen genauer behandelt werden.

---

[35] HR II,5; 443, S.297-369.

[36] HR II,5; S.272.

Was also bietet der Bericht Brachts aus Preußen, welche Themenkreise sind zu behandeln? Es ist zunächst festzuhalten, daß er neben den Fakten, den Namen und den Daten einen wirklich guten Einblick in Verhandlungspraktiken und Lebensgewohnheiten bietet. Eindrucksvoll sind auch die Schilderungen der Reisen der Gesandten durch das vom Krieg verwüstete Land. Auf der anderen Seite wird deutlich erkennbar, wie groß der Unterschied ist zwischen den diplomatischen Verhaltensweisen bei den schwierigen Verhandlungen mit den Kriegsgegnern, und dem routinierten Ablauf der Versammlungen der Städte untereinander. Derlei Beobachtungen sollen im Folgenden die Schilderungen der Ereignisse begleiten.

Die Begebenheiten, um die es in diesem Frühjahr und Sommer ging, reduzierten sich bei weitem nicht auf den Vermittlungsversuch der Hanse. Vorerst zum letzten Mal wurden hier auch einige Gespräche mit Dänen geführt, die die bevorstehenden Verhandlungen in Preußen zum Anlaß nahmen, ebenfalls nach Danzig zu reisen, um zu sehen, was für sie und ihren König Christian noch zu erreichen sei. Dann gilt es, die endlosen Diskussionen um die Wahl der Aufenthalts- und Versammlungsorte für die Friedensverhandlungen zu begleiten, was an dieser Stelle gestrafft und weniger ermüdend als in dem Bericht geschehen soll. Weiterhin werden dann die verschiedenen Vorschläge und ihre Diskussion und das Scheitern der Verhandlungen zu erörtern sein. Schließlich ist auf die sich dem Vermittlungsversuch anschließenden Gespräche und Abkommen der Städte in Danzig einzugehen, die die Fortdauer des Krieges bis 1466 für die Hanse erträglich machen.

2.5.4.1. Dänische Gesandte in Danzig

Seit dem 27. April befanden sich die Gesandten Lübecks, Lüneburgs, Rostocks und Wismars in Danzig. Stralsund, das seine Besendung doch noch zugesagt hatte, entschuldigte sich später für sein Ausbleiben.[37] Von den genannten Personen werden im Laufe des Berichtes zwei des öfteren genannt, die Wortführer der Gesandten waren. An erster Stelle ist hier der Bischof Arnd von Lübeck zu nennen, den man nun offensichtlich zur Mitbesendung des Tages in Preußen hatte überreden können. Seine Anwesenheit in Preußen war wertvoll, da er, weil er sozial höher stand als die Bürgermeister aus den Städten, als adäquater Gesprächspartner beider Kriegsparteien fungieren konnte. Von den Ratsendeboten Lübecks trat v.a. Hinrich Castorp hervor, der sich ganz besonders fleißig

---

[37] HR II, 443, §33, ebd. 454, S.384. Geleitbrief Kasimirs für Lübecker LUB 10, 419, S.445.

bei der Vermittlung einsetzte.[38] Er hatte sich in der Vergangenheit bereits als Ältermann im Kontor von Brügge und als Bürgermeister der Travestadt bewährt und wird von Neumann als Diplomat mit hervorragenden Fähigkeiten geschildert, der "dem deutschen Bürgertum europäisches Ansehen und Vertrauen" erwarb, "Träger einer hohen politischen und geistigen Kultur" war.[39] Zutreffend beschreibt er ihn als Sprecher in allen wirtschaftlichen Fragen, die v.a. die Städte angingen, während der lübische Bischof das "repräsentative Oberhaupt" der Gesandtschaft war. Irsigler hebt ihn als Verkörperung des defensiven Charakters der Hanse hervor und belegt dies mit einem berühmten Ausspruch des Bürgermeisters aus Lübeck: *"Lasset uns tagfahrten, denn leicht ist das Fähnlein an die Stange gebunden, aber es ist schwer, es mit Ehren wieder abzunehmen".*[40] Diese Skepsis gegenüber sogenannten "militärischen Lösungen" sollte man auch heute noch hegen.

Nach Brachts Schilderung sind die Vorbereitungen für die Tagfahrt in vollem Gange, als am 17. Mai 1464 dänische Gesandte mit 250 Personen Begleitung in Danzig ankommen, von denen allerdings nur 60 in die Stadt kommen dürfen (§17). Diese bitten die Lübecker, mit ihnen vor den Danziger Rat zu treten, um ihre Anliegen vorzutragen. Die lübischen Gesandten sind nicht sofort dazu bereit, sie fürchten, in einen Verdacht zu kommen, wenn sie sich beim Rat für die Dänen einsetzen. Würden die Lübecker sich zu diesem Zeitpunkt auf die Seite der Dänen stellen, wo sie als Unparteiische nach Preußen kamen, würde dies in der Tat ihrer Glaubwürdigkeit schaden. Nur wenn sie, deren Besuch offensichtlich nicht vorgesehen war, vom Rat selber eingeladen würden, könnten sie dort vorsprechen (§21). Den Dänen wird aber Gelegenheit gegeben, ihre *"werff"* den Danzigern vorzutragen, und beide Parteien ersuchen die Lübecker, bei den nun folgenden Gesprächen anwesend zu sein und mit ihrem Rat zu einer Einigung beizutragen, wozu diese sich gerne bereiterklären (§22,23). Am 23. Mai erklären die Dänen die näheren Umstände ihrer Reise; König Christian habe von der bevorstehenden Tagfahrt in Preußen gehört und es für sinnvoll erachtet, seine Leute auch dorthin zu schicken, um mit dem wahrscheinlich anwesenden König Kasimir persönlich zu verhandeln. Nun hätten sie gehört, daß noch keine Entscheidung über den Versammlungsort gefällt worden sei und bitten darum, benachrichtigt zu werden, sobald man in dieser Frage weiter gediehen sei.

---

[38] Trotzdem bin ich nicht der Ansicht Starks, Lübeck und Danzig, 1973, S.173, daß der Bischof nur die nominelle, Castorp aber die faktische Leitung der Gesandtschaft innehatte.

[39] Vgl. Gerhard Neumann: Hinrich Castorp, Lübeck 1932; S.101; zu seiner Mission in Preußen s. S.48ff. Auch A. v. Brandt, in: Geist und Politik.., Lübeck 1954, S.73f, beschreibt Castorp hebt die Bedeutung Castorps hervor und bezeichnet ihn als "Leiter der lübisch-hansischen Geschicke" seiner Zeit.

[40] F. Irsigler, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.530.

Von dem dänischen Ansinnen, sich an den Verhandlungen beteiligen zu wollen, sind Danziger wie Lübecker nicht sehr angetan. Sie antworten ausweichend. Man wisse ja noch gar nicht, wer zu der Tagfahrt wirklich erscheinen werde, außerdem hätten sich doch die Lübecker in dieser Angelegenheit so bemüht, und sie sollten sich deswegen noch einmal überlegen, ob sie wirklich auch kommen wollen. Man sah in der Anwesenheit der Dänen bei den Friedensverhandlungen offensichtlich eine Gefahr für den Erfolg dieser Bemühungen, was auch nicht verwunderlich ist; die Beteiligung ehemaliger Kriegsteilnehmer konnte der Vermittlung nur hinderlich sein und den Austausch der Argumente behindern. Streitpunkte, die sich nicht maßgeblich von denen unterscheiden, wie sie 1462 in Lübeck ausgetauscht wurden, sind denn auch nach wie vor Gegenstand der Diskussionen. Immer noch geraten Dänen und Danziger in langwierige Streitereien über Beifriedensbrüche, um die Beltdurchfahrt, um die gerechtfertigte Verhaftung von (dänischen) Ausliegern (§26).[41]

Am darauffolgenden Tag führen beide ihre Auseinandersetzung fort. Schließlich werden die alten Beifriedensverträge verlesen und diskutiert, ob man einen neuen Rezeß verabschieden solle. Der Bischof von Lübeck schlägt u.a. vor, für den bislang unbefristeten Waffenstillstand eine Dauer von drei oder vier Jahren festzusetzen und die Erlaubnis einzufügen, daß Kasimirs Untertanen den Belt durchfahren dürften. In dieser Frage, in der sich die Dänen immer ganz besonders vehement gegen die hansischen Anspüche der Danziger gewehrt hatten, stellen sich die Lübecker also auf die Seite der Preußen. Mit einer solchen Neufassung unzufrieden, ziehen sich die Dänen darauf zurück, für den Abschluß eines solchen Vertrages keine Bevollmächtigung ihres Königs zu haben (§27). Bezüglich des Besuches der Vermittlungstagfahrt werden die gleichen Standpunkte wie am Vortag wiederholt (§28). Erst einen Tag später, am 25. Mai, bietet der Gubernator Stibor vob Baysen an, Informationen über die Tagfahrt nach Dänemark zu übermitteln und Briefe der Dänen an Kasimir weiterzuleiten (§31). Über den Beifrieden wird ebenfalls wieder beraten. Die Lübecker mahnen die Danziger zur Vorsicht, da der dänische König durch seine Auslieger nach wie vor dem Kaufmann gefährlich werden könne, worauf diese zunächst einmal den alten Friedensvertrag bekräftigen. Die Dänen ihrerseits erklären, einen neuen Vertrag ermöglichen zu können, solange dieser nicht ihrem König schaden würde (§30). Diese mannigfaltig auslegbare Bedingung ließ den Dänen noch jede Entscheidung für oder gegen einen neuen Vertrag offen.

Die Gesandten aus Lübeck machen sich ob dieses vorsichtigen Einverständnisses nichtsdestotrotz daran, einen Entwurf auszuarbeiten, der den Beifrieden *"uppe ene seckere lenger tiid bringen mochte"* und der *"uppe beider (...) parthie behach"* Rücksicht nehmen sollte. Verfaßt am 28. Mai, sollte dieser einen Tag später beiden Seiten vorgelegt werden

---

[41] Vgl. hierzu auch HR II,5; S. 309, Anm.1.

(§36).[42] Er sieht eine Beifriedensdauer von fünf Jahren vor, während der keine der beiden Parteien die Feinde der anderen stärken sollte, andererseits jeder in dem Herrschaftsgebiet des anderen ohne Ausnahme frei verkehren dürfe. Neue Friedensverhandlungen sind vorgesehen. Wenn dieser Vorschlag nicht angenommen werde, solle der alte Rezeß von Lübeck aus dem Jahre 1462 weiterhin Bestand haben.

Diese wie viele andere Arbeit haben sich die Lübecker aber umsonst gemacht. Bereits die Danziger, denen zuerst der Entwurf vorgetragen wird, haben *"etlike artikele dar vnrder (...) intosettende"*. V.a. die von Ausliegern geschädigten Danziger Bürger wollen ihr Recht in dem Vertrag gewahrt wissen. Wegen dieser Bedenken wird beschlossen, *"dat men de scrifft erst stellede, alse ze stan scholde"*, ehe die Dänen davon erfahren. Der Lübecker Bischof vertröstet diese daher auf den nächsten Tag (§37). An diesem 30. Mai wird dann aber eine zweite, von den Danzigern verfaßte Schrift vorgelegt und beide Entwürfe beraten, die Dänen nochmals auf morgen verwiesen (§38). Nunmehr, am 1. Juni, haben die Dänen keine Lust mehr, im Rathaus zu erscheinen. Die Danziger einigen sich daher, bei dem alten Rezeß von 1462 zu bleiben und teilen diese Nachricht den Dänen in ihrer Herberge mit (§43). In einem Brief der lübischen Ratsendeboten an ihre Heimatstadt ist noch nicht einmal besonderer Ärger über diesen Verlauf der Dinge zu spüren.[43]

Die ganze Angelegenheit ist trotzdem nicht uninteressant. Festzuhalten ist, daß sich die Lübecker während er ganzen Zeit auf die Seite ihrer Danziger Kollegen gestellt hatten und nur einen Vertrag abschließen wollten, der diesen recht war. Darüber hinaus hatte man durch die Verhandlung über diese Dinge jetzt, vor der Friedenstagfahrt, verhindert, daß die Dänen sich in die Vermittlung zwischen dem Orden und Polen einmischten und Unruhe schürten. Daß sie solches im Sinne hatten, beweist ihr Brief an den Hochmeister kurz vor ihrem Aufbruch, in welchem sie ihm von den Gesprächen berichten und anfragen, was er sonst noch von ihnen wolle.[44] Durch die eindeutige Stellungnahme der Lübecker für die Danziger und ihren Anspruch auf hansische Rechte, hatten sie schließlich die Dänen davon überzeugt, daß sie momentan nichts für sich und ihren König hier erreichen konnten.[45] Deswegen interessierten sich die Dänen auch nicht mehr für den neuen Beifriedensentwurf; dieser hätte ihnen keinen Vorteil gebracht und den Vorteil der Rechtsunsicherheit, der nach dem letzten Vertrag geblieben war,

---

[42] Entwurf, s. HUB 9, 101, S.49-51.

[43] HR II,5; 474, S.390.

[44] HUB 9; 105, S.53f.

[45] Daenell, Blütezeit, 1906, S.190 ist daher zuzustimmen, wenn er sagt, daß Danzig das leidliche Verhältnis zu Dänemark Lübeck zu verdanken habe.

genommen. Nach der Schilderung dieser Episode hört man in dem Bericht nichts mehr von den dänischen Gesandten, sie müssen unverichteter Dinge wieder abgezogen sein.

2.5.4.2. Der lange Streit um den Verhandlungsort

Bereits einen Tag nach ihrer Ankunft in Danzig machen sich die Vermittler an die Arbeit, um zu erreichen, daß der Verhandlungsort näher bei Marienburg ist, als König Kasimir bestimmt hat. Zu diesem Behuf schreiben sie einen Brief an den König, in welchem sie diesen bitten, ihrem Wunsch nachzugeben, damit sie sich nicht so lange fern von zu Hause aufhalten müssen (§4).[46] Gleichzeitig wenden sie sich an den Hochmeister, an Thorn und an ihre Heimatstadt, wo sie zwar der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß der König sich noch umstimmen ließe, sie aber im Falle seiner Ablehnung auch notgedrungen bereit wären, sich an die von ihm verfügten Orte zu begeben.[47]

Auf Antwort wartend begibt, man sich in Danzig am 2. Mai in die Kirche, um in einer Messe Gott um den positiven Ausgang der ganzen Sache zu bitten, wie es einem *"nutte unde radsam"* erscheint, und man unterhält sich über Angelegenheiten das Verhältnis mit England betreffend, wobei man sich alles andere als einig ist (§10). Einige Tage später kommt die erste ärgerliche Nachricht an (§6). Wie vereinbart, so schreiben die Gesandten des polnischen Königs aus Bromberg, seien sie am 1. Mai zur Stelle gewesen, hätten hier aber niemanden angetroffen und wollten nun wieder heimfahren.[48] Auch die Gesandten des Ordens seien angeblich rechtzeitig an ihrem Platz in Kulm erschienen, hätten aber die Polen in Bromberg bereits verpaßt, zu denen sie einen Boten geschickt hätten.[49] Auch sie wollen Kulm wieder verlassen, würden aber Bernhard von Zinnenberg zurücklassen, damit dieser eine neue Tagfahrt vereinbaren könne. An ihnen habe es jedenfalls nicht gelegen, daß die Zusammenkunft geplatzt sei. Schuld an diesem Mißgeschick waren zum großen Teil die Vermittler selber. Die Verhandlungen waren doch zum 1. Mai geplant. Trotzdem hatten sie sich nicht zum gegebenen Zeitpunkt in eine der beiden Städte begeben, sondern den Stichtag vorübergehen lassen. Einige Entschuldigungen für sie lassen sich freilich anführen. Ihnen war von König Kasimir kein

---

[46] HR II,5; 449, S.382.

[47] HR II,5; 450-452, S.382f; ebd. 457, S.385, Antwort Thorns, welches den Brief Danzigs an Kasimir zu den polnischen Gesandten in Bromberg weitergeleitet habe.

[48] HR II,5; 456, S.384f, s. dazu auch 458, S.385.

[49] ebd. 461f, S.386; dazu auch Zinnenbergs Brief an den Hochmeister, ebd. 463.

Aufenthaltsort angegeben worden; noch lange hatten sie das Problem, daß sie nicht wußten, wo sie sich als Unparteiische aufhalten könnten.[50] Auch meinten die Vermittler sicher, daß man ohne die Bestimmung eines Versammlungsortes ja keine Tagfahrt beginnen könne. Schließlich hätten auch die polnischen Gesandten nicht auf dem Absatz kehrt machen müssen, sobald sie niemanden in Bromberg antreffen. Dieser fehlgeschlagene Versuch, den Friedenskongress zu beginnen, war aber trotzdem das Werk der Lübecker, die sich nicht in den Monaten vorher um Klärung der Ortsfrage bemüht und die Entscheidung darüber bis zu ihrer Ankunft in Preußen verschoben hatten. Hier hat ihr sonst so ausgeprägtes Organisationstalent versagt.

Von diesen Vorgängen unabhängig, schreibt der Hochmeister aus Königsberg eine Antwort auf den Brief der Vermittler, in welchem er sich - verständlicherweise - bereiterklärt, den Ort der Zusammenkunft näher nach Marienburg zu verlegen, obwohl auch er zur Not mit Kulm abfinden könnte.[51] Er sei generell gewillt, in jeder Hinsicht zu den Bemühungen um Gelingen der Verhandlungen beizutragen. Von dieser positiven Reaktion angespornt, will man nun erneut Kasimir und seinen wichtigsten Gesandten, den Bischof von Leslau, noch einmal um andere Versammlungsorte bitten (§12). An Lübeck wird über die bisherigen Ereignisse ein Bericht gesandt.[52]

Die nächsten Neuigkeiten erreichen die Gesandten in Danzig am 20. Mai von dem Danziger Johann Meideburg, der sich derzeit bei König Kasimir in Krakau befindet.[53] Er glaube nicht, daß es zu einer Verlegung der Tagfahrt kommen werde, könne aber noch keine endgültige Antwort des Königs übermitteln, weil von diesem bis nach der Taufe seiner Tochter nichts zu erfahren sei, bei der *"wii armen sendeboden vadder to staen sullen"*. Durch diese lästige Ehre fühlt er sich unnötigerweise aufgehalten. Über diese Familienfeier sind sicherlich auch die Gesandten in Danzig nicht erfreut, die sehnlichst auf die Antwort Kasimirs warten und v.a. immer mehr darüber besorgt sind, daß ihnen kein Aufenthaltsort zugewiesen worden ist. Würde man sich in eine der beiden Städte begeben, käme man immer bei der Partei, die sich in der anderen befindet, in den Verdacht der Parteilichkeit. Trotzdem will man die Reise nach Süden auf alle Fälle schon einmal vorbereiten (§20). Stibor von Baysen, der am 22. Mai in Danzig eintrifft, trägt man dieses Problem vor. Als *"gude middelers"* wollen sie sich in keine der beiden Städte

---

[50] Dieses Argument führen sie auch an, um die Ordensgesandten dazu zu bringen, noch in Kulm zu verweilen; HR II,5; 465, S.388.

[51] s. §13 und HR II,5; 464, S.387; zu hier angesprochenen Geleitfragen vgl. auch ebd. 453.

[52] §16 und HR II,5; 467, S.388f.

[53] §19, HR II,5; 466, S.388. Auch aus Thorn kommt ein Brief an, der aber nur erkennen läßt, daß dieses auch nicht besser unterrichtet ist, ebd. 469, S.389.

begeben. Trotzdem wollen sie sich nun so bald wie möglich auf den Weg machen, wenn sie sich auch noch unklar sind über die Reiseroute, die man über Wasser und über Land führen könnte.[54] Der Gubernator dankt *"hochliken"* für die Mühen der Vermittler und betont daß der polnische König keine Schuld habe, daß sich die Parteien kürzlich verpaßt hätten; immerhin scheint Baysen dadurch zuzugeben, daß das Verhalten der polnischen Gesandten in Bromberg nicht einwandfrei war, denn auf diesen Vorfall haben die Lübekker ihn vorher gar nicht angesprochen, zumindest wird dies im Bericht nicht überliefert. Überdies rät er den Gesandten, sich jetzt umgehend in eine der Städte zu begeben. Kasimir würde ihnen ihre Wahl, wie sie auch ausfällt, sicher nicht übelnehmen (§25).

Nur noch wenige Tage vergehen, bis die Vermittler sich auf die Reise machen. Es erreichen sie während dieser letzten Zeit in Danzig noch Briefe vom Hochmeister[55] und dann ist endlich die Ankunft Meidenburgs zu erwarten (§§29,34). Am 30. Mai bringt er nunmehr die Antwort Kasimirs bezüglich des Reiseziels der Vermittler. Der König, so berichtet der Danziger, sei hocherfreut über die Anwesenheit der Gesandten in Preußen. Auch Meidenburg vermittelt nochmals eine Entschuldigung, daß Kasimir nichts für die Verzögerung der Tagfahrt könne. Den Ort der Versammlung freilich an einen Punkt in der Nähe Marienburgs zu verlegen, sei ihm und seinen Leuten sehr unbequem; man wolle ungern *"so ver int land umme fruchten willen ziner herlicheid viende tho vorende"*. Die Abgeordneten der Städte sollten daher jetzt nach Thorn kommen, damit man dort zusammen mit den Ordensgesandten über den Ort der Friedensverhandlungen beraten könne. Dies habe Kasimir auch dem Hochmeister geschrieben.

Über diese Eröffnungen sind die Vermittler und besonders der Bischof nicht sehr erfreut. Nun war man schon fünf Wochen in Danzig, nur um zu erfahren, daß man doch so weit, nach Thorn, würde reisen müssen. Man erklärt sich natürlich nichtsdestotrotz damit einverstanden und berichtet über die neue Entwicklung nach Lübeck (§39).[56] Die Vorbereitungen für die Reise dauern noch einige Tage. Am 5. Juni machen sich die Vermittler auf den Weg nach Thorn, wo sie am 8. Juni ankommen. Die große Abneigung vor dieser Reise kommt einem angesichts dieser verhältnismäßig kurzen Dauer etwas

---

[54] Später beschließt man, die Lebensmittel auf dem Wasserweg zutransportieren, während die Gesandten zu Land nach Süden ziehen wollen (§39). Wie HR II,5; 480 zeigt, war die Reise auf dem Fluß wohl eher schwierig und dauerte länger als diejenige zu Land.

[55] HR II,5; 470, S. 389, bzw. ebd. 460, 463; über Geleitfragen.

[56] HR II,5; 474, S. 390. Auch hier klagen die Lübecker über ihren langen Aufenthalt in Danzig; sie berichten aber auch, daß aus Livland die Ratsendeboten aus Reval eingetroffen seien und diejenigen aus Riga und Dorpat bald eintreffen würden. Vgl. dazu ebd. 455. Von Meidenburg mitgeteilte Neuigkeiten (und Neues über Geleitfragen wird dem Hochmeister berichtet, ebd. 473, das von diesem erteilte Geleit für den Gubernator und für preußische Städte ist auf vier Monate ausgelegt; man stellt sich also auf sehr lange Verhandlungen ein, ebd. 471); s.a. §§40–42.

übertrieben vor. Allerdings war es sicher nicht angenehm, trotz verschiedener Geleitbriefe, durch Kriegsgebiet zu ziehen.

Johann Bracht hat einige seiner Eindrücke auf dieser Reise ebenfalls in seinen Bericht aufgenommen. Sie vermitteln große Betroffenheit über die Zerstörung, die der Krieg auf dem Land und in den Städten angerichtet hat. Als die Vermittler das Ziel ihrer ersten Etappe, die Stadt Marienburg erreichen, werden sie freundlich vom dort inzwischen anwesenden Stibor von Baysen und vom gerührten Volk empfangen, das *"uppe den straten in merklikeme tale vorsammelt was, darunder mannich oge van groter vrouwde der tokumpst der erbenomeden heren radessendeboden van tranen genettet wart, ziik vorhopende enes vredes bestandes offt biifredes to makende"*. Gemeinsam mit dem Gubernator klären sie hier noch Geleitfragen für die Fortsetzung der Reise; an verschiedene Hauptleute werden Briefe geschickt, damit sie die Reisenden unbehelligt lassen (§45).[57] Am übernächsten Tag brechen sie bereits um drei Uhr früh wieder auf und begeben sich weiter nach Graudenz. Sie kommen durch viele verwüstete Dörfer und stellen fest, daß *"under den 10 mile weges nycht eyn levendich mensche, hundt noch katte en wonet, ok aldar noch eyn stucke brodes edder drunck beers to kope was"*. Abgesehen davon, daß letzteres die Reise noch unbequemer machte, als sie sowieso schon war, sind die Reisenden darüber erschüttert, daß polnische Söldner in vielen Orten übel gewütet und in Kirchen ihr Lagergut und ihre Pferde untergebracht haben (§47). Am letzten Tag ihrer Fahrt nach Thorn kommen sie durch Kulmsee, einer ehemals *"herlik wolgebuwede stad"*, deren Zerstörung *"eyn jamer was antozeende"*. Für das Mittagessen, kann man sich natürlich nicht in ein Gasthaus begeben, und so muß *"de here bisschopp to Lubeke mit der (...) stede radessendeboden dar hart vor der muren in deme schonen grase zine maeltiid"* halten. Abends um sieben Uhr kommen sie dann schließlich in Thorn an, was, wie später oft hervorgehoben wird, offensichtlich noch in einem einigermaßen guten Zustand war (§48).

Gleich am nächsten Morgen, dem 9. Mai 1464, treffen die Schiedsrichter mit dem Rat der Stadt Thorn zusammen, der für den Ärger der Gesandten über sechs Wochen ergebnislosen Aufenthalt in Preußen Verständnis zeigt (§49). An den darauffolgenden Tagen werden Vorbereitungen getroffen, um bald in Thorn mit Gesandten des Ordens wie des polnischen Königs über den Ort der Friedensverhandlungen zu beschließen. In diesem Sinne soll an den Bischof von Leslau ein Brief geschickt werden, was sich allerdings erübrigt, da seine Boten bereits einen Tag später selber zur Stelle sind und dessen umständliche Entschuldigungen für die Verzögerungen überbringen (§§50f). So

---

[57] HR II,5; 476f, 443,§46.

wird nur noch ein Schreiben an den Ordensgesandten Bernd von Zinnenberg in Kulm geschickt, damit er veranlasse, daß sich weitere Vertreter des Ordens bis zum 15. Juni bei ihm einstellen (§52).[58] Man habe sich inzwischen hierher nach Thorn begeben, um nicht durch die Anwesenheit in Kulm oder Bromberg den Verdacht der Parteilichkeit zu erwecken. Die Tatsache, daß König Kasimir über den Aufenthaltsort der Schiedsrichter befunden hat und nicht sie selber, verschweigen sie dem Ordensmann lieber, denn er könnte darüber verärgert sein, daß sich die Unparteiischen nach den Wünschen des Polenkönigs richten. Zinnenberg zeigt sich kooperativ, und die Ordensgesandten waren schon vor den Toren Kulms, als er seine Antwort nach Thorn schickt (§53,55).[59] Daraufhin wird dem Bischof von Leslau übermittelt, nun solle er oder Gesandte von ihm zu ihnen kommen, um mit den Ordensleuten hier zusammenzutreffen. Auch dieser sendet postwendend eine positive Antwort (§§56,58).[60] Sind die Polen bereits auf dem Weg nach Thorn, müssen die in Bromberg befindlichen Ordensgesandten am 15. Juni noch von einigen Lübeckern zur Reise in diese Stadt überredet werden. Diese wollen nämlich ungern nach Thorn kommen, weil sie Angst vor einem Überfall duch Polen haben; deshalb möchten sie lieber in Schwetz verhandeln. Schließlich raffen sie sich aber doch dazu auf, der Stadt Lübeck *"to willen unde to leffmodicheid"*, aber sie wollen dafür auch in einer schönen Herberge untergebracht und mit gutem Essen versorgt werden (§57).

Mit einem Tag Verspätung, am 16. Juni, beginnen dann endlich die Verhandlungen. Mit schier unglaublicher Geduld haben es die Vermittler jetzt also wenigstens schon einmal soweit gebracht, daß über den Ort der Friedenstagfahrt verhandelt werden kann. Die Ausführlichkeit des Berichtes läßt auch den heutigen Leser noch mit den Ratsendeboten mitleiden, die mit den insgesamt doch recht unkooperativen Abgeordneten beider Parteien in langwierigen Gesprächen um jeden kleinsten Schritt in Richtung Verhandlungsbeginn feilschen mußten. Johann Bracht hat seine Ausführungen ja sicherlich für den Lübecker Rat niedergelegt, der überprüfen wollte, ob das Geld, was die Gesandtschaft nach Preußen kostete, denn auch gut angelegt war, oder ob die Sendeboten sich unnötigerweise lang in der Ferne aufhielten und übermäßig viele Spesen machten. Dies würde erklären, warum an jeder denkbaren Stelle die Mühe und der Wert der Arbeit der Vermittler und der Dank, der ihnen dafür zuteil wurde, hervorgehoben wird. Eine besonders angenehme Aufgabe war die Vermittlung im dreizehnjährigen Krieg auf alle Fälle

---

[58] HR II,5; 482, S.393.

[59] HR II,5; 483f, S.393.

[60] HR II, 5; 485, 486, S.393f. Zur gleichen Zeit kommt in Thorn auch ein Brief des Hochmeisters an die Lübecker an, der ebenfalls Einverständnis mit der Aufnahme von Verhandlungen über den Versammlungsort signalisiert, ebd., 478, S. 392.

nicht. Letztlich zwangen die Schiedsrichter aus dem Westen und aus Livland Gegner zu gemeinsamen Gesprächen, die sich überhaupt nicht unterhalten wollten. Dies wird nicht erst in den Friedensverhandlungen, sondern auch jetzt schon in der Entscheidung der Ortsfrage deutlich. Für letztere war die Kraft und der Einfluß der Vermittler immerhin noch ausreichend, um zu einer Einigung zu kommen.

Zunächst trägt der Lübecker Bischof der Versammlung vor, was sich bislang zugetragen hat und worum es nun geht. Die anwesenden Ordensgesandten machen daraufhin einen ersten - indiskutablen - Vorschlag. Die Vermittler sollen mit ihnen nach Kulm kommen; die Polen sollen sich teils in Schwetz, teils in Bromberg aufhalten. Die Antwort der Sendeboten Kasimirs ist natürlich negativ; ihr König wäre mit einer solchen Verteilung sicherlich nicht einverstanden. Wie bei Verhandlungen über frühere Fehden zwischen Orden und Polen solle man vielmehr wieder nach alter Gewohnheit in Polen zusammenkommen. Den Ordensleuten werden drei Städte angeboten, in die sie sich begeben könnten, nämlich Brzesc, Oldenleslau oder Bromberg (§60).

Am nächsten Tag kommt Stibor von Baysen zusammen mit weiteren polnischen Gesandten und denen von Elbing in Thorn an, und außerdem erreicht wieder ein Schreiben des Hochmeisters die Lübecker (§61).[61] Ludwig von Erlichshausen entschuldigt sich hierin für das Ausbleiben seiner restlichen Bevollmächtigten zur Tagfahrt am 15. Juni und bittet, die Polen, falls sie ungehalten darüber wären, zu beruhigen. Um zu einem Frieden zu gelangen, sei er im Übrigen bereit, selber zu den Friedensverhandlungen zu kommen, wenn er Geleit erhalten könne. Die Gespräche vom Vortag werden derweil fortgeführt. Der Gubernator allerdings spricht den Vermittlern ihre Zuständigkeit bezüglich der Entscheidung über den Verhandlungsort ab. Diese wollen sich aber nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen und berufen sich auf Kasimirs Verfügung, daß alle Beteiligten über diese Angelegenheit entscheiden sollen. Ansonsten kommt man einer Entscheidung keinen Schritt näher (§62).

Aus diesem Grund drängt der Lübecker Bischof am 18. Juni, daß nicht immer mehr Zeit vergeudet werden solle. Die Vermittler machen nun den Vorschlag, daß Thorn als Verhandlungsort doch am besten geeignet sei, weil viele schon an Ort und Stelle wären und *"yd ziik nicht wol vinden wolde in deme velde in der sunnen to degedingende"* (wobei man ja noch nicht einmal weiß, wie das Wetter wird). Die verfeindeten Parteien machen wieder Gegenvorschläge. Die polnischen Gesandten sowie die Vertreter der preußischen Städte wollen, daß man sich in einer der drei o.g. Städte in Polen versammelt, während die Abgeordneten des Ordens die Zusammenkunft auf preußischen Boden

---

[61] HR II,5; 479, S. 392.

wünschen. Sie schlagen Graudenz als Verhandlungsort vor, welches für die Städte ein guter Aufenthaltsort wäre, weil es gut erreichbar sei und man Lebensmittel dort kaufen könne; sie selber würden es vorziehen, in Kulm oder Marienburg (!) untergebracht zu werden. Schließlich antworten die Polen auf sämtliche Vorschläge negativ. Man sei weder mit Graudenz noch mit Schwetz oder Thorn als Tagfahrtsort zufrieden; aus mehreren Gründen wünschte man nicht, daß in Thorn Ordensgesandte anwesend sind. Die Versammlung an diesem 18.6. schließt mit dem Antrag der Schiedsrichter, sich weitere Möglichkeiten zu überlegen (§63).

Die polnischen Gesandten machen tags darauf einen weiteren Vorschlag, der ebenso wie der letzte großes Entgegenkommen vermissen läßt. Hat man gestern bereits vorgeschlagen, in polnischen Städten zu tagen, was den Ordensleuten nicht angenehm war, äußert man sich nun folgendermaßen: *"wowoll dat se doch ungerne wolden staden, dat des heren homesters volk mochte liggen to Dybouw edder Nessouw genomet over der Witzele belegen, so wolden se dat doch umme leeffmodicheid willen (...) bewillen"*. Auf dieses großzügige Angebot hin meinen die Ordensleute, daß es ihnen nicht recht sei, sich im Gebiet der Feinde aufzuhalten, aber auch Thorn passe ihnen nicht. Nach diesem nutzlosen Austausch abwegiger Vorschläge bitten die Ratsendeboten die polnischen Gesandten, eine weise Entscheidung zu treffen. Das Scheitern der Verhandlung solle doch möglichst verhindert werden, da man acht Wochen lang Mühe und Geld in diese Angelegenheit hineingesteckt habe. Deshalb sollten sie *"de gude meninge"* der Städte befürworten und sich zu Gunsten Thorns entscheiden. Diese Stadt sei als einzige noch in gutem Zustand. Es ließen sich auch Mittel und Wege finden, die Zahl der Ordensangehörigen in der Stadt zu begrenzen und deren Anwesenheit dadurch für die Polen erträglicher zu machen. Alle anderen Vorschläge seien, wie man gesehen habe, für die Gegenseite nicht akzeptabel.

Widerwillig lenken die Polen ein und erklären sich mit der Aufnahme von 40 Ordensgesandten und ihren Pferden in Thorn einverstanden (§64).[62] Ihr großes Mißtrauen beweist die Betonung, daß die Ordensleute in der Stadt keine Beschädigungen hinterlassen und keine Zwietracht sähen dürfen.

Die Einigung für einen Versammlungsort, der beiden Parteien nicht besonders angenehm war, war sicherlich ein kluges Vorgehen, da man nie eine Lösung gefunden hätte, die beiden recht gewesen wäre. Von ihrem Erfolg in der Entscheidung der Ortsfrage berichten die Lübecker ihrer Heimatstadt am 20. Juni, dem Tag, an welchem nun

---

[62] Niederlegung des Beschlusses in ein Schriftstück, HR II,5; 489, S.394.

auch die Gesandten Rigas und Dorpats in Thorn eintreffen (§§65f).[63] Diejenigen Revals halten sich zu dieser Zeit in Kulm auf. Am 21.6. kommen zusammen mit dem Bischof von Leslau weitere Gesandten König Kasimirs an; nach einem Tag in Polen sollen die letzten in Bälde nachkommen. Kurz danach, in einer Versammlung überbringt der Bischof in langen Reden - auf Polnisch, da Lateinisch zuwenige beherrschten - die Grüße seines Königs und seinen Dank an die Vermittler. Sein Lübecker Kollege antwortet ihm daraufhin, es sei für sie der größte Dank, wenn es zu einem Friedensschluß käme (§69). An dem darauffolgenden Tag treffen die Ordensgesandten aus Kulm ein (§74), übergeben einen Brief des Hochmeisters, und es wird eine erste Versammlung mit den Vermittlern vereinbart (§75).[64]

Nun, wo die Mehrzahl der Abgeordneten aller Parteien eingetroffen waren, hätte die Verhandlung über den eigentlichen Gegenstand der Tagfahrt eigentlich endlich einmal beginnen können, statt dessen gab es immer wieder neue Schwierigkeiten, die aus dem Weg geräumt werden mußten, bevor man *in medias res* gehen konnte. Es drängt sich auch der Verdacht auf, daß Polen wie Ordensleute immer wieder nach neuen Hindernissen für die Verhandlungen suchten, um herauszuheben, wie gnädig es war, daß sie überhaupt zur Tagfahrt erschienen waren.

So muß Bracht berichten, daß bis zum 1. Juli noch über verschiedene Themen gestritten wird. Die Ordensgesandten sind nicht damit einverstanden, daß sie nur mit so wenigen Vertretern in Thorn verweilen dürfen; sie wollen zunächst 20 Leute mehr bewilligt haben und fordern, nachdem die Polen ihnen dies aus Gutmütigkeit zugestanden haben, noch 15 weitere in die Stadt einzulassen, was dann aber entschieden abgelehnt wird (§§76,77,79). Des weiteren wollen sie, ebenso wie der polnische König, Kläger in der ganzen Angelegenheit sein. Zunächst hatte man dies Kasimir zugesagt, weil er der Höherstehende sei. Die Vermittler entscheiden, daß beide Seite Klagen vorbringen dürfen (§§77,86). Sicherlich sinnvoll ist der Beschluß über die Frage, ob die Parteien *"clage und ansprake in jegenwardicheid eres wedderdeels don scholden edder nicht"*. Man vereinbart, daß jede Abordnung einen eigenen Raum im Thorner Rathaus zur Verfügung bekommen solle (§77). Ein persönliches Zusammentreffen soll also vermieden werden. War diese Regelung auch nicht unüblich, so zeigt sie doch, wie groß die Gegensätze

---

[63] HR II,5; 488, S.394; sie halten es wieder für notwendig, zu betonen, daß sie an den Verzögerungen unschuldig sind. Die livländischen Städte erreichen bald, daß sie als Unparteiische an den Gesprächen teilnehmen dürfen (§71); auf diesen wichtigen Punkt gehe ich später noch genauer ein.

[64] Bei dem hier genannten Brief kann es sich nicht um die Quelle handeln, die v.d. Ropp hier angibt, denn diese ist die Erklärung der Ordensgesandten, mit der Entscheidung der Ortsfrage einverstanden zu sein; HR II,5; 490, S.395.

zwischen Orden und Polen gewesen sein müssen, weil man beiden Seiten nicht zutraute, konstruktive Gepräche mit der anderen zu führen. Besonders ärgerlich ist der Streit um die Gültigkeit der Machtbriefe. Haben die Vertreter des Ordens die ihrigen vorerst nicht dabei - sie werden aber bald von Kulm aus nachgereicht - (§77) wollen diejenigen des Polenkönigs sie nicht anerkennen, weil sie nicht auf Lateinisch abgefaßt seien. Drei Tage werden durch Diskussionen verschwendet, bis sich die Ordengesandten dazu entschließen, zum Hochmeister zu schicken, um neue, lateinische Vollmachten anzufordern (§81).[65] Diese Maßnahme forderten die Polen sicher nur, um den Orden in Mißkredit zu bringen. Es gab bestimmt so viele unter den polnischen Gesandten, die Deutsch konnten, wie solche, die das Lateinische beherrschten; der Bischof von Leslau hatte gar bei seiner Ansprache einige Tage zuvor gesagt, er redete lieber auf Polnisch und lasse dann dolmetschen, als daß er Lateinisch spräche, was zuviele nicht verständen.[66] Die Vermittler ließen es aber nicht zu, daß sich die Verhandlungen verzögerten, bis die Machtbriefe eintrafen.

Nachdem letzterer Beschluß gefaßt war, verkünden am 30. Juni die Vermittler, daß man nunmehr zur *"hovetsake"* kommen könne. Zu Beginn der Tagfahrt solle in einer feierlichen Messe die Hilfe Gottes, zum Gelingen des Friedensvorhabens angerufen werden. Nachdem am 1. Juli die polnischen Gesandten mit dem Bischof von Leslau von der o.g. Tagfahrt in Polen wieder eintreffen, beginnt der Kongreß am 3. Juli mit der Verhandlung (§§ 87, 88, 89).[67]

---

[65] Deutsche Vollmacht, datier auf den 12. Juni 1464, HR II,5; 481, S. 392f.

[66] HR II,5; 443, §68. Nicht einmal der hier ebenfalls anwesende Komtur von Elbing konnte Lateinisch, s. LIV UB 11, 831; vielleicht war das Verlangen der Polen auch davon intendiert, die geistliche Korporation, die nur zum Teil des Lateinischen mächtig war, lächerlich zu machen.

[67] Nachrichten über die Verhandlungen berichten die anwesenden Danziger und Lübekker ihren Heimatstädten, HR II,5; 492f, S.395f.

2.5.4.3. Die Friedensverhandlung

Von verschiedenen Feindseligkeiten seitens der Thorner Bürger gegenüber den Gesandten des Deutschen Ordens letztlich unbeeinträchtigt,[68] werden in der ersten Versammlung der Polen mit den Vermittlern die Klagen von König Kasimirs Seite vorgetragen (§89).[69] Darin wie auch in der Replik des Ordens geht es v.a. um den Anspruch auf die Gebiete Kulmer Land, Michelau und Pommern. Zu Beginn der Eingabe stellen die Polen heraus, daß sie sich zu keinen weiteren Beweisen ihrer gerechten Forderungen verpflichtet sehen. In langen Ausführungen beschreiben sie, daß das besagte Land seit alters her zum polnischen Reich gehöre; von Polen sei es kultiviert, besiedelt und benannt worden. Lange bevor der Deutsche Orden hierher gekommen sei, sei ihr Monarch christlich gewesen. In Anerkennung der Wohltaten durch den Papst habe man seit langen Zeiten den *"denarium sancti Petri"* gezahlt, was oftmals schriftlich bestätigt worden sei; leider könne man aber aus verschiedenen Gründen keine solchen Dokumente vorlegen. Alle Gebiete, die eine solche Abgabe zahlten, gehörten deshalb automatisch zum polnischen Reich und müßten auch weiterhin dazu gehören. V.a. das Kulmer Land und die Michelau habe der Orden dagegen ohne jedes Recht dem Reich Polen entfremdet, jahrelang besetzt gehalten und habe hier wie in Pommern gewalttätig gegen polnische Soldaten und Untertanen gewütet. Papst Johannes XXII. habe den Orden dafür verurteilt. Als Reaktion darauf sei dieser zu den Waffen gegangen, anstatt den polnischen König als rechtmäßigen Herren der Länder anzuerkennen. Dieses Reich hätten sie durch Überfälle ihrer Söldner geschädigt, während König und Fürsten Polens Kriegszüge gegen die ungläubigen Barbaren geführt hätten. Schließlich hätten sie die Ritter, Edlen und Bürger des Landes durch ihre ungerechte, und tyrannische Herrschaft dazu getrieben, sich dem *"jugo injusti et usurpati dominii"* zu entziehen und sich dem *"justo domino et vero heredi"* ihres Heimatlandes wieder untergeben. Leicht sei diese Rückkehr in das polnische Reich vollzogen worden, weil sich der natürliche Zustand einer Sache gerne wiederherstelle. Aus ihren Ausführungen sei nunmehr eindeutig festzustellen, daß der polnische König gerechten Anpruch auf die drei genannten Länder habe, und man bittet daher die Schiedsrichter, ihnen diese zuzuerkennen, Meister wie Orden *"perpetuum silencium imponendo"*.

Dies sind nun freilich schwere Vorwürfe, die hier gegen den Orden ins Feld geführt werden. Nicht genug, daß er der Usurpation angeklagt wird, er soll auch den

---

[68] HR II,5; S.334, Anm.3 und 335, Anm.2.

[69] HR II,5; 444, S.367-374.

polnischen König bei dessen Kampf gegen Ungläubige gestört haben, was doch eigentlich seine eigene Aufgabe gewesen wäre. Sogar der Papst, der oberste Herr ihrer Korporation, soll angeblich gegen sie und für die Polen eingenommen gewesen sein. Es fällt schwer, diesen Anklagen Glauben zu schenken, und das nicht nur, weil für den Nachweis einer päpstlichen Abgabe keine schriftlichen Dokumente erhalten sind, wobei dies sehr peinlich ist, wenn man damit etwas beweisen will. Dem Orden fiel es nicht schwer, die hier vorgebrachte Vorwürfe zu entkräften, wie wir bald sehen werden. Aber letztlich ging es hier nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Möglichkeiten für die Einigung. Obwohl die Antwort des Ordens wesentlich überzeugender erscheint, nützte es ihm nichts, selbst wenn er in dieser Angelegenheit Recht auf seiner Seite hatte (was auch die Verfasserin nicht entscheiden will).

Nachdem sich die Schiedsrichter diese Eingabe angehört haben, wie auch die Versicherungen des Gubernators, der nochmals die Notwendigkeit des Abfalls beteuerte und anbot, Beweise zu liefern, äußern sie sich zunächst sehr ausweichend. Sie seien als gute Mittler *"tor stede nicht gekomen (...), umme sodane twistige zake rechtes wiise to vorschedende, mer uthe beider parthie clage unde tosprake wolden se (...) nemen, wes ziik to vrede unde gnaden denen mochte"* (§90). Es wird dann nach den Gesandten des Ordens geschickt, denen man nach dem Mittagessen (vielleicht, um ihnen nicht den Appetit zu verderben) die Artikel, die die Polen aufgestellt haben, vortragen will. Sie sind verwundert, diese zu hören, und sie kommen ihnen *"unredelik unde unlimplick"* vor. Für den nächsten Tag versprechen sie eine Gegendarstellung (§91).

Am nächsten Morgen um sechs Uhr tragen die Abgeordneten ihre Replik vor (§93).[70] Gegen das Argument, daß das Land seit Urzeiten polnisch besiedelt und benannt, sei führen die Ordensleute an, daß das Gebiet sowieso erst nach und nach besiedelt worden sei und man gar nicht sagen könne, wer dort zuerst gewesen sei. Die Abgabenzahlung an den Papst, als Beweis für die Zugehörigkeit zum polnischen Reich, lassen sie ebenfalls nicht gelten. Derlei Zahlungen würden aus verschiedensten Gründen von allen möglichen Ländern und Städten geleistet, auch zum Beispiel in England oder Österreich. Der Verdacht, man sei nur in den Osten gekommen, um hier Fürsten ihrer Länder zu berauben, sei gegen jede Vernunft; warum hätte man sich wohl damals - als *"novella plantatio"* - so weit entfernen sollen, um hier Raubzüge zu unternehmen. Tatsächlich sei der Orden vom Herzog Masowiens zur Christianisierung und Befriedung der Preußen ins Land gerufen worden, was ihm gelungen sei. Darum habe ihnen besagter

---

[70] HR II,5; 445, S.374-379. Vergleicht man dieses Dokument mit der Darstellung Brachts, stellt man mit Genugtuung fest, daß dessen Darstellung sehr authentisch ist, zumindest in diesem Falle. Da aber Nr. 445 noch ausführlicher ist, sei hier darauf Bezug genommen.

Herzog das gesamte Kulmerland geschenkt, was ihnen vielemale von Papst und Kaiser bestätigt worden sei. Das Gebiet Preußen sei ihnen überdies vom Papst zugestanden worden. Pommern dagegen hätten sie rechtmäßig dem Markgrafen von Brandenburg im Jahre 1310 abgekauft, was ebenfalls vom Kaiser bestätigt worden sei. Das Urteil von Johannes XXII. sei nichtig aus verschiedenen Gründen, die hier genauer ausgeführt werden. Einen Krieg hätte man 1335 beendet durch den Schiedsrichterspruch der Könige von Ungarn und Böhmen, der dem Orden die umstrittenen Gebiete zuerkannt, und habe auch beim (Ersten) Thorner Frieden 1411 sei in diesem Sinne entschieden worden. All diese Beschlüsse und Vereinbarungen seien immer wieder von höchster Stelle bestätigt worden. Dann gehen sie auf den Abfall des Preußischen Bundes ein. Hier meinen sie sich im Recht zu befinden, da der Kaiser selber in ihrem Sinne entschieden habe. Auch hätten unter anderem die Schiedsrichter doch immer Nutzen von der friedlichen Regierung des Ordens gehabt, was für seine Untertanen nicht anders gewesen sei. Es sei daher klar erkennbar, ob die Ordensherren *"tiranni aut pocius patresfamilias"* gewesen seien. Nach weiteren Ausführungen beschließen die Abgeordneten ihre Eingabe mit dem Hinweis, daß der rechtmäßige Besitz der Ländereien auch dadurch erkennbar sei, daß man sie mit schönen Burgen und Städten ausgeschmückt habe, *"faciendo de non terra terram, de non populo populum"*, und daß man dieses Volk immer mit väterlicher Frömmigkeit begleitet und beschützt habe.

Bei diesem Dokument fällt auf, daß die Argumentationsweise wesentlich geschickter ist, und sich der Orden auch auf mehr Urkunden und Rechtstitel stützen kann. Seine Darstellung könnte also durchaus näher an der Wahrheit sein als die der Polen. Sicherlich ist aber auch der Deutsche Orden nicht so unschuldig und rein, wie er sich hier darstellt; dies ist bereits aus den anfangs in Punkt 1. geschilderten Vorgängen ersichtlich. Für Familienväter waren die Gebietiger des Ordens entschieden nicht liebevoll genug, bzw. an der Förderung ihrer Kinder weniger interessiert als an ihrer eigenen. Die Schiedsrichter, die sie mit den zuletzt gemachten Äußerungen umgarnen wollten, waren diesbezüglich entweder anderer Meinung oder aber tatsächlich neutral, wie dies ihr Amt verlangte. Mit ihrer Bemerkung, daß sie nicht über Recht und Unrecht in dieser Angelegenheit entscheiden wollten, drückten sie sich um eine Stellungnahme, die ihnen aber vermutlich auch schwer gefallen wäre. Denn einerseits wußte man noch nicht, wie sich die neuen Herrschaftsverhältnisse in Friedenszeiten auf die Durchsetzung ihrer Interessen auswirken würden, man konnte also auch nicht sagen, ob es schlechter sein würde, mit dem polnischen König als mit dem Orden zu tun zu haben. Andererseits war der Orden schließlich auch Handelskonkurrent gewesen, der viele Machtmittel in der Hand gehabt hatte, mehr als Danzig, trotz seiner Bevorzugung durch Kasimir oder seine Nachfolger, je beanspruchen konnte.

Donnerstag, den 5. Juli, befinden sich wieder alle Parteien in ihren Konferenzräumen. Den Polen wird die Antwort der Ordensvertreter überbracht, und die Schiedsrichter fügen gleich hinzu, daß sie *"yd dar nuu bii wolden bliven laten"*. Kasimirs Abgeordnete verlangen aber noch eine schriftliche Fassung der vom Orden vorgebrachten Artikel, welche sie auch erhalten und wozu sie sich am 7.7. äußern wollen (§95f). Wie nicht anders zu erwarten, weisen sie die Argumente der Gesandten des Hochmeisters alle zurück. Die Vermittler, die der Diskussion überdrüssig sind und sie mit viel Geduld angehört haben, obwohl sie überflüssig gewesen sei, wie der Lübecker Bischof betont, lehnen es nun ab, eine Gegenrede nach der anderen zu übermitteln. Auch den Ordensleuten wird gesagt, daß dies zu lange dauern würde und daß man jetzt doch endlich zur Hauptsache kommen solle (§97f). Das resolute Vorgehen erweist sich als wirksam. Die Vertreter des Ordens sind mit der Forderung der Schiedsrichter einverstanden, wenn diese die von ihnen dargestellte Rechtssituation mit in ihre Überlegungen einbezögen, obwohl sie ganz offensichtlich mehr Schaden als die Polen erlitten hätten (§99). Die Gegenseite sagt nach längerer Beratung, sie wolle dem Frieden dann nicht entgegen stehen, wenn *"dat land van den crucigeren gerumet"* werde und Geld, welches dem polnischen König zustehe, bezahlt werde. An diese nicht eben gemäßigte Forderung schließen sich lange Gespräche an, in denen schließlich beschlossen wird, einen Ausschuß für die Ausarbeitung des Friedens zusammenzustellen. Dieser solle aus 19 Personen bestehen, nämlich sechs von jeder Partei und den Schiedsrichtern und dem Bischof von Leslau. Mit der auf diese Weise verminderten Anzahl von Beteiligten hofft man schneller zu einer Einigung kommen zu können (§100).

Die Entscheidung, einen Ausschuß zu bilden, wirft einige Überlegungen auf. Nicht nur bei derart verfeindeten Gruppen war und ist es sinnvoll, mit wenigen kompetenten Leuten zusammenzuarbeiten. Dies ist, wie man sieht, eine Einsicht, die auch damals nicht neu war; auch der Reichstag arbeitet wenig später genauso. Die Schiedsrichter waren deshalb auch gar nicht so zahlreich. Trotzdem reisten die beiden kriegführenden Parteien in vielen Gruppen und unzähligen Begleitern nach Thorn. Wie wir gehört haben, waren die Gesandten des Ordens nicht damit zufrieden, lediglich mit 60 Personen in Thorn verweilen zu dürfen, sie wollten mindestens 75. Bei den Vertretern Kasimirs verliert man völlig den Überblick. Es ist nicht zahlenmäßig aufgeführt, wieviele Leute für den polnischen König in Thorn anwesend waren; in mehreren Schüben treffen immer wieder welche ein. Mehrere Gründe müssen ausschlaggebend gewesen sein:

1. Die Anreise von so vielen Gesandten war sicher Ausdruck eines großen Sicherheitsbedürfnisses; in einer großen Gruppe konnte man sich von verräterischen Übergriffen weniger gefährdet fühlen; drei oder vier Gesandte zu überwältigen oder zu ermorden war schwieriger, als 60.
2. Natürlich sind Prestigegründe ausschlaggebend; ein Grüppchen von vielleicht zehn

Leuten macht wenig Eindruck und läßt vermuten, daß derjenige, der sie ausgesandt hat, nicht besonders mächtig oder erhaben sein kann.

3. Man hofft eventuell, daß von vielen Personen auch viele Argumente für die gemeinsame Sache vorgebracht werden und man die Schiedsrichter eher von seinem Standpunkt überzeugen könnte.

In jedem Falle war die Abordnung derartiger Massen zum Friedenskongreß eigentlich eine ungeheuere Geldverschwendung. Für all die vielen Gesandten mußten Unterkunft und Verpflegung für lange Monate bezahlt werden und das, obwohl nun letztlich nur 19 Personen über den Frieden entscheiden sollten.

Vom 8. bis zum 12. Juli wird nunmehr über die *hovetsake* verhandelt. Beide Parteien machen mehr oder minder abwegige Vorschläge für eine Einigung, wobei sich die polnischen Gesandten als die weniger kompromißbereiten herausstellen. Die Vermittler tragen ihrerseits mögliche Lösungen vor, die aber abgelehnt werden. Immer wieder bitten sie, daß man sich doch weiter bemühen und weitere Vorschläge überlegen solle. Zunächst bieten die polnischen Abgeordneten an, daß sie Kasimir dazu bewegen wollten, daß er den Orden nicht an seiner Aufgabe, gegen die Türken ins Feld zu ziehen, hindern werde, wenn dieser die umstrittenen Gebiete räume. Auf dieses schier unglaublich entgegenkommende Angebot antworten die Gesandten des Hochmeisters selbstverständlich völlig ablehnend, halten es für Hohn und Spott (§101). Daraufhin äußern die Schiedsrichter erstmals die Empfehlung, jeder solle bei dem bleiben, was er derzeit in Besitz habe (§102). Am 9. Juli wird dieser Vorschlag seitens der Polen mit dem zutreffenden Argument abgelehnt, daß dann unweigerlich weiterhin Zwietracht und Fehde herrschen würde, weil die Gebiete, Schlösser und Städte, die beide innehätten, direkt aneinandergrenzen und verstreut lägen (§104). Ein weiterer Entwurf der Schiedsrichter, der sich allerdings sehr umständlich anhört, wird offenbar gar nicht diskutiert. Er sieht einen Waffenstillstand vor für 20 Jahre, während derer über einen endgültigen Frieden verhandelt werden solle. In einem komplizierten Verfahren sollen Schiedsrichter über Recht und Unrecht zwischen Orden und Polen entscheiden (§103). Die Vermittler sehen durch eine solche Lösung die Umwandlung des heißen in einen kalten Krieg vor, der für ihre Kaufleute wesentlich ungefährlicher wäre.

Die polnischen Vertreter äußern an diesem Tag außerdem ihre Bedenken, daß sich der Orden nicht an die Beschlüsse halten würde, die man vereinbart, er überdies auch nicht in der Lage wäre, seine Söldner unter Kontrolle zu halten. Auf diese Weise angegriffen, gibt der Orden zurück, er habe damals nicht den Beifrieden gebrochen, und man habe sehr wohl genügend Macht über seine Soldaten (§103). Schließlich schlägt die polnische Gesandtschaft noch eine weitere Lösung vor. Man wolle ja den Orden nicht gänzlich aus dem Land vertreiben. Dieser solle daher die drei Gebiete räumen, aber im

Samland, *"dat denne eyn gud nutte unde fruchtbar land were"*, bleiben dürfen, wenn er es als Lehen vom polnischen König annähme und ihm einen jährlichen Zins dafür leiste. Dies *"duchte den schedesheren unde middlers to swar un unbevellich"*, sodaß sie diesen Entwurf gar nicht erst weiterleiten wollen (§104).

In sehr abgeschwächter Form überbringen sie Reste des Vorschlages am nächsten Tag den Ordensleuten. Wenn sie auf die drei Gebiete verzichten würden, so könne man über Preußen eventuell noch verhandeln. Als darauf keine endgültige, eindeutige Antwort kommt, werfen die Polen ihren Gegnern vor, sie seien überhaupt nicht zum Frieden geneigt. Wiederum bitten die Vermittler um neue, annehmbare Möglichkeiten (§106). Weil kein neuer Entwurf vorgestellt wird, unterbreiten sie ihrerseits einen neuen Vorschlag. Der Orden solle Kasimir ganz Pommern, Thorn, Elbing und Marienburg übergeben, wofür ihnen der König einen Ersatz geben soll, der ihm *"limplik"* vorkomme. Den Vermittlern zuliebe, so sagen die polnischen Abgeordneten, gehe man auf diesen Vorschlag insofern ein, als man dem Orden das Samland bis hinunter nach Brandenburg und Balga überlassen werde - obwohl ihr König auch darauf Anspruch hätte - wenn das Kulmer Land, Michelau und Pommern ihm zugestanden werde. Wenn dies der Orden ablehne, werde der Krieg weitergehen, bis die Brüder ganz aus dem Land vertrieben seien (§107).

Die Ordensleute sind aber nicht bereit, Gebiete abzutreten, die der Korporation seit über 200 Jahren gehörten. Sie bieten an, über die Sache in Rom beim Papst entscheiden zu lassen; wenn dieser Kasimir Recht geben werde, sei der Orden bereit, dies zu akzeptieren (§108). Dieser Vorschlag ist nun auch wiederum indiskutabel. Der Papst wäre in dieser Angelegenheit alles andere als ein unparteiischer Richter. In einem nächsten Gespräch mit den Polen, die betonen, sie hätten genug angeboten, bitte sie der Bischof aus Lübeck, noch weiter zu überlegen, damit die ganze Sache nicht scheitere. Wenn dies nicht möglich sei, solle man sie doch nach Hause fahren lassen (§109).

Am Morgen des 11. Juli sind wieder alle versammelt. Die Parteien werden um kurze Stellungnahmen gebeten. Die bisherigen Entwürfe werden diskutiert, aber anstatt sich näher zu kommen, beschimpfen sich die Gegner mit ihren alten Vorwürfen. Ein letztes Mal erneuern die Polen ihren Vorschlag, der Orden alle drei Länder mit ihren wertvollen Städten dem König überlassen und den Rst von diesem als Lehen empfangen (§111). Aber nun wollen die Vertreter des Ordens nichts mehr sagen, ohne sich vorher mit ihren Brüdern in Kulm zu beraten. So viel könnten sie nicht ohne Rücksprache beschließen. Sie schicken zwei ihrer Gesandten los, den Komtur von Elbing und den Graf von Henneberg, womit die Polen *"nicht woll tovreden"* sind (§112).

Damit hatte der Orden bei der Verhandlung resigniert. Die Vorstellungen, mit denen er zum Kongreß erschienen war, konnte er nicht durchsetzten. Dazu kam es, weil nicht zuletzt die Vermittler dem polnischen Standpunkt geneigter waren. Keine Lösung, die sie vorschlugen, sah vor, daß die wichtigen drei Gebiete mit den Städten Danzig, Thorn, Elbing und Marienburg, dem Deutschen Orden zugeschlagen wurden. Schon kurz nach der Ankunft der Schiedsrichter in Preußen hatten die Danziger bei vorbereitenden Gesprächen geäußert, sie wollten ihren König bereden, den Orden mit *"etlikem gelde unde stucke landes"*, welches günstig gelegen sei, abzufinden (§9). In dieser Richtung sollte denn auch vermittelt werden und wurde vermittelt. V.a. Danzig sollte unter Kasimirs Herrschaft bleiben. Aus diesem Grund wollten die Schiedsrichter sich nicht über Recht und Unrecht äußern, denn eine solche Diskussion hätte den Abfall nach dem Kaiserlichen Urteil gegen den Preußischen Bund als Argument für den Orden in die Waagschale geworfen und hätte einer Widerlegung der Ordensreplik bedurft, die schwer zu leisten gewesen wäre. Hätten die polnischen Gesandten *limplikere* Vorschläge gemacht, hätte die Friedenstagfahrt zum Erfolg führen können; so aber mußten die Bemühungen der Schiedsrichter scheitern.

In den nächsten Tagen bis zum 22. Juli, an dem die Schiedsrichter wieder nach Danzig abreisten, nehmen die zähen und unerquicklichen Gespräche ihren Lauf. Die beiden Ordensleute, die nach Kulm reisten, treffen peinlicherweise niemanden mehr dort an, mit dem sie sich beraten könnten. Die dort befindlichen Ordensleute abgereist oder haben sich krank gemeldet. Eigentlich, so sagen daraufhin die Gesandten des Hochmeisters in Thorn, wolle man sowieso über derart wichtige Dinge mit Ludwig von Erlichshausen persönlich sprechen (§113). Dies, so beschweren sich die Polen, seien doch nur Ausreden. Der Hochmeister hätte seinen Gesandten genügende Vollmachten geben müssen, man sei dem Orden so weit entgegen gekommen (§114). Die Abwesenheit der beiden Gesandten empfinden sie als Beleidigung für sich und die Vermittler; überdies hätte sich der Hochmeister sowieso besser in die Nähe Thorns begeben sollen, wie König Kasimir dies getan habe, *"daruth men irkennen mochte, welk part in der zake brokhafftich befunden worde"*. Den Ordensgesandten nutzt ihre Verwahrung gegen diese Vorwürfe nichts (§115). Am 14. Juli werden all die Schuldzuweisungen wiederholt. Jede Partei für sich entschuldigt sich bei den Vermittlern und dankt ihnen für ihre Mühe. Die Vertreter des Hochmeisters sagen sogar noch zu, daß der Orden, falls es noch zu einem Frieden kommen sollte, König Kasimir als *"protectorem unde beschermer erer lande"* akzeptieren und ihm dafür jährlich Geld zahlen würde. Noch mehr Blöße könne sich der Orden aber nicht geben. Man werde sich nun wieder nach Kulm begeben (§117).

Die Schiedsrichter, welche betonen, sie hätten ihre Arbeit gerne und fleißig genug getan, trügen auch keine Schuld daran, daß kein Friede bislang zustandegekommen sei.

Sie gehen nun dazu über, sich vorerst um ihre eigenen Interessen zu kümmern. In diesem Sinne bitten sie die Ordensleute, den Kaufmann auf der See unbehelligt zu lassen, der in dem Krieg, mit dem er doch gar nichts zu schaffen habe, oft geschädigt worden sei, sei es durch Auslieger des Ordens oder König Kasimirs und seiner Städte, die immer einen Grund dafür gefunden hätten (§117). Von nun an führt Hinrich Castorp das Wort der Lübecker Gesandtschaft. Er bringt verschiedene Fälle von Seeraub zur Sprache und ersucht um Rückerstattung der genommenen Güter. Er bekommt die positive Antwort, daß man sich mit allem Fleiß darum beim Hochmeister bemühen werde (§118). Als nächstes beschwert sich der Lübecker die Beschlagnahmung von Gütern eines Bürgers durch den livländischen Ordensmeister und rigische Söldner, wovon allerdings weder die Gesandten der Korporation, noch diejenigen Rigas etwas gehört haben wollen; sie wollen sich gleichwohl der Sache annehmen. Weitere Klagen des lübischen Bürgermeisters beziehen sich auf verschiedene Brüche der Privilegien des Kaufmanns in Livland. Der Landmarschall des Ordens in Livland sagt ihm zu, nach Erhalt von Kopien besagter Rechte sich darum zu kümmern, daß dem Abhilfe geschehe (§119).

Mit diesen Gesprächen verabschieden sich die Gesandten des Ordens von den Schiedsrichtern und begeben sich nach Kulm. Kaum sind sie abgefahren, schickt man ihnen ein Schreiben hinterher, sie sollten dort noch eine Weile bleiben, weil man nochmal einen Vermittlungsversuch unternehmen wolle (§120). Tags darauf erreicht eine positive Antwort der Ordensleute Thorn (§123).[71] Da nunmehr die Gespräche in einem kleinen Ausschuß gescheitert sind, versucht man nun *in absentia* eines Kriegsteilnehmers noch zu einer Einigung zu kommen. Die Ausdauer, mit der hier die verfahrene Situation noch immer nicht aufgegeben wird, ist wirklich beachtlich. Es gelingt auch, die polnischen Gesandten zum Bleiben zu bewegen, und die Schiedsrichter übergeben am 15. Juli einen eigenen, schriftlich niedergelegten Entwurf zur Lösung des Konflikts (§§121,122).[72] Diesen wollten sie vermutlich in jedem Falle noch vorbringen, bevor sie die Sache verloren gaben. Er behandelt die Gebietsverteilung folgendermaßen: König Kasimir soll das gesamte Kulmer Land, die Michelau und Pommern erhalten und dem Orden hier nur zwei oder drei Städte oder Schlösser zugestehen, die dafür günstig gelegen sein sollen. Dafür soll ganz Preußen, ausgenommen Elbing, dem Deutschen Orden erhalten bleiben. Marienburg und andere Städte bzw. Schlösser sollen auf zwanzig Jahre dem polnischen König zugesagt werden, nach deren Ablauf neu darüber verhandelt werden solle. Hier könne man aber auch noch andere Lösungen finden. Überzeugt von der Tauglichkeit ihres Vorschlags schreiben sie am 16.7., während die Polen über den Entwurf beraten, nochmals

---

[71] HR II,5; 495, S.397; s. auch LIV UB 12, 273, S.154f; Antwort: HR II,5; 497.

[72] HR II,5; 446, S.379f.

nach Kulm die Bitte zu verweilen, denn man habe "wichtige Eröffnungen zu machen" und sei gerade dabei, den Frieden zu realisieren (§124).[73] Aber davon scheinen die Gesandten Kasimirs nicht überzeugt zu sein. Sie bringen einen Tag später etliche Einwände gegen die Vorschläge der Vermittler vor. Die Lübecker wenden dagegen ein, daß die von den Polen gemachten Entwürfe aber für den Orden unannhembar und *"gar swar"* seien und daß sie jetzt aber etwas *"vastes"*, akzeptables nach Kulm schicken wollten. Der Einwand, daß die Ordensleute ja auch den Vorschlägen der Polen gemäß, weiterhin große Herren im Lande sein würden, bringt die Lübecker ebenfalls nicht von ihrer Meinung ab, daß sie sich für den Orden annehmbare Änderungen ihrer Artikel überlegen sollten (§125). Inzwischen trifft aus Kulm Bernd von Zinnenberg ein, der auch noch einmal mit den Gesandten des Polenkönigs sprechen möchte. Wenn jetzt nichts mehr zu erreichen sei, wolle man sich nach Hause begeben (§126). Ein Brief seiner Kollegen, den er wohl mitbrachte, zeigt, wie die Ordensgesandten von ihren Gegnern denken.[74] Um der Vermittler willen, sei man noch einmal bereit, in Kulm zu verweilen; man wolle aber so schnell wie möglich nach Hause zurückkehren, da man Übergriffe des Feindes fürchte. Denn *"unser widderparth ist hinderlistig und wirket uns villeichte kegen euch solche verczogeringen, uff das sie uns vermittels der czeit schaden czuczien mochten"*.

Am Abend dieses 17. Juli geben die Polen dann doch noch eine Antwort auf die Vorschläge der Vermittler (§129).[75] Sie beanspruchen neben den drei Ländern, die ihnen ja laut des Vermittlervorschlags auch hätten zugestanden werden sollen, noch die Küste bis hin nach Balga für das polnische Reich. Das ist nun freilich viel verlangt, denn Balga war für den Verkehr nach Königsberg unverzichtbar, weswegen auch die Auslieger Danzigs immer auf diesen Punkt angesetzt wurden. Von hier aus wären die Polen in der Lage den Orden in Königsberg unter Kontrolle zu halten. Eine Stadt und Festung, die derzeit in Besitz der Korporation sei, dürfe der Orden in besagtem Gebiet als Lehen erhalten. Mit dem Vorschlag, Elbing zu behalten, sind sie natürlich zufrieden. Marienburg aber wollen sie nach zwanzig Jahren nicht wieder zur Disposition stellen, denn dann würde erneut ein Krieg ausbrechen. Preußen dürfe der Orden in seiner Verfügungsgewalt als Lehen des polnischen Königs behalten.

Nur andeutungsweise sind Kasimirs Abgeordnete demnach auf die Artikel der Vermittler eingegangen. Letztlich sind sie bei ihren alten Forderungen geblieben und haben sogar eine neue, die Balga betreffende, hinzugefügt. Nicht verwunderlich ist die Reaktion der Schiedsrichter. Nur gemäßigt wolle man diese Artikel nach Kulm weiterge-

---

[73] HR II,5; 496, S.397.

[74] HR II,5; 499, S.398; s. 443, §128.

[75] HR II,5; 447, S.380f.

ben. Nachdem die Polen mit Nachdruck behaupten, daß ihre Vorstellungen *"limplik unde redelick weren"*, stellen die Vermittler enttäuscht fest, daß es auch in diesem verkleinerten Kreis zu keiner Lösung gekommen sei (§130). Weil man aber nun soviele Kosten und Mühen aufgewendet habe, wolle man doch noch nach Kulm senden um zu fragen, ob die Ordensgesandten, in Anbetracht dieser immensen Aufwendungen, nicht doch in die polnischen Artikel einschlagen könnten (§131).

Am 19. Juli bringen vier Lübecker Ratsendeboten, unter ihnen Bracht und Castorp, diese nach Kulm und ersuchen die Ordensgesandten um ihr Einverständnis (§132). Sie erhalten nicht einmal eine völlig ablehnende Antwort. Aber die nun schon übliche Ausrede, man könne so weitreichende Zugeständnisse nicht ohne Rücksprache mit dem Hochmeister machen, wird wieder vorgebracht. Insofern erscheint es unerheblich, daß inzwischen die lateinischen Vollmachten aus Königsberg eingetroffen sind. Zwar, so sagen die Ordensbrüder, sei man bereit, auf Michelau, Kulmer Land und die Städte Danzig, Thorn und Elbing zu verzichten, aber das Schloß Marienburg und das ganze Pommern wolle man nicht Kasimir überlassen. Allerdings - so bekräftigt man aufs neue - könne man sich vorstellen, den polnischen König als Schirmherren anzuerkennen und ihm dafür jährlich eine Summe Geldes zukommen lassen. Darüber könne man auch bei einer neuen Tagfahrt, in Danzig, Elbing, Marienburg oder einer anderen Stadt Preußens verhandeln (§134). Auf die Bemühungen der Vermittler, die noch mehr Entgegenkommen erreichen wollen, gehen sie dann nicht mehr ein (§135). Natürlich ist auch dieser Gegenvorschlag nicht konsensfähig. Der Orden verzichtet hier letztlich auf Städte, die ohnehin nicht zur Disposition standen. Nie herrschte Zweifel darüber, daß Thorn und Danzig bei Polen bleiben. Michelau und Kulmer Land waren für den Orden die Gebiete, auf die er noch am ehesten verzichten konnte - sie waren für den Handel mit dem polnischen Hinterland interessant, der den Orden ohnehin weniger anging. Schwerer fiel ihm selbstverständlich die Aufgabe ganz Pommerns mit seiner Küste, an der man u.a. Bernstein finden konnte - wenn auch nur in geringen Mengen -, den man keinem anderen gönnte.

Am 21. Juli enden die Verhandlungen mit der Ablehnung des Ordensvorschlags durch die Polen, die auch einer weiteren Tagfahrt nicht zustimmen. Ansonsten dankt man den Vermittlern für ihre Arbeit und verspricht, die Bürger ihrer Städte und den Kaufmann in Zukunft zu fördern und sie *"in ewige dechtnisse to nemende"*. Damit scheidet man gütlich voneinander (§137). Nachdem die Schiedsrichter ein letztes Schreiben nach Kulm über den Ausgang der Gespräche gesandt haben, machen sie sich am 22. Juli auf den Weg zurück nach Danzig, wo sie fünf Tage später anlangen (§§ 138,139).[76]

---

[76] HR II,5; 500, S.398. Auch an Lübeck werden die Ergebnisse weitergeleitet, ebd. 501; ein weiterer Brief an dieselben wird von Danzig aus abgesendet, ebd. 502.

Nun ist es kaum zu entscheiden, welche der beiden Parteien den unannehmbareren Vorschlag gemacht hat. Allerdings hinterläßt die ganze Verhandlung den Eindruck, daß beide zu einem Entgegenkommen letztlich nicht bereit waren, wobei die polnische Seite kompromißloser als die andere erscheint. Marian Biskup ist auf die Haltung derer, die er als seine Vorfahren sieht, bei den Verhandlungen stolz, wenn er sagt, die polnische Diplomatie wäre seit 1458 mit *"Kompromissen"* einverstanden gewesen, weil sie seitdem dazu bereit gewesen sei, trotz der ursprünglichen Zugehörigkeit der *"terrae naturales"* zum polnischen Reich, dem Orden den östlichen Teil Preußens als Lehen zu überlassen. Diesen nicht geringen Anspruch bezeichnet er als *"Taktik* (die) *(...) bei den Thorner Verhandlungen 1464 mit Hilfe von hervorragenden Experten, polnischen Juristen, realisiert"* worden sei.[77] Abgesehen davon, daß das bloße Aufstellen von Forderungen nur bedingt als Taktik bezeichnet werden kann, lobt Biskup mit diesen Worten die Haltung der Polen 1464, die sich m.M. nach eindeutig als eine völlig kompromißlose in den Quellen dargestellt hat. Zwar war der Orden in der Lage des Verlierers; die ganze Zeit war klar, wer Verzicht werde leisten müssen, aber man kann sich den Vermittlern nur anschließen, daß die Forderungen der Polen alles andere als *limplik* waren.

Aber ihre Meinung war leider unerheblich. Ein so hartes Urteil muß leider gefällt werden. Offensichtlich hatte man sich von der Aktion in Preußen durchaus etwas versprochen, sonst hätte man die Kosten und Mühen, die in der Tat beträchtlich gewesen sein müssen, gespart. Aber die Schiedsrichter hatten vielleicht ihren Einfluß auf die zerstrittenen Parteien unterschätzt; immer wurden sie von allen sehr freundlich behandelt, man dankte ihnen immer wieder für ihre Bemühungen, aber ging auf ihre Vermittlungsvorschläge letztlich übehaupt nicht ein. Deshalb waren sie eigentlich nur Sprachrohr für Verhandlungsteilnehmer, die in Wirklichkeit gar nicht miteinander reden wollten. Was hierbei verwundert, ist die im Bericht fehlende Stellungnahme der preußischen oder der livländischen Städte; ihre Anwesenheit in Thorn scheint ohne jeden Einfluß gewesen zu sein. Von den Vermittlern waren diejenigen aus Lübeck, unter ihnen v.a. der lübische Bischof Wortführer; auch von denjenigen aus Lüneburg oder Wismar hören wir nichts. Dieses Schweigen der städtischen Ratsendeboten kann nur unterstreichen, daß ihre Meinungen bei den Verhandlungen kein Gewicht bekamen. Erst am Ende, als die ganze Mission so gut wie gescheitert war, traten die Lübecker wie Castorp und Bracht stärker in Aktion. Ihre Schuld war es in der Tat nicht, daß der Mission kein Erfolg beschieden war. Sie hatten während der ganzen Zeit tatsächlich großen Fleiß und viel Engagement bewiesen.[78] Nur in den Herbergen und Beratungszimmern der verschiedenen Gesandten wurde wirklich geredet und beraten. Die Aufteilung der drei Parteien in verschiedene

---

[77] M. Biskup, in: Jbb. f.d.Gesch. Osteuropas, Bd.26, NF, Heft 2, 1978, S.166.

[78] Vgl. dazu auch Neumann, 1932, S.52.

Räume war sicherlich ein Mittel, die Verhandlung gesittet und in angemessenem zeitlichen Rahmen zu führen, sie symbolisiert aber gleichzeitig die gegenseitige Abschottung, die Kommunikationslosigkeit zwischen dem Orden und Polen. So war denn diesbezüglich tatsächlich alles *"vorloren arbeit unde kost"*, wie dies die lübische Ratschronik bemerkt.[79] Den für den Kaufmann so wertvollen Frieden hatten die Vermittler nicht erreicht.

Über die Haltung Lübecks bei den Verhandlungen hat die Forschung verschiedene Positionen eingenommen. Zutreffend beschreibt sie Daenell, wenn er hervorhebt, daß Lübeck zwar wegen seiner spezifischen Handelsinteressen die Friedensvermittlung überhaupt übernommen, aber dadurch auch die Position der preußischen Städte verteidigt habe.[80] Es war sicher nicht *das gesamthansische Interesse*, das die Gesandten der Travestadt nach Thorn führte. Stark wiederum betont aber zu stark den eigenen Vorteil Lübecks an einem Frieden in Preußen, der schließlich derselbe gewesen wäre, den die Kaufleute Livlands und Preußens davon gehabt hätten.[81] Das Eigeninteresse Lübecks und der gemeinhansische Vorteil fielen beim Wunsch nach Frieden in Preußen zusammen. Beide Interessenkomplexe zielten aber nicht darauf hin, daß durch den Erhalt des Ordensstaates der *"gewinnbringende Handelspartner"* gerettet werden sollte, um zu verhindern, daß ein *"unfruchtbarer Hohlraum"* in Preußen entstünde.[82] Diese Gefahr bestand zu keiner Zeit. Mit dieser Äußerung unterstellt Weise außerdem, wie auch Biskup dies tut, daß Lübeck für den Orden Partei ergriffen habe.[83] Wie aber aus der Betrachtung von Brachts Bericht deutlich wurde, trifft dies nicht zu. Vielmehr haben die Gesandten wirklich versucht, eine für beide Parteien akzeptable Einigung zu erzielen, wobei sie auch beiden gegenüber Entgegenkommen zeigen mußten. Schließlich möchte ich in diesem Rahmen noch auf eine Äußerung eingehen, die Arnold zur Stellung Lübecks bei den Verhandlungen macht: Der Krieg habe seiner Meinung nach *"die Position der preußischen Städte, auch Danzigs, erheblich geschwächt. Lübeck konnte daher so dominant auftreten, daß es zwischen den kriegführenden Parteien zum Vermittler wurde."*[84] Wie

---

[79] Lübecker Ratschronik, Bd.4, S.360.

[80] E. Daenell, Blütezeit, Bd.II, 1906, S.189f.

[81] W. Stark, Lübeck und Danzig, 1973, S.180.

[82] So E. Weise, Widerstandsrecht, 1955, S.268.

[83] M. Biskup, in: Neue Hansische Studien, 1970, S.355. Er behauptet, die Vermittler hätten eine provisorische Lösung des Konfliktes bevorzugt, weil dies auch für den Orden günstig gewesen wäre, während die Lösung durch polnische Oberhoheit völlig ausgeschlossen worden sei. Stark, a.a.O., S.177, distanziert sich zu Recht von der Annahme lübischer Parteilichkeit für den Orden, die er auch bei dem ebenfalls polnischen Forscher Ed. Cieslak festgestellt hat, dessen Werke mir leider nicht zugänglich waren, da sie nicht übersetzt sind.

[84] U. Arnold, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.101.

wir gesehen haben, resultierte das Eingreifen Lübecks bei den Friedensverhandlungen aus mehreren Faktoren. Die Tatsache, daß es diese Stadt war, die die Thorner Tagfahrt ermöglichte, liegt aber nicht in ihrer Dominanz begründet. Lübeck nimmt nun einmal in der Geschichte der Hanse einen zentralen Platz ein, und auch bei dieser Arbeit wird immer wieder offenbar, daß die Travestadt für alle Beteiligten des Konfliktes und hier v.a. für die Hansestädte der Hauptgesprächspartner war. Daß Lübeck sich aber im Laufe der Kriegsjahre eine wachsende Dominanz erworben hätte, kann ich nicht bestätigen. Für Danzig war es günstig, daß Lübeck in dem Streit vermittelte; die Stadt konnte sicher sein, daß die Interessen des Kaufmannes bei den Friedensverhandlungen mit dem nötigen Engagement vertreten würden. Darum reagierte Danzig auf das Angebot Lübecks im Jahre 1462 erfreut, und nicht, weil seine Position geschwächt war; es hatte sie ja sogar verstärkt. Daß Danzig gegenüber den anderen Hansestädten des Ostseeraums eben keine schlechte Position hatte, zeigte sich in den nun zu behandelnden Gesprächen derselben in Danzig, die den Aufenthalt der hansischen Gesandten in Preußen beschlossen und die ebenfalls im Bericht Johann Brachts Aufnahme gefunden haben.

2.5.4.4.Die Verhandlung der Städte in Danzig

Die Gespräche der Ratsendeboten der preußischen, livländischen und wendischen Städte in Danzig vom 28.7. bis 6.8. stellen sich deutlich unkomplizierter dar, als diejenigen in Thorn mit Ordensleuten und Polen. Hier tritt Hinrich Castorp mehr in den Vordergrund. An den hier verhandelten Fragen war er zum Teil ganz persönlich interessiert.[85] Am ersten Tag werden die Livländer dazu angehalten, die Verlängerung des Beifriedens mit Nowgorod, der an Johannis 1465 auslaufen soll, in die Wege zu leiten und auch die damit verbundenen Kosten nicht zu scheuen (§141).[86] Des weiteren geht man die Danziger an, wie in den Instruktionen geplant (s.o. in Punkt 2.5.3.), den freien Handel der Gäste untereinander in der Stadt zu erlauben, wozu sich diese wohlwollend, aber nicht eindeutig äußern (§142). Darauf spricht Castorp auf den Pfundzoll an, der den Kaufmann lange Zeit beschwert habe. Wenn auch einzusehen sei, daß Danzig ihn momentan nicht entbehren könne, so solle er doch nach Abschluß eines Friedens abgeschafft werden. Sicherlich hätte man gerne nach gelungenen Verhandlungen in Thorn die Abschaffung bereits durchgesetzt. Die Danziger antworten, sie hätten von ihrem König

---

[85] Vgl. Neumann, 1932, S. 50f.

[86] Zu dieser Angelegenheit vgl. auch HR II,5; 385, S.267. Den Kaufmann in Nowgorod betreffen außerdem ebd. 443, §163 und 506, S.399.

das Privileg, den Pfundzoll einzuziehen; man werde aber nach dem Krieg die Abgabe senken, daß sie vom Kaufmann nicht mehr als überhöht empfunden werde. Natürlich will man nun, wo man den Pfundzoll endlich in eigenen Händen hat, nicht gleich auf ihn verzichten. Das sehen auch die anderen Gesandten ein und geben sich mit dieser Zusicherung zufrieden (§143).

Am 30. Juli ist nun auch Elbing anwesend, und es wird begonnen, einzelne Klagen vorzubringen über Schädigungen, die durch Auslieger der preußischen Städte entstanden seien (§§146-151). Am Abend erreicht die Versammlung die Nachricht, daß Karl von Schweden mit den Gesandten zu sprechen wünsche, wozu diese auch bereit sind (§153). So treffen am nächsten Morgen die Sendeboten aus dem Westen und Livland mit dem ehemaligen König zusammen. Dieser bestätigt ihnen die Neuigkeit, daß er demnächst nach Schweden zurückkehren könne.[87] Er meint, daß er sogar mächtiger sein werde als zuvor. Einerseits bittet er die Städte, seinem Feind Christian nicht zu helfen, andererseits bietet er an, mit Lübeck Versammlungen abzuhalten, Vollmachten auszutauschen und Hilfeleistungen zu gewähren. Auf dieses aufdringlich anmutende Angebot reagieren die Lübecker mit Zurückhaltung. Man wisse derzeit nicht, wie man in der Heimatstadt über den dänischen König denke, außerdem erinnere man sich daran, daß vor Jahren Karl sich geweigert habe, auf ihr Ansuchen die hansischen Privilegien zu bestätigen. Diesen Vorwurf weist der König zurück. Er hätte ihnen damals gerne die Bestätigung gewährt, aber es sei der genaue Inhalt der Privilegien nicht klar gewesen und die Lübecker hätten nicht alle Rechte vorweisen können, aber alles mögliche gefordert. Dagegen bringt Castorp vor, daß viele Könige und Kaiser *"en ere privilegia meer dan to ener tiid geconfirmeret hedden int ghemene unde doch ny beseen hedden"*. Wenn dies auch nicht ganz der Wahrheit entspricht - wie oft hatte die Hanse schon Schwierigkeiten bei der Bestätigung ihrer Privilegien bei den verschiedensten Fürsten - ist es doch beachtlich, daß man zumindest so tat, als wäre es durchaus üblich, unbesehen Rechte zu verbriefen. Zu dieser Zeit taten dies aber vermutlich nur noch Landesherren, die wahrhaftig immer noch an Städten und Handel nicht interessiert waren, und deren gab es sicher nicht mehr viele. Karl ist aber jetzt durchaus einverstanden, dem Kaufmann seine *"olden loveliken privilegien umbeswart"* zu lassen, worauf man sich freundlich verabschiedet (§154).

Wieder unter sich kommen die Städte auf den Seeraub und seine Folgen zurück. Castorp bringt die Forderung vor, *"dat sodane uthmakinge edder uthredinge nicht meer en schege, wante dar den steden also nicht mede stonde to lidende"*, weil der Kaufmann unschuldig geschädigt würde. Die Gesandten des Ordens, mit welchen man in Thorn

---

[87] Dem Brief an Lübeck zufolge, welcher am 27. Juli verfaßt ist, wußten die Lübecker bereits davon, HR II,5; 502, S.398f. Am 9. August trifft der König in Stockholm ein.

darüber geredet habe, hätten zugesagt, mit dem Hochmeister daüber zu sprechen, wenn sich Danzig, Elbing und die anderen Feinde dazu entschlössen, von der Aussendung von Ausliegern Abstand zu nehmen (§156). Danzig antwortet auf diese Forderung, wie nicht anders zu erwarten, mit seinen alten Argumenten. Es habe gewarnt, doch der Kaufmann habe sich nicht daran gehalten und habe mit seiner Belieferung des Ordens den Krieg verlängert, und solange der Krieg dauere, könne man nicht auf die Kaperschiffe verzichten. Darauf geben die Städte zurück, daß ihnen der Krieg ja herzlich leid wäre, aber sie hätten mit ihm doch nichts zu schaffen und es könne nicht angehen, *"dat ere borgere inwonere unde farende kopman deshalven neringlosz liggen konden"*. Ihre Städte seien nun einmal Kaufmannsstädte. Ihre Bürger seien nunmehr ungeduldig und wollten nicht mehr daheim sitzen oder auf See von Ausliegern verschiedener Herren bedroht sein und von den ihnen abgenommenen Waren so wenig wiederbekommen (§159).

Reval trägt dann eine Beschwerde vor, die sich an Elbing und den Hauptmann von Frauenburg richtet. Der Seeraub, der hier angeklagt wird, kam bereits früher zur Sprache (§83). Am 15. Juni 1464 wurden drei hansische und einige russische Schiffe, mit Honig Salz und Met beladen, vor der livländischen Küste genommen. Von den Seeräubern, die sich diesen dicken Fisch nicht entgehen lassen konnten, hatte man jedoch vier festnehmen können, welche ausgesagt hatten, sie seien von Elbing bzw. dem Hauptmann von Frauenburg ausgerüstet worden.[88] Für diesen Raub hatten die Lübecker über den Bischof von Leslau von Kasimir eine Zusage über die Rückgabe der gekaperten Güter erwirkt.[89] Die Elbinger antworten jetzt auf das Gesuch, daß besagte Waren bislang nicht in ihrer Stadt angekommen seien und daß man auf den genannten Auslieger nur wenig Einfluß habe, *"wente he en sulves groten schaden dede, de ere dar nedersloge unde ziik mit en unardigen hedde"*; man werde sich aber um die Angelegenheit bemühen.

Dieser Vorfall ist deswegen interessant, weil er beweist, wie unberechenbar der Einsatz von Ausliegern war, daß nur allzu leicht neben Feinden auch Freunde betroffen sein konnten. Die Auslieger waren offensichtlich nicht von den Städten unter Kontrolle zu bringen, sie schnappten sich auf See, was ihnen lohnend vorkam. Das Ausstellen von Kaperbriefen war und blieb eine zweischneidige Angelegenheit.[90]

So ist Lübecks Forderung an Danzig und Elbing verständlich, sie sollten sich gefälligst auf die Schädigung ihrer Feinde beschränken und den Kaufmann unbeschädigt ziehen lassen, sonst werde man - bei aller Liebe und Freundschaft - Gegenmaßnahmen

---

[88] Diese Nachrichten schrieb Reval an die Gesandten Lübecks in Danzig am 16. Juni; HR II,5; 487, S.394.

[89] HR II,5; 494, S.397.

[90] Mit diesem speziellen Vorfall haben die in Danzig Anwesenden Gesandte noch mehrere Tage zu tun; die Durchsetzung der Wiedererstattung bereitete einige Probleme; s. dazu HR II,5; 503-505, 509f; HUB 9; 146, S.83f.

ergreifen. Doch auch Danzigs Entgegnung ist einsichtig. Durch verschiedene Verbote Lübecks im früheren Krieg gegen Dänemark, die drei Reiche zu besuchen, habe der Kaufmann ebenfalls großen Schaden erlitten, und jetzt müsse man ja lediglich Balga und Memel meiden, was wohl zu gewährleisten wäre. Aber auf diese alten Geschichten will sich Castorp nicht einlassen. Über Recht und Unrecht, Warnungen auszusprechen, wolle man hier nicht diskutieren, jeder Krieg habe da seine eigenen Gesetze (bzw. jede Stadt hat ihre eigenen Vorstellungen); der damalige Schaden sei außerdem bezahlt worden. In dieser Diskussion behält aber Danzig endlich doch Oberwasser. Wie zu Beginn bekräftigen die Ratsherren ihre Ansicht, daß man sich eben nach ihren Warnungen richten müsse (§160).

Danach kommt der Konflikt zwischen Riga und Danzig zur Sprache. Hier gilt es noch einiges nachzuholen, was in der Zwischenzeit geschehen war. Es sei daran erinnert, daß im Herbst 1462 ein Waffenstillstand bis Pfingsten 1463 abgeschlossen wurde, der von Danzig bis Johannis verlängert wurde, gegen die Zusage Rigas für Verkehrsfreiheit in Livland. Diese Nachricht sandte Riga an Lübeck zusammen mit einem Bericht über die Verhandlungen im Oktober 1462.[91] Damals, am 30. April 1463, wurde über ein Absageschreiben gesprochen, das, wie Danzig behauptete, Riga ihnen gesandt und damit die Fehde verursacht haben soll. Diesen Vorwurf wollen nun die rigischen Bürger entkräften. Sie hätten bei besagten Verhandlungen die Danziger um Vorlage der angeblichen Absage gebeten, worauf diese ein Schreiben präsentiert hätten, welches neben Riga auch von Dorpat und Reval besiegelt gewesen sei. Andere Nachweise, so hätten sie zugegeben, könnten sie nicht vorweisen. Nachdem der besagte Brief als Kopie in Lübeck vorliege, solle dieses doch entscheiden, ob es sich hier um eine Absage handele. Im übrigen bitte Riga die Lübecker, sich vor Ablauf des Beifriedens für sie bei Danzig einzusetzten, damit die Livländer auch weiterhin von den Danziger Ausliegern unbehelligt verkehren könnten. Ein Brief, der von drei Städten besiegelt worden ist, kann allerdings nicht eine Absage von Riga allein sein.

An Lübeck ging gleich zwei Tage später, am 2. Mai 1463, ein weiteres Schreiben Rigas ab, der die Kopie einer Stellungnahme gegenüber Danzig enthält und es um Vermittlung in dem Konflikt bittet.[92] Den Danzigern versichert man, daß man den Erzbischof von Riga auf seiner Seite habe, der sie gerne in seinem Hafen verkehren sähe. Den Ordensmeister wollen sie dazu bewegen, daß er auch nach Johannis die Danziger nicht behellige. Das gescheh aus alter Freundschaft und dem Bewußtsein, selber niemals die Danziger geschädigt zu haben. Sie seien nämlich ganz *"unvorschuldes in den unwil-*

---

[91] HR II,5; 379, S. 262f.

[92] HR II,5; 381, S.263; an Danzig, ebd. 380.

len" bei ihnen gefallen. Den Brief, welchen Danzig als Absage verstanden habe, sei ganz anders, nämlich als Warnung gemeint gewesen, damit sie vor Schaden bewahrt würden. Riga wolle nunmehr die Entscheidung über die Angelegenheit den Hansestädten, sprich Lübeck, überlassen und werde sich nach deren Urteil richten. Es hoffe, daß Danzig sich diesbezüglich auch so verhalte, wie es für den Kaufmann am besten sei.

Erst vom August 1463 ist ein Brief Lübecks an Danzig überliefert, der zu dem Problem Stellung nimmt.[93] Es möchte, daß die Danziger den zu Johannis abgelaufenen Beifrieden verlängern und die Livländer nicht im Verkehr stören. Wenn sie dies zusagten, so wolle man ein Gleiches von Riga verlangen. Wieder vergeht einige Zeit in der Chronologie der Überlieferung, bis man von dem Konflikt wieder etwas erfährt. Offensichtlich geschah in den Monaten zwischen August und Februar aber nichts, was die Lage in der einen oder der anderen Hinsicht verändert hätte. Die in Wolmar versammelten Ratsendeboten der livländischen Städte schreiben an Danzig am 21. Februar 1464 etwa dasselbe wie im Mai des vergangenen Jahres.[94] Auch hier beteuern sie, daß *"de warninge schach to juweme unde der juwen besten"*. Man hoffe, bei den Verhandlungen in Preußen eine endgültige Beendigung des Konfliktes erreichen zu können.

Dies war also der Stand der Dinge, bevor die Gesandten der Städte sich in Thorn und dann in Danzig wiedersahen. Das Verhältnis zwischen Riga und Danzig hatte sich zwar beruhigt, war aber trotzdem nicht übermäßig freundlich. Dies lag an der Haltung der Danziger, deren Reaktionen auf die soeben behandelten Dokumente nicht überliefert sind, wenn es denn welche gegeben hatte. Nach wie vor kamen sie den Livländern mit Mißtrauen entgegen, weil diese immerhin Untertanen des Feindes waren, auch wenn sich die Rigaer immer wieder von ihrem Ordensmeister distanzierten. Fraglich ist auch, ob die Städte die preußischen Seefahrer in ihren Häfen wirksam hätten schützen können, wenn Johann von Mengden dies nicht zulassen wollte. Ist die Haltung der livländischen Städte, die sich den ganzen Krieg hindurch im Grunde nicht verändert hatte, schon vor ihrer Ankunft in Preußen offenbar, so wird sie hier kurz vor den Friedensverhandlungen endlich akzeptiert und festgeschrieben.

Die Rigaer seien, so äußern sie sich laut Brachts Bericht am 22. Juni in Thorn gegenüber den lübischen Gesandten, nicht bereit, als Vertreter der Ordensseite bei den Verhandlungen zu fungieren. Nicht der Deutsche Orden, sondern der Erzbischof von Riga (derjenige, welcher die Danziger so gerne in seinem Hafen sieht) sei ihr Herr. Obwohl dieser den Mantel des Ordens trage, hätten sie mit der Korporation *"sunderges nicht to schickende"*. Deshalb verlangen sie, zusammen mit denen von Dorpat unparteili-

---

[93] HR II,5; 382, S.263.

[94] HR II,5; 390, S.268.

che Mittler sein zu dürfen. Wenn dies nicht möglich sei, wäre man lieber zu Hause geblieben. Sowohl die preußischen Städte wie auch die polnischen Abgeordneten sind mit der Forderung der Livländer einverstanden (§§71,72); die Ordensgesandten müssen offensichtlich nicht gefragt werden. Es wird ein weiteres Mal deutlich, daß die Livländer für ihre Misere nicht die Preußen, sondern ihre ungeliebten Ordensherren verantwortlich machen. Zu diesen hatten sie nicht nur von jeher ein zwiespältiges Verhältnis, sie hatten ihnen auch den Ärger mit den dänischen Ausliegern und den Streit mit ihren Handelspartnern zu verdanken.

Nunmehr, in der gemeinsamen Versammlung der Städte am 1. August, trägt Riga sein Anliegen vor. Jetzt solle von allen entschieden werden, ob besagter Brief eine Absage an Danzig war oder nicht. Die rigischen Gesandten legen die mitgebrachte Kopien vor, die man mit dem *"hovetbreff"* vergleichen will. Diesen können die Danziger aber peinlicherweise nicht beibringen, weil sie ihn *"nicht vinden konden"*, auch sei der Stadtschreiber Lindau (der Verfasser der Chronik über den dreizehnjährigen Krieg) nicht zur Stelle; man wolle später aber noch mal nachsehen. Ob jetzt der Brief vor Augen sei oder nicht, so meinen die anderen Ratssendeboten, solle man doch überlegen, wie man den Streit in freundlicher Weise beilegen könne. Nach der Verlesung der rigischen Kopie erbitten sich die Danziger Beratungszeit bis übermorgen (§161). Nun fällt es etwas schwer zu glauben, daß in den Danziger Akten damals so eine Unordnung herrschte, daß man das Absagedokument nicht finden konnte. Sicherlich kannte sich der dafür zuständige Stadtschreiber in dem Archiv am besten aus. Vielleicht wollten die Danziger aber auch nicht, daß sich herausstelle, daß die Briefe wirklich deckungsgleich waren, weil dadurch erwiesen werden könnte, daß es übertrieben war, das Schreiben der Livländer von damals als Absage verstanden zu haben. Man hat ja bei der gesamten Betrachtung der Quellen immer wieder den Eindruck, daß oft genug einfach ein Anlaß gesucht wurde, um ein feindliches Vorgehen zu legitimieren. Danzigs Handlungsweise, Auslieger auf die livländischen Häfen anzusetzen, weil von dort aus der Orden versorgt wurde, wäre von allen Hansestädten als aggressiv ausgelegt worden, wenn es nicht hätte nachweisen können, daß ihm eine Absage erteilt worden sei. Auch jetzt wollen sich die Danziger noch bitten lassen, bevor sie in einen Frieden einwilligen.

Am Freitag, den 3. August, haben sie jedenfalls noch immer keine Antwort zu dem Problem parat, weil sie angeblich mit anderen Dingen zu beschäftigt seien. Diese hinauszögernde Haltung wird ihnen aber nicht mehr durchgelassen. Johann Meidenburg und Marquard Knake, die diese Nachricht den Lübeckern übermitteln, werden gleich zu einer Versammlung verschiedener Gesandter der Städte dabehalten, in der ein Waffenstillstand beschlossen wird. Bis zum 29. September (Michaelis * prüfen) 1465 soll Frieden sein, der dann auf fünf oder sechs Jahre verlängert werden kann. Sobald die Livländer

wieder zu Hause sind, sollen sie auf den Ordensmeister einwirken, daß er in den Beifrieden einstimmt, und ihn bearbeiten, daß er für die Danziger freien Verkehr in Livland zuläßt. Sollte er letzteres nicht tun, sollen die Städte untereinander aber gleichwohl den Frieden halten, damit alle ihrem Handel nachgehen können.

Damit war dieser die Hanse am meisten beeinträchtigende Konflikt soweit wie möglich beigelegt. Dies war der größte Erfolg der gesamten Mission der Vermittler in Preußen. Denn der Beifriede wurde tatsächlich eingehalten, und wir hören bis zum Ende des dreizehnjährigen Krieges nur noch ganz vereinzelt von Kapervorfällen zwischen Riga und Danzig.[95] Im Juni des Jahres war ist aber das Mißtrauen der Livländer gegenüber Danzig noch nicht gewichen. Da der Beifriede bald ablaufen würde, schrieb man Danzig einen Brief mit der Bitte, ihn weiterhin einzuhalten, auch wenn man es nicht geschafft habe, den Ordensmeister ebenfalls dazu zu bewegen.[96] Dieser meinte, daß es derzeit nicht anginge, die Danziger in livländischen Gewässern zu dulden, weil er dies vor Papst und Hochmeister kaum verantworten könnte. Da die Rigaer selber aber keinen Danziger schädigen wollten, wie sie dies auch noch nie getan hätten, sollten diese ebenfalls davon absehen. Anderenfalls wolle man wiederum die Hansestädte entscheiden lassen. An Lübeck schickte man vorsichtshalber schon eine Kopie dieses Briefes und ersuchte darum, daß es sich mit für den Erhalt des Friedens einsetze.[97] Es gelang den Livländern dann aber doch noch, den Ordensmeister dazu zu bringen, daß er die Danziger bis Johannis 1466 geleitete.[98] Falls dann immer noch kein Friede in Preußen sein sollte, würde er sie unbeschadet abziehen lassen. Im Juni 1466 verlängerte der Ordensmeister das Geleit noch ein weiteres Mal um ein Jahr, in dem der Krieg dann auch sein Ende fand.[99]

Obwohl die Vermittlung im Krieg zwischen Deutschem Orden und Polen nicht gelungen war, wurden die großen Mühen und Kosten der Schiedsrichter doch noch belohnt. War der Ostseeverkehr vor dem Sommer 1464 erwiesenermaßen empfindlich beeinträchtigt durch den dreizehnjährigen Krieg, stoßen wir bei der Betrachtung des Quellenmaterials der letzten zwei Kriegsjahre auf erheblich weniger negative Auswirkungen desselben auf die Hanse und ihre Schiffahrt. Der Grund dafür muß in der Reise der Gesandten nach Preußen liegen. Neben der Schlichtung des Konfliktes zwischen Riga

---

[95] LIV UB 12,388; HUB 9, 213.

[96] HR II,5; 590, S.435.

[97] HR II,5; 591, ebd.

[98] Nachricht an Lübeck vom August, HR II.5; 684, S.470.

[99] HR II,5; 821; Benachrichtigung an Lübeck darüber, LUB 11; 103, S.103f.

und Danzig hatte sich offensichtlich insgesamt das Verhältnis der Städte zueinander beruhigt. Der gemeinsame Mißerfolg bei den Verhandlungen bewog sie dazu, zumindest untereinander kooperativer zu sein und friedlicher miteinander umzugehen, und das, obwohl auch der Kaperkrieg noch nicht zu Ende war, Danzig seine Auslieger weiterhin in der See hatte. Anders ist es nicht zu erklären, daß nur noch kleine Zwischenfälle und wenige Briefwechsel zwischen den Städten überliefert sind, die im Zusammenhang mit dem großen Konflikt in Preußen stehen.

Die beiden großen Auseinandersetzungen Danzigs, mit Livland einerseits, mit Christian von Dänemark andererseits, waren es, die, vom Kriege verursacht, die Hanse beeinträchtigt hatten. Mit ihrer Beendigung wurde die direkte Beziehung zwischen dem Krieg auf dem Land und dem Seeverkehr immer schwächer, was aber auch die Folge der sich ankündigenden Niederlage des Deutschen Ordens war, der v.a. finanziell seine Kräfte erschöpft hatte.

2.6. Das Ende der Konflikte, der zweite Thorner Frieden 1466

An dieser Stelle gilt es nun, die Quellendarstellung zu vervollständigen und abzuschließen. So soll im Folgenden ein Résumé über den Kaperkrieg die Betrachtung der Einflüsse des dreizehnjährigen Krieges auf die Hanse beenden. Der zweite Thorner Frieden von 1466 schließlich steht am Ende meiner Untersuchung.

Wie in Punkt 2.4.1. soll nicht im einzelnen auf die Vorfälle eingegangen werden, aber doch die betreffenden Quellen der Vollständigkeit halber genannt werden. Aus dem Jahr 1463 sind noch eine verhältnismäßig große Anzahl von Quellen überliefert, die sich mit Kaperungen befassen. Die meisten davon beziehen sich auf Überfälle durch Danziger Auslieger.[100] Ansonsten ist festzustellen, daß alle Beteiligten weiterhin Kaperschiffe in der See hatten.[101] Ging bereits 1463 der Seeraub entscheidend zurück, so sind aus den

---

[100] Hier treten als Geschädigte auf: Lübeck, in: HUB 9; 17,25; LUB 10; 374. Stralsund, in: HUB 8; 1233,1246. Dänen, in: HUB 8; 1242, HUB 9; 5,24. Holländer, in: HUB 8; 1221, 1250, 1254. Schweden, in: HUB 9; 20. Deutscher Orden, in: HUB 9; 18. Ein Verzeichnis von Kaperbriefen, ebd. 6, weist neun Kaperbriefe für zehn Auslieger nach.

[101] 1. Lübeck: HR II,5; 364f,368; LUB 10; 321. 2. Deutscher Orden: LIV UB 12; 207,223,225; HR II,5; 360ff; LUB 10; 301,389. 3. Dänen HUB 9; 7,28,42,46,104. 4. Zu allem Überfluß Herzog Erich von Pommern: z.B. HR II,5; 359,361,366f. Briefwechsel der wendischen Städte, Schutzmaßnahmen gegen die Auslieger betreffend, s. LUB 10; 316,318,375.

letzten beiden Kriegsjahren noch weniger Klagen und Briefwechsel über Kaperungen zu vermelden. Hierbei überwiegen die Übergriffe durch dänische Auslieger, was aber weniger mit dem dreizehnjährigen Krieg als mit der 1464 ausgebrochenen Fehde Christians und Gerds von Oldenburg gegen Bremen und andere Hansestädte zusammenhängen wird.[102] Einige Dokumente beweisen, daß der Grund dafür in Danzigs Umgang gegenüber seinen Ausliegern zu suchen ist. Zwar rüstete die Stadt noch Schiffe gegen Balga und Memel aus[103], aber zugleich ermahnte sie mit Nachdruck den Hauptmann von Frauenburg, daß er sich nicht an Freundesschiffen vergreifen solle.[104] In letzterem Schreiben wird auch offenbar, daß mit Seeräubern streng umgegangen wurde. Auf die Beschwerde des Hauptmanns, einer seiner Leute sei in Danzig hingerichtet worden, erwidern die Danziger, dies sei allerdings der Fall gewesen, der Betroffene habe diese Strafe auch verdient. Seefahrer, die nicht Kasimirs Feinde seien, dürfe man nicht überfallen. Bezugnehmend auf die Verhandlungen im Sommer 1464 beschweren sich die Danziger, sie seien von Lübeckern und Revalern für seine Überfälle verantwortlich gemacht worden, und man habe noch nicht einmal von ihm Rückerstattung der geraubten Güter bekommen. Dies wolle Danzig zukünftig nicht mehr dulden. Der letzte Kaperbrief der Stadt vom Juli 1466 enthält schließlich ein strenges Verbot, Livländer und andere Freunde, wie auch die Untertanen König Christians, zu behelligen.[105]

Demnach scheint die Quellenlage wiederzuspiegeln, was in Danzig im August 1464 erreicht worden war. Die Gesandten der Städte vermochten durchzusetzen, daß Danzig seine Auslieger mehr unter seine Kontrolle zu bringen versuchte, damit sie nicht wahllos jedes Schiff angriffen, das ihnen begegnete. Danzig andererseits hatte erreicht, das es die Häfen Balga und Memel weiter blockieren durfte. Die Städte mußten einsehen, daß sie den Rückzug der Auslieger von den Ordensstützpunkten vor Ende des Krieges nicht verlangen konnten. Daraus muß man konsequenterweise schließen, daß jetzt, in den letzten zwei Jahren des Krieges, die Handelsblockade erfolgreicher durchgeführt werden

---

[102] Danziger und Elbinger Auslieger als Schädiger, 1. Lübecks und Stralsunds: HR II,5; 494,503-505, vgl.o. Punkt 2.5.4.4., HUB 9; 136,147; 2. Livlands: HR II,5; 487, LIV UB 12; 388; 3. Dänemarks: HUB 9; 169; 4. Hollands: ebd. 141,190; ebf. Danziger Auslieger betreffend: ebd.272.
Durch die dänischen Auslieger geschädigt: 1. Livländer: LIV UB 12; 360,383; im Rahmen einer Gegenwehr derselben setzt sich Danzig für sie gegen die Dänen ein, HUB 9; 218, 256,267f.,276,287f.,299. 2. Lübeck: LIV UB 12; 355,425; HUB 9; 182,194f.,193, 202,254; LUB 11; 46f. Sonstiges: HUB 9; 193. Quellen zur Fehde Christians mit Hansestädten s.folgende Seite, Anm.112.

[103] HUB 9; 158, S.91, vom 22. 3. 1465.

[104] HUB 9, 165, S.93. Vgl. dazu auch ebd. 293.

[105] HUB 9, 293, S.177.

konnte, was dann sicherlich auch dazu beitrug, daß der Konflikt sein Ende fand. Eine vollständige Blockade der Ordenshäfen gelang, laut Biskups Untersuchung, nie.[106] Letzterer betont aber, daß die Kaperer Danzigs trotzdem auf politisch- militärischem Gebiet zu den Waffenstillständen mit Christian von Dänemark, dem livländischen Ordensmeister und Amsterdam entscheidend beigetragen hätten und eine Einschränkung der Zufuhr für den Orden durchaus gelungen sei.

Kann man die Vermittlung des Jahres 1464 für die Hansestädte also in gewisser Hinsicht als Erfolg werten, ließ sie offenbar die Ordensgesandten frustriert zurück. Sie schreiben am 16. Juli an Ludwig von Erlichshausen, er solle sich sofort an König Christian wenden, um Hilfe von ihm zu bekommen, da die Verhandlungen gescheitert seien.[107] Auf seine Unterstützung hoffte man sicher auch, falls es zu einem Angriff König Karls käme, der, Gerüchten zufolge, mit 3000 Mann von Danzig nach Schweden aufbrechen wolle.[108] Auch wenn sich Christian, laut der Chronik von Schütz[109], über Danzigs Verstärkung für seinen Erzfeind beschwerte, war er nicht sehr bereitwillig, seinem Vertrag mit dem Orden nachzukommen. Der Ordensmeister hatte ihm zwar stets die vereinbarten Summen gezahlt, aber eine spürbare Gegenleistung mußte er vermissen. Im Juli 1466 war er schließlich auch nicht mehr bereit, dem dänischen König die fällige Rate zukommen zu lassen.[110] Lübeck, von Christian dazu aufgefordert, hatte den Orden darum ersucht. Johann von Mengden hielt dem entgegen, daß er lange Jahre die Zahlungen weiter geleistet hätte, obwohl Christian mit Danzig Frieden geschlossen habe; auf diese Weise habe man *"van syner groithmacht nyne hulppe nach bistant, denne alleyne to eynem male gehath unde doch de gantcze summe (...) uthgerichtet"*. Von nun an gebe es nur noch Geld gegen Leistung.

Im übrigen sind nur noch wenige Nachrichten aus den Jahren 1465/66 überliefert, die den dänischen König betreffen. Sie unterrichten aber nicht über Hilfeleistungen desselben für den Orden in irgendeiner Art, sondern über erneute Vorbereitungen für die Verlängerung des Beifriedens zwischen Polen bzw. Danzig und Dänemark, sowie Verhand-

---

[106] M. Biskup, Gdanska flota kaperska, 1953, S.74f.

[107] LIV UB 12; 275, S.155.

[108] Diese Befürchtung äußert der Hauskomtur von Memel gegenüber dem Hochmeister am 23.7.; LIV UB 12; 276, S.155.

[109] Vgl. Simson, 1891, S.103 und meine Anmerkung über Schütz' Chronik in Punkt 1.1.

[110] LIV UB 12; 422, S.232f, 436, S.240f. Vgl. oben, Punkt 2.4.4., S.105.

lungen den alten Streitpunkt über die Konditionen der Sunddurchfahrt betreffend.[111] Die Aktivitäten König Christians hatten sich inzwischen, wie bereits angedeutet, nach Westen verlagert. Er und Gerd von Oldenburg belästigten mit ihren Ausliegern bis Mitte 1465 nunmehr Bremen und andere Hansestädte.[112]

Der Weg zum zweiten Thorner Frieden, der am 19. Oktober 1466 geschlossen wurde, fand nach dem hansischen Vermittlungsversuch seine Fortsetzung in neuen Verhandlungen der Kriegsgegner im Jahre 1465 auf der Frischen Nehrung.[113] Aber die drei Tagfahrten in und bei Kobbelgrube von April bis September brachten keine Einigung. Forderungen und Bedingungen hatten sich seit 1464 nicht entscheidend verändert, und der Orden signalisierte zwar, daß er eine Schutzherrschaft Kasimirs anerkennen könnte, war aber zu den großen Abtretungen ihrer Gebiete noch nicht bereit. Offenbar versprach man sich in Ordenskreisen nicht allzu viel von den Verhandlungen. Der Landmarschall von Livland schreibt diesbezüglich im August an den Hochmeister, die Gespräche auf der Nehrung seien von vorneherein ein *"vorraden und vorloren werk"*, Königsberger hätten ihm sogleich abgeraten, zu erscheinen.[114] Auch damals, 1464, sei man mit einem schlechten Gefühl nach Preußen gereist und habe dies nur *"upp der van Lubecke ere word und der ander henszstede und upp ere sekeringe"* getan. Dies ist wieder ein Hinweis, daß der Vermittlungsversuch der Hanse v.a. eigenem Antrieb entsprang und an der mangelnden Friedensbereitschaft der Kriegsgegner scheitern mußte.

1466 erscheint wieder ein päpstlicher Legat, diesmal Rudolf von Lavant, in Preußen. Die Stände erklären sich auf einer Tagfahrt in Peterkau im März dazu bereit ihn vermitteln zu lassen.[115] Seine Bemühungen von September an führen schließlich zum Erfolg.[116] Der Hauptvertrag des zweiten Thorner Friedens enthält u.a. folgende Bestimmungen: 1. Wie schon 1464 von den Polen gefordert, tritt der Orden ganz Pommerellen, Michelau und Kulmer Land ab, sowie Marienburg, Elbing, Christburg und Stuhm mit den dazugehörigen Gebieten (§§2,3). Damit ist endgültig die von der Weichsel durchflossene

---

[111] HR II,5; 699,701, S.473f; bezgl. der Beltdurchfahrt, ebd. 633f, S.454; LUB 10; 653, S.660.

[112] Quellen hierzu: HUB 9; 69, 78, 81, 92, 96, 99, 103; LUB 10; 477, 585, 645f.; zur Beilegung derselben: ebd. 550f., 558, 569, 609.

[113] Pr. Stv. II, 389, S.252-254.

[114] LIV UB 12, 336, S.185f.

[115] ASP V,64, s. auch dazu ebd. 65.

[116] Zu der Verhandlung s. ASP V, 69, S.180-196. Vertrag des Thorner Friedens, Pr. Stv. II, 403, S.262-288.

Region, mit der Mündung ins Frische Haff, in polnischer Hand.[117]

2. Zugestanden wird dem Deutschen Orden das restliche Gebiet seines Staates und Teile der Frischen Nehrung und Fischereirechte im Haff (§§2,4,5). Die alten wertvollen Zugänge zum Meer, Königsberg, Balga und Memel, bleiben ihm also erhalten.

3. Den Handel betreffend wird vereinbart, daß seine Sicherheit gewährleistet werden, er nicht von Straßen- und Stapelzwang behindert werden soll. Nur die Niederlage in Königsberg soll erhalten bleiben. Neue Zölle werden verboten (§§12,13).

4. Das politische Verhältnis zwischen Deutschem Orden und polnischem König wird neu definiert. Der Hochmeister wird Reichsrat Polens und leistet dem König einen persönlichen Eid auf dieses Amt und den Friedensvertrag. Der Ordensstaat wird dem polnischen Reich inkorporiert; der polnische König wird sein Schutzherr und neben dem Papst oberste Instanz. Überdies ist der Orden zur Waffenhilfe verpflichtet. *"Unus populus in amicicia"* soll aus der Verbindung entstehen (§6).[118]

5. In Zukunft sollen auch Polen Aufnahme in dem Deutschen Orden finden; ihr Anteil darf bis zu 50% betragen (§14).[119]

6. Gegen den Friedensvertrag darf keine Kongregation, sei sie weltlich oder geistlich, vom Papst oder vom Kaiser gesandt, Einspruch erheben. Vom Papst allerdings soll eine Bestätigung des Vertrages erwirkt werden (§§16,27). Dieser soll also ganz offiziell auf einen Großteil seines Einflusses auf die Korporation und ihr Gebiet, welches ehedem als "Recht und Eigen des hl. Peter" bezeichnet wurde, verzichten.[120]

Einige Zusatzverträge ergänzten das Friedenswerk. Gegenseitig urkundete man über Straflosigkeit für Untertanen, die während des Krieges der jeweils feindlichen Seite nahestanden.[121] König Kasimir verpflichtete sich in einem weiteren Vertrag zur Zahlung

---

[117] O. Israel unterstellt, daß die hierdurch vollzogene Trennung des Ordenslandes vom Reich bewußt durchgeführt wurde; Verhältnis des Hochmeisters zum Reich, 1952, S.55f.

[118] M. Tumler, Der Deutsche Orden, Wien 1954, S.557, Anm.30, findet es angesichts der Inkorporation *"unverständlich, daß man vor Beendigung des Krieges die Würde des Hochmeisters nicht auf den Deutschmeister oder auf den livländischen Landmeister übertrug und ihm damit die Schmach ersparte, Vasall Polens zu werden."*

[119] Dies hält K. Forstreuter, Vom Ordensstaat zum Fürstentum, o.J., S.9, für die schwerste Bedingung des Vertrages, weil sie die innere Zersetzung des Ordens bedeute. Die in §6 vorgesehene Waffenhilfe dagegen sei die anstößigste (S.11). Seiner Meinung nach führte erst die Untertänigkeit des Hochmeisters unter den polnischen König zur Reformbedüftigkeit des Ordens (S.10). Die erste Behauptung widerlegt Israel, a.a.O., S.55, indem er betont, daß diese Bestimmung, auf die der König später auch wieder verzichtete, nie erfüllt worden sei.

[120] S. Pr. Stv. II, S.264.

[121] Pr. Stv. II,406, S.289f.

von 15 000 ungarischen Gulden zur Entlohnung von Ordenssöldnern.[122] Für den Handel von beachtlicher Bedeutung war die Entscheidung König Kasimirs über den Stapel in Königsberg.[123] Für die Durchfuhr von Asche aus Litauen, einem wichtigen Exportgut Danzigs, bestand Königsberg auf seinem Stapel, welcher ihm für drei Jahre zugestanden wurde. Danach sollte neu darüber befunden werden. Die Stadt wird aber ermahnt, die Abwicklung der Geschäfte ohne Verzögerung durchzuführen. Des weiteren wurde der Zerstörung des Landes durch den Krieg Rechnung getragen.[124] Die in §6 vereinbarte Waffenhilfe des Ordens für das polnische Reich wird auf 20 Jahre ausgesetzt, solange kein Angriff der Türken zu befürchten sei. Die Abgaben besonders verwüsteter Güter werden für 25 Jahre erlassen. Schließlich sei hier noch die Bevollmächtigung Ludwigs von Erlichshausen für Ordensgesandte genannt, die den Papst dazu bewegen sollten, alle geistlichen Strafen, die über die Bewohner Pommerellens, Michelau, Preußens und Kulmer Land ausgesprochen worden waren, aufzuheben.[125]

Am 18. November 1466 schreibt Danzig an Lübeck einen Brief, an dessen Anfang kurz vom Abschluß des Friedens berichtet wird.[126] Ansonsten war man inzwischen längst mit anderen Problemen beschäftigt.

Den zweiten Thorner Frieden im Einzelnen zu bewerten, kann an dieser Stelle keine Aufgabe sein.[127] Weise hat sich ausführlich mit der rechtlichen Problematik des Vertrages auseinandergesetzt um nachzuweisen, daß es sich bei dem neuen Verhältnis zwischen dem König Polens und dem Deutschen Orden nicht um eine Lehensabhängig-

---

[122] ebd. 405, S.290f.

[123] s. §12 des Hauptvertrages und Pr. Stv. II, 406, S.291f.

[124] Pr. Stv. II,407, S.292-294.

[125] Pr. Stv. II, 408, S. 294f.

[126] HR II,5; 811, S.598.

[127] M. Biskup, in: Jbb. f.d. Gesch. Osteuropas, Bd.26, NF, 1978, Heft 2, S.164, bezeichnet ihn als erste große Leistung der polnischen Diplomatie. L. Dralle, Der Staat des deutschen Ordens nach 1466, 1975, S. 9,11, sieht ihn gant allgemein als diplomatische Leistung ersten Ranges, die den Orden zu einer politischen Macht zweiten Ranges werden läßt. M Burleigh mindert den Sieg Polens etwas herab, wenn er von einem *"result of the exhaustion of both sides"* spricht, in: European Hist. Quart., Bd. 14, Nr.4, 1984, S.395. Im gleichen Sinne O. Israel, Verhältnis des Hochmeisters zum Reich, 1952, S.55. Erwähnt sei hier noch S. Dolezel, der sich mit der Akzeptanz und Bewretung des Thorner Friedens von 1466 im 16, Jahrhundert beschäftigt, in: Analecta Cracoviensia, Bd.7, 1975. Hellmann schreibt diese Leistung der "überaus geschickten Diplomatie" des Ordens zu, in: Jb. f.d. Gesch. Mittel- und Ostdtl., Bd. 8/ 1959, S.47. Der Aufsatz erläutert ansonsten bislang ungedrucktes Quellenmaterial zu Verhandlungen mit Söldnern und wude daher in diesem Rahmen bislang nicht aufgeführt.

keit handelt und die Vereinbarungen insgesamt bezüglich ihrer Legitimität anzuzweifeln sind.[128] Dies erscheint mir wie ein Kampf mit der Geschichte, deren Verlauf nun einmal zu Niedergang des Ordens und zur Herrschaft Polens über ein ehemals von Deutschen regiertes Gebiet geführt hat. Der Nachweis, daß der zweite Thorner Frieden rechtlich nicht akzeptabel ist, bringt uns in der heutigen Zeit wenig voran. Weises Ansatz, alle hier angesprochenen historischen Vorgänge und Verträge juristisch zu zerpflücken, ist in Anbetracht der Tatsache, daß es damals zwar Rechte, aber kein Gesetz, zwar Gewohnheiten, aber keine Verfassung gab, sehr zweifelhaft.

Interessant ist, wie dies Weise ebenfalls erläutert, die Rolle von Kaiser und Reich bei der ganzen Angelegenheit. Außer zu Beginn des Konflikts, beim Prozeß vor dem kaiserlichen Gericht und der Ächtung des preußischen Bundes, kam aus dem Reich keine Hilfe, obwohl der Orden auf den Schutz des Kaisers einen Anspruch hatte.[129] Das Band, welches den Ordensstaat mit dem Reich verknüpfte, kann also nur ein sehr loses gewesen sein.[130] Auch dies kann hier natürlich nicht genauer untersucht werden. In jedem Falle kann ich Weises Argumentation nicht folgen, der es für widersinnig hält und sich über *"staatsrechtliche Unstimmigkeiten"* verbreitet, wenn der polnische König den jahrelang bekriegten Orden jetzt auf einmal in seinen Schutz nehmen will und auf diese Weise die Stellung des Kaisers usurpiere.[131] Kasimir von Polen hatte sicherlich keine derartigen Bedenken, diese Aufgabe zu übernehmen. Er hatte sein lange verfolgtes Ziel erreicht. Den Orden vernichten wollte er nicht unbedingt, er wollte ihn als Konkurrenz seiner eigenen Macht ausschalten. Die Korporation in seinen Schutz zu nehmen, war im Grunde das einfachste Mittel dazu. Als wirklich politisch autonome Macht war sie dadurch am Ende.

Die Bestimmungen des Friedens von Thorn manifestierten letztlich die Bedingungen, die bereits 1464 mit den hansischen Gesandten verhandelt worden waren. Damals

---

[128] E. Weise, in: Zt. f. Ostforsch., Bd.3, 1954, S.5 und in Pr.Stv. II, S.264.

[129] Vgl. Weise, in: Pr. Stv. II; S.264; E. Hoffmann, in: ZWG, Bd.53, 1911, S.6; M. Biskup, in: Neue Hansische Studien, 1970, S.343; Ansätze zu Hilfen aus dem Reich für den Orden s. ebd., S.345ff.,350. Auch M. Tumler beklagt, daß der Orden vom Reich im Stich gelassen worden sei, wo er doch zu früheren Zeiten *"im Mutterland kraftvolle Hilfe"* erfahren habe; Der Deutsche Orden, Wien 1954, S.548. Vgl. außerdem O. Israel, a.a.O., S.62, der meint, Friedrich III. habe keine Hilfe geleistet, da er am Osten nicht interessiert gewesen sei. Einige Quellen zu den o.g. spärlichen Ansätzen s. ebd. Anhang, S.126-129.

[130] Weises Bemerkung, daß die europäischen Fürsten angeblich alle sehr erschreckt gewesen seien, *"daß einer der ihren es wagt, das einzigartige Staatssystem des Deutschen Ordens zu zerstören"*, in: Zt.f. Ostfosch., Bd.3, 1954, S.1, erscheint angesichts dieser Tatsache verfehlt.

[131] ebd.

konnte sich der Orden noch weigern, sie anzunehmen. Jetzt war es der päpstliche Legat, der vermittelte. Seinem Zuspruch für derartige Konditionen konnte sich der Orden nicht entziehen. Die Tatsache, daß Rudolf von Lavant sich mit den Vereinbarungen einverstanden zeigte, beweist aber, daß sie unter den gegebenen Umständen annehmbar waren. Kaiserliche wie päpstliche Einflußnahme wurde ausdrücklich ausgeschlossen. *Staatsrechtliche Unstimmigkeiten* hatten also kein Gewicht, selbst wenn es sie gab. In Anbetracht der Tatsache, daß die vorherigen Friedensverhandlungen so fruchtlos waren, muß es zu weiten Teilen die Arbeit des Legaten gewesen sein, der das diplomatische Kunststück fertigbrachte, eine Einigung zu erreichen, wenn sicherlich auch die Entwicklung in den letzten zwei Jahren des Krieges dazu beigetragen hat. Großes Geschick bei den verschiedenen bilateralen Verhandlungen ist weder bei den Polen noch bei den Mitgliedern der Korporation zu verspüren. Auch war ja der Orden mit dem Ergebnis alles andere als zufrieden, wie die Schwierigkeiten bei den Erneuerungen der Eidesleistung an den polnischen König in den folgenden Jahren zeigen.[132]

Für die Hanse war der Vertrag des zweiten Thorner Friedens nicht mehr so wichtig. Sie hatte bereits begonnen, sich an die neuen Machtstrukturen zu gewöhnen und ihr Handeln darauf abzustellen. Mitleid brachte sie dem Orden nicht entgegen.[133] Dies beleuchtet eindrucksvoll die oft zitierte Äußerung in der Lübecker Ratschronik:
"aldus heft de orde ovel georleghet, wen tovoren weren se vrig unde weren mechtich des gansen landes, mer nu synt se halff egen unde beholden dat mynste part van deme lande. unde dit makede jo er eghen homod unde gyricheit, wente se weren homodich unde overdadich unde deden den steden grote overlast (...), ok weren se girich unde nemen groten unwontlichen tol unde darto weren se koplude, wente se hadden er eghene schepe (...) unde darane weren se to vorvanghe den steden unde deme kopmanne also langhe dat de stede des nicht lenk liden en wolden(...)."[134]

---

[132] Vgl. O. Israel, a.a.O., S.57-59.

[133] Dies bestätigt F. Renken, Der Handel der Königsberger Großschäfferei, 1937, S.11. M. Biskup, in: Neue Hansische Studien, 1970, S.357, stellt die Genugtuung Lübecks fest, zieht daraus aber nicht den Schluß, daß seine Annahme, die Stadt sei 1464 auf Ordensseite gestanden, falsch ist. Er besteht auf seiner Behauptung, daß die Hanse auf Grund ihres Konservativismus die Wiederherstellung des alten Zustandes gewünscht habe und erklärt die hier auf Seite ** Äußerung der lübischen Ratschronik als Hinweis auf die Widersprüchlichkeit der hansischen Politik.

[134] Lübecker Ratschronik, Bd.5, S.14f.

3. Ergebnisse und Bewertung

3.1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Nachdem der Preußische Bund im Februar 1454 vom Deutschen Orden abgefallen war, kam es sofort zur kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Bevölkerung und den Ordensvertretern in den rebellischen Städten. Bald nahmen die Ereignisse bürgerkriegsähnliche Formen an, da sich verschiedene Städte und Ritter auf die Seite des Ordens stellten und mit diesem gegen die Bündner vorgingen. Die Unterwerfung des Preußischen Bundes unter die Herrschaft Kasimirs von Polen machte diesen ein weiteres Mal zum Hauptgegner des Ordens. Der dreizehnjährige Krieg begann, Fortführung und Abschluß der Tradition von Feindschaft und Krieg zwischen diesen beiden Parteien.

Wem das Kriegsglück hold war, hing - damals wie heute - von den verfügbaren finanziellen Mitteln ab. Zu Beginn der Auseinandersetzung hatte der Bund alles, der Orden nichts. Alle wichtigen Städte, v.a. aber Danzig und Königsberg, waren mit den anderen abgefallen. Königsberg, als Zentrum des Bernsteinhandels und Danzig, als reichste und mächtigste Stadt der Region, hatten zusammen das größte finanzielle Potential, welches sie auch für den Krieg freisetzten. Die Eroberung Königsbergs durch den Orden verhinderte daher 1455 seine frühe, unvermeidliche Niederlage. Der Verlust Königsbergs machte die Aushungerung des Ordens im eigenen Land unmöglich. Dieser Vorfall war es, der den Krieg in die See hinaustrug und so für die Hanse erst relevant machte. Vorher hatte man in Lübeck eine neutrale, zurückhaltende Stellung bezogen. Die Versuche Danzigs, die Unterstützung der Hanse zu gewinnen, verliefen im Sande.

Von nun an bis zum Kriegsende war Danzig - die anderen preußischen Städte treten diesbezüglich so gut wie gar nicht in Aktion - damit befaßt, die Häfen von Königsberg und Memel, welches eine besonders günstige Lage für die Versorgung des Ordens hatte, zu blockieren. Der hansische Handel war es, der naturgemäß davon betroffen wurde. Die Hansekaufleute waren nicht abgeneigt, zusätzlich zu der neben der normalen Schiffahrt in die preußischen und baltischen Häfen, vom Krieg zusätzlich zu profitieren. Gerade daran wollte Danzig sie durch Aussendung von Kaperschiffen hindern. Besonderen Unwillen brachte es daher den livländischen Städten, allen voran Riga, entgegen, da diese, unter der Herrschaft des Ordens stehend und von ihrer Lage her dafür prädestiniert, die Absprunghäfen für die Schiffahrt nach Königsberg und Memel waren. Die Feindseligkeit der Danziger den rigischen Bürgern gegenüber war letzteren sehr unangenehm. Sie wollten viel lieber ihren Handel in Frieden abwickeln. Aber ihr

Herr, der Ordensmeister von Livland, dem sie wenig Zuneigung entgegenbrachten, weil er ihre Handels- und Handlungsfreiheit immer wieder beschnitten hatte, verlangte selbstverständlich, den Hochmeister in Preußen zu unterstützen und seine Feinde zu meiden.

Die Livländer waren in mehrerlei Hinsicht diejenigen, die von den Hansen am meisten durch den dreizehnjährigen Krieg beeinträchtigt wurden. Das Bündnis, welches der Deutsche Orden mit König Christian von Dänemark 1455 schloß, holte auch noch dänische Auslieger in die livländischen Häfen. Mit ihnen wollte der dänische König Profit aus dem Krieg in Preußen schlagen. Sie trieben in den Häfen ihr Unwesen und verkauften hier auch die erbeuteten Güter, die unter Umständen Livländern gehörten, in jedem Fall den Markt und die Preise unkontrollierbar machten. Immer wieder versuchten die Livländer ihr Verhältnis zu Danzig zu bessern und baten hierbei des öfteren Lübeck um Vermittlung, aber erst 1462 wurde diesbezüglich ein Fortschritt erreicht, als auch der Konflikt des dänischen Königs mit Danzig und Kasimir von Polen einigermaßen bereinigt schien.

Bereits 1458 war in dieser Auseinandersetzung ein Waffenstillstand erreicht worden, der das Bündnis Christians mit dem Orden entscheidend schwächte. Der wahre Grund für diesen Krieg - die Stellungnahme Danzigs und Polens für den Erzfeind Christians, Karl von Schweden - hatte an Relevanz verloren. Karl, von seinem Reichsrat vertrieben, war 1457 nach Danzig geflohen, das als Gegenleistung für seine Aufnahme Geld sehen wollte. Der schwedische König konnte an seinen Reichtum jedoch nicht heran, was die Bereitwilligkeit Danzigs, ihn gegen Christian zu unterstützen schwinden ließ. Nachdem letzterer, von der Aufnahme Karls in Preußen verärgert, mit dem Orden einen weiteren Vertrag im Oktober 1457 geschlossen hatte und nunmehr feststellte, daß Danzig sich lieber mit ihm einigen wollte, als weiterhin seinem Feind die Stange zu halten, war er zu dem Beifrieden bereit gewesen. Seine Auslieger waren aber weiterhin aktiv, v.a. von Gotland aus. Für ihre Aktionen strich Christian nach wie vor Geld vom Deutschen Orden ein, auch wenn seine Hilfe nicht mehr besonders wertvoll war.

Hilfe war dem Orden generell wenig beschieden. Wohl hatte er gewisse Unterstützung seitens des Markgrafen von Brandenburg erfahren, aber ansonsten kam aus dem Reich kein Beistand. Auch er hatte gehofft, von der Hanse, bzw. von Lübeck als Mitbegründer des Ordensstaates, Rückhalt zu erfahren. Die Gesuche, die die Travestadt erreichten, wurden stets freundlich aufgenommen, blieben aber ohne Resonnanz. Um seine Versorgung zu sichern und seinen Feinden zu schaden, schickte auch der Orden Kaperschiffe in die See. Besonders viele sind es aber offenbar nicht gewesen; ihre Erfolge standen weit hinter denen der Danziger Auslieger zurück.

Machten die Kaufleute mit dem Krieg auch lukrative Geschäfte, so war doch das Risiko für den gesamten Handelsverkehr in der Ostsee so groß geworden, daß es der Hanse auf Dauer inakzeptabel schien. Als sich die Lage so weit beruhigt hatte, daß Beifrieden die Konflikte Danzigs mit Christian einerseits und Livland andererseits einiger-

maßen entspannten, schien Lübeck der Zeitpunkt gekommen, dem Krieg in Preußen ein Ende zu setzen. Die Städte waren zu diesbezüglichen Schritten bereit, und mit geschickter Vorgehensweise gelang es Lübeck, auch den polnischen König und sogar den Hochmeister zu dem Einverständnis zu bewegen, daß eine Tagfahrt unter Vermittlung der Hanse zum Frieden führen sollte.

Schon in der Vorbereitung stellte sich heraus, wie schwierig diese Aufgabe für die Schiedsrichter sein würde. Viel Zeit verstrich, bevor 1464 endlich in Thorn verhandelt wurde. Außer, daß Standpunkte und Vorstellungen bezüglich der Gebietsaufteilung ausgetauscht wurden, brachte die Tagfahrt nichts ein. Große Mühen und Kosten mußte Lübeck in Kauf nehmen und sich mit dem Scheitern des Vermittlungsversuches abfinden. Beide Seiten hatten sich während der Verhandlungen kompromißlos und halsstarrig geweigert, auch nur ein Quentchen von ihren Forderungen abzugehen. Kann man diese Haltung beim Orden, für den der Ausgang des Krieges eine Existenzfrage war, noch verstehen, muß man sie den polnischen Gesandten eindeutig negativ anrechnen. Sie war der Grund, warum die Vermittler keine Handhabe bekamen, ein akzeptables Friedenskonzept zu entwickeln.

Etwas erfolgreicher waren die anschließenden Gespräche der Städte in Danzig. Auch hier kam es zu einer Klärung der Standpunkte, wobei Danzig den seinen zu behaupten wußte. Die Anwesenheit seiner Auslieger vor Memel und Königsberg und die Aufrechterhaltung des Pfundzolls wurden von den anderen Ratssendeboten akzeptiert. Aber auch Danzig bemühte sich in der Folgezeit stärker darum, daß Freunde, zu denen nun auch wieder die Livländer gehörten, vor den Kaperschiffen sicherer waren, solange sie nicht die Ordenshäfen anlaufen wollten. Die Tatsache, daß in den verbleibenden zwei Jahren bis 1466 nur noch wenig über die Verwicklung der Hanse in den dreizehnjährigen Krieg verlautet, z. B. keine brieflichen Auseinandersetzungen zwischen den Städten mehr geführt werden, muß als Erfolg der Mission der hansischen Gesandten in Preußen gewertet werden.[1]

Auch von König Christian ist in der Endphase des Krieges nicht mehr viel zu hören. Er, der die ganzen Jahre lang geld- und machtgierig seine Finger nach Livland ausgestreckt hatte, erlitt in Schweden einen Rückschlag, wo König Karl wieder eingesetzt wurde, und zog sich politisch in die dänischen Gefilde zurück. Seine Auslieger machten von nun an mehr in der westlichen Ostsee und in der Nordsee die Schiffahrt unsicher.

Der zweite Thorner Frieden von 1466 besiegelte schließlich das Schicksal des Deutschen Ordens. Er konnte sich lediglich einen kümmerlichen Rest seines ehemals mächtigen Staates sichern und kam unter die Oberhoheit des polnischen Königs. Immer-

---

[1] Angesichts dieser Ausführungen kann also von einer insgesamt neutralen Haltung der Hanse im dreizehnjährigen Krieg nicht die Rede sein, wie sie Dollinger konstatiert; Die Hanse, 1981, S.377.

hin hatte er erreicht, daß Königsberg und das Samland mit seinen Bernsteinfundorten in seiner Gewalt blieb. Dieser wichtige Stützpunkt, der 1455 dem Preußischen Bund verloren gegangen war, bewahrte den Orden vor dem vollständigen Untergang. In diesen wäre er bereits vor langen Jahren gegangen, wenn ihm die Wiedereroberung nicht gelungen wäre. Dann hätte der dreizehnjährige Krieg keine dreizehn Jahre gedauert.

Die Untersuchung der Quellen, die diese Vorgänge schildern, ergab auch in anderer Hinsicht einige Aufschlüsse. So kann man bezüglich des Verhältnisses der involvierten Städte zueinander folgende Feststellungen machen:

1. Von den preußischen Städten ist der Beeinträchtigung des hansischen Seeverkehrs, mit wenigen Ausnahmen, Danzig allein maßgeblich beteiligt. Diese Tatsache bestätigt den Vorrang, den diese Stadt sich gegenüber ihren Nachbarn seit längerem erworben hatte. In Hinsicht auf die hansischen Angelegenheiten handelt Danzig allein, in eigener Verantwortung, ohne spürbar von anderen Städten Meinungen, Ratschläge oder Unterstützung einzuholen. Nicht einmal die Hoheit des polnischen Königs scheint von besonderem Einfluß gewesen zu sein. Selten beruft sich Danzig auf ihn und nur dann, wenn es genehm erscheint, d.h. wenn es von Vorteil ist, Vorgehensweisen zu legitimieren, die andere Hansestädte, im Sinne ihrer Zusammenarbeit, kritisieren. Dies ist v.a. in Bezug auf die livländischen Städte festzustellen.

2. Die livländischen Städte, von denen v.a. Riga in Erscheinung tritt, haben bei weitem nicht die Eigenständigkeit Danzigs gegenüber ihrem Herren. Sie, die eigentlich durch nichts ihren Verkehr beeinträchtigt wissen wollen, können sich gegen den Ordensmeister nicht durchsetzen, der ihnen ohne Rücksicht auf ihre Interessen und Partnerschaften mit den Hansestädten Maßnahmen gegen die Ordensfeinde aufzwingt und Belästigungen durch dänische Auslieger zumutet. Des öfteren rufen sie deshalb die Hilfe Lübecks an, sich für sie bei Danzig einzusetzen. Ihre Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber den Geschehnissen ist geradezu mitleiderregend. Auf der anderen Seite sind sie aber natürlich auch nicht abgeneigt, vom Krieg zu profitieren, indem sie mit den kriegführenden Parteien weiter Handel treiben und für ihre Waren die durch das Risiko erhöhten Preise verlangen können. Hierbei sind sie aber gegenüber den wendischen Städten im Nachteil. Während die Livländer selber zeitweise als Feinde Danzigs die von dessen Ausliegern gekaperten Güter nicht erstattet bekommen, erhalten die wendischen Städte, zumindest prinzipiell, ihre verlorenen Waren und Schiffe zurück. Dies beeinträchtigt wiederum auch das Verhältnis zwischen Riga und Lübeck, was seinen Niederschlag in der Gästehandelspolitik der Livländer findet. Hat das Gästehandelsverbot von 1459 selbstverständlich noch andere Hintergründe, so ist doch der Einfluß des dreizehnjährigen Krieges hierauf zu berücksichtigen.

3. Langjährige Nutznießer des dreizehnjährigen Krieges sind die wendischen Städte, v.a. Lübeck. Die Quellen belegen, daß sie mit den kriegführenden Parteien lu-

krativen Handel betreiben. Danzig zeigt sich deswegen des öfteren verärgert, weil die Belieferung des Ordens den Krieg verlängert. In Bezug auf Lübeck hat es jedoch keinen Vorwand, eine Feindschaft zu beginnen, wie mit den livländischen Ordensstädten. Eine solche könnte es sich außerdem nicht leisten. Danzig ist in seinen Verhandlungen mit dem dänischen König auf die Mitarbeit Lübecks angewiesen. Nur sein Beifrieden mit Christian schließt dessen wirkungsvolle Parteinahme für den Deutschen Orden aus. An den in der Tat zahlreichen diplomatischen Interventionen Lübecks in diesem Konflikt erweist sich aber auch, daß trotz des guten Geschäftes, welches man mit dem Krieg machen kann, das Risiko für den Kaufmann zu hoch erschien, als daß man den Zustand der Feindschaft auf lange Sicht nicht beenden wollte. Nur zu Beginn des Krieges hält sich Lübeck neutral; es ist weder eine Stellungnahme für den Orden festzustellen, noch findet Marquart Knake Bereitwilligkeit vor, Danzig finanziell zu unterstützen. Erst die Einmischung Christians, die den Seeverkehr zu gefährden beginnt, brachte Lübeck dazu, politisch tätig zu werden. Auch bei der Auseinandersetzung Danzigs mit Riga befördert es ihre Beilegung. Erschien es vorher nicht opportun, ging es nach diesen Schlichtungen die Friedensvermittlung zwischen Orden und Polen an. Bei all diesen Handlungen stellte es sich mehr auf die Seite Danzigs. Die Parteinahme war aber weniger von großer Freundschaft intendiert; vielmehr sah man in der reichen Stadt mit ihren Verbündeten den wahrscheinlicheren Sieger des Krieges, dem man allerdings den Erfolg auch eher gönnte. Denn nie ist während der ganzen Zeit eine Parteinahme Lübecks für den Orden bemerkbar, der es mehrfach um Hilfe gebeten hat. Der Orden stand im Grunde während des ganzen Krieges allein auf verlorenem Posten. An seiner Erhaltung war die Hanse nicht mehr interessiert.

3.2. Bewertung der Ergebnisse

Festzustellen ist, daß der dreizehnjährige Krieg nicht geringe Auswirkungen auf die Hanse hatte. Am Ende dieser Untersuchung gilt es, diese Beobachtungen auszuwerten. Was für ein Bedeutung hat der dreizehnjährige Krieg für Danzig? Wie stellt sich die Hanse während des Krieges in den Quellen dar? Inwiefern bestätigt sich die häufig in der Forschung formulierte These, daß der Niedergang des Ordens, der durch den zweiten Thorner Frieden besiegelt wurde, denjenigen der Gemeinschaft mit bedingte?[2]

---

[2] Einen direkten Zusammenhang zwischen beiden Niedergängen sieht F. Renken, Der Handel der Königsberger Großschäfferei, 1937, S.5, auf Grund der engen Verknüpfung zwischen Hanse und Orden und der fehlenden Unterstützung für sie aus dem Reich; im selben Sinne: K. Pagel, Die Hanse, 1943, S.180. Eine indirekte Kohärenz konstatiert C.

Danzig wie der Deutsche Orden ernteten die Früchte, die sie vor Beginn des Krieges gesät hatten. Für den Orden konnte dies nur ein schlechter Ertrag sein. Mit seiner monopolistischen Handelspolitik und seinem autoritären, restriktiven Führungsstil hatte er seine Untertanen, die sich sicher lieber mit ihm geeinigt hätten, zum Abfall getrieben.[3] Die immensen Gebietsverluste, die er in Folge des Friedensvertrages hinnehmen mußte und ihn allein auf die wirtschaftliche Basis Königsbergs verwiesen, schwächten seine Marktposition bis hin zur Bedeutungslosigkeit, Maschke spricht gar vom Ende des Ordenshandels nach 1466.[4] Dadurch war natürlich auch seine politische Kraft gemindert, sodaß er auch für die Hanse nicht mehr diplomatisch tätig werden konnte. Dies war aber v.a. für ihn selber von Nachteil. Den Deutschen Orden betreffend, können wir durchaus von einem Niedergang sprechen. Diesen zu beweinen sei anderen überlassen.[5]

Sattler, in HGBll., Bd.4, 1884, S.83, der behauptet, beide gingen unter, weil sich bislang von ihnen siegreich bekämpfte Völker im nationalen Interesse zusammenfaßten, was die deutsche Volksgemeinschaft unterlasse. E. Keyser, in: Danzigs Handel, 1925, S,11, sieht den Niedergang beider ebenfalls als nationales Problem, da deutsche Gebiete in fremde Hand gefallen seien; Danzig dagegen würde seinen eigenen Untergang dadurch verhindern, weil es sich seine deutschen Eigenschaften *"Beharrlichkeit und Peinlichkeit, (...) Zuverlässigkeit und Behäbigkeit"* bewahrt habe. Dies sind natürlich für ihre Entstehungszeit typische Thesen, aber auch R. Postel, im Hamburger Ausstellungskatalog, 1989, S.124 sieht einen gewissen Zusammenhang, wegen des Einflusses des zusammenbrechenden Ordens auf den gesamten Ostseehandel.

[3] R. Wenskus, in: Vorträge und Forschungen Bd. 13, 1970, S. 355, 375, 381, hebt die territorialstaatlichen Züge des Ordensstaates hervor, der z. B. als eine Art früher Beamtenstaat angesehen werden und dessen Wirtschaftspolitik fast als merkantilistisch bezeichnet werden könne. C. Sattler, in HGBll, Jg. 1877, 1879, S.61, hebt ebenfalls die modernen Züge des Ordensstaates hervor. Diese versetzten ihn in die Lage, seine Herrschaft auszunutzen und das Land finanziell auszubeuten, vgl.ebd. S.84f.

[4] E. Maschke, in: Hamburger Mittel- und Ostdeutsche Forschungen, Bd.2, 1960, S.145. L. Dralle beschäftigte sich eingehend mit der ökonomischen Entwicklung des Deutschen Ordensstaates nach 1466; er stellte fest, daß der Orden in der Folgezeit Königsberg durch fiskalische und wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkte, was ihn aber nicht davor bewahrte, daß seine ökonomische Potenz nahezu bedeutungslos geworden sei (in: Der Staat des Deutschen Ordens, 1975, S.54,11).

[5] Weise, in: Widerstand, S.39 unterstellt der Hanse Undankbarkeit gegenüber dem Orden, der im 13. Jahrhundert *"durch maßgebliche Förderung bei der Gründung des Hansebundes"* und die Ermöglichung des Eintritts der preußischen Städte sich um seine Untertanen verdient gemacht habe. Diese (unzutreffende) Bemerkung wird durch Rörigs Hinweis, daß die Besiedelung des Ordenslandes geradezu planmäßig von Lübeck aus durchgeführt wurde (in: Wirtschaftskräfte, 1959, S.150,153) widerlegt, dem ich mich anschließen möchte; die hier gegründeten Städte könnte man sogar als genuin hansische bezeichnen. An anderer Stelle bricht Weise in Wehklagen über das Schicksal des Ordens aus, s. in: Zt. f. Ostforsch., Bd. 7, 1958, S.16: *"das Wesen der Tragik ist Opfer"*. Er sei hier nur als ein Beispiel unter vielen genannt. Natürlich haben besonders Forscher früherer Zeiten den Untergang des Deutschen Ordens bedauert.

Die Stadt Danzig dagegen erntete süße Früchte für ihren immensen v.a. finanziellen, Kraftaufwand.[6] Sie konnte nicht nur zum Teil den früheren Ordenshandel mit in das eigene Geschäft übernehmen, sie begann nun das polnische Hinterland noch mehr für ihre Wirtschaftsinteressen zu erschließen. Dafür war die Wahl der polnischen Herrschaft ein geschickter Schritt gewesen. Mit Hilfe Kasimirs von Polen war aber nicht nur der Weg der Waren aus dem Hinterland geebnet, der König hat Danzig überdies eine Freiheit verschafft, die es unter der Herrschaft des Ordens niemals erreicht hätte.[7] Die nahe Zukunft nach 1466 brachte Danzig also nichts als Vorteile und blühendes Wachstum, wie dies auch von vielen Forschern bestätigt wird.[8] Die anderen preußischen Städte, wie Thorn und Elbing, hatten wie schon in der Vergangenheit vom Aufstieg Danzigs ihren Nachteil. Ihre Bedeutung schwand mehr und mehr. Sie hatten an den wirtschaftlichen Entwicklungen wenig Anteil.[9]

Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem dreizehnjährigen Krieg haben Schildhauer, Samsonowicz und Stark v.a. anhand der Danziger Pfahlkammerbücher untersucht und kamen zu dem Ergebnis, daß sich durch den Aufschwung Danzigs das Schwergewicht des Handels von den wendischen Städten mit ihrer Zwischenhandelsposition zum direkten Verkehr nach den Niederlanden verschoben hat, was einen Bedeutungsverlust v.a. Lübecks

---

[6] Zum finanziellen Aufwand Danzigs für den Krieg vgl. Daenell, Blütezeit, Bd.2, 1906, S. 191.

[7] E.M. Wermter, in: Ordensherrschaft, Stände und Stadtpolitik, 1985, S.98, spricht sogar davon, daß der König durch Privilegien u.a. Danzigs eingeschränkt wurde, seine Macht in einem "Schwebezustand" sei. Zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Danzig und Polen vgl. M. Malowist, in: Jb. f.d. Gesch. d. UdSSR, Bd.7,1963, S.207f. Er betont die wachsende Abhängigkeit der Polen von Danzig v.a. durch Kredite und ihre Einschränkung durch Danzigs Privilegien, hebt aber auch den Aufschwung der polnischen Wirtschaft nach 1466 hervor, an deren Gewinnen bald auch der polnische Adel mehr und mehr profitiert (letzteres vgl. ders., in: HGBll, Bd.75, 1957, u.a. S.36ff.). Angesichts dieser Entwicklung und in Anbetracht der Tatsache, daß sie von nationalen Standpunkten unbeeinflußt ist, ist es müßig und unzutreffend, zu behaupten, daß es keine Vorliebe der Preußen für das polnische Volk gegeben habe und sich deutsches und sogar preußisches Nationalgefühl durch den Anschluß nicht verdrängen ließ. Dies findet Weise besonders wichtig, in: Zt. f. Ostforsch., Bd.7, 1958, S.12.

[8] Vgl. neben den o.g. zum Aufschwung Danzigs Irsigler, im Hamburger Ausstellungskatalog, S.521.

[9] Lauffer, in: ZWG, Bd.33, 1894, S. 39 betont, daß ausschließlich für Danzig Polen zum Produktions- und Absatzgebiet wird. Vgl. auch Malowist, in: Jb. f.d. Gesch. d. UdSSR, 7,1963, S.207 und Schildhauer, in: Acta Visbyensia 4, 1971. B. Nimmert, in: ZWG, Bd. 53, 1911, stellte fest, daß die Vorrechte Danzigs die anderen Städte Preußens schon seit 1457 neidisch machte und sie zu Maßnahmen veranlaßte, dieselben einzuschränken; dies drücke sich im Streit um das Thorner Stapelrecht (S.130ff) und im sog. "Nehrungsstreit" aus (S. 125ff).

zur Folge hatte.[10] Der an gleicher Stelle beschriebene Anstieg des Exports gegenüber dem Import zeigt die Wirkung des polnischen Hinterlandes. Malowist macht über die dem Krieg folgende Entwicklung noch weitere interessante Feststellungen.[11] Der Danziger Kaufmann sei nach dem dreizehnjährigen Krieg nicht mehr so beweglich wie zuvor. Weder nach Polen reist er selber, noch scheint er so oft wie früher über das Meer zu fahren. Letzteres schließt Malowist aus dem offensichtlichen Verfall der Danziger Handelsflotte. Ebenso wie Riga achte Danzig von nun an v.a. auf die Erhaltung seines Zwischenhandelsmonopols und wird zum Großexporteur. Gleichzeitig zögen sich beide aus dem aktiven Seehandel zurück. Die in den folgenden Jahren vermehrt nach Danzig kommenden Holländer seien nicht nur willkommene Abnehmer für die Waren aus dem Binnenland, sie übernähmen auch immer häufiger deren Vertrieb im Ausland. Verläßt man sich auf diese Forschungsergebnisse, hat dies aber eine immense Bedeutung für das Interesse der Stadt an der Hanse. Es schwindet nämlich.

Wenn der Danziger Kaufmann es nicht mehr nötig hat, selber ins Ausland zu fahren, weil die ausländischen Kaufleute ihm die Reise abnehmen, ist er auch an den dortigen Privilegien für ihn weniger interessiert. Diese zu gewährleisten, ist aber neben der Verkehrssicherung eine der wichtigsten Aufgaben der Hanse gewesen. Der freie Verkehrsweg, an dem Danzig hauptsächlich interessiert war, nämlich derjenige durch den Sund, wurde dagegen von einem Hansehauptmitglied wie Lübeck ungern verteidigt, weil die unbehinderte Schiffahrt durch diesen sein Zwischenhandelsmonopol unterlief. In dieser Hinsicht kann die Hanse Danzig also auch nicht mehr allzuviel bieten. Argumentieren wir also von der Sicht Danzigs aus, kann man sagen, die Hanse wird für es überflüssig. Diese Folgerung wurde von der Forschung bislang weniger scharf ausgedrückt, sie klingt aber in Äußerungen Rörigs an, wenn er sagt, Danzig werde mit der Zeit zum selbständigen Gegenspieler Lübecks, und wenn Stark meint, daß Danzig ein *"schwieriges Mitglied des hansischen Städtebundes"* bliebe.[12] An diesem Vorgang, der als eine Art Niedergang in Bezug auf die Hanse bezeichnet werden kann, wäre dann aber die Zusammenarbeit mit Polen, nicht aber der Ruin des Ordens schuld.[13] In Bezug auf die

---

[10] Vgl. J. Schildhauer, in: Jb. f. Wirt.gesch. Bd. 4, 1968, S.209ff., und H. Samsonowicz, Danziger Bürgerkapital, Weimar 1969, S.35, 37, 39; vgl. außerdem die von demselben erstellten Tabellen in: Prezeglad Historyczny, Bd.1, 1956 und seinen Aufsatz in: Hansische Studien, Bd.3, 1975.

[11] M. Malowist, in: Conventus primus historicum Balticorum. Acta et relata, 1938, S. 315f,319; ders. außerdem in: HGBll, Bd.75, 1957, S.37f.

[12] Vgl. F. Rörig, in: Wirtschaftskräfte, 1959, S.154, und W. Stark, Lübeck und Danzig 1973, S.183.

[13] Diese Möglichkeit sieht K. Stahr, Diss. 1907, S. 62, als Tatsache an, wenn er sagt, daß Hand in Hand mit der Unterwerfung unter Polens Herrschaft die Trennung Danzigs von der Hanse geht. Smolarek, in: Hanse in Europa, 1973, S.239f., unterstützt dies insofern,

Stadt Danzig kann man von einem Niedergang jedoch nicht sprechen, denn sie erlebt den wirtschaftlichen Aufschwung. Für sie hat der dreizehnjährige Krieg nur positive Konsequenzen gehabt.

Des weiteren wird immer wieder, auch von der neueren Forschung, betont, wie nachteilig es sei, daß der Orden sich nicht mehr politisch bei anderen Fürsten für die Hanse einsetzen konnte, was deren Niedergang beschleunigt habe. Arnold drückt dies folgendermaßen aus: *"Hinzu kam, daß bei allen vorhandenen Gegensätzen die Handelsinteressen des Ordens und seiner Städte zumindest ähnlich gelagert waren. Nunmehr fiel der Orden als hilfreicher Landesherr fort, die Hansestädte Preußens waren auf sich selbst gestellt".*[14] Abgesehen davon, daß letzteres genau das war, was die preußischen Städte gewünscht hatten, trifft dies auch insofern nicht zu, weil sie ja statt dessen einen anderen Landesherren hatten, der sich ebenfalls z. B. beim englischen König für ihre Interessen und die anderer Hansestädte verwendete.[15] Diese anderen Städte fühlten sich außerdem, wie sich aus den Quellen erwies, ganz offensichtlich nicht besonders auf diese Hilfe angewiesen. Keine Stadt äußert ein Bedauern über ihren Wegfall, Lübeck beglückwünschte Danzig zu Beginn des Krieges sogar zu seinem Erfolg gegen die Korporation. Keine Stadt ist in den dreizehn Jahren bereit, dem Orden wirklich beizustehen. Eine Hilfe des Ordens, die den Städten so unwichtig erschien, kann nach ihrem Wegfall kaum zum Niedergang der Hanse beigetragen haben. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Orden zeigt vielmehr, daß man bereit war, sich auf die neue Machtkonstellation in Preußen ein-

---

als daß er meint, Danzig nähere sich nach 1466 in der großen Politik immer mehr dem polnischen Staat und nehme Abstand von den Hansestädten; er interpretiert dies als Rückkehr Danzigs zur *"natürlichen, traditionellen, wirtschaftlichen Abhängigkeit"* von den anderen polnischen Gebieten. Gegenüber dieser sei die *"Zugehörigkeit Pommerellens zum künstlich aufgezogenen Ordensstaat vom ökonomischen Standpunkt eine irrationale Erscheinung"* gewesen. Beide kommen freilich von gegensätzlichen Standpunkten aus zu diesem Ergebnis.

[14] U. Arnold, im Hamburger Ausstellungskatalog 1989, S.102. An anderer Stelle, ebd. S.65, gibt er zu, daß die preußischen Städte, v.a. Danzig, eigene Wege zu gehen gewillt waren; ähnlich bereits bei Werner zu lesen, Diss. 1915, S.173f. E. Keyser spricht von einem folgenschweren Verlust des staatlichen Schutzes des Ordens für die Hanse, in: Deutsche Staatenbildung, 1931, S.102, betont aber kurz zuvor, daß der Orden ja auch des öfteren versucht hat, seine Städte der Hanse zu entfremden, ebd. S.99. Auch Weise, in: Jb. d. Köln. Gesch. Vereins, Bd.31/32, 1957, S.153, sieht ein Fehlen der Hilfe seitens des Hochmeisters, was in der Folgezeit der Hanse gegenüber England geschadet habe. Dagegen sieht H. Fiedler, in: ZWG, Bd. 68, 1928 den Abfall als vorteilhaft für Danzig in Bezug auf seine Handelsverbindung zu England an.

[15] Vgl. M. Biskup, Verhältnis Danzigs zu Kasimir, 1952, S.231; als Beispiel: HR II,5; 166, S.97. Abgesehen davon ist Werners Annahme falsch, wenn er meint, Danzig hätte es als Nachteil empfunden, daß König Kasimir wegen der Wirren in seinem Reich zu beschäftigt war, um sich – im Gegensatz zum Deutschen Orden – um die Belange der Stadt zu kümmern, a.a.O., ebd.

zustellen, und man hat ja auch bereits 1464 in Thorn damit angefangen, mit Kasimirs Gesandten über die Stellung des Kaufmanns zu verhandeln, wobei man bei ihnen durchaus auf Wohlwollen stieß.

Worauf dieses Verhalten außerdem schließen läßt, ist, daß es sich nicht um ein Hansemitglied handelte, das bei diesem Krieg verlor. Bereits an anderer Stelle habe ich an der Zugehörigkeit des Ordens zur Hanse Zweifel angemeldet. Nun ist es nicht möglich, aus der durchgeführten Untersuchung umfassende Thesen über das Wesen der Hanse aufzustellen; dazu wurde doch ein zu kleiner Teil des hansischen Lebens einbezogen.[16] Auch möchte ich hier nicht den Fehler begehen, den Volker Henn zu Recht bei vielen Forschern beklagt, nämlich daß bei der Diskussion über das Wesen der Hanse dieser stets alle möglichen Etiketten aufgedrückt werden, was man mit mehr Vorsicht betreiben solle.[17] Einige Anmerkungen zu diesem wahrscheinlich niemals vollständig zu bewältigenden Problemkreis kann man aber nach Betrachtung der hier behandelten Quellen machen. Natürlich ist es gefährlich, über das Faktum der Mitgliedschaft des Ordens zur Hanse zu entscheiden, wenn nicht geklärt ist, was die Hanse überhaupt ist. Ich meine aber, sie ist von mehr Gesichtspunkten definiert als dem einen, den Stein als einzigen feststehenden formuliert, nämlich daß hauptsächlich die Benutzung von hansi-

---

[16] Zum Wesen der Hanse gibt es vielerlei Forschungsansätze. Nur einige Beispiele seien hier genannt. Autoren aus der damaligen DDR bevorzugen natürlich die marxistische These, mit der ihr typischen Diktion; so z.B. Schildhauer, in: Acta Visbyensia, Bd. 4, 1971, S.21,27: Die Hanse sei eine "spezifische feudale Organisationsform des Handelskapitals...", die niedergehe, weil sie sich nicht von ihrem althergebrachten "System des privilegierten Handels" trenne.
Den von ihm so benannten "Privilegienpanzer der Hanse" macht Sprandel zu einer Grundeigenschaft und einer Ursache für den Niedergang, in: HGBll, Bd.102, 1984, S.21,23.
W. v. Stromer, in: Festschrift für Herbert Helbig, 1976, S.204f, sieht die Hanse als Hegemonialmacht, deren Verfall an innovatorischer Rückständigkeit in mehrerlei Hinsicht festzumachen sei.
Nach wie vor beliebt in der westlichen Hanseforschung ist A. v. Brandts einleuchtende Deutung der Hanse als Interessengemeinschaft, die er selber allerdings als Notlösung bezeichnet; Die Hanse und die nordischen Mächte, 1962, S.8.
P. Moraw versucht, den weltgeschichtlichen Kontext der Hanse herzustellen und sieht in ihrem Wesen schlechthin den Grund für ihren Niedergang. Dieses basiere auf dem unverdichteten Gefüge der mittelalterlichen Staatlichkeit und verlöre seine Grundlage mit der staatlichen Verfestigung der Neuzeit. In: Propyläen 85, Gesch. Dtl. 3, 1985, S.316.
Ähnlich drückt sich Rörig, in: Wirtschaftskräfte, Graz 1959, S.381, aus
All diese Thesen, die jede für sich einen Teil oder Aspekt der Wahrheit beleuchten, eingehend zu beurteilen, würde den Horizont des hier betrachteten Ausschnitts entschieden übersteigen. Die hier aufgenommenen Beiträge zur Erklärung des Wesens der Hanse seien nur mitgeteilt, um die Vielfalt und Komplexität der Diskussion zu zeigen.

[17] V. Henn, In HGBll, Bd. 102, 1984, S.126. Er weist hier auch darauf hin, daß die Frage nach dem Wesen der Hanse so alt ist, wie die Hanse selber, ebd. S.119.

schen Auslandsprivilegien die Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft beweist.[18] Wäre dies das einzige Kriterium, würde der Deutsche Orden zur Hanse gehören, auch wenn er an den Privilegien nur mittels seiner Lieger teilnimmt, die v.a. Bürger der preußischen Städte waren und als solche sowieso Hansen. Diese Qualität reicht aber m.E. nicht zur Hansemitgliedschaft aus. Der Ordenshandel ist mit dem der Hanse eng verbunden, er ist geradezu Teil desselben, aber es gibt neben der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit in der Hanse noch weitere Kriterien, die über die Zugehörigkeit entscheiden. Diese kristallisieren sich, wie ich meine, bei der Betrachtung der Hanse während des dreizehnjährigen Krieges heraus. Es sind dies auf der einen Seite der städtische Charakter bzw. die bürgerliche Mentalität, die eine gewisse, wenn auch des öfteren spärliche Solidarität der Städte untereinander hervorruft, und auf der anderen Seite die Abgrenzung von nichtbürgerlicher Obrigkeit und von den Landesherren. Beide Kriterien schließen den Deutschen Orden aus.

Zugegebenermaßen sind dies keine Gesichtspunkte, die man besonders klar umreißen könnte, und sie sind auch nicht neu.[19] Bei der Erforschung der Hanse kann man aber, wie sich nach mehr als hundert Jahren Forschung erwiesen hat, immer nur zu Annäherungswerten kommen. Kommen wir zu der ersten Feststellung. Für sie sprechen mehrere Indizien, die bei der Quellenbetrachtung zu Tage traten.

1. Danzig erwartet zu Beginn des Krieges selbstverständlich die Unterstützung Lübecks für seine Sache, bzw. wird sie selbstverständlich gefordert. Der einzige Grund, warum Lübeck helfen sollte, ist die hansische Verbundenheit.
2. Läßt Lübeck sich auch auf dieses Ansinnen nicht ein, so ist doch von Anfang an klar, daß der Orden nicht unterstützt wird, man sich in jedem Falle der abgefallenen Stadt verbundener fühlt.
3. Danzig ist erbost über die Maßnahmen des Ordensmeisters in Livland gegen seine Kaufleute, wertet dies aber, wenn auch vielleicht nur als Vorwand, als Vertrauensbruch seitens der livländischen Städte, v.a. Rigas. Es wird von der Stadt erwartet, daß sie sich gegen ihren Landesherren und für die befreundete Stadt einsetzt.
4. Riga beläßt es nicht bei dem direkten Briefwechsel mit Danzig, um sich seiner Feind-

---

[18] W. Stein, in: HGBll, Jahrgang 1913, Heft 1, S.260. Noch vorsichtiger äußert sich Friedland, in: HGBll. 76, 1958, S.21. Alles, worauf er sich festlegt ist, daß die Hanse ein "lockerer Verband zur Förderung von Handelsinteressen" sei. Mit dieser Deutung hat er nicht viel, aber auch nichts falsches gesagt.

[19] Auch Brandt spricht von einer *"Gesinnungsgemeinschaft"*, die neben der gemeinsamen wirtschaftlichen Daseinsgrundlage die Hansestädte verbinde und sie in den natürlichen Gegensatz zu ihren Herren bringe, da sich deren territorialer Egoismus mit den Autonomiebestrebungen der Städte nicht vereinbaren ließen; a.a.O, S.7,10,12. An anderer Stelle bezeichnet er diese Gesinnungsgemeinschaft als *"politische Kraftquelle für den* ghemenen kopman", in: Die Deutsche Hanse als Mittler, 1963, S.25.

schaft zu entziehen, sondern wendet sich an Lübeck um Vermittlung, mit dem Hinweis, daß dieses mehr Einfluß auf Danzig habe. Es hätte sich auch an den polnischen König wenden können, aber falls ein solcher Briefwechsel entstanden sein sollte, was ich bezweifle, so ist er nicht überliefert.

Aus all diesen Punkten wird sichtbar, daß man miteinander einig werden möchte und die Hilfe anderer dabei nicht in Betracht zieht. Auch ist festzustellen, daß bei allen Streitigkeiten, die die Städte miteinander haben, sie doch prinzipiell immer zur Verständigung bereit sind. Um die Konditionen wird allerdings mit subtilen Mitteln und psychologischer Taktik gerangelt. Natürlich ist jede der auftretenden Städte v.a. am eigenen Vorteil interessiert, aber man fühlt sich eindeutig den anderen Städten verbunden. Die Verbindung zwischen den Städten stellt die Hanse her.[20]

Nun zur Abgrenzung gegenüber Obrigkeiten. Auch sie ist bei allen beteiligten Städten feststellbar.

1. Danzig beweist in seiner Haltung gegenüber seinem alten wie gegenüber seinem neuen Herren v.a. seinen Willen zur Autonomie. Vom alten ist es deshalb abgefallen, allerdings mit einem gewissen Zögern; denn man hatte den Hochmeister am Schluß so weit, daß man auch von ihm Zugeständnisse bekommen hätte, wäre man bei ihm geblieben. Schließlich war der Herrscherwechsel auch ein Risiko, der unvermeidliche Krieg für die Stadt teuer. Den neuen Herren hat man aber wegen des immensen Reichtums der Stadt sehr bald in der Hand und kann daher die Festigkeit der Bindung zu ihm selber bestimmen. Nur wenn es opportun erscheint, beruft man sich in der Folgezeit auf seine Hoheit. Auch im Verhältnis zum Emigrantenkönig Karl von Schweden ist von großer Ehrfurcht nichts zu spüren. Das Interesse an diesem schwindet sofort, als von ihm kein Geld mehr zu erwarten ist. In gleichem Maße wächst dasselbe an dessen Erzfeind Christian, den man, so wie die Dinge dann lagen, nicht zum Gegner haben wollte. Danzig versucht also die Könige gegeneinander auszuspielen.

2. Ebenso wie Danzig beruft sich auch Lübeck auf seinen Herren, den Kaiser, nur dann, wenn dies vernünftig erscheint. Der Auftrag Friedrichs III., im Krieg zwischen Polen und Orden zu vermitteln, wird zunächst verheimlicht, dann sozusagen vergessen und erst wieder ausgepackt, als sich eine Chance für den Frieden bietet und dieser auch gewünscht wird. In Bezug auf den dänischen König, der den Lübeckern nebst seinem Bruder Gerd von Oldenburg schädlich war, machte man sich die Verwandtschaft des der Hanse ganz offensichtlich wohlgesonnenen Herzogs von Schleswig mit dem dänischen König zunutze. Wirkt es zunächst so, als daß Lübeck mit letzterem eine Art Separatfrieden schließt – der

---

[20] Die Interessen der Städte ohne jede Einschränkung auf rein wirtschaftliche zu begrenzen, wäre überdies ungerecht. Warum sollten nicht zumindest einzelne Bürger von ihnen wirklich Freundschaft zueinander empfunden haben?

eigene Frieden mit Christian war der Stadt sicher am wichtigsten - so setzt es sich doch bald darauf wirksam für den Beifrieden zwischen Polen und Dänemark ein. Dieser dient aber nur den Städten, die jetzt vor Übergriffen durch dänische Auslieger besser geschützt sind. Dem König Dänemarks bringt er wenig ein. V.a. aber ist dies als ganz bewußter Schritt zu werten, dem Orden die Hilfe Christians zu entziehen.

3. Die Livländer schließlich haben mit ihrem Herren nichts als Ärger und sind fortwährend dabei, sich von diesem zu distanzieren. Sie sind aber diejenigen, die sich am wenigsten von ihrer Landesherrschaft emanzipieren können. Nicht zuletzt, weil sie gegenüber den Obrigkeiten keine Handhabe bekommen, werden sie auch von den Städten Danzig und Lübeck ausgenützt, sind diejenigen, die unter dem Krieg von den Seestädten am meisten leiden und den wenigsten Gewinn herausschlagen.

Die Stellung der Städte zur Obrigkeit, zum eigenen Herren und zu anderen Königen, stellt sich als eine eigennützige dar, von der aus sie versuchen, die als notwendiges Übel akzeptierten Herren dazu zu bringen, im Vorteil der Städte ihren eigenen zu sehen. Sie beweisen dabei Geschick und Machtbewußtsein, die sie in Bezug auf die Friedensverhandlungen in Thorn jedoch überschätzt haben. Hier stoßen sie an die Grenzen ihres Einflusses. Zu den oben aufgestellten Thesen läßt sich also sagen: Weder Unterwürfigkeit noch Loyalität zeichnet das Verhältnis der Untertanen zu den Herren aus. Wertvoller Schutz sind die Herren - zumindest in diesem Falle - nie gewesen. Dies sieht Dollinger als ein Manko für die Hanse an; immer habe ihr die Unterstützung durch einen starken Staat gefehlt.[21] Der Schutz der Städte, wenn es denn überhaupt einen gab, war die Hanse. Ausfluß der Zugehörigkeit zu ihr ist das zwischen den Städten herrschende gewisse Interesse aneinander, füreinander und miteinander. Die Tatsache, daß von den Fürsten kein wirksamer Schutz geleistet wurde, war m.E. ein Grund für die Existenz der Hanse.

So läßt sich abschließend sagen: Der dreizehnjährige Krieg war es nicht, der die Hanse in den Niedergang stürzte und er beförderte diesen auch nicht. Die Reaktion der Hanse auf den Krieg beweist sogar, daß eine gewisse Gemeinschaft der Städte funktionierte. Es ist richtig, daß der Krieg das politische Spektrum des Ostseeraumes veränderte,[22] ein wirtschaftliches oder machtpolitisches Vakuum entstand jedoch nicht. Danzig nutzte den Niedergang des Ordens, um mit dessen ehemaligem Handelspotential seinen eigenen Aufschwung zu realisieren. Dieses blieb also aktiv und kann daher nicht durch sein Wegfallen die Hanse in den Niedergang gestürzt haben. Es ist außerdem die Frage,

---

[21] Ph. Dollinger, Die Hanse, 1981, S.482.

[22] E. Hoffmann, in: Lübeckische Geschichte, Hsg. A. Graßmann, 1988, S.262; die Auswirkungen des Krieges werden hier aber leider nur sehr knapp und sozusagen sanft geschildert.

ob man überhaupt von einem Nieder- oder gar Untergang der Hanse sprechen kann. Denn im Grunde geht nichts unter. Die Städte existieren weiterhin, treiben weiterhin Handel und sind blühende Wirtschaftsmetropolen. Ihr Niedergang wäre es, den man bedauern müßte. Eine Disposition zur Zusammenarbeit, wie es die Hanse darstellte, existiert nur solange, wie ihre Teilnehmer an ihr interessiert sind und sich von ihr Vorteile versprechen. Die langsame Beendigung von einer solchen Zusammenarbeit hat insofern nichts Trauriges, weil sie für niemanden den Untergang bedeutete.

Die Frage aber, ob der Aufschwung Danzigs in Konsequenz des dreizehnjährigen Krieges und seine Politik in der Folgezeit die Auflösung der hansischen Zusammenarbeit beschleunigte oder mit verursachte, kann hier nicht beantwortet werden. Vielleicht war es diese Auswirkung des Konflikts von 1454-1466, der u.a. das Wirtschaftsgefüge derart veränderte, daß es zu einer Festigung des Hanse zu einer staats- oder bundesähnlichen Form auch weiterhin nicht kam und der dazu beitrug, daß *"die alte Einheit von Handelspolitik und Handelssystem"* zerbrach.[23] Hierfür wäre jedoch eine weitere Untersuchung notwendig, die dann auch die Strukturen der gesamten europäischen Wirtschaft und ihrer Entwicklung einbeziehen müßte.

---

[23] S. K. Friedland, in: Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, Bd.23, 1976, S.91, 96.

Quellenverzeichnis

Akten der Ständetage Ost- und Westpreußens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens, Hsg. Max Toeppen, Bd.3, 4, 5, Leipzig 1878-1886 (zitiert: **ASP**).

Akten und Rezesse der livländischen Ständetage, Hsg. Oskar Stavenhagen, Band 1, Riga 1907, (1304-1460, weitere Bände waren nicht verfügbar) 5. und 6. Lieferung, bearb. von Leonid Arbusow, Riga 1929, bzw.1930.

Liv-, est- und kurländisches Urkundenbuch, Hsg. Philipp Schwartz, 1. Abteilung, Bde. 11,12, Riga, Moskau 1905ff (zitiert: **LIV UB**)

Lübecker Ratschronik, von 1438-1482, Hsg. Friedrich Bruns; Die Chroniken der deut schen Städte, Band 30,31; Lübeck, Bde.4,5, Göttingen 1968, bzw. Leipzig 1910/11.

Hanserezesse zweite Abteilung, Bearb. Goswin v.d. Ropp, hsg. vom Verein für hansische Geschichte, Bde. 4,5, Leipzig 1883, 1888 (zitiert: **HR II**).

Hansisches Urkundenbuch, Bearb. Walther Stein, hsg. vom Verein für hansische Ge schichte, Bde. 8,9, Leipzig 1899,1903 (zitiert: **HUB**).

Scriptores Rerum Prussicarum, Hsg. Theodor Hirsch, Bd.4, Frankfurt 1965, bzw. Leipzig 1870 (zitiert: **SS rer Pr**).

Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Hsg. Erich Weise, Bd. 2, Marburg 1955 (zitiert: **Pr. Stv.**).

Urkundenbuch der Stadt Lübeck, hsg. vom Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Bde. 9-11, Lübeck 1893-1905 (zitiert: **LUB**).

Literaturverzeichnis

Arnold, Udo, Hsg.: Ordensherrschaft, Stände und Stadtpolitik. Zur Entwicklung des Preußenlandes im 14. und 15. Jahrhundert, Lüneburg 1985. Darin enthalten:

Neitmann, Klaus: Die preußischen Stände und die Außenpolitik des Deutschen Ordens vom ersten Thorner Frieden bis zum Abfall des preußischen Bunds 1411-1454, S. 27-80.

Wermter, Ernst Manfred: Die Bildung des Danziger Stadtterritori ums in den politischen Zielvorstellungen des Rates der Stadt Danzig im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit, S. 81-124.

ders. (Hsg.): Zur Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Ordens im Mittelalter; Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 38; Veröffentlichungen der internationalen historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens, Bd.2, Marburg 1989. Darin enthalten:

Bernhart Jähnig: Zur Wirtschaftsführung des Deutschen Ordens in Preußen vornehmlich vom 13. bis zum frühen 15. Jahrhundert, S.113-147.

Henryk Samsonowicz: Der Deutsche Orden als Wirtschaftsmacht des Ostseeraumes, S.103-112.

Bauer, Hans; Millack, Walter (Hsg.): Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart, Danzig 1925. Darin enthalten:

Keyser, Erich: Danzigs Handel und die deutsche hanse, S.5-15.

Recke, Walther: Danzigs Handelsbeziehungen zu Osteuropa, S.16-27.

Hübner, Hans: Danzigs Handelsbeziehungen zu Schweden,S.28-37.

Becker, Hans: Danzigs Handelsbeziehungen zu Dänemark,S.38-49.

Quade, Willi: Danzigs Handelsbeziehungen zu den Niederlanden, S. 54-79.

Millack, Walter: Danzigs Handelsbeziehungen zu England, S.80-97.

Biskup, Marian: Die polnische Diplomatie in der zweiten Hälfte des 15. und in den Anfängen des 16. Jahrhunderts, in:Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, n.F. Bd. 26, 1978, Heft 2, S.161-178.

ders.: Das Verhältnis der Stadt Gdansk zu Kasimir Jagiellonczyk, König von Polen, in der Zeit des dreizehnjährigen Krieges (1454-1466), in: Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruni, Bd. 56/1, 1952, S. 223-232, (dte. Zusfass.).

ders: Der preußische Bund 1440-1454 - Genesis, Struktur, Tätigkeit und Bedeutung in der Geschichte Preußens und Polens; in: Hansische Studien III, Bürgertum - Handelskapital - Städtebünde, hsg. von Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, Weimar 1975; Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Band 15, S.210-229.

ders: Gdanska flota kaperska w okresie wojny trzynastoletniej 1454-1466, Biblioteka Gdanska, seria monografii, Nr. 3, Gdansk 1953.

ders.: Die Rolle der Städte in der ständischen Repräsentation des Ordensstaates Preußen im 14. und 15. Jahrhundert, in: Preußenland, Jahrgang 15, 1977, S.55-69.

ders: Die polnisch -preußischen Handelsbeziehungen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, in: Hansische Studien I, Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Band 8, Berlin (ost) 1961, S.1-6.

ders.: Das Reich, die wendische Hanse und die preußische Frage um die Mitte des 15. Jahrhunderts, in: Neue Hansische Studien, hsg. von K. Fritze, E. Müller-Mertens, J. Schildhauer, E. Voigt, Berlin (Ost) 1970, S.341-357.

Böhnke, Werner: Der Binnenhandel des Deutschen Ordens in Preußen und seine Beziehung zum Außenhandel um 1400, in: Hansische Geschichtsblätter (zitiert: HGBl) 80, 1962.

Boockmann, Hartmut: Zu den politischen Zielen des Deutschen Ordens in seiner Auseinandersetzung mit den preußischen Ständen, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band 15, 1966, S.57-104.

Brandt, Ahasver v.: Geist und Politik in der Lübeckischen Geschichte. Acht Kapitel von den Grundlagen historischer Größe, Lübeck 1954.

ders.: Die Hanse als mittelalterliche Wirtschaftsorganisation. Entstehung, Daseinsformen, Aufgaben, in: Die Hanse als Mittler zwischen Ost und West, wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd.27, Köln, Opladen 1963, S.9-37.

ders.: Die Hanse und die nordischen Mächte im Mittelalter; Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geistesweissenschaften, Heft 102, Köln, Opladen 1962.

Burleigh, Michael: History, Privilege and Conspiracy Theories in Mid-fifteenth Century Prussia, in: European History Quarterly, Bd.15, Nr.4, 1984, S.381-399.

ders.: Prussian Society and the German Order, An aristocratic corporation in crisis c.1410-1466, Cambridge University Press 1984.

Daenell, E.: Die Blütezeit der Deutschen Hanse. Hansische Geschichte von der zweiten Hälfte des XIV. bis zum letzten Viertel des XV. Jahrhunderts, gekrönte Preisschrift, Band II, Berlin 1906.

Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande; hsg. vom Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Königsberg 1931. Darin enthalten:
Krollmann, Christian: Der Deutsche Orden in Preußen, S.54-88.
Keyser, Erich: Das Ordensland und die Deutsche Hanse, S.89-103.

Die Hanse Lebenswirklichkeit und Mythos, Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1989, Bd.1. Darin enthalten:
Arnold, Udo: Die Hanse im Osten: Preußen, S.63-65.
ders.: Preußen und die Hanse, S.100-102.
Jenks, Stuart: Köln - Lübeck - Danzig. Von der Unvereinbarkeit der Interessen im Englandhandel, S.106-111.
Postel, Rainer: Der Niedergang der Hanse, S.124-141.
Lingenberg, Heinz: Gyddanycz - Danzig, S.268-279.
Sarnowsky, Jürgen: Riga, Hauptumschlagplatz im Rußlandhandel, S. 291-293.

Irsigler, Franz: Der hansische Handel im Spätmittelalter, S.518-532.

Dolezel, Stephan: Der zweite Thorner Frieden (1466) in der polnischen und preußischen politischen Argumentation des 16. Jahrhunderts, in: Analecta Cracoviensia, Bd.7, 1975, S.265-273.

Dollinger, Philippe: Die Hanse, Stuttgart 1981 (3.).

Dralle, Lothar: Der Staat des Deutschen Ordens in Preußen nach dem Thorner Frieden, Wiesbaden 1975.

ders.: Der Bernsteinhandel des Deutschen Ordens vornehmlich zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: HGBll, Bd.99, 1981, S.61-72.

Fiedler, Hans: Danzig und England, die Handelsbestrebungen der Engländer vom Ende des 14. bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts, in: ZWG, Band 68, 1928, S.61-125.

Forstreuter, Kurt: Vom Ordensstaat zum Fürstentum, Geistige und politische Wandlungen im Deutschordensstaate Preußen unter den Hochmeistern Friedrich und Albrecht (1498-1525), Kitzingen/Main o.J..

Friedland, Klaus: Kaufleute und Städte als Glieder der Hanse, in: HGBll., Bd.76, 1958, S.21-41.

ders.: Hansische Handelspolitik und hansisches Wirtschaftssystem im 14. und 15. Jahrhundert, in: Frühformen englisch-deutscher Handelspartnerschaft, Referate und Diskussionen des hansischen Symposions im Jahre der 500. Wiederkehr des Friedens von Utrecht in London vom 9. bis 11. September 1974, hsg. vom Hansischen Geschichtsverein, bearb. v. K. Friedland; Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, NF Bd.23, Köln, Wien 1976, S.87-99.

Fritze, Konrad: Dänemark und die hansisch- holländische Konkurrenz in der Ostsee zu Beginn des 15. Jahrhunderts, in: wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald, Jahrgang 13, 1964, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 1/2, S.79-87.

Goetze, Jochen: Hansische Schiffahrtswege in der Ostsee, in: HGBll, Bd. 93, 1975, S.71-88.

Gorski, Karol: Communitas Princeps Corona Regni, Studia selecta, Annales Societatis scientiarum Torunensis, Bd. 78, Heft 1, Thorn 1976. Darin enthalten: The Teutonic Order in Prussia, S.13-31.
La Ligue des Etats et les origines du Régime représentatif en Prusse, S.32-41.

Graßmann, Antjekathrin (Hsg.): Lübeckische Geschichte, Lübeck 1988. Hier enthalten: Erich Hoffmann: Lübeck im Hoch- und Spätmittelalter: Die große Zeit Lübecks.

Grotefend, H. (Entw.); Ulrich, Th. (Hsg.): Taschenbuch der Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit, Hannover 1971.

Hellmann, Manfred: Beiträge zur Geschichte des dreizehnjährigen Krieges im Ordenslande Preußen, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd.8, 1959, S.1-49.

ders.: Die Verfassungsgrundlagen Livlands und Preußens im Mittelalter, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Bd. 3/4, 1956/57, S.78-108.

Henn, Volker: Die Hanse, Interessengemeinschaft oder Städtebund?, Anmerkungen zu einem neuen Buch, in: HGBll., Bd. 102, 1984, S.119-126.

Hirsch, Theodor: Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des Deutschen Ordens. Gekrönte Preisschrift, Leipzig 1858.

Hoffmann, Ernst: Danzigs Verhältnis zum Deutschen Reich in den Jahren 1466-1526, in: ZWG, Bd. 53, 1911, S.1-49.

Hollihn, Gerd: Die Stapel- und Gästepolitik Rigas in der Ordenszeit (1201-1562). Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Rigas in der Hansezeit, in: HGBll., Bd. 60, 1936, S.91-207.

Israel, Ottokar: Das Verhältnis des Hochmeisters des Deutschen Ordens zum Reich im 15. Jahrhundert, Johann Gottfried Herder - Institut, wissenschaftliche Beiträge, Nr.4, Marburg 1952.

Jähnig, Bernhart; Letkemann, Peter: Danzig in acht Jahrhunderten; Beiträge zur Ge schichte eines hansischen und preußischen Mittelpunktes, Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens, Nr.23, Münster 1985. Darin enthalten:
Letkemann, Peter: Danzigs Geschichte im Spiegel der neueren Geschichtsschreibung. Ein Forschungsbericht, S.9-22.
Pelech, Markian: Zur Rolle Danzigs unter den preußischen Hansestädten bis 1410, S.61-76.

Johansen, Paul: Die Bedeutung der Hanse für Livland, in: HGBll, Bd.65/66, 1941, S.35-55.

Ketterer, Günter: Die Hanse und der Deutsche Orden unter den Hochmeistern Heinrich von Plauen und Michael Küchmeister (1410-1420), in: HGBll., Bd.90, 1972, S.15-39.

Krannhals, Detlev: Die Rolle der Weichsel in der Wirtschaftsgeschichte des Ostens, in: Die Weichsel, Ihre Bedeutung als Strom und Schiffahrtsstraße und ihre Kulturaufgaben, hsg. v. Richard Winkel, Leipzig 1939, Deutschland und der Osten, Bd. 13.

Krause, Günther: Untersuchungen zur hansischen Seekriegsgeschichte, Diss. Greifswald 1985.

Lauffer, Victor: Danzigs Schiffs- und Waarenverkehr am Ende des XV. Jahrhunderts, in: ZWG, Bd.33, 1894, S.1-44.

Leinz, Josef: Die Ursachen des Abfalls Danzigs vom Deutschen Orden unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Frage, in: Jahrbuch für die Geschichte Mitteel- und Ostdeutschlands, Bd. 13/14, Berlin 1965, S.1-59.

Lesnikov, M.P.: Beiträge zur Baltisch-Niederländischen Handelsgeschichte am Ausgang des 14. und zu Beginn des 15. Jahrhunderts, in: Wissen-

schaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd.7, 1957/58, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 5, S.613-626.

Lienau, Otto: Danziger Schiffahrt und Schiffbau in der zewiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, in: ZWG, Bd.70, 1930, S.69-83.

Lüdicke, Edith: Der Rechtskampf des deutschen Ordens gegen den Bund der preußischen Stände 1440-1453, in: Altpreußische Forschungen, Bd. 12, 1935, Heft 1, S. 1-43, Heft 2, S.173-217.

Maas, Walter: Der Königsberger und Preußische Handel bis 1410 im Rahmen der allgemeinen Handelsbedingungen, Diss. Berlin 1939.

Malowist, Marian: Polens wirtschaftliche Entwicklung vom 15. bis 17. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd.7, Berlin 1963, S.201-215.

ders.: Riga und Danzig vom Ausbruch des Dreizehnjährigen Krieges bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, in: Conventus primus historicum Balticorum, Riga 16.-20.8.1937, acta et relata, Riga 1938, S.312-320.

ders.: Über die Frage der Handelspolitik des Adels in den Ostseeländern im 15. und 16. Jahrhundert, in: HGBll, Bd. 75, 1957, S.29-47.

Maschke, Erich: Die Schäffer und Lieger des Deutschen Ordens in Preußen, in: Hamburger Mittel- und Ostdeutsche Forschungen, Bd.2, Hamburg 1960. S.97-145.

Mollat, Michel: De la piraterie sauvage à la course réglementée (XIVe-XVe siècle), in: Mélanges de l'école Francaise de Rome, Moyen Age Temps Modernes, Bd.87, 1975, 1; S.7-25.

ders.: Guerre de course et piraterie à la fin du moyen age: aspects économiques et sociaux. Position de problèmes, in: HGBll., Bd. 90, 1972, S.1-14.

Moraw, Peter: Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung: das Reich im späten Mittelalter, 1250-1490; Propyläen, Geschichte Deutschlands, Bd.3, Berlin 1985.

Murawski, Klaus Eberhard: Zwischen Tannenberg und Thorn. Die Geschichte des Deutschen Ordens unter dem Hochmeister Konrad von Erlichshausen 1441-1449, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Heft 10/11, Göttingen 1953.

Neumann, Gerhard: Hinrich Castorp. Ein Lübecker Bürgermeister aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck, Bd. 11, Lübeck 1932.

Nimmert, Bruno: Danzigs Verhältnis zu Polen in den Jahren 1466-1492, in: ZWG, Bd.53, 1911, S.109-201.

Nowak, Zenon Hubert: Die Rolle der Ritterorden in der mittelalterlichen Kultur, Universitas Nicolai Copernici, Ordines militares, Colloquia Toruniensia Historica III, Thorn 1985. Darin enthalten:
Hellmann, Manfred: Der Deutsche Orden in Livland, S.105-116.
Samsonowicz, Henryk: Der Deutsche Orden und die Städte in Preußen. Verknüpfungen und Unterschiede im kulturellen Leben, S. 7-22.

Pagel, Karl: Die Hanse, Oldenburg 1943.

Pelczar, Marian: Besaß Danzig ein Stapelrecht?, in: Deutsch-Polnisches Jahrbuch 1981/1982, S.9-42.

Power, Eileen & Postan, M.M.: The Economic and Political Relations of England and the Hanse, in: Studies in English Trade in the fifteeth Century, London 1933, S. 91-380.

Recke, Walter: Danzig und der Deutsche Ritterorden, Hansische Volkshefte 8, Danzig 1925. Neudruck Nendeln, Liechtenstein 1979 in: Seeds of conflict series 8, Danzig and the Polish Corridor Threshold to War: The German Claims 1, Kraus-Thomson Organization.

Renken, Fritz: Der Handel der Königsberger Großschäfferei des Deutschen Ordens mit Flandern um 1400, Diss. Weimar 1937.

Rörig, Fritz: Wirtschaftskräfte im Mittelalter, Abhandlungen zur Stadt- und Hansegeschichte, hsg. Paul Kaegbein, Köln, Graz 1959. Darin enthalten: Außenpolitische und innenpolitische Wandlungen in der Hanse nach dem Stralsunder Frieden (1370), S.147-166. Mittelalterliche Weltwirtschaft; Blüte und Ende einer Weltwirtschaftsperiode Rheinland-Westfalen und die deutsche Hanse, S. 392-420.

Ruffmann, Karl-Heinz: Engländer und Schotten in den Seestädten Ost- und Westpreußens, in: Zeitschrift für Ostforschung, Bd.7, 1958, S.17-39.

Samsonowicz, Henryk: Formen der Wirkung des Handelskapitals in Polen und Preußen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, in: Hansische Studien III, s. Biskup, S.35-45.

ders.: Untersuchungen über das Danziger Bürgerkapital in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd.8, Weimar 1969.

ders.: Handel zagraniczny Gdanska w drugiej polowie XV wieku; in: Prezeglad Historyczny, Bd. 47, Heft 2, Warschau 1956, S.283-352.

ders.: Wirtschaftsbeziehungen zwischen Schweden und dem Weichselgebiet im Spätmittelalter, in: Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte, Bd.32, Köln, Wien 1987, S.3-13.

Sattler, Carl: Der Handel des Deutschen Ordens in Preußen zur Zeit seiner Blüte, in: HGBll., Jahrgang 1877, 1879, S.59-85.

ders.: Die Hanse und der Deutsche Orden in Preußen bis zu dessen Verfall, in: HGBll, Bd.4, 1884, S.67-84.

Schildhauer, Johannes: Veränderungen in der Stellung der Hanse im Ost- und Nordseeraum vom Stralsunder Frieden 1370 bis zum Frieden von Utrecht 1474, in: Kultur und Politik im Ostseeraum und im Norden 1350-

1450, Acta Visbyensia, Bd. 4, Visby 1971, S.17-28.

ders.: Zur Verlagerung des See- Handelsverkehrs im nordeuropäischen Raum währned des 15.- und 16. Jahrhunderts; eine Untersuchung auf der Grundlage der Danziger Pfahlkammerbücher, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil 4, 1968, S.187-211.

Schulz, Friedrich: Die Hanse und England von Eduard III. bis auf Heinrich VII. Zeit; Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, Bd.5, Hsg. Dietrich Schäfer, Berlin 1911.

Schumacher, Bruno: Geschichte Ost- und Westpreußens, Veröffentlichungen des Göttinger Arbeitskreises, Würzburg 1957 (2.).

ders.: Der Deutsche Orden und England, in: Altpreußische Beiträge, Festschrift zur Hauptversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine vom 4. bis 7. September 1933 zu Königsberg, Königsberg 1933, S.5-33.

Simson, Paul: Geschichte der Stadt Danzig, Band 1, von den Anfängen bis 1517, Danzig 1913.

ders.: Danzig im dreizehnjährigen Kriege 1454-1466, in: ZWG, Band 29, Danzig 1891, S.1-132.

Smolarek, Przemyslaw: Gdansk, sein Handel und seine Schiffahrt vom 14.-17. Jahrhundert, in: Hanse in Europa - Brücke zwischen den Märkten 12.-17. Jahrhundert, Ausstellung des Kölner Stadtmuseums, Köln 1973, S.233-250.

Spading, Klaus: Holland und die Hanse im 15. Jahrhundert, Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd.12, Weimar 1973.

Thielen, Peter Gerrit: Die Verwaltung des Ordensstaates Preußen vornehmlich im 15. Jahrhundert; Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd.11, Köln, Graz 1965.

Sprandel, Rolf: Die Konkurrenzfähigkeit der Hanse im Spätmittelalter, in: HGBll., Bd. 102, 1984, S.21-38.

Stahr, Kurt: Die Hanse und Holland, Diss, Marburg 1907.

Stark, Walter: Lübeck und Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Untersuchungen zum Verhältnis der wendischen und preußischen Hansestädte in der Zeit des Niedergangs der Hanse, Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd.11, Weimar, 1973.

ders.: Die Danziger Pfahlkammerbücher (1466-1476) als Quelle für den Schiffs- und Warenverkehr zwischen den wendischen Hansestädten und Danzig, in. Rostocker Beiträge, Bd.1, 1966, S.57-78.

Stein, Walther: Die Hanse und England, Ein hansisch-englischer Seekrieg im 15. Jahrhundert, Pfingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, Blatt 1, Leipzig 1905.

ders.: Handelsbriefe aus Riga und Königsberg von 1458 und 1461, in: HGBll, Jg. 1898, 1899, S.57-125.

ders.: Die Hansestädte, in: HGBll, Jahrgang 1913, Heft 1, 1913, S.233-294.

Stromer, Wolfgang v.: Der innovatorische Rückstand der Hansischen Wirtschaft, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters, Festschrift für Herbert Helbig zum 65. Geburtstag; Köln, Wien 1976, S.204-217.

Techen, Fritz: Rezension zu Paul Simson, Geschichte der Stadt Danzig, Bd.1, in: HGBll., Bd.21, 1915.

Tumler, Marjan: Der Deutsche Orden im Werden, Wachsen und Wirken bis 1400 mit einem Abriß der Geschichte des Ordens von 1400 bis zur neuesten Zeit, Wien 1954.

Turowski, Ernst: Die innenpolitische Entwicklung Polnisch-Preußens und seine Staatsrechtilche Stellung zu Polen vom 2. Thorner Frieden bis zum Reichstag von Lublin (1466-1569), Diss. Berlin, 1937.

Voigt, Johannes: Geschichte Preußens von den ältesten Zeiten bis zum Untergang

der Herrschaft des Deutschen Ordens, Bd. 8, 1835.

Weise, Erich: Die staatsrechtlichen Grundlagen des Zweiten Thorner Friedens und die Grenzen seiner Rechtmäßigkeit, in: Zeitschrift für Ostforschung, Bd.3, Heft 1, 1954, S.1-25.

ders.: Entwicklungsstufen der Verfassungsgeschichte des Ordensstaates Preußen im 15. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostforschung, Bd. 7, 1958, S.1-17.

ders.: Die Hanse, England und die Merchants Adventurers, das Zusammenwirken von Köln und Danzig, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins, Bd. 31/32, 1957, S.137-159.

ders.: Zur Kritik des Vertrages zwischen dem preußischen Bund und dem König von Polen vom 6. März 1454, in: Altpreußische Forschungen, 18. Jahrgang, 1941, S.231-261.

ders.: Das Widerstandsrecht im Ordenslande Preußen und das mittelalterliche Europa; Veröffentlicheungen der niedersächsischen Archivverwaltung, Bd.6, Göttingen 1955.

Wenskus, Reinhard: Das Ordensland Preußen als Territorialstaat des 14. Jahrhunderts, in: Der Deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert, Hsg. Hans Patze, Vorträge und Forschungen, Bd. 13, hsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Sigmaringen 1970, S. 347-382.

Werminghoff, Albert: Der Deutsche Orden und die Stände in Preußen bis zum zweiten Thorner Frieden im Jahre 1466, Pfingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, Blatt 8, München, Leipzig 1912.

Werner, Paul: Stellung und Politik der preußischen Hansestädte unter der Herrschaft des Ordens bis zu ihrem Übertritt zur Krone Polen, Diss., Königsberg 1915.